

MONATSBERICHT

**APRIL
2008**

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

60. Jahrgang
Nr. 4

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
18. April 2008, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
---------------------	----------

Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	12

Zehn Jahre geldpolitische Zusammenarbeit im Eurosystem	15
---	-----------

Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007	31
---	-----------

<i>Auswirkungen der Indexneuberechnung 2008 auf den nationalen und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex</i>	34
<i>Auswahl und Aufbereitung der Einzel- meldungen aus der Verbraucher- preisstatistik für die Detailanalyse der Mehrwertsteuerüberwälzung</i>	39

Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	51
--	-----------

<i>Bundeszuschüsse zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung</i>	60
<i>Staatliche Förderung der bei betrieblichen und privaten Altersvorsorge</i>	64

Statistischer Teil 1*

Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems Banken	16*
Mindestreserven	20*
Zinssätze	42*
Kapitalmarkt	43*
Finanzierungsrechnung	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage in Deutschland	54*
Außenwirtschaft	61*
	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Abkürzungen und Zeichen

p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
s	geschätzte Zahl
ts	teilweise geschätzte Zahl
...	Angabe fällt später an
.	Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Industriekonjunktur lief zu Jahresbeginn weiter auf hohen Touren. Nach kräftigen Zuwächsen in den beiden Vormonaten nahm die Erzeugung im Februar saisonbereinigt um 0,3 % zu. Im Zweimonatsdurchschnitt Januar/Februar 2008 übertraf sie das Vorquartalsniveau um 2,2 %. Der Vorjahrsabstand betrug zuletzt 6,3 %. Sektoral betrachtet zog insbesondere die Produktion von Investitionsgütern deutlich an.

Produktion

Im Einklang mit den Produktionsausweitungen hat die Industrie auch ihre Umsätze am Jahresanfang beträchtlich steigern können. Die Erlöszuwächse aus dem Inlandsabsatz fielen dabei überdurchschnittlich aus; so haben sich die Auslieferungen von Vorleistungs- und Investitionsgütern nach der Jahreswende wieder beschleunigt. Letzteres deutet darauf hin, dass die mit der Abschaffung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Anlagegüter zum Jahresende 2007 verbundenen zeitlichen Verschiebungen der Anschaffungen aus heutiger Sicht eher von geringem Gewicht gewesen sein dürften. Die Warenlieferungen an das Ausland haben im Februar dem Wert nach das hohe Januarniveau gehalten, während die Einfuhren nach erheblichen Zuwächsen in den Vormonaten um 0,4 % zurückgingen. Der Handelsbilanzüberschuss vergrößerte sich im Februar damit auf 16 ½ Mrd. €.

*Inlandsabsatz
und
Außenhandel*

Die Auftragseingänge fielen im Februar saisonbereinigt um 0,5 % schwächer aus als im Januar, in dem bereits eine Abnahme zu ver-

Auftragseingang

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
Inland		Ausland		
2007 2. Vj.	130,9	112,5	153,9	76,2
3. Vj.	129,7	112,3	151,4	74,9
4. Vj.	136,0	116,1	160,9	80,9
Dez.	135,9	117,4	159,0	74,2
2008 Jan.	135,0	116,4	158,3	89,5
Febr.	134,3	116,4	156,6	...
Produktion; 2000 = 100				
	Industrie			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2007 2. Vj.	119,6	122,3	126,5	81,4
3. Vj.	122,0	125,3	129,9	81,7
4. Vj.	123,6	126,4	132,3	81,6
Dez.	124,9	129,5	131,7	82,7
2008 Jan.	126,1	127,4	137,5	92,1
Febr.	126,5	129,5	137,2	95,5
Außenhandel; Mrd €				
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
2007 2. Vj.	240,00	191,00	49,00	46,21
3. Vj.	246,12	195,71	50,41	47,13
4. Vj.	248,79	194,42	54,37	49,67
Dez.	82,21	66,40	15,81	14,13
2008 Jan.	85,16	69,06	16,10	15,08
Febr.	85,15	68,78	16,37	15,29
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2007 3. Vj.	39 778	616	3 724	8,9
4. Vj.	39 917	608	3 573	8,5
2008 1. Vj.	...	585	3 346	8,0
Jan.	40 043	587	3 414	8,1
Febr.	40 100	585	3 340	8,0
März	...	582	3 285	7,8
	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Pro- dukte	Baupreise	Ver- braucher- preise
	2000 = 100			2005=100
2007 3. Vj.	108,1	119,1	113,3	104,0
4. Vj.	110,1	120,7	114,0	105,2
2008 1. Vj.	...	122,6	115,3	105,8
Jan.	111,6	121,9	.	105,6
Febr.	112,6	122,6	.	105,7
März	...	123,2	.	106,1

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, X, und Statisti-
sches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

Deutsche Bundesbank

zeichnen gewesen war. Die Abschwächung der Bestelltätigkeit zu Jahresbeginn war jedoch weniger auf eine spürbar flachere Grundtendenz zurückzuführen. Vielmehr spielte eine ausschlaggebende Rolle, dass es im November und Dezember eine Reihe von außergewöhnlich großen Aufträgen aus dem In- und Ausland gegeben hatte. Binnen Jahresfrist hat das Auftragsvolumen kalenderbereinigt um 5,5 % zugenommen.

Bauhauptgewerbe

Im Februar wurde die Produktion im Bauhauptgewerbe nach dem sehr kräftigen Plus im Januar nochmals deutlich gesteigert, und zwar saisonbereinigt um 3,7 %. Aufgrund der günstigen Witterung konnten die Bauunternehmen das seit Oktober vergangenen Jahres verbesserte Auftragsvolumen weiter zügig abarbeiten. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar lag die Bautätigkeit um 15 % über dem Stand des Vorquartals. Die Erzeugung im Tiefbau erhöhte sich dabei etwas stärker als im Hochbau.

Bauproduktion

Die Baunachfrage war bis zuletzt von hoher Volatilität gekennzeichnet. So stieg im Januar – neuere Angaben liegen derzeit nicht vor – das Auftragsvolumen aufgrund von Großaufträgen gegenüber dem Jahresende 2007 sehr kräftig. Im Vergleich zum Vorquartal haben die Bestellungen insgesamt um 10,7 % zugenommen. Die weitaus stärksten Impulse gingen dabei von gewerblichen Auftraggebern aus. Bemerkenswert ist, dass sich zuletzt auch die Auftragslage im Wohnungsbau spürbar erholte.

Baunachfrage

Gesamtwirtschaft

*Einschätzung
des BIP-
Wachstums im
ersten Quartal*

Zu Jahresbeginn hat die gesamtwirtschaftliche Erzeugung den verfügbaren Indikatoren zufolge kräftig zugelegt, nachdem sie im vierten Quartal 2007 saison- und kalenderbereinigt mit 0,3 % eher verhalten gewachsen war. Als Wachstumsmotor erwies sich einmal mehr die Industrie. Aber auch das Baugewerbe dürfte nach dem insgesamt schwachen Vorjahr in jüngerer Zeit Boden gutgemacht haben. Verwendungsseitig betrachtet haben die Unternehmen ihre Investitionen beträchtlich ausgeweitet. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern blieb offensichtlich auch unmittelbar nach dem Auslaufen der günstigen degressiven Abschreibungsregelung lebhaft. In den Wintermonaten wurden zudem nicht zuletzt angesichts der vergleichsweise milden Witterung zahlreiche Baumaßnahmen von gewerblicher und öffentlicher Seite realisiert. Demgegenüber verhielten sich die privaten Haushalte trotz anhaltender Fortschritte am Arbeitsmarkt in ihrer Konsumtätigkeit weiter zurückhaltend. Hierin schlugen sich vor allem die anhaltend ungünstigen Preistendenzen bei Energie und Nahrungsmitteln nieder, die nicht nur die Kaufkraft belasteten, sondern zusammen mit den eher negativen Nachrichten von den Finanzmärkten wohl auch die Verbraucher zu einem vorsichtigen Ausgabeverhalten veranlasst haben. Die Exporte entwickelten sich nach der Jahreswende weiterhin günstig. Auch aufgrund der starken Investitionsnachfrage dürften aber wieder spürbar mehr Güter eingeführt worden sein. Einschließlich der wohl aufgestockten Vorräte wurde damit das gesamtwirtschaftliche Wachstum im ersten Quartal

voraussichtlich primär von der Inlandsnachfrage getragen.

Arbeitsmarkt

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hielt auch in den ersten Monaten dieses Jahres an. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Februar um 57 000 auf 40,10 Millionen Personen. Das waren 532 000 mehr als 12 Monate zuvor. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Januar mit einem Plus von 95 000 gegenüber dem Vormonat noch kräftiger zu. Die geförderte Beschäftigung hat sich im März insgesamt betrachtet wenig verändert. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen blieb hoch. Im März stieg der Index für ungeforderte offene Stellen nochmals leicht an.

Beschäftigung

Im Einklang mit der Beschäftigungsentwicklung ist die Arbeitslosigkeit im März deutlich gesunken. Saisonbereinigt waren 3,29 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 55 000 weniger als im Vormonat. Innerhalb von 12 Monaten hat sich damit die Arbeitslosigkeit um 617 000 verringert. Die Arbeitslosenquote betrug im Berichtsmonat saisonbereinigt 7,8 %, nach 8,0 % im Februar.

Arbeitslosigkeit

Preise

Die Rohölnotierungen erreichten im März neue Höchststände. Im Monatsdurchschnitt notierte der Kassakurs für die Sorte Brent mit 102 $\frac{3}{4}$ US-\$ um 8 $\frac{1}{4}$ US-\$ über dem Februarwert. Der Anstieg dürfte von der Entscheidung der OPEC, die Förderquoten unverändert beizubehalten, beeinflusst worden sein. Zu-

*Internationale
Rohölpreise*

dem waren die Vorratsbestände eher knapp. Bei Abschluss dieses Berichts lag der Kassapreis bei 112 US-\$. An den Terminmärkten notierte Rohöl der Sorte Brent mit zuletzt weitgehend unveränderten Abschlägen, die bei Lieferung in sechs Monaten 1¼ US-\$ und in 18 Monaten 5 US-\$ ausmachten.

Einfuhr- und Erzeugerpreise

Die Einfuhren verteuerten sich im Februar im Vormonatsvergleich saisonbereinigt mit durchschnittlich 0,9 % sehr kräftig. Diese Entwicklung wurde vor allem von den höheren Rohölnotierungen getrieben, aber auch Agrarprodukte und industrielle Rohstoffe trugen hierzu maßgeblich bei. Ohne Energie gerechnet sind die Importpreise saisonbereinigt um 0,4 % gestiegen. Im Vorjahrsvergleich ergab sich für die Einfuhren insgesamt ein Preisanstieg von 5,9 %, verglichen mit 3,7 % am Jahresende 2007. Die inländischen Erzeugerpreise sind in den Monaten Februar und März zusammen gegenüber Januar saisonbereinigt um 1,1 % gestiegen. Der Vorjahrsabstand weitete sich von 3,3 % im Januar auf 4,2 % im März aus.

Verbraucherpreise

Die Preise auf der Verbraucherstufe zogen im März wieder deutlich an; saisonbereinigt gingen sie um 0,4 % über den Vormonatsstand hinaus. Vor allem Kraftstoffe und Heizöl haben sich stark verteuert. Für Lebensmittel mussten die Konsumenten abermals mehr aufwenden. Auch Dienstleistungen verteuerten sich wegen des frühen Ostertermins kräftig. Die Vorjahrsrate des Gesamtindex in nationaler Abgrenzung erhöhte sich von 2,8 % im Februar auf 3,1 % im März. Nach dem harmonisierten Konzept (HVPI) lag der

Vorjahrsabstand zuletzt bei 3,3 %, verglichen mit 3,0 % (revidiert von 2,9 %) im Vormonat.

Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunalfinanzen

Nach den zuletzt veröffentlichten Kassenergebnissen verzeichneten die Gemeindehaushalte im letzten Quartal des Jahres 2007 einen Überschuss von 4½ Mrd €, der damit noch einmal um 2 Mrd € höher ausfiel als vor Jahresfrist. Der Zuwachs der Einnahmen betrug dabei 7½ % beziehungsweise 3½ Mrd €. Dabei wurde – nach nur leichtem Anstieg im Vorquartal – ein mit 8½ % (+ 1¾ Mrd €) wieder deutlich stärkerer Zuwachs der kommunalen Steuererträge verzeichnet. Bei den Einkommensteueranteilen belief sich die Zunahme auf 5½ %, während bei der Gewerbesteuer (nach Abzug der Umlage an Bund und Länder) ein sehr kräftiger Anstieg von 17½ % verbucht wurde. Daneben sind die grundsätzlich an die steuerlichen Erträge der Länder gekoppelten Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen der Länder weiter stark gestiegen (+ 15 % bzw. + ¾ Mrd €). Der Beitrag von Vermögensverwertungen zur Haushaltsfinanzierung blieb dagegen im Vergleich zum Vorjahr praktisch ebenso unverändert wie das Gebührenaufkommen.

Höherer Überschuss im Schlussquartal 2007 aufgrund sehr kräftigen Einnahmestiegs...

¹⁾ Im Rahmen der Kurzberichte werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte statistische Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

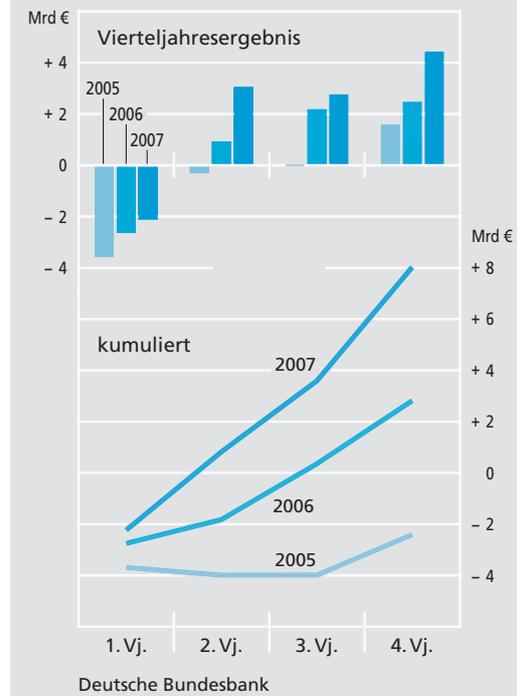
... bei merklichem Ausgabenwachstum

Die Ausgaben wuchsen um insgesamt 3 ½ % (+ 1 ½ Mrd €). Einem moderaten Rückgang in Ostdeutschland stand dabei eine weiter kräftige Zunahme um gut 4 ½ % in den alten Bundesländern gegenüber. Die Personalaufwendungen stiegen mit gut 1% weiter relativ verhalten. Bei den laufenden Sachaufwendungen setzte sich der deutliche Zuwachs fort (+ 4 ½ % bzw. ½ Mrd €). Auch die Aufwendungen für soziale Leistungen fielen merklich höher aus als vor Jahresfrist (+ 3 % bzw. ¼ Mrd €). Bei unveränderten Ausgaben für Leistungen an Langzeitarbeitslose war dies auf eine spürbare Zunahme der Kosten für die Sozialhilfe zurückzuführen. Die Sachinvestitionen fielen dagegen trotz der insgesamt als sehr günstig einzustufenden Finanzlage und in diesem Bereich deutlich gestiegener Preise nur noch geringfügig höher aus als vor Jahresfrist (+ 1%). Ein stärkerer Anstieg in den westdeutschen Bundesländern (+ 4 ½ %) wurde dabei von einem deutlichen Rückgang in Ostdeutschland gedämpft.

Hohe Steuererträge und Landeszuweisungen ermöglichten im Gesamtjahr Überschuss in Rekordhöhe

Im Gesamtjahr erzielten die Gemeinden einen Finanzierungsüberschuss von 8 Mrd €. Gegenüber dem bereits hohen Vorjahrswert bedeutete dies eine weitere Zunahme um 5 Mrd €. Hierzu leistete die Einnahmentwicklung den entscheidenden Beitrag mit einem Anstieg um 6 ½ % beziehungsweise 10 Mrd €. Der nochmals sehr kräftige Zuwachs des Steueraufkommens um 8 %, der gleichermaßen auf die Entwicklung der Einkommensteueranteile wie der Gewerbesteuer zurückzuführen war, hatte allein Mehrerträge von 5 Mrd € zur Folge. Aus Schlüssel- und Investitionszuweisungen der Länder wurden zudem Mehrerlöse von 13 ½ % beziehungs-

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte



weise 4 Mrd € erzielt, und auch die übrigen Einnahmen von Gebietskörperschaften wuchsen kräftig um 2 Mrd €. Dagegen waren die sonstigen Einnahmen im Vorjahrsvergleich insgesamt um gut ½ Mrd € rückläufig, insbesondere weil die Verwertung von Vermögen 1 Mrd € weniger erbrachte.

Auf der Ausgabenseite hat sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr deutlich auf gut 3 % beziehungsweise 5 Mrd € verstärkt. Besonders ausgeprägt war die Zunahme beim laufenden Sachaufwand (+ 5 ½ % bzw. 1 ½ Mrd €). Außer den Sozialausgaben (+ 2 ½ % bzw. 1 Mrd €) leistete auch der auf 5 % (1 Mrd €) beschleunigte Zuwachs der Aufwendungen für Sachinvestitionen einen gewichtigen Beitrag. Für die Zinsausgaben wird eine Zunahme um 5 ½ % (¼ Mrd €) ausge-

Ausgabenanstieg 2007 weiter beschleunigt

wiesen. Angesichts des auch 2007 noch gewachsenen Gesamtvolumens der kurzfristigen Kassenkredite und ihres hohen Anteils an den Gesamtschulden der Kommunalhaushalte (zum Jahresende 2007 belief er sich auf ein Viertel) dürfte der spürbare Anstieg der Geldmarktzinsen maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Die Rückführung der Kreditmarktschulden um insgesamt 3 Mrd € im letzten Jahr wird dagegen grobenteils erst im laufenden Jahr die Zinsausgaben dämpfen.

*Auch 2008
Überschuss
möglich, aber
Belastungen
nicht zuletzt
durch Tarif-
abschluss*

Für 2008 ist vor dem Hintergrund der günstigen Ausgangslage erneut ein Überschuss für die Kommunalhaushalte zu erwarten. Die Steuerschätzung vom November hatte zwar nur noch leichte Zuwächse für das kommunale Steueraufkommen in Aussicht gestellt, und die Unsicherheiten angesichts der Turbulenzen an den Finanzmärkten sind vor allem im Hinblick auf die gewinnabhängige Gewerbesteuer besonders groß. Aus den Landeszuweisungen sind aber weiterhin höhere Einnahmen nicht zuletzt aus Abrechnungen für Vorjahre zu erwarten. Auf der Ausgabenseite dürfte der Zuwachs dagegen kräftig bleiben. Etliche Gemeinden könnten den vorsichtigeren Kurs der vergangenen Jahre lockern. Neben dem laufenden Sachaufwand, den Sozialleistungen und Sachinvestitionen werden angesichts des Ergebnisses der Tarifverhandlungen erstmals seit Jahren auch die Personalausgaben merklich wachsen. Bei einem vereinbarten Anstieg der Tarifentgelte um durchschnittlich 5,1% sind in den Kernhaushalten der Gemeinden im laufenden Jahr Mehrbelastungen von annähernd 1 ½ Mrd € gegenüber unveränderten Entgelten absehbar. Die Aus-

weitung der Arbeitszeit in den westdeutschen Kommunen um 1,3% ab Juli 2008 könnte hier vor allem mittelfristig eine kleinere Kompensation bewirken. Dagegen könnten zusätzliche Belastungen in ausgliederten Einrichtungen auszugleichen sein. Spätestens im nächsten Jahr dürfte aber zumindest ein Teil der Mehrkosten durch höhere Entgelte der Gebührenhaushalte abgedeckt werden. Auch wenn somit insgesamt gesehen im laufenden Jahr ein weiterer Überschuss der kommunalen Haushalte erzielt werden dürfte, wird in zahlreichen Gemeinden ein erheblicher Bestand an Kassenkrediten und somit weiterhin umfangreicher Konsolidierungsbedarf bestehen bleiben.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Am deutschen Rentenmarkt ließ die Emissionstätigkeit im Februar gegenüber Januar nach. Insgesamt wurden im Berichtsmonat Anleihen für 116,5 Mrd € am deutschen Markt begeben, nach 143,4 Mrd € im Januar. Nach Abzug der im Vergleich zu Januar höheren Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten haben diese im Februar ihre Verschuldung am heimischen Rentenmarkt letztlich um 23,3 Mrd € reduziert. Der Absatz ausländischer Schuldverschreibungen belief sich auf 6,3 Mrd €.

*Absatz von
Rentenpapieren*

Die öffentliche Hand tilgte im Februar angesichts einer guten Kassenlage im Ergebnis Rentenmarktverbindlichkeiten in Höhe von

*Öffentliche
Anleihen*

10,2 Mrd €. Davon entfielen 9,4 Mrd € auf den Bund, der im Januar noch – entsprechend der Emissionsplanung – Schuldverschreibungen für netto 5,6 Mrd € abgesetzt hatte. Er tilgte im Berichtsmonat per saldo vor allem fünfjährige Bundesobligationen (14,3 Mrd €), in geringerem Umfang auch Finanzierungsschätze, Bubills und zweijährige Schatzanweisungen (zusammen 0,9 Mrd €). Dagegen stockte der Bund seine Verschuldung in zehnjährigen Anleihen um 5,3 Mrd € auf und setzte auch 30-jährige Anleihen und Schatzbriefe ab (0,4 Mrd € bzw. 0,1 Mrd €). Die Länder tilgten im Ergebnis Rentenmarktpapiere in Höhe von 0,8 Mrd €.

Bankschuldverschreibungen

Die Kreditinstitute zahlten im Februar ebenso wie die öffentliche Hand netto Schuldverschreibungen zurück (14,3 Mrd €). Dabei überwogen vor allem bei Anleihen von Spezialkreditinstituten (8,2 Mrd €), aber auch bei Öffentlichen Pfandbriefen und den besonders flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen im Ergebnis die Tilgungen (4,8 Mrd € bzw. 1,4 Mrd €). Der Umlauf von Hypothekendarlehen nahm dagegen geringfügig zu (0,1 Mrd €).

Unternehmensanleihen

Die inländischen Unternehmen haben im Berichtsmonat netto Schuldverschreibungen für 1,2 Mrd € begeben, wobei es sich per saldo ausschließlich um länger laufende Anleihen handelte, während Geldmarktpapiere (Commercial Paper) getilgt wurden (1,1 Mrd €).

Erwerb von Schuldverschreibungen

Erworben wurden Schuldverschreibungen im Februar letztlich nur von den heimischen Kreditinstituten, die 11,8 Mrd € in Zinstitel investierten. Inländische Nichtbanken veräußerten

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Position	Mrd €		
	2007 Februar	2008 Januar Februar	
Absatz inländischer Schuldverschreibungen 1)			
	9,6	17,5	- 23,3
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	8,5	7,6	- 14,3
Anleihen der öffentlichen Hand	- 1,3	4,4	- 10,2
Ausländische Schuldverschreibungen 2)	16,9	2,9	6,3
Erwerb			
Inländer	20,2	- 8,1	- 8,9
Kreditinstitute 3)	10,0	- 6,0	11,8
Nichtbanken 4)	10,2	- 2,1	- 20,7
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	6,3	- 10,7	- 19,8
Ausländer 2)	6,3	28,5	- 8,1
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	26,5	20,4	- 17,0

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

dagegen Rentenwerte (20,7 Mrd €), wobei es sich zum größten Teil um inländische Papiere handelte. Gebietsfremde Anleger verringerten ihr Engagement am deutschen Rentenmarkt um 8,1 Mrd €.

Aktienmarkt

Die Emissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt belebte sich im Februar gegenüber dem Vormonat geringfügig. Insgesamt wurden junge Aktien für 0,8 Mrd € begeben, und zwar zum überwiegenden Teil von börsennotierten Gesellschaften. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt verringerte sich um 9,5 Mrd €. Erworben wurden Aktien per saldo ausschließlich von inländischen Nichtbanken (7,0 Mrd €) und von ausländischen Anlegern (3,0 Mrd €). Die inlän-

Aktienabsatz und -erwerb

dischen Banken verringerten dagegen ihre Aktienportefeuilles um 18,7 Mrd €.

Investmentzertifikate

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Berichtsmonat ein Mittelaufkommen von 1,4 Mrd €, wovon 1,0 Mrd € auf die Publikumsfonds entfielen. Hier erzielten insbesondere Offene Immobilienfonds, aber auch Gemischte Wertpapierfonds netto Zuflüsse (1,2 Mrd € bzw. 0,7 Mrd €). Dagegen wurden aus reinen Aktien- und Rentenfonds per saldo Mittel abgezogen (0,7 Mrd € bzw. 0,3 Mrd €). Bei den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds kamen 0,4 Mrd € auf. Anteile ausländischer Fonds wurden am deutschen Markt in Höhe von netto 5,4 Mrd € abgesetzt. Investmentanteile wurden vor allem von den heimischen Nichtbanken erworben, in geringerem Umfang auch von Ausländern (6,2 Mrd € bzw. 0,9 Mrd €). Die inländischen Kreditinstitute veräußerten per saldo Fondsanteile für 0,3 Mrd € aus ihren Beständen.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Februar – gemessen an den Ursprungsdaten – einen Überschuss von 15,4 Mrd € auf. Das Ergebnis lag damit um 0,7 Mrd € über dem Vormonatsniveau. Dabei schlug das niedrigere Defizit im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, welche Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen, stärker zu Buche als die Verminderung des Aktivsaldo in der Handelsbilanz.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ging der Außenhandelsüberschuss im Februar gegenüber dem Vormonat um 0,2 Mrd € auf 16,9 Mrd € zurück. Nach Ausschaltung von Saison- und Kalendereinflüssen erhöhte er sich jedoch um $\frac{1}{4}$ Mrd € auf 16 $\frac{1}{2}$ Mrd €. Dabei blieben die wertmäßigen Ausfuhren unverändert, während die Einfuhren um $\frac{1}{2}$ % nachgaben. Januar/Februar zusammen genommen, stiegen die nominalen Exporte saisonbereinigt um 2 $\frac{3}{4}$ % und die Importe um 6 $\frac{1}{4}$ % gegenüber dem Durchschnitt des Schlussquartals 2007. Der kräftige Anstieg der Einfuhren ist zu gut einem Viertel auf höhere Preise zurückzuführen.

Außenhandel

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen verringerte sich im Februar um 0,7 Mrd € auf 0,8 Mrd €. Dahinter standen Verbesserungen in der Dienstleistungsbilanz und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Die Dienstleistungsbilanz war im Februar praktisch ausgeglichen, nach einem Passivsaldo von 1,1 Mrd € im Vormonat. Die Nettoeinnahmen aus grenzüberschreitenden Faktoreinkommen legten um 1,1 Mrd € auf 4,2 Mrd € zu. Demgegenüber weitete sich das Defizit bei den laufenden Übertragungen um 1,5 Mrd € auf 5,0 Mrd € aus.

*„Unsichtbare“
Leistungs-
transaktionen*

Im Februar wies der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr Netto-Kapitalexporte auf (5,1 Mrd €), nach Netto-Kapitalimporten in den Monaten zuvor. Ausschlaggebend waren Verkäufe von hiesigen Wertpapieren durch ausländische Anleger (4,1 Mrd €). Diese trennten sich in erster Linie von inländischen Schuldverschreibungen (8,1 Mrd €), insbeson-

*Wertpapier-
verkehr*

dere von öffentlichen Anleihen (13,7 Mrd €). Dagegen fragten sie inländische Aktien im Umfang von 3,0 Mrd € nach. Deutsche Investoren legten im Februar per saldo in geringem Umfang ausländische Wertpapiere in ihre Portfolios (1,0 Mrd €). Dabei erwarben sie vor allem Schuldverschreibungen (6,3 Mrd €) und Investmentzertifikate (5,4 Mrd €), verkauften jedoch ausländische Dividendentitel (10,7 Mrd €).

Direktinvestitionen

Bei den Direktinvestitionen kam es im Februar ebenfalls zu Netto-Kapitalexporten (13,5 Mrd €, nach 14,4 Mrd € im Vormonat). Maßgeblich dazu beigetragen haben deutsche Firmen (15,7 Mrd €), die ihren ausländischen Niederlassungen im Wesentlichen Kreditmittel (7,5 Mrd €), aber auch frisches Beteiligungskapital (4,2 Mrd €) zur Verfügung stellten. Ausländische Direktinvestoren statteten ihre hiesigen Tochterunternehmen mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 2,1 Mrd € aus.

Übriger Kapitalverkehr

Der übrige statistisch erfasste Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (so weit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, verzeichnete im Februar erneut Mittelzuflüsse (14,6 Mrd €, nach 10,0 Mrd € im Januar). Ausschlaggebend war der Kapitalimport durch die Nichtbanken (24,5 Mrd €). Darunter flossen den Unternehmen und Privatpersonen 15,0 Mrd € und staatlichen Stellen 9,5 Mrd € zu. Die Auslandsposition des Bankensystems, deren Veränderung als Spiegelbild aller anderen Zahlungsbilanztransaktionen aufgefasst werden kann, nahm im Februar um 9,9 Mrd € zu. Dahinter steht eine Zunahme der Netto-Auslandsforderun-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2007		2008	
	Febr.	Jan. 1)	Jan.	Febr.
I. Leistungsbilanz				
1. Außenhandel 1)				
Ausfuhr (fob)	77,6	84,2	84,6	84,6
Einfuhr (cif)	63,3	67,1	67,1	67,7
Saldo	+ 14,3	+ 17,1	+ 17,1	+ 16,9
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte				
Ausfuhr (fob)	79,8	85,2	85,2	85,2
Einfuhr (cif)	65,5	69,1	69,1	68,8
2. Ergänzungen zum Außenhandel 2)	- 0,7	- 0,9	- 0,9	- 0,6
3. Dienstleistungen				
Einnahmen	12,1	13,3	12,5	12,5
Ausgaben	12,4	14,4	14,4	12,5
Saldo	- 0,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0
4. Erwerbs- und Ver- mögenseinkommen (Saldo)	+ 4,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,2
5. Laufende Übertragungen				
Fremde Leistungen	0,7	1,4	0,7	0,7
Eigene Leistungen	7,3	4,9	4,9	5,7
Saldo	- 6,6	- 3,5	- 3,5	- 5,0
Saldo der Leistungsbilanz	+ 11,4	+ 14,7	+ 14,7	+ 15,4
II. Vermögensübertragungen (Saldo) 3)	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)				
1. Direktinvestitionen	- 3,0	- 14,4	- 14,4	- 13,5
Deutsche Anlagen im Ausland	- 8,4	- 10,5	- 10,5	- 15,7
Ausländische Anlagen im Inland	+ 5,4	- 3,9	- 3,9	+ 2,1
2. Wertpapiere	- 11,2	+ 10,3	+ 10,3	- 5,1
Deutsche Anlagen im Ausland	- 26,3	- 1,5	- 1,5	- 1,0
darunter: Aktien	- 1,6	+ 3,9	+ 3,9	+ 10,7
Anleihen 4)	- 18,6	+ 0,6	+ 0,6	- 4,6
Ausländische Anlagen im Inland	+ 15,1	+ 11,7	+ 11,7	- 4,1
darunter: Aktien	+ 8,1	- 15,7	- 15,7	+ 3,0
Anleihen 4)	+ 5,2	+ 19,4	+ 19,4	- 8,4
3. Finanzderivate	- 3,5	- 9,7	- 9,7	- 7,7
4. Übriger Kapitalverkehr 5)	- 9,6	+ 10,0	+ 10,0	+ 14,6
Monetäre Finanz- institute 6)	- 8,0	+ 31,6	+ 31,6	+ 4,9
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	- 4,4	+ 33,0	+ 33,0	+ 17,9
Staat	- 1,0	- 11,7	- 11,7	+ 15,0
Bundesbank	+ 5,6	+ 7,7	+ 7,7	+ 9,5
Bundesbank	- 6,2	- 17,6	- 17,6	- 14,8
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 7)	+ 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Saldo der Kapitalbilanz 8)	- 26,8	- 4,1	- 4,1	- 12,0
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Trans- aktionen (Restposten)	+ 15,4	- 11,0	- 11,0	- 3,6

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 5 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 6 Ohne Bundesbank. — 7 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen. — 8 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

Deutsche Bundesbank

gen der Bundesbank um 14,8 Mrd €, und zwar in erster Linie im Rahmen des Großbetragszahlungsverkehrssystems TARGET2. Bei den Kreditinstituten kamen hingegen 4,9 Mrd € auf.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im Februar – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,3 Mrd € gestiegen.

*Währungs-
reserven*

Zehn Jahre geld- politische Zusammen- arbeit im Eurosystem

Vor zehn Jahren wurden wichtige Entscheidungen für die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 getroffen. So legte der Rat der Europäischen Union auf Basis der Konvergenzkriterien am 2. Mai 1998 die ersten 11 Teilnehmerländer der Europäischen Währungsunion fest. Mit Wirkung vom 1. Juni 1998 wurde das Europäische System der Zentralbanken errichtet. Im Oktober gab der EZB-Rat seine geldpolitische Strategie bekannt. Und am 31. Dezember 1998 wurden die Umrechnungskurse der nationalen Währungen der ersten 11 Mitgliedsländer zum Euro unwiderruflich festgeschrieben.

Der vorliegende Beitrag erläutert, wie die Notenbanken des Eurosystems seitdem sowohl in der Vorbereitung der geldpolitischen Entscheidungen als auch bei der Durchführung der Geldpolitik eng zusammenarbeiten, und schildert die diesbezüglich wichtigsten Erfahrungen und Entwicklungen. Das Eurosystem blickt dabei auf ein erfolgreiches Jahrzehnt zurück: Die Inflationsrate lag trotz wiederholter Preisschübe ausgehend von den Weltmärkten und aufgrund steuerlich bedingter Verteuerungen durchschnittlich nur geringfügig über der Stabilitätsmarke von „unter, aber nahe bei 2%“. Die geldpolitische Strategie und das Instrumentarium haben sich bewährt, und auch für die Herausforderungen der Zukunft ist das Eurosystem gut gerüstet.

ESZB, Eurosystem und EZB

*EZB und
NZBen bilden
gemeinsam das
Eurosystem*

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken (NZBen) aller EU-Mitgliedstaaten. Zu diesem System gehören also auch die Zentralbanken jener EU-Mitgliedstaaten, in denen der Euro noch nicht als gemeinsame Währung eingeführt wurde. Die EZB und die NZBen derjenigen EU-Staaten, die dem Euro-Währungsgebiet beigetreten sind, werden als „Eurosystem“ bezeichnet. Das Eurosystem in seiner Gesamtheit ist die Zentralbank des Euro-Raums.

Der EZB-Rat ...

Das oberste Entscheidungsorgan des Eurosystems und zugleich der EZB ist der EZB-Rat. Er fasst die Beschlüsse, die notwendig sind, um die dem Eurosystem übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Hierzu gehört vor allem die Gewährleistung von Preisstabilität. Er legt somit insbesondere die Geldpolitik für den Euro-Raum fest. Der EZB-Rat setzt sich aus den sechs Mitgliedern des EZB-Direktoriums und den Präsidenten beziehungsweise Gouverneuren der NZBen derjenigen Staaten zusammen, deren Währung der Euro ist. Die Mitglieder des EZB-Rats handeln bei allen Entscheidungen, auch bei denen, die die Geldpolitik betreffen, alleinverantwortlich und unabhängig.¹⁾

*... und seine
Abstimmungs-
modalitäten*

Der EZB-Rat beschließt grundsätzlich mit einfacher Mehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des EZB-Präsidenten den Ausschlag.²⁾ Auf Grundlage des Vertrages von Nizza, der am 1. Februar 2003 in Kraft trat, wurde in das ESZB-Statut eine Vorschrift zur

Stimmrechtsrotation eingefügt. Sie soll ermöglichen, dass der EZB-Rat auch in einem erweiterten Euro-Währungsgebiet weiterhin in der Lage ist, Entscheidungen effizient und rechtzeitig zu treffen.³⁾ In diesem Rotationssystem wird die Stimmrechtshäufigkeit des Bundesbankpräsidenten ab 19 Teilnehmerländern vier Fünftel betragen.

Nach dem ESZB-Statut können NZBen auch andere Aufgaben, die nicht mit dem ESZB beziehungsweise dem Eurosystem zusammenhängen, wahrnehmen, es sei denn, der EZB-Rat stellt mit Zweidrittelmehrheit fest, dass diese Aufgaben nicht mit den Zielen und Aufgaben des ESZB vereinbar sind. So nimmt auch die Bundesbank Aufgaben nach natio-

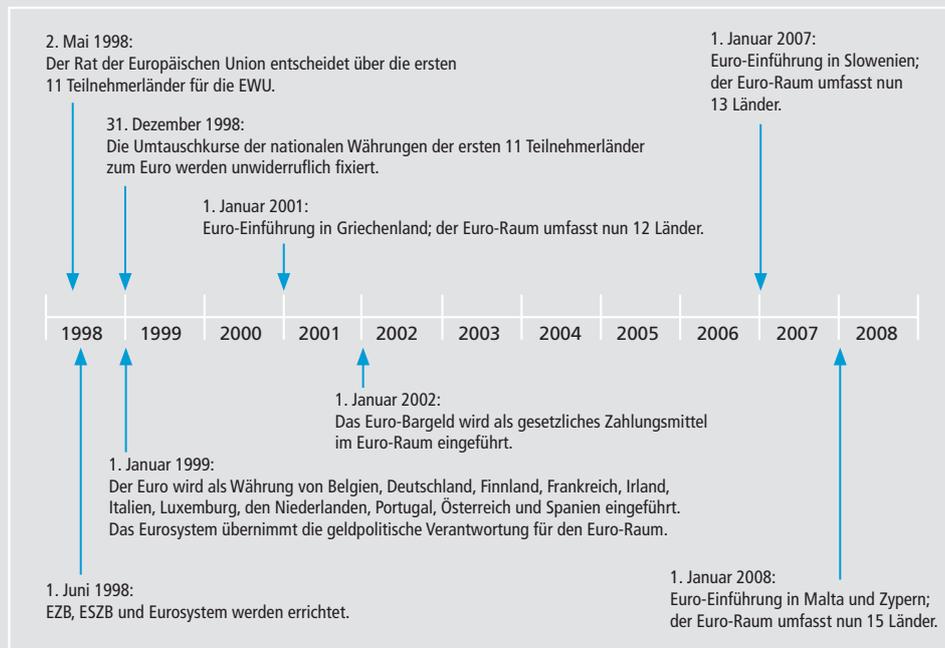
*Die NZBen als
nationale
Institutionen*

¹ Mit währungs- und geldpolitischen Themen, die auch jene EU-Mitgliedstaaten betreffen, die den Euro noch nicht als Währung eingeführt haben, befasst sich der Erweiterte Rat, dem neben dem Präsidenten und Vizepräsidenten der EZB die Präsidenten bzw. Gouverneure der nationalen Notenbanken aller EU-Mitgliedsländer angehören.

² In einigen Fällen werden die Stimmen der nationalen Zentralbankpräsidenten nach den jeweiligen nationalen Anteilen am gezeichneten Kapital der EZB und die Stimmen der Mitglieder des Direktoriums mit null gewichtet. Dies betrifft finanzielle Angelegenheiten wie Kapitalausrüstung, Übertragung von Währungsreserven auf die EZB, Verteilung der monetären Einkünfte der NZBen oder die Verteilung der Netto-Gewinne und Verluste der EZB.

³ Das Rotationssystem beginnt ab dem Zeitpunkt, zu dem im EZB-Rat 16 NZB-Gouverneure vertreten sind, kann aber bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben werden, zu dem die Anzahl der NZB-Gouverneure 18 übersteigt. Nach dem Rotationssystem werden zwar auch künftig sämtliche Mitglieder des EZB-Rats an den Sitzungen und Beratungen teilnehmen, die Anzahl der Stimmrechte der nationalen Zentralbankgouverneure wird jedoch 15 nicht überschreiten, während die sechs Direktoriumsmitglieder der EZB dauerhafte Stimmrechte haben. Zu diesem Zweck werden die Gouverneure der NZBen nach Maßgabe der Position, die sich für ihr jeweiliges Land aus der relativen Größe seiner Volkswirtschaft und der gesamten aggregierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute ergibt, in zwei, später in drei Gruppen eingeteilt, die sich nach Häufigkeit der Stimmberechtigung unterscheiden. Zu den Details siehe: Europäische Zentralbank, Änderung der Abstimmungsregeln im EZB-Rat, Monatsbericht, Mai 2003.

Wichtige Ereignisse für die EWU von 1998 bis 2008



Deutsche Bundesbank

nalem Recht wahr, die sie in eigener Verantwortung ausübt. Beispielsweise wirkt sie in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Bereich der Bankenaufsicht mit. Zudem erbringt sie Dienstleistungen für die öffentliche Hand und nimmt die deutsche Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds wahr.

Die geldpolitische Strategie des Eurosystems

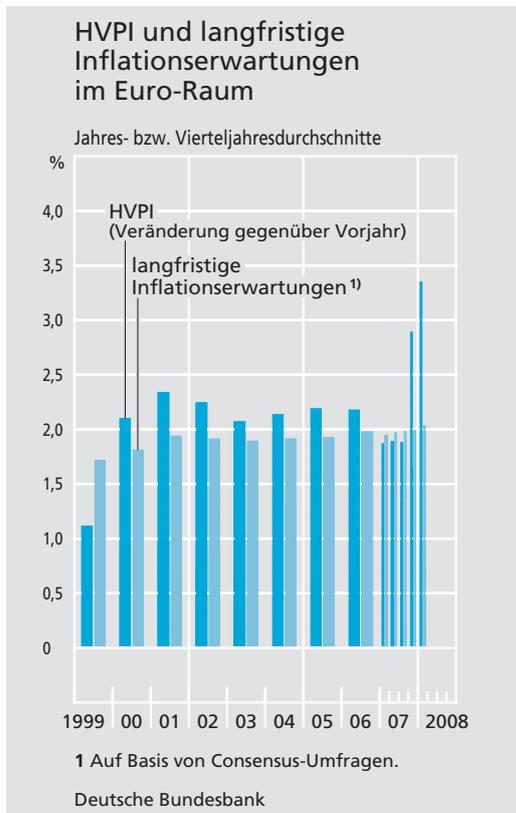
*Preisstabilität
als vorrangiges
Ziel*

Auf Basis der Erkenntnis, dass Preisstabilität der beste Beitrag der Geldpolitik für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung ist, wurde dem Eurosystem durch Artikel 105 des EG-Vertrages das vorrangige Ziel gegeben, „Preisstabilität zu gewährleisten“.

Der EG-Vertrag lässt aber offen, was quantitativ unter „Preisstabilität“ zu verstehen ist. Um diesbezüglich Klarheit zu schaffen, gab der EZB-Rat im Oktober 1998 eine quantitative Definition von Preisstabilität bekannt, die im Frühjahr 2003 noch einmal präzisiert wurde.⁴⁾ Demnach wird Preisstabilität definiert als „Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das Euro-Währungsgebiet von unter, aber nahe bei 2 % gegenüber dem Vorjahr“. Preisstabilität in diesem Sinne muss mittelfristig gewährleistet sein. Dieser Zusatz trägt der Tatsache Rechnung, dass das Preisniveau kurzfristigen Schwankungen unterliegt, die von der Geldpolitik nicht gesteuert werden können.

*Definition von
Preisstabilität
als Inflations-
rate von „unter,
aber nahe bei
2 %“*

⁴ Siehe: Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank vom 13. Oktober 1998, Eine stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie für das ESZB.



Gründe für eine leicht positive Inflationsrate

Es gibt mehrere Gründe dafür, Preisstabilität als Teuerungsrate leicht oberhalb von 0 % zu definieren. So ist der gemessene Anstieg des Preisindex typischerweise etwas nach oben verzerrt, weil Änderungen der Verbrauchs- und Einkaufsgewohnheiten bei der statistischen Preismessung nicht angemessen berücksichtigt werden. Darüber hinaus sah der EZB-Rat im Frühjahr 2003 die Notwendigkeit, einen gewissen Sicherheitsabstand zum Schutz gegen Deflationsrisiken einzuhalten.

Mit der Veröffentlichung seiner quantitativen Definition für Preisstabilität stellt der EZB-Rat der Öffentlichkeit sowohl eine Orientierungshilfe für die Inflationserwartungen als auch einen Maßstab zur Verfügung, an dem sich der Erfolg seiner Geldpolitik messen lässt. In den ersten neun Jahren der Währungsunion

lag die Jahresinflationsrate mit durchschnittlich 2,1% zwar oberhalb dieses Stabilitätsbereichs. Hierfür war aber nicht zuletzt eine Reihe aufwärtsgerichteter Preisschocks verantwortlich, die von den internationalen Energie-, Rohstoff- und Agrarmärkten ausgingen sowie durch Steueränderungen bedingt waren und damit tendenziell außerhalb des Einflussbereichs der Geldpolitik lagen. Dies darf jedoch kein Anlass zur Selbstzufriedenheit sein, zumal nicht davon ausgegangen werden darf, dass die bisher preisdämpfend wirkenden Effekte der Globalisierung weiter anhalten werden.⁵⁾ In den letzten Monaten hat sich der Preisdruck erheblich erhöht und das Preisklima deutlich eingetrübt. In diesem Umfeld ist ein klares Stabilitätsbekenntnis seitens der Geldpolitik gefordert, um das in den letzten Jahren aufgebaute stabilitätspolitische Vertrauenskapital nicht zu beschädigen.

Hauptelemente der geldpolitischen Strategie des EZB-Rats sind – neben der Definition für Preisstabilität – die zwei Säulen seines geldpolitischen Analyserahmens. Der Zwei-Säulen-Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik sowohl die kürzer- als auch die längerfristigen Preisrisiken im Blick behalten muss. Erstere analysiert der EZB-Rat dabei vor allem auf Basis gesamtwirtschaftlicher und finanzieller Indikatoren (wirtschaftliche Analyse). Die Abschätzung der längerfristigen Preisgefahren erfolgt hingegen überwiegend anhand monetärer Indikatoren (monetäre Analyse).

Zwei-Säulen-Strategie

⁵ Siehe: Deutsche Bundesbank, Deutschland im Globalisierungsprozess, Monatsbericht, Dezember 2006, S. 17–35.

*Wirtschaftliche
Analyse ...*

In kurz- bis mittelfristiger Perspektive wird die Preisentwicklung vor allem durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf den Güter- und Faktormärkten beeinflusst. Daher beobachtet und interpretiert der EZB-Rat im Rahmen seiner wirtschaftlichen Analyse unter anderem die weltweite wirtschaftliche Aktivität, die Wechselkursentwicklung, die Wettbewerbsposition des Euro-Raums, die Einkommens- und Preisentwicklung, die Arbeits- und die Finanzmärkte sowie zahlreiche Erwartungsindikatoren.

Ziel ist es dabei vor allem, Entwicklungen zu identifizieren, die sich innerhalb der folgenden ein bis zwei Jahre in Preisniveauänderungen niederschlagen können. Aus geldpolitischer Sicht ist hier zentral, ob der Inflationsdruck lediglich vorübergehender oder dauerhafter Natur ist. Um diesbezügliche Risiken frühzeitig zu erkennen, zieht das Eurosystem neben Angaben zur Lohnentwicklung auch Messgrößen der Inflationserwartungen heran, die aus Umfragen oder Finanzmarktindikatoren abgeleitet werden.⁶⁾ Bestehen mittelfristig aufwärtsgerichtete Inflationsrisiken, so muss die Notenbank mit einer Zinsanhebung reagieren, um auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten.

*... und gesamt-
wirtschaftliche
Projektionen*

Um den Interdependenzen zwischen den verschiedenen Indikatoren Rechnung zu tragen, erstellen die Experten des Eurosystems zudem in regelmäßigen Abständen konsistente Vorausschätzungen unter anderem des Bruttoinlandsprodukts, seiner Komponenten sowie der HVPI-Preisentwicklung für das laufende, das nächste und das übernächste Jahr. Seit Dezember 2000 werden diese Projektionen

im Monatsbericht der EZB veröffentlicht, mittlerweile in vierteljährlichem Abstand. Den im Dezember und Juni veröffentlichten Projektionen geht ein aufwendiger Abstimmungsprozess zwischen allen Notenbanken des Eurosystems voraus (siehe hierzu S. 23), während die im März und September veröffentlichten Projektionen allein vom EZB-Stab auf Basis der großen Projektionsrunden des Vorquartals angepasst werden. Hierzu steuern die NZBen eine Aktualisierung der kurzfristigen Inflationsprognose bei. Mittlerweile sind einige NZBen dazu übergegangen, ihre Beiträge zu den Prognoserunden für ihre Länder zu veröffentlichen. So hat auch die Bundesbank im Dezember 2007 damit begonnen, regelmäßig ihre Projektionen für Deutschland vorzustellen.⁷⁾

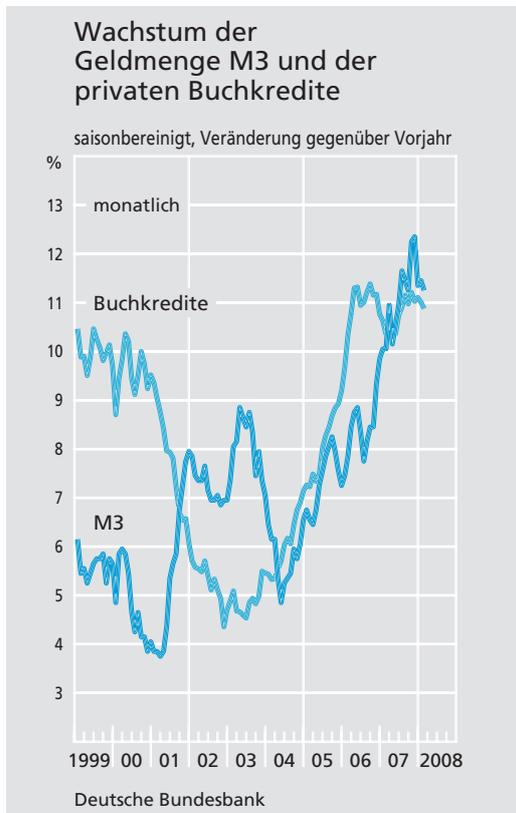
Zur Beurteilung der längerfristigen Preisrisiken nutzt der EZB-Rat im Rahmen der monetären Analyse den empirisch gut dokumentierten langfristigen Zusammenhang zwischen der Geldmengen- und der Preisentwicklung im Euro-Raum.⁸⁾ Dieser Zusammenhang zeigt sich beispielsweise darin, dass Inflationsprojektionen, die auf der Entwicklung des breit

*Monetäre
Analyse ...*

⁶ Siehe: Deutsche Bundesbank, Zum Informationsgehalt von Umfragedaten über die Inflationserwartungen des privaten Sektors für die Geldpolitik, Monatsbericht, Oktober 2006, S. 15–28, und Europäische Zentralbank, Messung der Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet, Monatsbericht, August 2006, S. 63–74.

⁷ Siehe: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft: gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2008 und 2009, Monatsbericht, Dezember 2007, S. 17–30.

⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisen, Monatsbericht, Januar 2005, S. 15–27.



abgegrenzten Geldmengenaggregats M3⁹⁾ basieren, eine erkennbar höhere Prognosegüte für einen Vorhersagehorizont von mehr als zwei Jahren besitzen als Vorhersagen auf Basis realwirtschaftlicher Indikatoren, wie sie im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse untersucht werden.¹⁰⁾ Weil Geldmengen- und Kreditdaten zudem zeitnah verfügbar sind und im Unterschied zu zahlreichen realwirtschaftlichen Indikatoren nur relativ geringen Revisionen unterliegen, können mit Hilfe monetärer Daten mögliche längerfristig bestehende Preisrisiken frühzeitig erkannt werden.¹¹⁾

... ist breit angelegt

Da die Indikatorfunktion der Geldmenge aber durch temporär auftretende Sonderfaktoren beeinträchtigt sein kann, beschränkt sich die monetäre Analyse nicht auf die Betrachtung

des Geldmengenaggregats M3. Vielmehr werden auch alternative Geldmengenabgrenzungen sowie die Komponenten und Gegenposten von M3 untersucht. Letztere liefern Aufschluss über die Quellen der Geldentstehung. Üblicherweise stellen dabei die Buchkredite an den Privatsektor die Haupttriebkraft für das Geldmengenwachstum im Euro-Gebiet dar. Dies war auch in den letzten Jahren so. Da solche Finanzierungsmittel aufgenommen werden, um Ausgaben zu tätigen, sollte eine starke private Kreditexpansion tendenziell mit einer erhöhten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und somit für sich genommen mit einem entsprechenden Preisdruck einhergehen.

Dies muss aber nicht zwangsläufig der Fall sein. So könnten beispielsweise Kreditnehmer mit den aufgenommenen Geldern Vermögensgegenstände kaufen, wie etwa Finanztitel oder Immobilien. Anstelle von Güterpreisen steigen dann möglicherweise die entsprechenden Vermögenspreise, die ja nicht Teil des HVPI sind. Tatsächlich nahmen

„Traditionelle“ monetäre Analyse der Komponenten und Gegenposten von M3

⁹ M3 umfasst neben dem Bargeldumlauf die kurzfristigen Bankeinlagen (täglich fällige Einlagen sowie kurzfristige Termin- und Spareinlagen) von Angehörigen des Euro-Raums sowie enge Substitute hierzu (Repogeschäfte, Geldmarktfondszertifikate und kurzlaufende Bankschuldverschreibungen).

¹⁰ Vgl.: M. Scharnagl und C. Schumacher, Reconsidering the role of monetary indicators for euro area inflation from a Bayesian perspective using group inclusion probabilities, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 09/2007; B. Hofmann, Do monetary indicators (still) predict euro area inflation?, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 18/2006, und B. Hofmann (2008), Do monetary indicators lead euro area inflation?, EZB Working Paper Nr. 867.

¹¹ Vgl.: M. Scharnagl, C. Gerberding und F. Seitz, Simple interest rate rules with a role for money, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 31/2007, sowie Deutsche Bundesbank, Geldpolitik unter Unsicherheit, Monatsbericht, Juni 2004, S. 15–28.

im Euro-Raum die Immobilienpreise in den letzten Jahren kräftig zu.¹²⁾ Darüber hinaus kann einem starken Kreditanstieg eine umfangreiche Emission längerfristiger Schuldverschreibungen der Banken gegenüberstehen. Da diese nicht Teil von M3 sind, nehmen anstelle der Geldmenge M3 die längerfristigen Verbindlichkeiten der Banken, das sogenannte Geldkapital, zu. Umgekehrt können Umschichtungen vom Geldkapital in die Geldmenge das M3-Wachstum vorübergehend anheizen, ohne dass damit Inflationsgefahren verbunden sein müssen. Eine besonders lang anhaltende Periode solcher Portfolioumschichtungen, die durch die damals vorherrschende hohe Unsicherheit an den Finanzmärkten bedingt waren, stellt der Zeitraum von 2001 bis 2003 dar.

Fortentwicklung der monetären Analyse: erweiterte Geldnachfragefunktionen, ...

Die quantitative Abschätzung der unsicherheitsbedingten Portfolioumschichtungen ist ein Beispiel für die anhaltende Fortentwicklung der monetären Analyse des Eurosystems.¹³⁾ Stellte diese zunächst vor allem auf den Vergleich von Geldmengenwachstum und Referenzwert für das inflationsfreie Geldmengenwachstum ab, kamen im Laufe der Zeit zahlreiche weitere Instrumente zur Quantifizierung von Sonderentwicklungen hinzu. Hierzu zählen Schätzungen von Geldnachfragefunktionen, die neben den üblichen makroökonomischen Variablen für die Zins- und Einkommenssituation auch noch explizit Messgrößen beispielsweise für die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit, die Immobilienpreisentwicklung oder die internationale Portfolioallokation als Determinanten der Geldmengenentwicklung berücksichtigen.¹⁴⁾

Daneben wird mittels verschiedener Methoden die „monetäre Grunddynamik“ ermittelt, also jene Entwicklung der Geldmenge, die nicht von vorübergehenden Schocks beeinflusst ist und somit die zentrale Information über den kommenden Inflationstrend enthält.¹⁵⁾ Auch die dabei zur Anwendung kommenden Methoden wurden weiterentwickelt. Sie reichen mittlerweile von einfachen Filter- und Trendtechniken bis hin zu komplizierten Faktormodellen, die eine sehr große Datenmenge nutzen können. Darüber hinaus gehören die bereits angesprochenen Prognosemodelle, bei denen die längerfristige Inflationsrate auf Basis monetärer Größen vorhergesagt wird, mittlerweile zum Standardinstrumentarium der monetären Analyse. Sie erlauben zudem die graphische Darstellung der mit solchen Prognosen verbundenen Unsicherheit in Form von Konfidenzbändern um die Punktprognose.

Die beiden Säulen des Analyserahmens stellen keine konkurrierenden Sichtweisen, sondern zwei sich ergänzende Einschätzungen über die zukünftigen Preisrisiken im Euro-Raum dar. Insgesamt verringert der breit an-

... „monetäre Grunddynamik“ und monetär basierte Inflationsprognosen

Gegenprüfung der beiden Säulen

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Zusammenhang zwischen monetärer Entwicklung und Immobilienmarkt, Monatsbericht, Juli 2007, S. 15–27.

13 Für eine Darstellung von neueren Instrumenten der monetären Analyse im Euro-Raum siehe: Europäische Zentralbank, Monetäre Analyse in Echtzeit, Monatsbericht, Oktober 2004, S. 47–71.

14 Vgl.: C. Greiber und W. Lemke, Money demand and macroeconomic uncertainty, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 26/2005; C. Greiber und R. Setzer, Money and housing – evidence for the euro area and the US, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 12/2007.

15 Vgl.: M.J.M. Neumann und C. Greiber, Inflation and core money growth in the euro area, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Nr. 36/2004.

gelegte Zwei-Säulen-Ansatz die Gefahr, dass der EZB-Rat seine geldpolitischen Entscheidungen einseitig auf nur eine mögliche Quelle von Preisgefahren ausrichtet. Er reduziert somit das Risiko geldpolitischer Fehlentscheidungen. Die Gegenprüfung der wirtschaftlichen Analyse anhand der monetären Analyse verlängert darüber hinaus den Zeithorizont, den die Entscheidungsträger ihrer Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität zugrunde legen. Der längere Zeithorizont ermöglicht es dem Eurosystem, auch der Bedeutung von Preisbewegungen auf den Vermögensmärkten Rechnung zu tragen, die sich möglicherweise erst auf mittlere bis lange Sicht in den Verbraucherpreisen niederschlagen.

Der geldpolitische Entscheidungsprozess

Enger Austausch aller Notenbanken des Eurosystems ...

Zur Vorbereitung der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats findet ein kontinuierlicher intensiver Austausch zwischen allen Notenbanken des Eurosystems statt. Dieser erfolgt durch die Mitarbeit aller Notenbanken in zahlreichen Ausschüssen und Arbeitsgruppen, die dem EZB-Rat als oberstem Entscheidungsgremium des Eurosystems regelmäßig zuarbeiten. Daneben gibt es im Eurosystem auch noch weniger stark institutionalisierte Foren. Hierzu gehören beispielsweise eher wissenschaftlich ausgerichtete Arbeitstreffen zu bestimmten, aktuell relevanten Fragen oder gemeinsame, groß angelegte Forschungsnetzwerke zu ausgewählten geldpolitischen Themen. Ihre Erkenntnisse fließen ebenfalls in den geldpolitischen Meinungsbildungsprozess des Eurosystems ein.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken des Eurosystems stellt sicher, dass die EZB und die NZBen gleichermaßen zur Vorbereitung und Durchführung der gemeinsamen Geldpolitik beitragen. Dieser breit aufgestellte Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozess hat eine Reihe von Vorteilen. So sorgt die enge Einbindung der NZBen zum einen dafür, dass ihre bisherigen historischen geldpolitischen Erfahrungen und vor allem ihr länderspezifisches Detail- und Spezialwissen Eingang in die Überlegungen des EZB-Rats finden. Zum anderen führt der intensive Austausch dazu, dass die Entscheidungen des EZB-Rats auf eine breite fachliche Basis gestellt werden. Schließlich erhöht die Beteiligung der NZBen die Akzeptanz der gemeinsamen Geldpolitik des Eurosystems in allen Mitgliedsländern.

... bringt Vorteile mit sich

Das mit Blick auf die Geldpolitik zentrale Arbeitskomitee ist der Geldpolitische Ausschuss (Monetary Policy Committee: MPC). Er erörtert Fragen von geldpolitischer Relevanz und koordiniert die Erstellung von Analysen – wie beispielsweise Studien zur monetären Transmission, zur geldpolitischen Strategie, zu den makroökonomischen Projektionen oder zur Bedeutung der nationalen Fiskalpolitiken für die gemeinsame Geldpolitik. Dem MPC wiederum sind verschiedene Arbeitsgruppen untergeordnet, in denen sich Experten aus EZB und NZBen regelmäßig speziellen Fachfragen widmen, die für die Geldpolitik von Bedeutung sind. Hierzu gehören zum Beispiel die Arbeitsgruppen zu den Öffentlichen Finanzen (Working Group on Public Finance: WGPf), zu den Projektionen (Working Group on Forecasting: WGF) oder zur ökonomie-

Der Geldpolitische Ausschuss

trischen Modellierung (Working Group on Econometric Modeling: WGEM).

Beispiele für die enge Zusammenarbeit aller Notenbanken im Eurosystem: der Prognoseprozess ...

Ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken des Eurosystems in der Vorbereitung geldpolitischer Entscheidungen stellt die im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse vorgenommene gesamtwirtschaftliche Projektion dar, die zweimal jährlich nach Vorarbeiten durch die entsprechenden Arbeitsgruppen vom MPC erstellt und dem EZB-Rat vorgelegt wird. Die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Projektionen (Broad Macroeconomic Projection Exercise: BMPE) für den Euro-Raum und die einzelnen Länder der Währungsunion erfolgt dabei in einem mehrstufigen Prozess. Auf Basis eines umfassenden Meinungsaustauschs im MPC und in der WGF findet zunächst in einem ersten Schritt die Festlegung der zugrunde zu legenden technischen Annahmen (z. B. zur Entwicklung des Welthandels, der Wechselkurse usw.) statt. In einem zweiten Schritt fertigen die Experten in den NZBen dann Projektionen für ihre Länder an – unter Verwendung verschiedener gesamtwirtschaftlicher Modelle und unterschiedlicher Methoden. Diese werden anschließend vom EZB-Stab mit eigenen Ergebnissen zu den nationalen Volkswirtschaften verglichen und zu einer gemeinsamen Vorhersage für das Euro-Gebiet zusammengeführt, die dann den Ergebnissen einer rein auf den Euro-Raum bezogenen Projektion gegenübergestellt wird. Nachdem die verschiedenen nationalen und eurogebietsweiten Projektionen unter Einbeziehung von Expertenwissen aus dem Eurosystem in Übereinstimmung gebracht wurden, wird in einem dritten Schritt schließlich ein Abschlussbericht

für die laufende Prognoserunde erstellt. Nach der Diskussion im MPC wird der Bericht dem EZB-Rat vorgelegt. Anschließend erfolgt auf Basis des Abschlussberichts die Veröffentlichung der Projektionsergebnisse im EZB-Monatsbericht.¹⁶⁾

Seit Beginn der Europäischen Währungsunion hat es auch einige zeitlich befristete Forschungsnetzwerke des Eurosystems gegeben, in denen sich Forscher aus den NZBen und der EZB (und zum Teil auch aus weiteren Notenbanken) gemeinsam spezifischen Fragen mit geldpolitischer Relevanz widmeten. Diese Netzwerke berichten nach Abschluss ihrer Arbeiten dem MPC und dem EZB-Rat. Den Anfang machte das Monetary Transmission Network (MTN), das sich mit den Effekten der Geldpolitik im Euro-Raum und ihren Übertragungswegen beschäftigte. Eines der Kernresultate des MTN war, dass sich die Auswirkungen der Geldpolitik im Euro-Raum auf Produktion und Inflation nicht stark von denen in anderen Währungsräumen unterscheiden.¹⁷⁾ Darüber hinaus fanden die Forscher, dass vor allem der Zinskanal für die geldpolitische Transmission im Euro-Raum relevant sein dürfte. Größere Differenzen in den Übertragungsprozessen der Geldpolitik zwischen den verschiedenen Teilnehmerländern wurden nicht gefunden.

... und Forschungsnetzwerke wie das Monetary Transmission Network, ...

¹⁶ Eine grafische Darstellung des Prozesses der Prognoseerstellung findet sich in: Deutsche Bundesbank (2006), Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, S. 69.

¹⁷ Eine Zusammenfassung der Resultate findet sich in: I. Angeloni, A. Kashyap und B. Mojon (2003), Monetary Policy Transmission in the Euro Area – A study by the Eurosystem Monetary Transmission Network, Cambridge University Press.

... das Inflation
Persistence
Network ...

Das Inflation Persistence Network (IPN) beschäftigte sich mit der Inflationsdynamik im Euro-Raum, also beispielsweise der Frage, inwieweit sich vorübergehende Preisschocks im Zeitablauf auf die Entwicklung der Inflationsrate auswirken. Dieser Aspekt der Inflationpersistenz ist aus geldpolitischer Sicht wichtig, da bei hoher Persistenz vorübergehende Preisniveauschocks längere Abweichungen von der Preisstabilität erzeugen können, und umgekehrt geldpolitische Maßnahmen längere Zeit benötigen, bis wieder Preisstabilität erreicht ist. Im IPN wurden neben Preisindizes auch in großem Umfang Einzelpreisdaten auf der Erzeuger- und der Verbraucherstufe ausgewertet, und Unternehmen wurden direkt über ihr Preissetzungsverhalten befragt. Dabei zeigten sich große Unterschiede in der Häufigkeit von Preisanpassungen zwischen Produktgruppen. Insbesondere bei vielen Dienstleistungen werden Preise in einem Umfeld niedriger allgemeiner Preissteigerungsraten nur sehr selten geändert. Die geschätzte Inflationpersistenz im Euro-Gebiet und die Unterschiede zwischen den Ländern der Währungsunion erwiesen sich aber insgesamt als moderat.¹⁸⁾

... und das
Wage Dynamics
Network

Das derzeitige Wage Dynamics Network (WDN) untersucht das zyklische Verhalten von Löhnen und Lohnkosten, um damit ein tieferes Verständnis der Triebkräfte der Inflationsdynamik im Euro-Raum zu erlangen. Es werden hierzu unter anderem Umfragen bei Unternehmen und auf Mikrodaten basierende Studien zur Lohndynamik in den Mitgliedsländern durchgeführt. Die Ergebnisse – die voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres vorliegen werden – sollen dem Eurosystem

helfen, zukünftige Inflationsentwicklungen und die Rolle des Arbeitsmarktes für die Transmission der Geldpolitik besser abzuschätzen.

Die Umsetzung geldpolitischer Entscheidungen

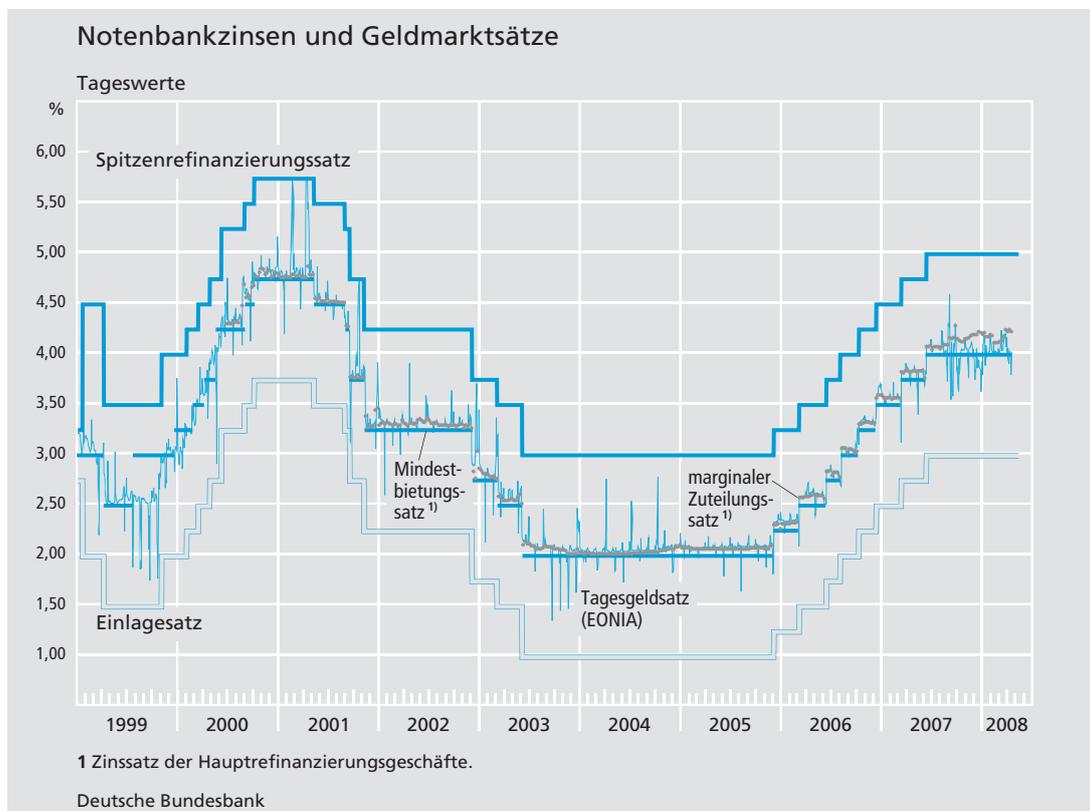
Die vom EZB-Rat getroffenen geldpolitischen Entscheidungen werden von den NZBen operativ umgesetzt. Diese dezentrale Implementierung der Geldpolitik bietet wichtige Vorteile, denn die NZBen besitzen als direkte Geschäfts- und Ansprechpartner der Kreditinstitute in ihren Ländern eine große Markt- und Kundennähe, die auf diese Weise für das Eurosystem nutzbar gemacht wird. Darüber hinaus können die NZBen so ihren Geschäftspartnern die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats direkt vermitteln.

*Zentrale Entscheidungen,
dezentrale
Umsetzung*

Das geldpolitische Instrumentarium des Eurosystems setzt sich aus zwei Kernelementen zusammen: Auf der einen Seite steht die Mindestreserve, die für einen stetigen Bedarf der Banken an Zentralbankgeld sorgt, und auf der anderen Seite stehen die Möglichkeiten des Eurosystems, zur Befriedigung dieser Nachfrage Zentralbankgeld bereitzustellen (oder zu absorbieren). Der praktische Einsatz dieses Instrumentariums erfolgt mit dem Ziel,

*Geldmarkt-
operationen als
Ausgangspunkt
für die
geldpolitische
Transmission*

¹⁸ Eine Zusammenfassung der mikrobasierten Resultate des IPN findet sich in: L. Álvarez et al. (2006), Sticky prices in the euro area: a summary of new micro evidence, Journal of the European Economic Association, April–May, 4(2–3), 575–584. Ergebnisse zu den Konsumentenpreisen finden sich in: E. Dhyne et al. (2006), Price setting in the Euro Area: Some stylized facts from individual consumer price data, Journal of Economic Perspectives 20(2), 171–192.



die Liquiditätslage der Banken – also das Volumen der ihnen zur Verfügung stehenden Zentralbankguthaben – so zu beeinflussen, dass der Tagesgeldsatz den Vorgaben des EZB-Rats entspricht. Diese Zins- und Liquiditätssteuerung bildet den operativen Ausgangspunkt für die Übertragungsprozesse der geldpolitischen Maßnahmen in die Wirtschaft.

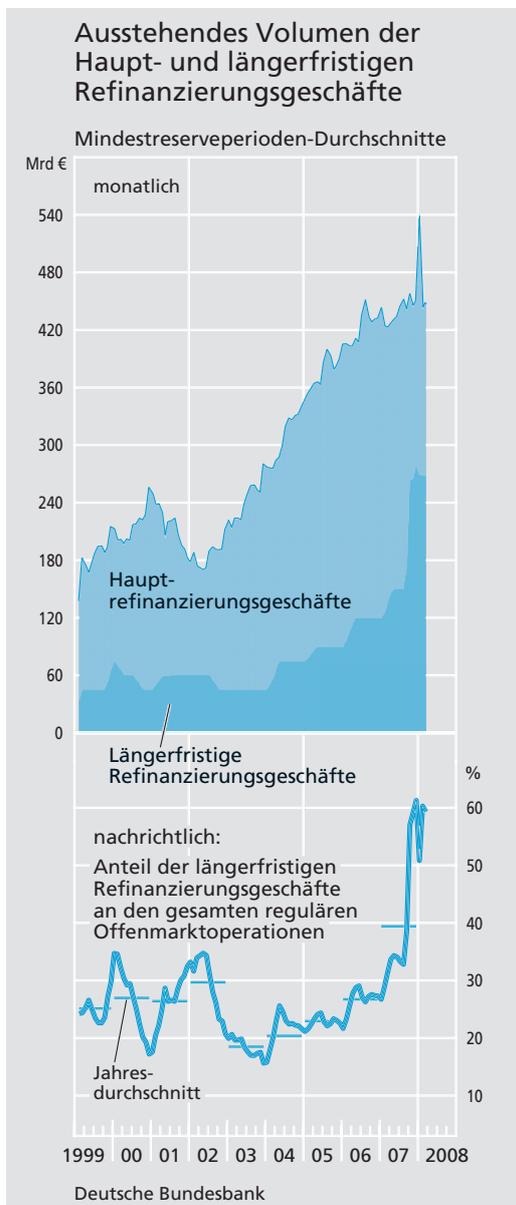
Mindestreserve erzeugt Liquiditätsbedarf der Banken

Die Mindestreserve verpflichtet die Kreditinstitute dazu, Zentralbankguthaben in einer bestimmten Höhe auf ihren Konten bei den NZBen zu halten. Dies gewährleistet, dass die Banken auch unabhängig von ihrem Bargeldbedarf stets eine aus geldpolitischer Sicht hinreichend große Nachfrage nach Zentralbankgeld aufweisen. Gleichzeitig bildet die Mindestreserve einen Liquiditätspuffer, da die

Kreditinstitute ihr jeweiliges Mindestreservesoll nicht täglich, sondern lediglich im Durchschnitt der Erfüllungsperiode halten müssen. Auf diese Weise trägt sie über eine Glättung der Nachfrage nach Zentralbankgeld zur Stabilisierung des Tagesgeldsatzes bei und begrenzt damit wirkungsvoll Zinsschläge am Geldmarkt. Da das Mindestreservesoll etwa in Höhe des kurzfristigen Refinanzierungssatzes verzinst wird, entstehen den Banken durch die Mindestreservepflicht nahezu keine Kosten.

Auch die Abschätzung des laufenden Liquiditätsbedarfs der Banken findet in enger Kooperation zwischen EZB und NZBen statt. Hierbei spielen die sogenannten „autonomen Faktoren“ eine zentrale Rolle. Sie umfassen Veränderungen der Liquiditätsposition des

Liquiditätsschätzung durch EZB und NZBen



Bankensystems, die beispielsweise durch Bargeldwünsche der Bankkunden, durch Überweisungen auf die Konten öffentlicher Haushalte beim Eurosystem oder durch Auslandsüberweisungen über die Zentralbank im Kundenauftrag ausgelöst werden. Zeigen die autonomen Faktoren einen Entzug an Zentralbankliquidität an, muss das Eurosystem diesem prinzipiell entgegenwirken, damit die Banken ihr Mindestreservesoll im Durch-

schnitt der Erfüllungsperiode halten können. Um kontinuierlich eine adäquate Menge an Zentralbankliquidität bereitzustellen, schätzt das Eurosystem fortlaufend den zu erwartenden Liquiditätsbedarf auf Basis von täglichen Prognosen für die autonomen Faktoren, die die NZBen aufgrund ihrer umfangreichen Erfahrungen und ihres spezifischen Wissens über ihre Geschäftspartner erstellen.

Sowohl die Bereitstellung als auch die Absorption von Zentralbankgeld durch das Eurosystem erfolgt in aller Regel durch befristete Transaktionen. Die Versorgung mit Zentralbankgeld erfolgt dabei – je nach Entscheidung der beteiligten NZB – als zeitlich befristeter Kauf notenbankfähiger Sicherheiten mit Rückkaufsvereinbarung oder als befristetes Kreditgeschäft gegen Verpfändung von Sicherheiten. Die Bundesbank beispielsweise wickelt ihre Liquidität zuführenden Geschäfte grundsätzlich als Kredit gegen Sicherheit ab.

Befristete Transaktionen für die Liquiditätsbereitstellung ...

Der ganz überwiegende Teil der befristeten Zentralbankgeldbereitstellung erfolgt im Wege der Versteigerung. Dabei wird zwischen kurzlaufenden Hauptrefinanzierungsgeschäften und längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, sogenannten „Basistendern“, unterschieden. Während erstere wöchentlich durchgeführt werden und mittlerweile eine Laufzeit von einer Woche besitzen, werden letztere in der Regel monatlich ausgeschrieben und laufen drei Monate. In beiden Fällen bieten die Banken für eine von ihnen gewünschte Menge an Liquidität unter Angabe eines Zinssatzes (Zinstender). Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sind das zentrale Instrument des Eurosystems für die

... vor allem als Hauptrefinanzierungsgeschäft ...

Steuerung des kurzfristigen Geldmarktzins und der Bankenliquidität. Im Rahmen seiner Leitzinsentscheidungen legt der EZB-Rat bei dem für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gegenwärtig praktizierten Zinstender auch den Mindestbietungssatz für diese Geschäfte fest. Das konkrete Zuteilungsvolumen richtet sich dann nach den aktuellen Liquiditätsbedürfnissen des Bankensystems, welche im Rahmen der Liquiditätsschätzung ermittelt werden.

*... oder als
Basistender*

Dagegen teilt das Eurosystem im Fall der Basistender ein vorab bekanntgegebenes Volumen zu, ohne den Banken über die Festlegung eines etwaigen Mindestbietungssatzes eine Zinsuntergrenze vorzugeben. Durch diese Ausgestaltung wird erreicht, dass es sich beim Zuteilungssatz um einen ausschließlich marktbestimmten Zinssatz handelt.

*Feinsteuerungs-
operationen*

Darüber hinaus kann das Eurosystem sogenannte Feinsteuerungsoperationen durchführen, insbesondere um zügig Liquiditätsungleichgewichte zu beseitigen. Diese Operationen werden nur mit einem relativ kleinen Kreis geldmarktaktiver Banken getätigt, so dass Liquidität taggleich zur Verfügung gestellt oder entzogen werden kann.

*Ständige
Fazilitäten*

Schließlich umfasst das Instrumentarium auch zwei ständige Fazilitäten, auf die die Banken von sich aus zurückgreifen können: Die Spitzenrefinanzierungsfazilität bietet ihnen die Möglichkeit, im Rahmen ihrer bei der Notenbank hinterlegten Sicherheiten Übernachtskredit aufzunehmen, während die Einlagefazilität es ihnen erlaubt, Zentralbankgeld über Nacht verzinslich beim Eurosystem einzulegen. Die beiden entsprechenden Zinssätze

formen einen üblicherweise symmetrischen Korridor um den Mindestbietungssatz des Hauptrefinanzierungsgeschäfts: Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bildet die Obergrenze und der Zinssatz der Einlagefazilität die Untergrenze des Tagesgeldsatzes.

Seit Beginn der Währungsunion hat es im Bereich der operativen Umsetzung der Geldpolitik des Eurosystems einige Anpassungen gegeben. Sie betreffen im Wesentlichen zum einen die zeitliche Synchronisierung von Mindestreserveperiode, geldpolitischer Sitzung des EZB-Rats und Laufzeit der Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie zum anderen die Art der Sicherheiten, die für die Refinanzierung genutzt werden können.

Zunächst reichte die Mindestreserveperiode – unabhängig vom Sitzungskalender des EZB-Rats – vom 24. Kalendertag eines Monats bis zum 23. Kalendertag des Folgemonats, so dass etwaige Änderungen der Leitzinsen innerhalb der Reserveperiode und während der Laufzeit der ursprünglich zweiwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäfte wirksam wurden. Hierdurch war das Bietungsverhalten der Geschäftspartner des Eurosystems von deren Zinserwartungen geprägt. So kam es beispielsweise in einem Umfeld starker Zinssenkungserwartungen häufig zu Unterbietungen, was die Liquiditätssteuerung des Eurosystems sehr erschwerte.

Im März 2004 wurde daher die Erfüllungsperiode mit der monatlichen geldpolitischen Sitzung des EZB-Rats zeitlich synchronisiert. Da im Normalfall Anpassungen der Notenbankzinsen außerhalb dieses Sitzungsrhythmus

*Änderungen
bei der
Umsetzung
der Geldpolitik*

*Mindest-
reserveperiode
und Haupt-
refinanzierungs-
geschäft ...*

*... zeitlich
mit der
geldpolitischen
Sitzung des
EZB-Rats
synchronisiert*

nicht erfolgen, werden Änderungen der Zinssätze für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der ständigen Fazilitäten nun erst mit dem Beginn der neuen Erfüllungsperiode wirksam. Die zusätzlich vorgenommene Verkürzung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte von zwei Wochen auf eine Woche führte dazu, dass die Laufzeit von Hauptrefinanzierungsoperationen nicht in die nachfolgende Mindestreserveperiode überhängt. Durch diese Maßnahmen konnte der Einfluss von Zinsänderungserwartungen auf das Bietungsverhalten der Banken in den Hauptrefinanzierungsgeschäften deutlich reduziert werden.

Sicherheitsrahmen ...

Die notenbankfähigen Sicherheiten für das Kreditgeschäft mit dem Eurosystem waren zu Beginn der Währungsunion in zwei Kategorien unterteilt. Zur ersten Kategorie zählten marktfähige Schuldtitel, die vom EZB-Rat festgelegte, einheitliche und im gesamten Euro-Währungsgebiet geltende Zulassungskriterien erfüllten. Die zweite Kategorie umfasste marktfähige und nicht marktfähige Sicherheiten, die für die jeweiligen nationalen Finanzmärkte und Bankensysteme von besonderer Bedeutung waren und für die die NZBen die Zulassungskriterien im Einklang mit EZB-Mindeststandards festlegten. So hatte zum Beispiel die Bundesbank bei den von ihr zu bestimmenden Kategorie-2-Sicherheiten – anknüpfend an ihre Tradition des Rediskontgeschäfts – den Schwerpunkt auf die Einbeziehung von Wirtschaftskrediten gelegt.

... wurde 2007 vereinheitlicht

Im Zuge der zunehmenden Integration der europäischen Finanzmärkte, der intensivierten grenzüberschreitenden Aktivitäten der

Banken sowie aus Gründen der Transparenz und der Wettbewerbsgleichheit unter den Geschäftspartnern des Eurosystems wurde der aus zwei Kategorien bestehende Sicherheitsrahmen zum 1. Januar 2007 vereinheitlicht. Dabei fanden auch Anregungen der Marktteilnehmer Berücksichtigung, die zuvor im Rahmen einer öffentlichen Konsultation gesammelt wurden. Insbesondere mit der Aufnahme von auf Euro lautenden Schuldverschreibungen von Emittenten aus den USA, Japan, Kanada und der Schweiz sowie der Akzeptanz der Kreditforderungen im gesamten Euro-Währungsgebiet als Sicherheit hat das Eurosystem den Kreis der notenbankfähigen Sicherheiten deutlich vergrößert.

Auch die Entscheidungen des EZB-Rats im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung und Nutzung des geldpolitischen Instrumentariums werden in enger Kooperation zwischen allen Notenbanken des Eurosystems in Ausschüssen und Arbeitsgruppen vorbereitet. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Expertise aller Beteiligten bei Entscheidungen über die praktische Umsetzung der Geldpolitik genutzt wird. Dies gilt besonders für die breite und tiefe Marktkenntnis, über die die NZBen aus ihren direkten Geschäftsbeziehungen im Rahmen der Refinanzierung und der Anlage der Währungsreserven verfügen.

Das Arbeitskomitee für die Vorbereitung von EZB-Ratsbeschlüssen zu Fragen der Implementierung der Geldpolitik ist der Marktausschuss (Market Operations Committee: MOC), dem Mitarbeiter der EZB und aller NZBen des Eurosystems angehören. Das MOC bewertet fortlaufend die Effizienz des

Vorbereitung der praktischen Implementierung der Geldpolitik ...

... insbesondere im Marktausschuss des Eurosystems

geldpolitischen Handlungsrahmens und erörtert Fragen von praktischer und technischer Relevanz für die Durchführung der Geldpolitik. Hierunter fallen beispielsweise Fragen zur adäquaten Ausgestaltung von Tenderverfahren, zur Aufteilung des benötigten Refinanzierungsvolumens auf die verschiedenen Refinanzierungsinstrumente, zur Abgrenzung und Risikokontrolle für notenbankfähige Sicherheiten oder zur Anlage der EZB-Währungsreserven. Ähnlich wie beim MPC arbeiten auch dem MOC zahlreiche Unterausschüsse zu, wie zum Beispiel die Arbeitsgruppe für die Instrumente der Geld- und Währungspolitik (Working Group on Monetary and Exchange Rate Policy Instruments: WGME) oder die Arbeitsgruppe für Operationen mit Fremdwährungsaktiva (Working Group on Operations Involving Foreign Reserve Assets: WGFRA).

Zusammenfassung

Das Eurosystem blickt mittlerweile auf nahezu zehn Jahre erfolgreicher Geldpolitik zurück. Die Jahresinflationsrate lag – trotz wiederholter Preisschübe ausgehend von den Weltmärkten und aufgrund steuerlich bedingter Verteuerungen – im Durchschnitt nur geringfügig über der Stabilitätsmarke von „unter, aber nahe bei 2 %“.

Sowohl die geldpolitische Strategie als auch das geldpolitische Instrumentarium haben sich bewährt und erwiesen sich gleichzeitig als flexibel genug, um auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen gut zu

funktionieren. So gewährleistete die breit aufgestellte Zwei-Säulen-Strategie, dass der EZB-Rat bei seinen geldpolitischen Entscheidungen die kürzer- und die längerfristigen Inflationsrisiken berücksichtigte. Gleichzeitig konnte der analytische Werkzeugkasten beider Säulen weiter verbessert und ausgebaut werden. Auch das geldpolitische Instrumentarium funktionierte einwandfrei, was insbesondere in den letzten Monaten deutlich wurde, die durch Geldmarktverwerfungen infolge der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten charakterisiert waren. Das Eurosystem musste in dieser schwierigen Phase seinen Handlungsrahmen bisher nicht anpassen, sondern konnte durch Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten und auf Basis des breiten Sicherheitsrahmens schnell, flexibel und effektiv handeln. So stellte es beispielsweise mehr längerfristige Liquidität im Rahmen zusätzlicher Basistender bereit, um eine vorausschauende Liquiditätsplanung der geldpolitischen Geschäftspartner zu unterstützen, und versorgte das Bankensystem durch Feinststeuerungsoperationen schnell und zielgenau mit größeren Mengen an kurzfristig benötigter Liquidität.

Ein wesentliches Merkmal der Geldpolitik des Eurosystems ist die enge Kooperation zwischen allen beteiligten Notenbanken. Sie gewährleistet, dass Entscheidungen auf eine breite fachliche Basis gestellt und nationale Erfahrungen und länderspezifische Kompetenz gebührend berücksichtigt werden. Auf diese Weise wird auch die Akzeptanz der Geldpolitik in den Mitgliedsländern des Eurosystems gestärkt.

Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007

Zum 1. Januar 2007 wurde der Regelsatz der Umsatz- und der Versicherungssteuer von 16 % auf 19 % heraufgesetzt. Zwar gab es gleichzeitig Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen; dennoch waren im Vergleich zu früheren Steuersatzanhebungen, die sich jeweils auf einen Prozentpunkt beschränkt hatten, deutlich stärkere Preiswirkungen zu erwarten. Zudem waren die höheren Steuersätze diesmal frühzeitig angekündigt worden. So blieb den Unternehmen reichlich Zeit für die Preisgestaltung, und die Verbraucher hatten die Möglichkeit, Käufe vorzuziehen.

Rückblickend zeigt sich, dass die höheren Steuersätze inzwischen weitgehend in die Preise überwälzt wurden. Allerdings hat nur ein kleiner Teil der Unternehmen die Preise stichtaggenau und im vollen Umfang der Steuererhöhung angehoben. Manche Anbieter verzichteten ganz auf eine Preisänderung. Beim privaten Konsum sowie beim Wohnungsbau traten Vorzieheffekte auf. Die Konsumschwäche des Jahres 2007 spiegelt neben den temporären Auswirkungen der Ausgabenverlagerung in das Jahr 2006 auch den dauerhaften Kaufkraftentzug der Mehrwertsteuererhöhung wider. Zwar dürfte die Steuersatzanhebung nur einen moderaten Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung gehabt haben, sie hat aber den Aufholprozess der Binnenkonjunktur merklich gebremst.

Hintergrund

Finanzpolitische Motive

Zum 1. Januar 2007 wurde der Regelsatz der Umsatzsteuer und der Versicherungsteuer von 16 % auf 19 % angehoben. Darauf hatten sich die regierungsbildenden Parteien bereits in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl im Herbst 2005 geeinigt. Zuvor war eine höhere Mehrwertsteuer noch ausgeschlossen beziehungsweise eine schwächere Anhebung vorgeschlagen worden. Hinter der Entscheidung standen im Wesentlichen zwei Motive. Angesichts der äußerst angespannten Lage der öffentlichen Finanzen wurde eine Steigerung der Steuereinnahmen als notwendig angesehen. Zudem sollte die sehr hohe Belastung des Arbeitseinsatzes durch Sozialbeiträge soweit wie möglich reduziert werden. Vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich relativ niedrigen indirekten und der überdurchschnittlich hohen direkten Steuer- und Sozialabgabensätze wurde deshalb eine Anhebung der Regelsätze der Umsatz- und der Versicherungsteuer um drei Prozentpunkte mit einer (unterproportionalen) Reduktion des Beitragsatzes zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung verknüpft.¹⁾ Eine Erhöhung des reduzierten Satzes der Umsatzsteuer oder eine weitere Einschränkung der steuerbefreiten Leistungen wurden nicht in Erwägung gezogen.

Steuerliche Mehreinnahmen mit gesamtwirtschaftlichen Folgen

In fiskalischer Hinsicht haben sich die mit der Steuersatzanhebung verbundenen Erwartungen weitgehend erfüllt. Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz und der Versicherungsteuer fielen im Jahr 2007 um 24½ Mrd. € beziehungsweise 16 % höher aus als im Jahr 2006. Sie haben zusammen mit

den konjunkturbedingten Mehreinnahmen wesentlich dazu beigetragen, den gesamtstaatlichen Haushalt im Jahr 2007 auszugleichen. Im Jahr zuvor hatte sich die Defizitquote gemäß Maastricht-Abgrenzung noch auf 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belaufen. Der haushaltspolitische Erfolg hatte jedoch seinen „gesamtwirtschaftlichen Preis“. Auf der Verbraucherstufe verstärkte sich die Teuerung, und die Schwäche des privaten Verbrauchs hielt an. Die grundsätzlich begrüßenswerte Konsolidierung fand allerdings in einem günstigen konjunkturellen Umfeld statt, sodass das gesamtwirtschaftliche Wachstum trotz der dämpfenden Wirkungen deutlich über seiner Trendrate lag.

Die Anhebung des Regelsatzes der Umsatzsteuer zum 1. Januar 2007 war mit drei Prozentpunkten nicht nur stärker als alle ihre Vorläufer, sie wurde auch mit größerem zeitlichen Vorlauf beschlossen. In der Vergangenheit lagen zwischen einer entsprechenden Vereinbarung und ihrem Vollzug nur wenige Monate. Der größere zeitliche Abstand erweiterte diesmal zum einen die Möglichkeiten einer strategischen Preispolitik. Davon machten die Unternehmen auch Gebrauch. Einzelne Handelsketten kündigten im Herbst 2006 für eine unbestimmte Frist konstante Preise an, wobei unklar blieb, ob diese nicht bereits zuvor angehoben worden waren. Die Tabakwarenhersteller und -importeure erhöhten die Verbraucherpreise in einer koordinier-

*Auswirkungen
der frühzeitigen
Ankündigung*

¹ Die Senkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung von zuvor 6,5 % auf zunächst 4,2 % im Jahr 2007 wurde u. a. durch einen neuen, an die Einnahmen aus etwa einem Prozentpunkt des Regelsatzes der Umsatzsteuer gebundenen Zuschuss des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit finanziert.

ten Aktion bereits zum 1. Oktober 2006 um durchschnittlich 5 %. Zum anderen eröffnete die frühzeitige Ankündigung den privaten Haushalten zeitliche Spielräume, Käufe in das Jahr 2006 vorzuziehen.

Preiseffekte auf der Verbraucherstufe²⁾

*Gesamtwirkung
bei fiktiver Voll-
überwälzung*

Bei einer vollen und stichtaggenauen Überwälzung der um drei Prozentpunkte höheren Umsatz- und Versicherungsteuersätze hätten die Verbraucherpreise der davon betroffenen Waren und Dienstleistungen zum 1. Januar 2007 um 2,6 % steigen müssen.³⁾ Da bei Weitem nicht alle Waren und Dienstleistungen dem regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, hätte sich der rechnerische Effekt beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) auf etwas mehr als 1,4 Prozentpunkte und beim für geldpolitische Zwecke des Eurosystems berechneten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) auf gut 1,6 Prozentpunkte belaufen.⁴⁾ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass Vorleistungen für die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die steuerbefreit sind, der Mehrwertsteuer unterliegen können. Da der Vorsteuerabzug hier teilweise ausgeschlossen ist, kommt es faktisch nur zu einer partiellen Steuerbefreiung. Von besonderer Bedeutung dürfte dies im Fall der Wohnungsmieten sein. Zwar sind diese selbst umsatzsteuerbefreit, die auf Bau- und Unterhaltsleistungen entfallende Umsatzsteuer kann aber nicht in Abzug gebracht werden. Dementsprechend ist damit zu rechnen, dass den auch mehrwertsteuerbedingt kräftig gestiegenen Baupreisen längerfristig stärker steigende Wohnungsmieten folgen werden.

Der für Januar 2007 ursprünglich gemeldete Rückgang des Verbraucherpreisindex um 0,2 % gegenüber dem Vormonat wurde vielfach dahingehend interpretiert, dass die Preiswirkungen der höheren Steuersätze äußerst begrenzt geblieben seien.⁵⁾ Dabei wurde jedoch übersehen, dass die Verbraucherpreise nach Abzug der saisonüblichen Bewegungen deutlich gestiegen waren. In saisonbereinigter Rechnung ergab sich eine Zunahme um nicht weniger als 0,4 %, und dies, obwohl aufgrund temporär niedrigerer Rohölpreise – in Euro gerechnet verringerte sich der Preis für ein Barrel Brent von Dezember 2006 auf Januar 2007 um mehr als 11 % – der Energiepreisanstieg vergleichsweise moderat ausfiel. Heizöl verbilligte sich trotz der höheren Mehrwertsteuer binnen Monatsfrist sogar um mehr als 5 %. Bei einer Reihe von Waren und Dienstleistungen wurden zum Jahreswechsel 2006/07 markante, saisonunübliche Preis(index)sprünge verzeichnet, welche die Vor-

*Tatsächliche
Preisentwick-
lung im Januar
2007...*

2 Für eine detailliertere Analyse der Preiswirkungen der Steuersatzanhebungen siehe: A. Snir, D. Levy und J. Hoffmann, Price effects of VAT changes: macro and micro, Diskussionspapier des Volkswirtschaftlichen Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1 (erscheint demnächst).

3 Der rechnerische prozentuale Effekt bei Vollüberwälzung ergibt sich aus dem Quotienten $100 \cdot ((1 + 0,19) / (1 + 0,16)) - 100$.

4 Im HVPI bleibt das selbstgenutzte Wohneigentum, welches im VPI durch Mietäquivalente approximiert wird, unberücksichtigt. Da Wohnungsmieten nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, fällt der Mehrwertsteuereffekt beim HVPI stärker aus als beim VPI. Für eine Aufschlüsselung des rechnerischen Mehrwertsteuereffekts nach Haushalts- und Einkommensgruppen siehe: S. Linz et al., Belastung der Haushalte durch die Mehrwertsteuererhöhung 2007, Wirtschaft und Statistik 11/2006, S. 1124–1129.

5 Nach der inzwischen erfolgten Umstellung auf die Basis 2005=100 verharrte der VPI im Januar 2007 auf seinem Vormonatsstand. Zu den Änderungen, die mit der Umstellung verbunden waren, siehe die Erläuterungen „Auswirkungen der Indexneuberechnung 2008 auf den nationalen und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex“ auf den Seiten 34f.

Auswirkungen der Indexneuberechnung 2008 auf den nationalen und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex

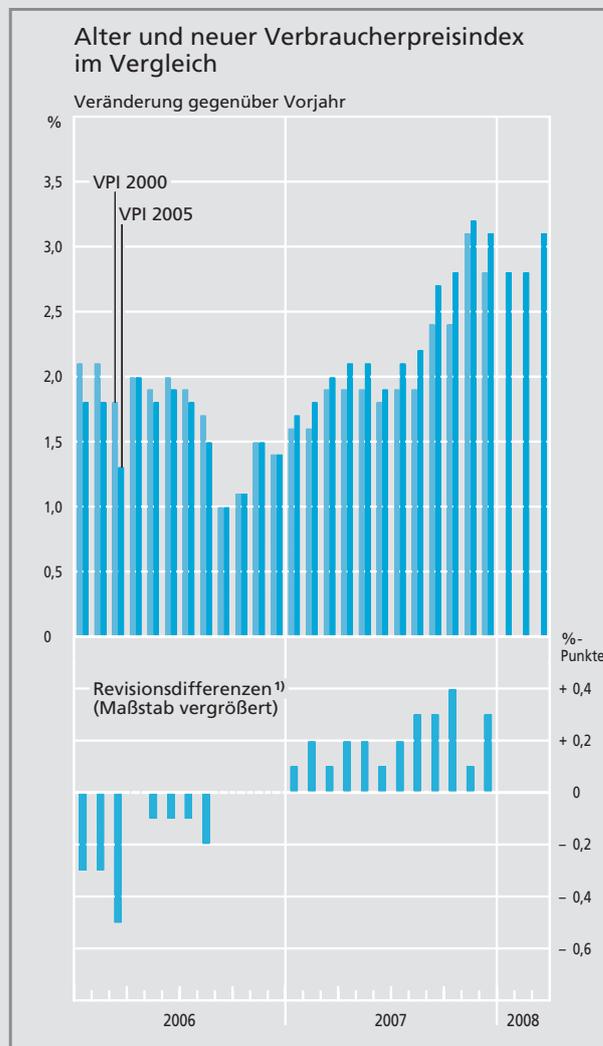
Mit den endgültigen Ergebnissen für den Berichtsmontat Januar 2008 sind der Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung (VPI) und der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auf eine neue Basis gestellt worden. Das Wägungsschema bezieht sich nunmehr auf die Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 2005 und nicht mehr

wie bisher auf die des Jahres 2000. Zudem wurde eine explizite Geschäftstypengewichtung eingeführt und der Erhebungszeitraum innerhalb eines Beobachtungsmontats erweitert.

Die explizite Geschäftstypengewichtung ersetzt eine implizite Gewichtung, bei der die Zusammenstellung des Berichtskreises nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Berichtsstellen in den Berichtsgemeinden erfolgte.²⁾ Dem Strukturwandel im Einzelhandel folgend, erhalten nunmehr beispielsweise Preisbeobachtungen bei Lebensmitteldiscountern eine höhere Bedeutung. Die Erweiterung des Erhebungszeitraums auf mindestens eine Woche beziehungsweise auf drei Wochen bei Gütern mit volatilen Preisen entspricht einer EU-Verordnung zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex. Bisher waren die Preise in Deutschland möglichst nahe zur Monatsmitte erhoben worden.

Für den nationalen Verbraucherpreisindex hat das Statistische Bundesamt die Indexergebnisse bis zum neuen Basisjahr 2005 zurückberechnet, sodass der Vorjahresvergleich im laufenden Jahr nicht durch methodische Neuerungen beeinträchtigt wird und somit der reine zeitliche Preisvergleich gewährleistet ist. Zudem können anhand einer Revisionsanalyse die Auswirkungen der verschiedenen Umstellungen analysiert werden. Ein Vergleich der Vorjahresraten nach alter und neuer Methodik zeigt für das Jahr 2006 einen etwas schwächeren und für das Jahr 2007 einen etwas stärkeren Preisanstieg als zuvor. Besonders ausgeprägt waren die Unterschiede im ersten Halbjahr 2006 und im zweiten Halbjahr 2007.

Analysen des Statistischen Bundesamtes zufolge können diese Differenzen weder durch den aktuelleren Warenkorb noch durch die Erweiterung des Erhebungszeitraums vollständig erklärt werden.³⁾ Vielmehr scheint sich hier vor allem die Anpassung der Geschäftstypengewichtung niederzuschlagen. Nach Untersuchungen



1 Neue VPI-Rate im Vergleich zu alter VPI-Rate. — 2 Siehe dazu auch: S. Linz und V. Dexheimer, Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik, Wirtschaft und Statistik, Heft 6/2005, S. 582–586. — 3 Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse

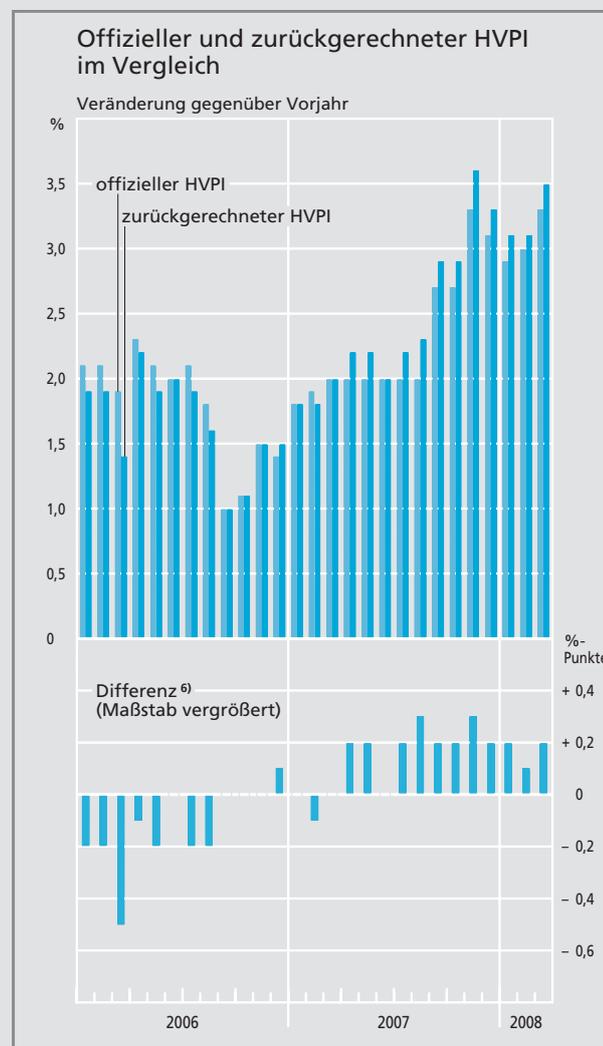
der Indexneuberechnung auf Basis 2005, Pressemitteilung 29. Februar 2008. — 4 Siehe: Gesellschaft für Konsumforschung, Verbraucher sollen den Aufschwung schultern, GfK Consumer Index 12/2007. — 5 Die Gesellschaft für Konsumforschung berichtet

der Gesellschaft für Konsumforschung sind die Preise bei den nunmehr höher gewichteten Lebensmitteldiscountern in der zweiten Jahreshälfte 2007 prozentual besonders stark gestiegen.⁴⁾ Dies dürfte nicht zuletzt mit den für diesen Geschäftstyp typischen niedrigen Vertriebskosten zusammenhängen, die dazu führen, dass die Endverbraucherpreise nach Preisschocks auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen prozentual stärker steigen als bei Anbietern mit einer anderen Kostenstruktur.⁵⁾

Bei dem für die Geldpolitik des Eurosystems relevanten HVPI sind die Indexergebnisse gemäß den europäischen Vorgaben nicht zurückgerechnet worden. Vielmehr wurden im Dezember 2007 die neuen Werte mit den bisherigen Angaben verkettet. Dementsprechend wird der im Mittelpunkt der geldpolitischen Analyse stehende Vorjahrsvergleich durch die Unterschiede in den Warenkörben und der Indexberechnung beeinträchtigt.

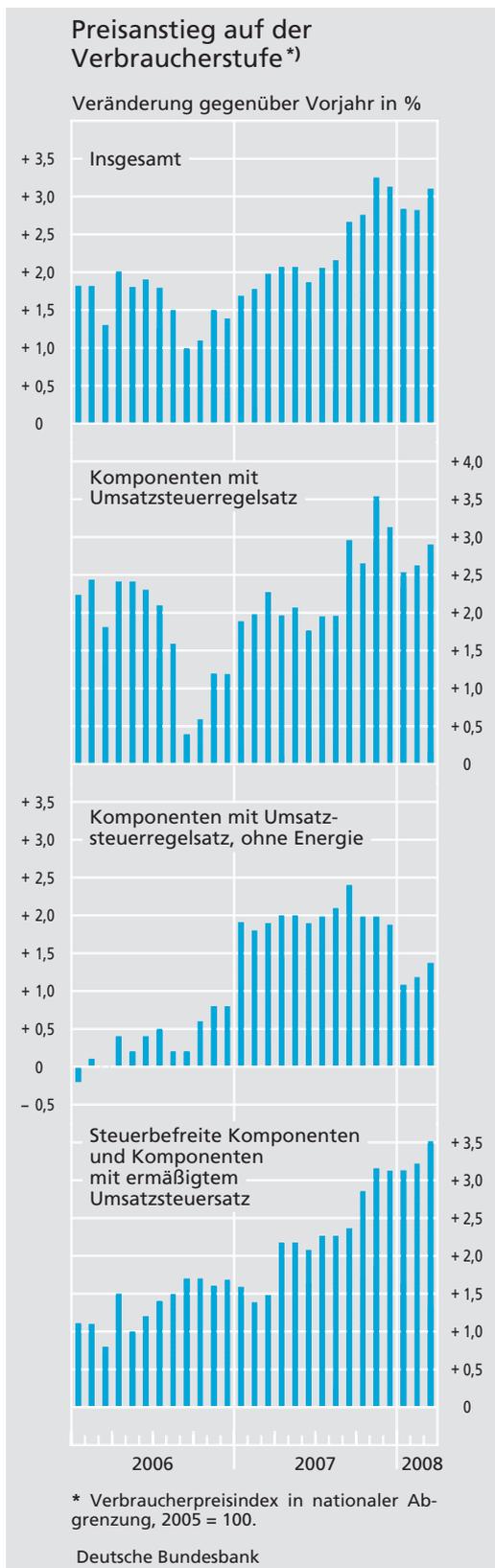
Auf methodisch vergleichbarer Basis zum neuen VPI, aber in der Warenkorbabgrenzung des HVPI berechnet (also vor allem ohne selbstgenutztes Wohneigentum), zeigen sich für den HVPI am aktuellen Rand etwas höhere Teuerungsraten. Diese ergeben sich daraus, dass die laut neuer Rechnungen ungünstigere Preistendenz in der zweiten Jahreshälfte 2007 beim offiziellen HVPI wegen der fehlenden Rückrechnung nicht in die Jahresrate eingeht. Bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln belief sich im Januar 2008 der Vorjahrsabstand auf Basis der durchgängigen Berechnung auf 3,7%. Nach dem offiziellen HVPI waren es nur 2,3%. Bei verarbeiteten Nahrungsmitteln waren es 6,3% gegenüber 5,5%. Dem wirkte entgegen, dass aufgrund der Erweiterung des Erhebungszeitraums die Dezemberspitze bei den Preisen für Pauschalreisen und dementsprechend auch der Preisrückgang von Dezember auf Januar schwächer ausfiel. Beim offiziellen HVPI folgte nun – wegen der fehlenden Rückrechnung – auf einen starken Anstieg des Teilindex für Pauschalreisen im Dezember 2007 nur ein relativ

schwacher Rückgang im Januar 2008. Aufgrund dessen werden die HVPI-Teuerungsraten für Pauschalreisen bis einschließlich November 2008 nach oben verzerrt sein. So wurde für Januar 2008 ein Wert von 10,6% gemeldet; auf vergleichbarer Basis waren es 2,4%.



auch, dass der absolute Preisabstand zwischen den Discountern und den Vollsortimentern in etwa gleich geblieben sei, und dass angesichts der stark gestiegenen Lebensmittelpreise die preis-

werten Discountern trotz der relativ stärker steigenden Preise Marktanteilsgewinne verbuchen konnten. — 6 Zurückgerechnete HVPI-Rate im Vergleich zu offizieller HVPI-Rate.



jahrsrate nach oben trieben. So vergrößerte sich der Vorjahrsabstand bei Kraftfahrzeugen um mehr als 2 ½ Prozentpunkte und bei Friseurleistungen um 1 ½ Prozentpunkte. Bei Telekommunikationsdienstleistungen verringerte sich der negative Vorjahrsabstand um fast zwei Prozentpunkte.

Der vergleichsweise kräftige Preisanstieg setzte sich in den Folgemonaten zunächst fort. Verstärkt wurde er in der ersten Jahreshälfte durch neuerlich steigende Rohölpreise sowie durch die Einführung von Studiengebühren in einer Reihe von Bundesländern im April 2007. In der zweiten Jahreshälfte wurde die von den Weltmärkten aufgrund global geänderter Angebots- und Nachfragebedingungen ausgehende Verteuerung von Nahrungs- und Genussmitteln vermehrt auf der Verbraucherstufe spürbar.⁶⁾ Sie trieb die Preissteigerungsrate gegen Ende des Jahres auf über 3 % hoch. Im Jahresmittel 2007 erhöhte sich der VPI insgesamt um 2,3 %, nach 1,6 % im Jahr 2006,⁷⁾ obwohl sich der Rohölpreis in Euro gerechnet im Jahresdurchschnitt nicht veränderte (nach einer Zunahme von mehr als 18 % im Jahr zuvor).

... und im weiteren Verlauf des Jahres

Dabei gab es markante Unterschiede zwischen der Preisdynamik von Gütern, die direkt von den höheren Steuersätzen betroffen waren, und der von anderen Gütern. Der Vorjahrsabstand der Preise von Waren und Dienstleistungen mit höherer Mehrwertsteuer (aber ohne Energie) weitete sich von 0,2 %

Unterschiede zwischen Gütern mit und ohne höhere Mehrwertsteuerbelastung

6 Vgl. hierzu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2007, S. 55 ff.

7 Ursprünglich waren 2,2 % bzw. 1,7 % gemeldet worden.

im ersten Halbjahr 2006 über 0,5 % im zweiten Halbjahr 2006 auf 1,9 % im ersten und 2,1 % im zweiten Halbjahr 2007 aus. Im ersten Quartal 2008 fiel er dann auf 1,2 % zurück. Unter Einschluss der ebenfalls mit dem Regelsatz belegten Energieträger modifiziert sich das Bild durch den Einfluss der Rohölpreisbewegungen etwas. Bei steuerbefreiten und -reduzierten Waren und Dienstleistungen stieg die Teuerungsrate hingegen, ausgehend von einem deutlich höheren Stand Anfang 2006, zunächst leicht, dann aber in der zweiten Jahreshälfte 2007 als Folge der merklichen Verteuerung von Lebensmitteln – die größtenteils mit dem unverändert gebliebenen ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden – wesentlich stärker an. Anfang 2008 verharrte die Preissteigerungsrate für Positionen, die nicht direkt von der Steuersatzanhebung betroffen waren, auf einem hohen Niveau.

Methode der Interventionsanalyse

Für eine genauere Analyse der Preiswirkungen der höheren Mehrwertsteuer werden die steuerbedingten Änderungen von der allgemeinen Preistendenz mittels einer sogenannten Interventionsanalyse separiert.⁸⁾ Dabei wird auf ein geschätztes multivariates Zeitreihenmodell eine „Pulse“-Dummiestruktur angepasst. Eine solche Analyse wird für die monatliche Veränderungsrate des HVPI insgesamt sowie für dessen wichtigste Hauptgruppen durchgeführt. Anders als der VPI wurde der HVPI nach der Umstellung auf den Warenkorb aus dem Jahr 2005 nicht zurückgerechnet, sodass methodische Änderungen die Schätzungen nicht beeinträchtigen.⁹⁾ Grundlage für die Rechnungen sind Daten aus dem Zeitraum Januar 1991 bis Dezember

Preiseffekte der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes

Position	Hypothetischer Preiseffekt 1)	Geschätzter Preiseffekt 2)
Unverarbeitete Nahrungsmittel	0,0 ³⁾	0,0
Verarbeitete Nahrungsmittel	1,2	1,6–1,7
Energie	2,6	2,0–2,1
Waren	2,2	1,4–2,2
Dienstleistungen	1,3	0,7–2,8
Gewichtetes Mittel	1,6	1,2–2,4
HVPI insgesamt	1,6	0,9–2,5

1 Preiseffekt bei Vollüberwälzung. — 2 Ergebnis der Interventionsanalyse, 95 %-Konfidenzintervall. — 3 Statistisch nicht signifikant von null verschieden.

Deutsche Bundesbank

2007 (die Indexziffern ab Januar 2008 sind auch für den HVPI nicht vollständig mit Angaben für davor liegende Zeiträume vergleichbar). Bei der Separierung der mehrwertsteuerbedingten Preisbewegungen werden unter anderem weitere staatliche Maßnahmen, saisonale Effekte, die mittelfristige Preistendenz sowie rohöl- und wechselkursbedingte Einflüsse in Abzug gebracht. Auch wird für besondere Preisentwicklungen auf der Einfuhr- und Erzeugerstufe kontrolliert.

⁸ Zur Interventionsanalyse siehe: G. Box und G. Tiao (1975), Intervention analysis with applications to economic and environmental problems, *Journal of the American Statistical Association*, S. 70–79. Für eine Anwendung bei einer Mehrwertsteueränderung siehe: A. Valadkhani (2005), Goods and services tax effects on goods and services included in the consumer price index basket, *The Economic Record* 81, S. 104–114.

⁹ Vgl. hierzu die Erläuterungen „Auswirkungen der Indexneuberechnung 2008 auf den nationalen und den harmonisierten Verbraucherpreisindex“ auf den Seiten 34f.

*Ergebnis der
Interventions-
analyse*

Diesem Ansatz zufolge zeigt sich für den HVPI insgesamt ebenso wie für seine Hauptgruppen, dass die höhere Mehrwert- und Versicherungssteuer weitgehend in die Verbraucherpreise überwälzt worden ist. Knapp 30 % des Gesamteffekts entfiel demnach auf eine höhere Preissteigerungsrate bereits im Jahr 2006, rund ein Drittel auf Preiswirkungen zu Jahresbeginn 2007 und der Rest auf verzögerte Anpassungen im Jahr 2007.¹⁰⁾ Im Jahresdurchschnitt 2007 trug die Steuersatzanhebung demnach knapp 1,4 Prozentpunkte zur HVPI-Jahresteuerrate von 2,3 % bei. Zusammen mit dem Beitrag der Einführung von Studiengebühren in einer Reihe von Bundesländern belief sich der so abgegrenzte Staatseinfluss auf den Anstieg der Verbraucherpreise auf gut 1½ Prozentpunkte.¹¹⁾ Beim nationalen Verbraucherpreisindex war er etwas geringer.

Einzelwirtschaftliche Preisanpassungsstrategien

*Seltene, aber
kräftige Preis-
anpassungen*

Für eine ergänzende Detailanalyse der Preiswirkungen der Steuersatzänderungen wurden mit Unterstützung des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum März 2000 bis Dezember 2007 Einzeldaten für 40 dem Regelsatz der Mehrwertsteuer unterliegende Waren und Dienstleistungen ausgewertet (zu den Einzelheiten siehe die Erläuterungen zur „Auswahl und Aufbereitung der Einzelmeldungen aus der Verbraucherpreisstatistik für die Detailanalyse der Mehrwertsteuerüberwälzung“ auf S. 39).¹²⁾ Wie in früheren Einzelpreisstudien zeigt sich auch diesmal, dass Verbraucherpreise vergleichsweise selten, dafür aber im Einzelfall recht kräftig geändert

werden, und dass Preissenkungen kaum weniger häufig auftreten als Preisanhebungen. Über den gesamten Zeitraum hinweg wurden für die in die Untersuchung einbezogenen Güter monatlich im Durchschnitt 7,9 % der Preise geändert, 4,7 % aufwärts und 3,2 % abwärts. Die Stärke der einzelnen Preisanpassungen belief sich im Mittel auf 11,8 % (10,6 % bei Änderungen nach oben, 13,5 % bei Änderungen nach unten).¹³⁾

10 Sowohl das Gesamtergebnis wie die geschätzte zeitliche Verteilung der Steuereffekte auf die Verbraucherpreise variieren mit der gewählten statistischen Modellierung. Insgesamt ist das Ergebnis aber bemerkenswert robust.

11 Die obligatorische Beimischung von Biokraftstoffen ab Januar 2007 hat Schätzungen auf Basis der nun vorliegenden Daten für 2007 sowie der ersten drei Monate für 2008 zufolge einen zwar positiven, aber statistisch nicht signifikanten Effekt auf die Kraftstoffpreise und den (H)VPI gehabt. Erste Schätzungen auf Basis weniger Beobachtungen nach Einführung der Zwangsbeimischung hatten noch eine deutlichere Wirkung angezeigt. Für das Nachlassen dieses Effekts dürfte eine Rolle gespielt haben, dass sich infolge des kräftigen Anstiegs der Rohölnotierungen im Verlauf des Jahres 2007 der Preisnachteil von Biokraftstoffen deutlich verringert hat.

12 Über erste Ergebnisse war bereits in „Preiswirkungen der jüngsten Mehrwertsteueranhebung – erste Ergebnisse einer Einzelpreisdatenanalyse“ im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Mai 2007, S. 54f. berichtet worden.

13 Für die hier betrachtete Auswahl von Produkten fällt die mittlere Häufigkeit von Preisänderungen deutlich geringer aus als in einer früheren Studie (Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Zum Preissetzungsverhalten in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 2005, S. 15–28, sowie J. Hoffmann und R. Kurz-Kim, Consumer price adjustment under the microscope: Germany in a period of low inflation, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 16/2006.), welche auf Repräsentativität für den gesamten Warenkorb abzielte und deshalb auch Produkte mit häufig wechselnden Preisen wie frische Nahrungsmittel und Rohölprodukte berücksichtigte. Dort waren die produktspezifischen Häufigkeiten auch entsprechend ihrer Bedeutung im VPI-Warenkorb gewichtet worden. Hingegen fällt mit der aktuellen Produktauswahl die mittlere Stärke der Preisanpassungen größer aus, weil erstens mehr Produkte mit „kleinen“ Preisen berücksichtigt und zweitens auf eine Gewichtung verzichtet wurde.

Auswahl und Aufbereitung der Einzelmeldungen aus der Verbraucherpreisstatistik für die Detailanalyse der Mehrwertsteuerüberwälzung

Wie bereits zuvor für Untersuchungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Euro-Bargeld sowie für Studien im Rahmen des Inflation Persistence Networks des Eurosystems, haben das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter der Bundesbank einen eingeschränkten Zugriff auf Einzelpreisdaten aus der Verbraucherpreisstatistik gewährt. Die Einzeldaten wurden zuvor von Experten des Statistischen Bundesamtes und der Bundesbank für die Analyse aufbereitet. Dabei ging es darum, die ursprünglich Monat für Monat separat abgelegten Meldungen in einem automatisierten Verfahren über die Zeit hinweg zu verknüpfen und anschließend datenschutzrechtlich relevante Informationen zu löschen (so wurden beispielsweise alle Informationen über den Standort der Berichtsstelle sowie über die Höhe der Preise entfernt). Bei der Verknüpfung der Daten wurden Produktwechsel und -variationen nach Möglichkeit berücksichtigt.¹⁾ Der Ausfall einer Berichtsstelle führte hingegen zum Ausschluss der entsprechenden Beobachtungen.

Die für die Repräsentativität der Verbraucherpreisstatistik notwendige regelmäßige Überarbeitung der Produkt- und Berichtsstellenauswahl sowie Änderungen in der datentechnischen Aufbereitung der Preismeldungen schränken die Möglichkeiten der Verknüpfung der Einzeldaten über die Zeit hinweg erheblich ein. Sowohl Anfang 2000 als auch Anfang 2008 kam es zu solchen Änderungen. Der hier analysierte Datensatz setzt deshalb erst im April 2000 ein und schließt bereits im Dezember 2007 ab. Da die Aufbereitung trotz der angestrebten Automatisierung aufwendig blieb, konzentriert sich die Analyse auf 40 dem Regelsatz der Umsatzsteuer unterliegende Produkte.²⁾

Bei der Auswahl der Produkte für diese Analyse ging es darum, sowohl Waren wie Dienstleistungen als auch Güter mit niedrigen und mit höheren Preisen zu berücksichtigen. Zudem wurden die Güter so ausgewählt, dass jeweils für eine hinreichende Anzahl von Berichtsstellen eine kontinuierliche Beobachtung über die Zeit hinweg möglich war. Auf jedes Produkt entfielen schließlich im Durchschnitt pro Monat 267 Preisbeobachtungen. Insgesamt gingen damit 10 670 der rund 350 000 für den Verbraucherpreisindex insgesamt monatlich erhobenen Preise in die Untersuchung ein.

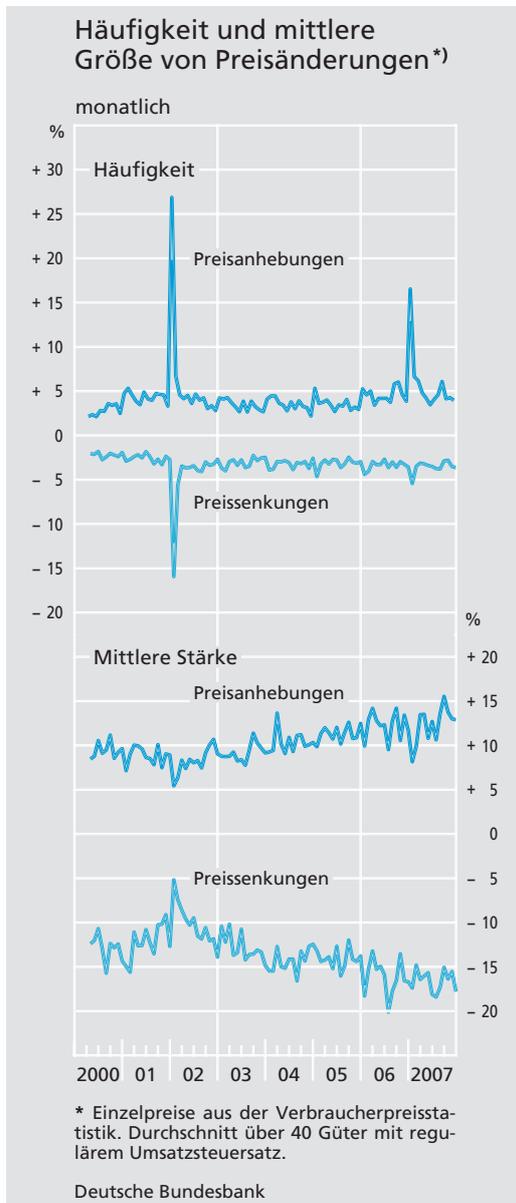
Anders als in früheren Untersuchungen³⁾ wurde hier darauf verzichtet, mit einer eingeschränkten Produktauswahl den gesamten Verbraucherpreisindex nachzubilden. Deshalb blieben beispielsweise Preisbeobachtungen für Energieträger und Wohnungsmieten außen vor. Auch wurden die Ergebnisse für die verschiedenen Güter bei der Durchschnittsbildung nicht gewichtet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können also als exemplarisch, aber nicht als repräsentativ für den gesamten Warenkorb des (H)VPI angesehen werden.

¹ Die berichteten Preisänderungen schließen also auch solche nach einem Produktwechsel mit ein, wobei hier die qualitätsbereinigte Änderung berichtet wird. Siehe dazu auch: J. Hoffmann und R. Kurz-Kim, Consumer price adjustment under the microscope, Germany in a period of low inflation, Diskussionspapier des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, Serie 1, Nr. 16/2006. — ² Einzelpreisdaten für zehn weitere Produkte ohne zusätzliche

Beschreibung des Datensatzes

Produkt	COICOP-Code ⁴⁾	Beobachtungen
Waren		
Mineralwasser	1221001	479
Whisky	2110901	544
Flaschenbier	2130101	498
Herrenoberhemd	3121911	167
Herrensocken	3121961	435
Damenjeans	3122261	150
Tennis-, Trainings- oder Jogging-schuhe	3212501	143
Schnürsenkel	3219001	477
Tapete	4310101	108
Polstergarnitur	5110391	217
Frottierhandtuch, Baumwolle	5200611	375
Geschirrspülmaschine	5312701	114
Mikrowellenherd	5313201	128
Toaster	5320101	169
Glühlampen (ohne Energiesparlampen)	5520322	195
Vollwaschmittel	5611101	694
Kerzen	5612351	151
Pkw-Reifen	7210111	116
Hifi-Anlage	9111211	127
Lautsprecherboxen	9111921	91
CD, Unterhaltungsmusik	9140211	115
Kunststoff-Baukasten	9310141	105
Eau de Toilette	12130201	131
Zahncreme	12130511	199
Papiertaschentücher	12130921	190
Dienstleistungen		
Chemische Reinigung	3142101	398
Schuhreparaturen	3220002	406
Abschleifen und Versiegeln von Parkettfußboden	5130501	72
Waschmaschinenreparatur	5330701	65
Pkw-Inspektion	7230151	130
Bremsklötze ersetzen	7230172	132
Pkw-Oberwäsche	7230181	140
Leihgebühr eines Videofilms/ einer DVD	9423701	70
Entwicklung eines Kleinbildfarbfilms bzw. digitale Fotoentwicklung	9424301	141
Verzehr von Fleischgerichten	11110110	478
Verzehr von anderen alkoholfreien Getränken (ohne alkoholfreies Bier)	11110540	379
Verzehr von Bier (auch alkoholfreies Bier)	11110560	382
Übernachtung mit Frühstück	11200100	270
Haarschneiden für Herren	12110111	745
Friseurleistungen für Damen – Waschen, Schneiden, Föhnen	12110151	743

Mehrwertsteuerbelastung wurden ebenfalls ausgewertet. Über die Ergebnisse wird hier nicht im Einzelnen berichtet. — ³ Siehe dazu: Deutsche Bundesbank, Zum Preissetzungsverhalten in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 2005, S. 15–28, sowie J. Hoffmann und R. Kurz-Kim (2006), a.a.O. — ⁴ Classification of Individual Consumption by Purpose.



Variationen im
Zeitablauf

Im Zeitablauf gab es nur wenige systematische Änderungen bei der Häufigkeit und mittleren Stärke der Preisänderungen. Preise werden typischerweise in den ersten Monaten eines Jahres etwas häufiger geändert als in den späteren Monaten. Die Frequenz der Preisänderungen hat eher zugenommen, vor allem wegen des häufigeren Auftretens von Sonderverkäufen. Dies ist auch der Grund für die zunehmende mittlere Stärke der Preisan-

passungen. Der Wechsel von DM- zu Euro-Preisen im Januar 2002 brachte eine Vielzahl von Preisänderungen nach oben wie nach unten bei einer insgesamt geringeren Stärke der einzelnen Anpassungen mit sich.

Für die Ermittlung des Mehrwertsteuereffekts auf die ausgewählten Waren und Dienstleistungen wurden die statistischen Zusammenhänge zwischen der Häufigkeit und der mittleren Größe von Preisanhebungen und -reduktionen unter Berücksichtigung von saisonalen Effekten und mittelfristigen Trends bis Frühjahr 2006 geschätzt.¹⁴⁾¹⁵⁾ Auf Basis dieser Schätzungen konnten dann Ex-post-Prognosen eines Pfades ohne Mehrwertsteueranhebung für die Jahre 2006 (ab April) und 2007 erstellt werden. So wurden einerseits Daten für sechs volle Zwölfmonatsabschnitte (von April 2000 bis März 2006) zur Stützung der Schätzung herangezogen, andererseits (ab April 2006) Raum für vorgezogene mehrwertsteuerbedingte Preisanhebungen gelassen. Diesen Rechnungen zufolge sind die Preise der ausgewählten Waren und Dienstleistungen, die alle dem regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, in dem Zeitraum April 2006 bis Dezember 2007 im Durchschnitt um

Größe des
Gesamteffekts

¹⁴ Für einen ähnlichen Ansatz siehe: P. Gábril und Á. Reiff, The effect of the change in VAT rates on the consumer price index, MNB (Magyar Nemzeti Bank) Bulletin Dezember 2006, S. 14–20, sowie P. Karádi und Á. Reiff, Menu costs and inflation asymmetries: some micro data evidence, Institute of Economics, Hungarian Academy of Sciences, Discussion Paper 2007/6.

¹⁵ Auf die Berücksichtigung von Kosten- und Nachfragegrößen wird dabei verzichtet. Zum einen erweist es sich angesichts des kurzen Zeitraums, für den die Einzeldaten vorliegen, als äußerst schwierig, entsprechende Zusammenhänge aufzufinden. Zum anderen gibt es auch keinen Hinweis darauf, dass sich für die hier untersuchten Güter die fundamentalen Preisbestimmungsgründe in 2006/2007 – abgesehen von der Steuersatzanhebung – von denen in den Vorjahren markant unterschieden hätten.

rund 2,6 Prozentpunkte stärker gestiegen als in dem Basisszenario ohne Steuersatzanhebung.¹⁶⁾ Dies spricht ebenfalls dafür, dass die Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer inzwischen weitgehend abgeschlossen ist.

Zerlegung des Gesamteffekts

Die Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer kam alleine durch eine größere Häufigkeit von Preisanhebungen zustande.¹⁷⁾ Vor allem im Januar 2007, aber auch im Februar und März sowie später im August/September und bereits zuvor im September/Oktober 2006 wurden deutlich mehr Preise erhöht als in vorangegangenen Jahren. Variationen anderer Anpassungsparameter wirkten dem preisniveausteiigernden Effekt häufigerer Preiserhöhungen – anders als man vielleicht erwarten würde – eher entgegen. Im Mittel waren die Preisanhebungen nicht stärker als üblicherweise. Unternehmen, die ihre Preise im Januar und Februar 2007 nach oben anpassten, taten dies sogar in geringerer Intensität als sonst üblich. Wie das Schaubild auf Seite 40 zeigt, traten Preissenkungen im Januar 2007 nicht etwa seltener, sondern ein wenig häufiger auf,¹⁸⁾ und sie waren etwas stärker als in den Jahren zuvor. Zu diesem auffälligen Befund dürften durch die Steuersatzanhebung motivierte werbewirksame Preisreduktionen beigetragen haben.

Unterschiede zwischen Waren und Dienstleistungen

Während sich bei Dienstleistungen ein großer Teil des Preiseffekts der Steuersatzänderung auf die ersten Monate des Jahres 2007 (insbesondere auf den Januar) konzentrierte, verteilte sich bei Waren die Wirkung über einen größeren Zeitraum. Hier dürften saisonale Produktwechsel, die eine Gelegenheit zu Preisanpassungen bieten, sowie marktstrategische Überlegungen eine größere Rolle gespielt

Zerlegung des Mehrwertsteuereffekts *)

April 2006 bis Dezember 2007

Position	Ohne Mehrwertsteueranhebung (fiktiv)	Mit Mehrwertsteueranhebung (tatsächlich)	Mehrwertsteuereffekt (Differenz)
	in %		in Prozentpunkten
Preis-anhebungen			
– Durchschnittliche monatliche Häufigkeit	3,9	5,4	1,5
– Mittlere Größe	12,6	12,0	– 0,6
Preissenkungen			
– Durchschnittliche monatliche Häufigkeit	3,2	3,2	0,0
– Mittlere Größe	15,5	16,6	1,1
Mittlere monatliche Teuerungsrate	– 0,01	0,11	0,12
Preisanstieg insgesamt	– 0,2	2,4	2,6

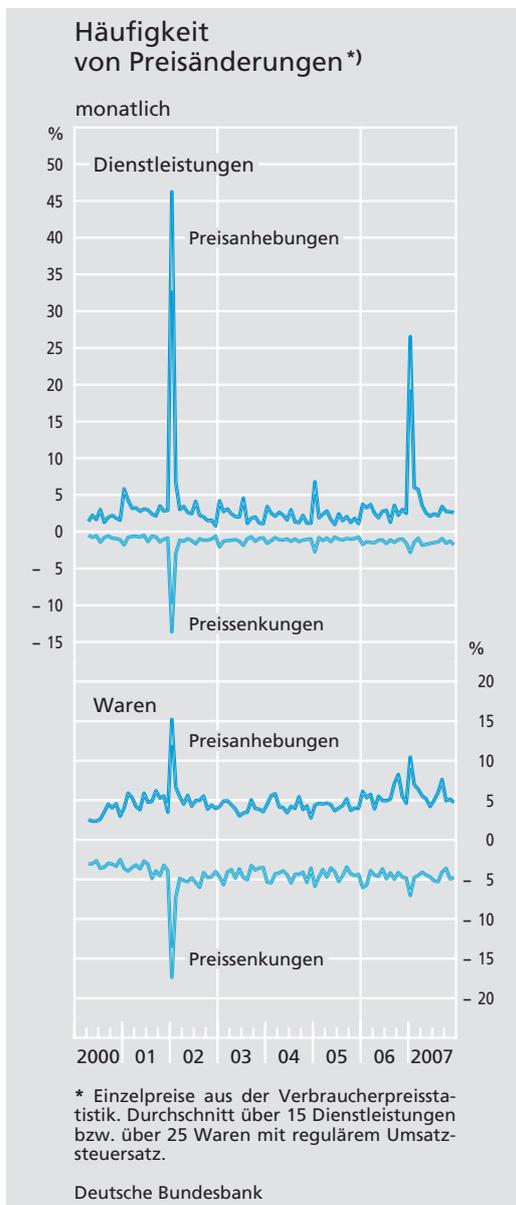
* Einzelpreise aus der Verbraucherpreisstatistik. Durchschnitt über 40 Güter, die dem Regelsatz der Umsatzsteuer unterliegen.

Deutsche Bundesbank

16 Wiederum gilt, dass die geschätzten Steuereffekte auf die Verbraucherpreise mit der gewählten statistischen Modellierung variieren. Insgesamt ist auch dieses Ergebnis aber bemerkenswert robust. In den Schätzungen ist auch ein Euro-Dummy für Januar 2002 enthalten, der sich regelmäßig als statistisch hoch signifikant erweist. Es ist aber eigentlich nicht anzunehmen, dass der Wechsel auf das Euro-Bargeld dauerhafte Preiseffekte ausgelöst haben sollte. Vielmehr sollte es sich überwiegend um aufgeschobene bzw. vorgezogene Preisänderungen gehandelt haben. Dies ist mit einer einfachen statistischen Modellierung aber nicht adäquat zu erfassen. Schätzungen ohne Euro-Dummy kommen im Mittel nicht zu wesentlich anderen Ergebnissen als solche mit dieser Kontrollvariable, sie streuen aber stärker.

17 E. Gagnon (2007), Price setting during low and high inflation: Evidence from Mexico, Board of Governors of the Federal Reserve System International Finance Discussion Papers Nr. 896, findet in Mexiko in einer Periode deutlich höherer Teuerungsraten den gleichen Effekt.

18 Auch in L. Álvarez und I. Hernando, Price setting behaviour in Spain: Evidence from consumer price micro data, Economic Modelling 23, S. 699–716, und in D. Fougère, H. LeBihan (2006), und P. Sevestre (2007), Heterogeneity in consumer price stickiness: A microeconomic investigation, Journal of Business & Economic Statistics 25, S. 247–264, finden sich Hinweise darauf, dass Mehrwertsteueranhebungen die Wahrscheinlichkeit von Preissenkungen im Monat ihres Wirksamwerdens (und auch im Folgemonat) leicht erhöht. Dieser Effekt ist allerdings für Frankreich statistisch nicht signifikant.



haben. Daneben dürften bei Waren naturgemäß die Vorzieheffekte in der Nachfrage der privaten Haushalte bedeutender gewesen sein als bei Dienstleistungen und entsprechend mehr vorgezogene Preisadjustierungen motiviert haben.¹⁹⁾ Während bei den hier untersuchten Dienstleistungen rund die Hälfte des Preiseffekts im Januar 2007 anfiel, war es bei den Waren lediglich ein Zehntel.

Nur ein kleiner Teil der zusätzlichen Preisanhebungen war für sich betrachtet so groß, wie es dem reinen Mehrwertsteuereffekt entsprochen hätte. Überwiegend fielen die einzelnen Preisadjustierungen sehr viel stärker aus. Umgekehrt haben in der untersuchten Periode keineswegs alle Unternehmen ihre Preise angehoben. Bei Friseurleistungen für Herren, die hier beispielhaft betrachtet werden, sind pro Monat 745 Preisbeobachtungen in die Untersuchung eingegangen. Im Zeitraum April 2006 bis Dezember 2007 wurden für diesen Berichtskreis 715 Preisänderungen registriert, wovon 623 nach oben gerichtet waren. Die mittlere Stärke der einzelnen Preissteigerungen betrug 6,4%. Am häufigsten wurden die Preise um 4,9% angehoben, was beinahe dem Doppelten des reinen Steuereffekts entspricht. Beinahe zwei Fünftel der Anbieter setzte die Preise im Januar 2007 hoch, aber nur rund jeder zwanzigste von ihnen erhöhte die Preise stichtaggenau und zugleich exakt um den zusätzlichen Mehrwertsteuerbetrag. Andererseits hielt ein Drittel der Anbieter im gesamten Zeitraum von April 2006 bis Dezember 2007 trotz der Mehrwertsteueranhebung an den alten Preisen fest. Ein Fünftel der Anbieter änderte die Preise mehrfach.

Ausgeprägte Heterogenität im Preisadjustierungsverhalten

¹⁹ Dies ist das Thema der IMF-Hintergrundstudie „The modest effect of the German VAT hike: The role of inflation smoothing“ zu den ArtikelIV-Konsultationen im Jahr 2007, die Anfang 2008 veröffentlicht wurde (siehe <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2008/cr0881.pdf>). Vermutlich werden sich die Wirkungen der mengenmäßigen Vorzieheffekte allerdings weniger in den in der amtlichen Statistik erfassten Preisen (laut Auszeichnung in den Geschäften) als in der dort nicht erfassten Rabattgewährung niedergeschlagen haben. Auch finden die Autoren der Studie anders als nach den hier vorgestellten Schätzungen nach dem Januar 2007 keine weiteren Preiseffekte der Mehrwertsteueranhebung.

Preisänderungskosten als Determinante der Preisdynamik

Die für den Durchschnitt ermittelte vollständige Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer kam also dadurch zustande, dass eine größere Zahl von Anbietern als sonst üblich, aber bei Weitem nicht alle ihre Preise angehoben haben, wobei die Stärke der individuellen Preisanpassungen im Regelfall die Mehrbelastung durch die höhere Umsatzsteuer übertraf. Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis lässt sich durch Preisänderungskosten erklären, welche eine kontinuierliche zeitnahe Anpassung an Veränderungen der Marktbedingungen verhindern. Diese Kosten bestehen beispielsweise darin, dass Preise neu kalkuliert und ausgezeichnet werden müssen.²⁰⁾ Anpassungskosten implizieren, dass Preise erst nach Überschreiten gewisser Schwellen geändert werden. Die Anhebung des Umsatzsteuersatzes war aus dieser Sicht einerseits stark genug, sodass eine größere Zahl von Unternehmen diese Schwelle überschritt, andererseits aber zu gering, als dass dies für alle Unternehmen der Fall gewesen wäre. Wenn der entsprechende Schwellenwert überschritten wurde, dann passten die Unternehmen den Preis nicht nur für die zusätzliche Steuerbelastung an, sondern sie berücksichtigten auch aufgestauten und erwarteten Änderungsbedarf. Preisanhebungen, die sonst erst später angefallen wären, wurden so vorgezogen und glichen den fehlenden Beitrag der Anbieter ohne Preisanpassungen aus.²¹⁾

Alternative Preisanpassungsstrategien

Diese Überlegungen können allerdings nicht erklären, weshalb Preisanhebungen im Mittel deutlich schwächer waren als zuvor.²²⁾ Ähnliche Effekte sind bei einer früheren Mehr-

wertsteueranhebung in Deutschland²³⁾ sowie bei Steuersatzänderungen in anderen Ländern beobachtet worden.²⁴⁾ Erklärt werden muss dabei auch, warum Preiserhöhungen in der Größenordnung von 2,5 % bis 3,5 % signifikant häufiger auftraten. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass Verbraucher auf aus ihrer Sicht unbegründete Preisanhebungen verärgert reagieren. Dies fließt ebenfalls in das Kalkül der Unternehmen ein.²⁵⁾ Eine Preisanhebung, die in etwa der höheren Mehrwertsteuerbelastung entsprach, war aus dieser Sicht den Verbrauchern einfacher zu vermit-

20 D. Levy et al. (1987), The magnitude of menu costs: Direct evidence from large U.S. supermarket chains, *The Quarterly Journal of Economics* 112, S. 791–825, und S. Dutta et al. (1999), Menu costs, posted prices, and multiproduct retailers, *Journal of Money, Credit, and Banking* 31, S. 684–703, haben gezeigt, dass solche Kosten beträchtlich sein können.

21 A. Caplin und D. Spulber (1987), Menu costs and the neutrality of money, *The Quarterly Journal of Economics* 102, S. 703–725, zeigen beispielsweise, dass in Modellen mit Preisänderungskosten unter bestimmten Bedingungen auch monetäre Schocks über eine steigende Häufigkeit von Preisänderungen vollständig in das Preisniveau überwälzt werden, ohne dass alle individuellen Preise sofort angepasst werden. Vgl. hierzu auch: R. Caballero und E. Engel (2007), Price stickiness in Ss models: New interpretations of old results, *Journal of Monetary Economics* 54, S. 100–121.

22 In den üblichen „menu cost models“ würde man eigentlich sogar erwarten, dass ein Kostenschock die durchschnittliche Stärke von Preisänderungen vergrößern sollte. Aber auch in anderen Zusammenhängen ist beobachtet worden, dass es vor allem die Häufigkeit von Preisanhebungen ist, welche auf Veränderungen im Umfeld reagiert. Vgl. hierzu: L. Götte, R. Minsch und J. Tyran (2005), Micro-evidence on the adjustment of sticky-price goods: It's how often, not how much, CEPR Discussion Paper Nr. 5364, und A. Rátfai (2006), Linking individual and aggregate price changes, *Journal of Money, Credit, and Banking* 38, S. 2199–2224, sowie E. Gagnon (2007), a. a. O.

23 Vgl. hierzu: J. Hoffmann und R. Kurz-Kim (2006), a. a. O., S. 38.

24 Vgl. beispielsweise: P. Karádi und Á. Reiff (2007), a. a. O.

25 Vgl. hierzu: J. Rotemberg (2005), Customer anger at price increases, changes in the frequency of price adjustment and monetary policy, *Journal of Monetary Economics* 52, S. 829–852. In Deutschland dürften Überlegungen dieser Art spätestens seit den Erfahrungen mit der Umstellung der Preise auf den Euro an Bedeutung gewonnen haben.

teln als ein stärkerer Preisanstieg. Allerdings hatten gerade im Bereich der Dienstleistungen viele Anbieter ihre Preise schon längere Zeit (einige seit der Umstellung auf den Euro) nicht mehr angepasst, sodass auch stärkere Erhöhungen begründet werden konnten.

Vorzieh- und Entzugseffekte beim privaten Konsum

*Temporäre
und dauerhafte
Effekte*

Die Anhebung der Regelsätze der Umsatz- und der Versicherungsteuer zum 1. Januar 2007 wirkte sich auch deutlich auf die privaten Konsumausgaben aus. Die von der Anhebung der indirekten Steuern ausgelösten Preissteigerungen verringern zum einen dauerhaft die Kaufkraft des Geldes und damit auch der Einkommen. Dies hat die reale Konsumnachfrage der privaten Haushalte entsprechend gedämpft. Zum anderen erlaubte die frühzeitige Ankündigung der Steueranhebung eine zeitliche Verlagerung bestimmter Konsumausgaben mit dem Zweck der Steuervermeidung. Dies hat insbesondere die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (und die privaten Wohnungsbauinvestitionen) in der zweiten Jahreshälfte 2006 zunächst gestärkt, dann aber im Verlauf von 2007 geschwächt.

*Anschaffungs-
neigung und
tatsächliches
Kaufverhalten*

Wie sensibel die Konsumenten auf die avisierte Steuersatzerhöhung reagierten, zeigt die von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Umfragen ermittelte Anschaffungsneigung. Hier setzte bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Steuerpläne Ende 2005 ein Anstieg ein, der sich bis in die erste Jahreshälfte 2006 hinein fort-

setzte, sich dann aber etwas abschwächte. Mit Wirksamwerden der Steuersatzerhöhung Anfang 2007 stürzte die Anschaffungsneigung abrupt ab. Deutlich verzögert folgte das tatsächliche Konsumverhalten den Veränderungen der Anschaffungsneigung. Erst im Herbst 2006 kam es zu spürbar höheren Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter. Die Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen für private Haushalte nahmen im vierten Quartal 2006 gegenüber dem dritten Quartal saisonbereinigt um rund ein Viertel zu.²⁶⁾ Die Einzelhandelsumsätze mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf stiegen im Jahresschlussquartal 2006 preisbereinigt und nach Ausschaltung jahreszeitüblicher Schwankungen um 7%. Insgesamt gaben die privaten Haushalte im Jahr 2006 für langlebige Gebrauchsgüter real 5% mehr aus als im Jahr zuvor. Aber nicht nur bei dauerhaften Gütern, sondern auch bei manchen Verbrauchsgütern waren Vorzieheffekte festzustellen. So nutzten viele Autofahrer Ende 2006 nochmals die Möglichkeit, den Tank ihres Autos mit steuerlich geringer belastetem Kraftstoff zu füllen.

Bei der Abschätzung des Gesamtvolumens der Vorzieheffekte ist zu berücksichtigen, dass Mehrausgaben für bestimmte Verwendungszwecke Minderausgaben an anderer Stelle gegenüberstehen könnten. In der Tat zeigt sich, dass die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Verbrauchsgüter insgesamt in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 sparsamer dotiert haben als es ohne Mehrwertsteueran-

*Kompensierende Effekte
bei anderen
Gütergruppen*

²⁶ In monatlicher Betrachtung setzte der Vorzieheffekt bei den Kraftfahrzeugkäufen bereits im September 2006 ein.

Abschätzung
des Netto-
Vorzieheffekts

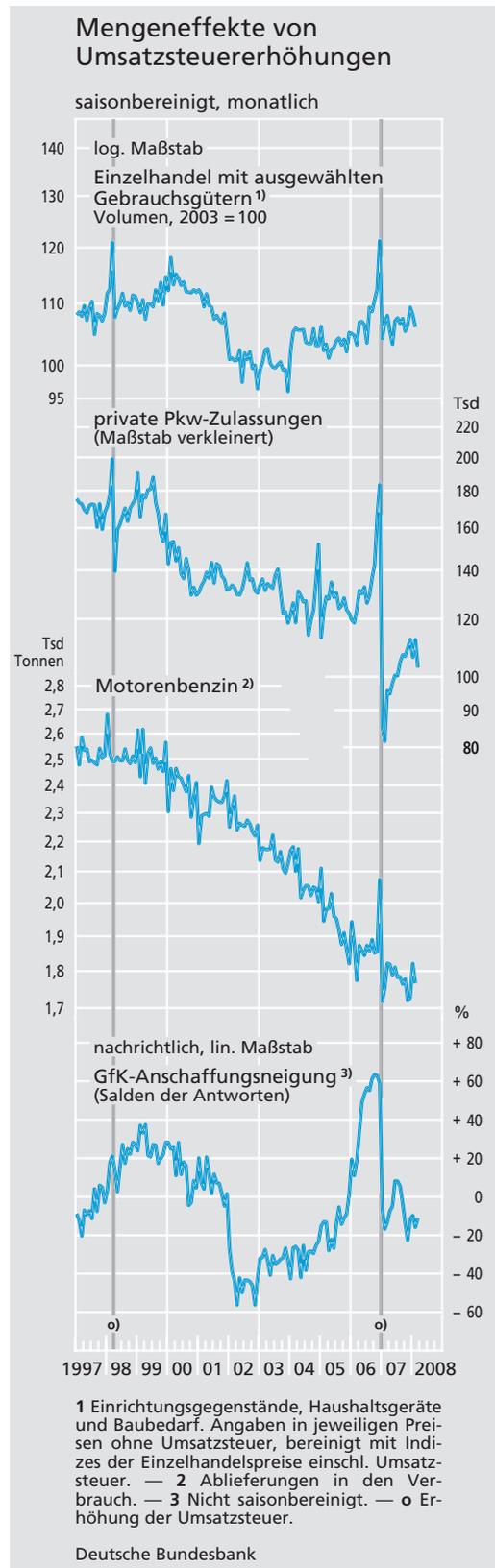
hebung zu erwarten gewesen wäre. Auch bei nicht langlebigen Gebrauchsgütern war die Nachfrage eher schwach. Ein ähnliches Verhalten wurde auch bei vorangegangenen Anhebungen der Mehrwertsteuer beobachtet.²⁷⁾

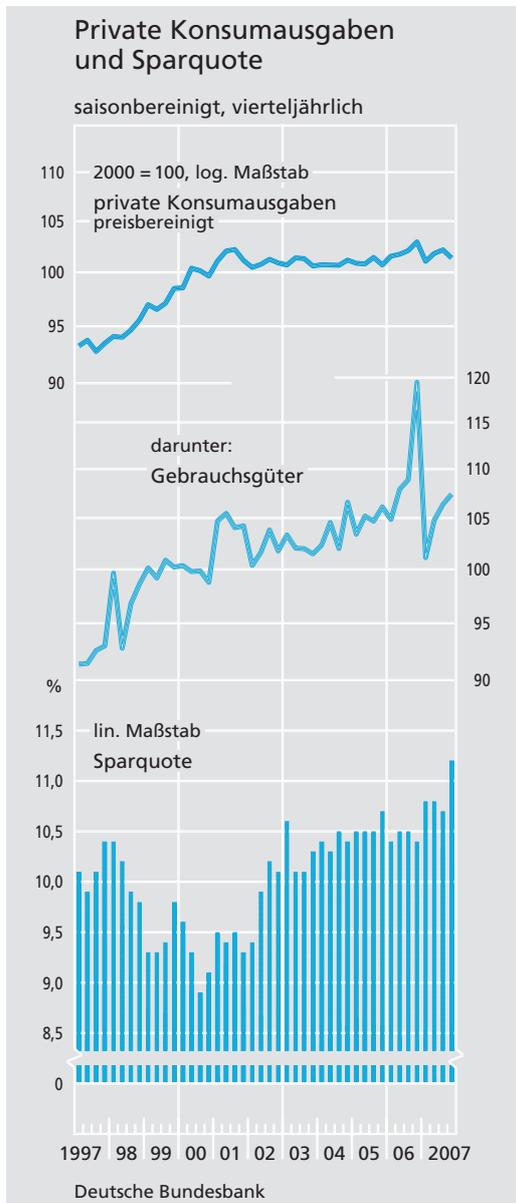
Über alle Haushalte und alle Verwendungszwecke gerechnet implizieren Vorzieheffekte zunächst eine geringere Ersparnis. Dementsprechend lässt sich das Nettovolumen der Vorzieheffekte aus einem Vergleich der tatsächlich beobachteten Sparquote mit einer hypothetischen Sparquote ohne Steuersatzanhebung ermitteln.²⁸⁾ Die Sparquote der privaten Haushalte ist im Zeitraum 2000 bis 2005 kontinuierlich angestiegen, und zwar von 9,2 % auf 10,5 %.²⁹⁾ Im Jahr 2006 wurde dieser Trend unterbrochen, und der Wert verharrte auf dem Stand des Vorjahres. Im Jahr 2007 kam es dann zu einer weiteren kräftigen Zunahme auf 10,9 %. Ohne die zeitliche Verlagerung von Konsumausgaben wäre die Sparquote 2006 wohl höher, 2007 jedoch niedriger ausgefallen. Eine Glättung des Sparquotenverlaufs vom zweiten Vierteljahr 2006 bis zum dritten Quartal 2007 spricht dafür, dass sich diese Effekte dem Betrag nach jeweils auf knapp 0,1 Prozentpunkt belaufen haben könnten. Dementsprechend ergäbe sich für das Jahr 2006 insgesamt ein Vorzieheffekt von 0,1% der privaten (nominalen) Konsumausgaben. In realer Rechnung sind

27 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Anhebung der Mehrwertsteuer und mögliche Vorzieheffekte, Monatsbericht, Mai 2006, S. 50f.

28 In der Quotenbetrachtung wird zugleich für Änderungen des verfügbaren nominalen Einkommens der privaten Haushalte kontrolliert, welches 2005 um 1,6 %, 2006 um 2,3 % und 2007 um 1,7 % expandierte.

29 Vgl. im Einzelnen hierzu: Deutsche Bundesbank, Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung, Monatsbericht, September 2007, S. 41–56.





davon die vorgezogenen Preisanpassungen in Abzug zu bringen, die im Jahresdurchschnitt 2006 gut 0,1 Prozentpunkt ausgemacht haben, sodass nach dieser Rechnung bezogen auf das Gesamttaggregat per saldo praktisch eine neutrale Wirkung auf die realen Konsumausgaben festzustellen ist.

Im Jahr 2007 gingen erwartungsgemäß vor allem die Käufe dauerhafter Konsumgüter stark

zurück. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war das reale Minus sogar etwas stärker als das Plus des Vorjahres. Der private Verbrauch der Inländer insgesamt unterschritt in preisbereinigter Betrachtung sein Vorjahrsniveau um 0,5%. Dämpfend auf die Nachfrage wirkte sich insbesondere der durch die Anhebung der Mehrwertsteuer verursachte Preisanstieg aus. Simulationen mit dem ökonometrischen Modell der Bundesbank zufolge übertragen sich Änderungen des Realwerts des verfügbaren Einkommens recht schnell und dem Umfang nach sehr weitgehend auf die Nachfrage nach Konsumgütern. Der Preiseffekt von etwa 1,4 Prozentpunkten auf den HVPI im Jahr 2007 entspricht etwas mehr als einem Prozentpunkt beim Deflator der privaten Konsumausgaben. Demnach wurde der reale private Verbrauch um gut 1% gedrückt. Hinzugerechnet werden muss der Nachfrageausfall durch die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe dauerhafter Konsumgüter. Insgesamt dürfte die höhere Mehrwertsteuer die Wachstumsrate des privaten Konsums im Jahr 2007 um schätzungsweise 1¼ Prozentpunkte reduziert haben.

*Ausgeprägte
Konsum-
schwäche im
Jahr 2007*

Einflüsse auf den privaten Wohnungsbau

Die Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn 2007 hat neben den Konsumausgaben auch die Wohnungsbauinvestitionen der privaten Haushalte spürbar beeinflusst. Dabei spielte zusätzlich eine Rolle, dass zum Jahresbeginn 2006 die Eigenheimzulage und das Wahlrecht auf degressive Abschreibung der Herstellungskosten bei fremd genutztem Wohneigentum abgeschafft wurden. Da die

*Geänderte
Rahmen-
bedingungen
für den privaten
Wohnungs-
bau...*

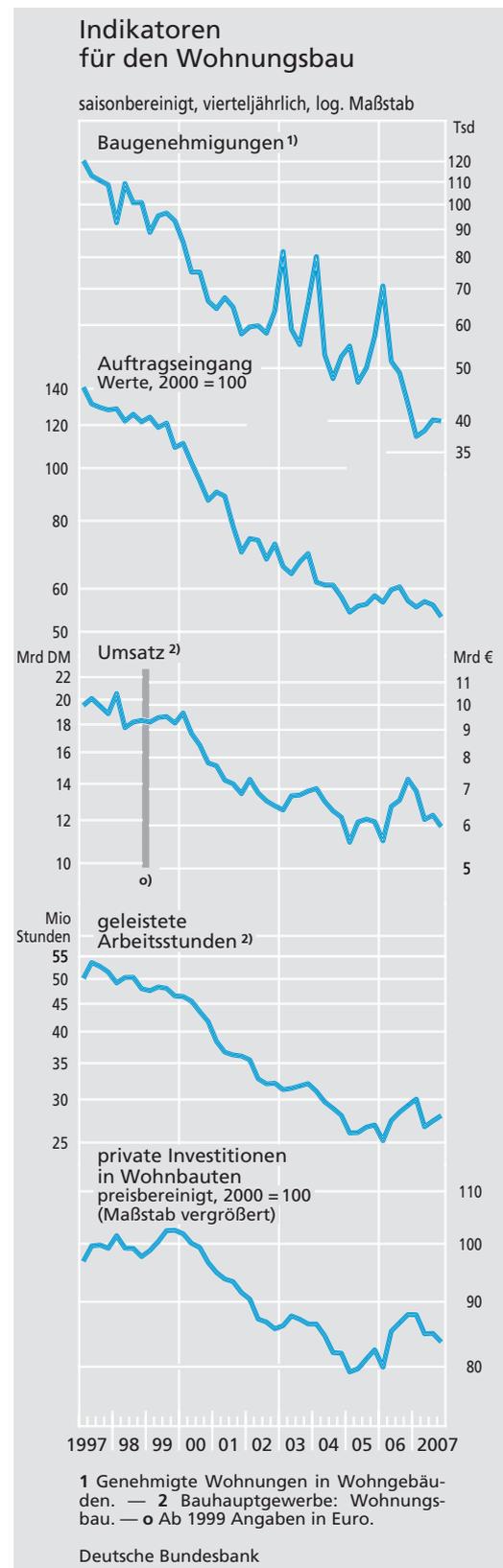
gesetzlichen Regelungen des Jahres Anwendung finden, in welchem der Bauantrag eingereicht wurde, konnten Investoren, die bis Ende 2005 ihren Antrag gestellt hatten, noch von den günstigeren Rahmenbedingungen profitieren. Die Mehrwertsteueranhebung Anfang 2007 hat insofern die Anreize, Bauprojekte rasch in Angriff zu nehmen und zügig abzuschließen, noch verstärkt. Das gleiche gilt für Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, deren Förderung die Bundesregierung im Januar 2006 beschlossen hatte.

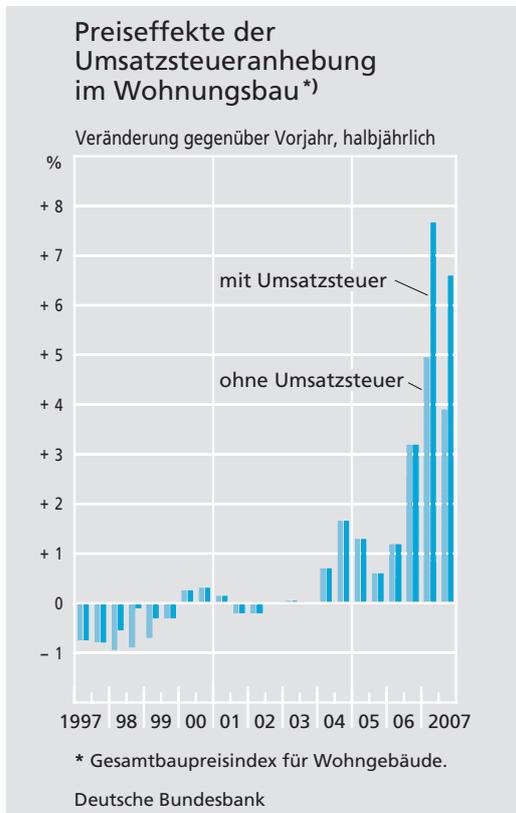
... führten zu einem starken Anstieg der Baugenehmigungen...

Im Unterschied zu früheren Anhebungen der Mehrwertsteuer resultierte diesmal das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmen in kräftigen Vorzieheffekten im Bausektor. So stieg die Zahl der erteilten Baugenehmigungen vor allem für Ein- und Zweifamilienhäuser um die Jahreswende 2005/06 spürbar an. Sie blieb allerdings hinter den Spitzenwerten um die Jahreswechsel 2002/03 und 2003/04 zurück, als die Eigenheimzulage bereits zur Disposition gestellt worden war. Geht man davon aus, dass zwischen Antragstellung und Baugenehmigung etwa drei Monate liegen, so übertraf die Zahl der Bauanträge für Wohnungen im Jahr 2005 ihr Vorjahrsniveau um fast 8%. Im Jahr darauf war es dann ein Fünftel weniger.

... und zu zusätzlichen Aufträgen und Umsätzen im Jahr 2006

Ein Teil der zusätzlichen Genehmigungen schlug sich ohne größere Verzögerung in den Auftragsbüchern nieder. So konnte das Bauhauptgewerbe im Bereich Wohnungsbau 2006 erstmals seit zehn Jahren einen Orderzuwachs verzeichnen, und zwar nominal um 4½% und real um 2%. Nach diesem





Zwischenhoch setzte die Nachfrage ihren Abwärtstrend mit hohem Tempo fort. Auch beim Umsatz dieser Bauparte folgte einem sprunghaften Anstieg ein kräftiger Rückgang im Jahr 2007. Zu dem Umsatzplus im Jahr 2006 von 10¼ % trug auch bei, dass die Baupreise aufgrund steigender Materialkosten deutlich anzogen.

Auswirkungen auf den privaten Wohnungsbau insgesamt

Nicht nur das Bauhauptgewerbe, sondern auch das Ausbaugewerbe profitierte von dem temporären Nachfrageplus. Der Umsatz der dort tätigen Handwerksunternehmen stieg im Jahr 2006 um nicht weniger als 6¾ %. Insgesamt nahmen die privaten Wohnungsbauinvestitionen preisbereinigt um 4,3 % zu, nach einem sechsjährigen Rückgang um insgesamt ein Fünftel. Trotz der ausgeprägten Vorzieheffekte gab es im Jahr 2007 – zumindest im

Durchschnitt betrachtet – keinen Einbruch. Vielmehr war ein weiterer Zuwachs um 0,6 % zu verzeichnen, vor allem weil viele der zuvor begonnenen Bauprojekte erst 2007 fertig gestellt wurden. Insofern wird sich die „Normalisierung“ nach dem Auslaufen der Vorzieheffekte auch im Jahr 2008 noch negativ in der Wachstumsrate der Wohnungsbauinvestitionen niederschlagen.

Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung

Während die zeitliche Verlagerung der privaten Konsumausgaben wohl kaum einen signifikanten Einfluss auf das reale BIP-Wachstum im Jahr 2006 gehabt hat, könnte der Beitrag der Vorzieheffekte im Bereich der Wohnungsbauaktivitäten auf 0,1% bis 0,2 % des BIP zu veranschlagen sein. Insgesamt haben danach Vorzieheffekte das Wirtschaftswachstum 2006 also höchstens um 0,2 Prozentpunkte gesteigert. Im Jahr 2007 dürfte sich der dämpfende Effekt geringerer realer Konsumausgaben auf das Wirtschaftswachstum, der neben der eigentlichen Belastung durch die höhere Mehrwertsteuer auch den Nachfrageausfall aufgrund der vorgezogenen Käufe umfasst, bei Unterstellung eines Importanteils des privaten Konsums von 20 % auf gut einen halben Prozentpunkt belaufen haben.³⁰⁾ Im Bereich des Wohnungsbaus könnten sich die noch nachwirkenden positiven Auswirkungen mit den danach einsetzenden „Entzugseffekten“ weitgehend

Addition der sektoralen Effekte...

³⁰ Bei den von der Steuersatzanhebung betroffenen Produkten könnte der Importgehalt etwas größer und deshalb die Wirkung auf das BIP etwas geringer sein.

die Waage gehalten haben. Nach dieser Rechnung wäre das Wirtschaftswachstum im Jahr 2007 in einem Referenzszenario ohne Mehrwertsteueranhebung mindestens um einen halben Prozentpunkt stärker ausgefallen.

*... dürfte die
Gesamtwirkung
überzeichnen*

Für die Ermittlung der Gesamtwirkung der höheren Steuersätze ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass sich auch die Exporttätigkeit und die Vorratshaltung flexibel an die geänderten Bedingungen angepasst haben. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 stark gestiegene Nachfrage nach Personenkraftwagen wurde beispielsweise auch durch eine zeitliche Verschiebung von Exporten und eine Auflösung von Lagerbeständen befriedigt. Die unterbliebenen Ausfuhren wurden im ersten Quartal 2007 nachgeholt. Danach wurden die Lager im zweiten Quartal wieder

aufgefüllt. Auch in den Folgequartalen konnte die deutsche Automobilindustrie die steuerbedingte Nachfrageschwäche durch Mehrexporte kompensieren. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für andere Branchen. Aus diesem Grund überzeichnet eine einfache Addition der Teilwirkungen die Stärke des Gesamteffekts. Insgesamt verlief das Wirtschaftswachstum im konjunkturell günstigen Jahr 2007 trotz der dämpfenden Wirkung der höheren Steuersätze deutlich über der Potenzialrate.³¹⁾

31 In längerfristiger Perspektive bestimmen alleine Angebots- und nicht die hier im Vordergrund stehenden Nachfrageeffekte die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Umsatzsteueranhebung. Die höhere Steuerbelastung vergrößert den Preis- und Abgabenkeil zwischen realen Produzenten- und Konsumentenlöhnen. Dies wird durch die niedrigeren Abgabensätze zur Arbeitslosenversicherung nur gemildert. Der vergrößerte Preis- und Abgabenkeil reduziert die Bereitschaft, Leistungen im steuerlich erfassten Segment der Volkswirtschaft zu erbringen, mit entsprechenden Verlusten an Wertschöpfung. Dies sind die eigentlichen Kosten der höheren Steuersätze.

Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland

Die demographische Entwicklung macht Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung unumgänglich, wenn die Tragfähigkeit des Systems sichergestellt werden soll. Die vergleichsweise tief greifenden Reformen der letzten zehn Jahre, die auf den Zeitraum bis 2030 zielen, trugen dem durchaus Rechnung. So ist zwar ein Beitragssatzanstieg angelegt. Dieser soll aber durch ein sinkendes relatives Rentenniveau und ein steigendes Rentenalter begrenzt werden. Die Renditen im Umlageverfahren werden dennoch sinken und insofern jüngere Generationen belastet. Insgesamt wird die private Vorsorge im Rahmen der Alterssicherung absehbar an Gewicht gewinnen.

Langfristige Vorausberechnungen und frühzeitige verlässliche Weichenstellungen sind von zentraler Bedeutung für das Vertrauen in die Rentenversicherung und die Planungssicherheit im Hinblick auf die Altersvorsorge. Es liegt daher nahe, rechtzeitig auch die absehbaren Herausforderungen nach dem Jahr 2030 in den Blick zu nehmen. Bei einer zu erwartenden weiter steigenden Lebenserwartung erscheint perspektivisch nicht zuletzt das Rentenalter als wichtiger Anpassungsparameter. Ad hoc vorgenommene Leistungsausweitungen verschieben dagegen zusätzliche Lasten in die Zukunft und stellen letztlich die Verlässlichkeit des Systems in Frage.

Die Grundzüge der gesetzlichen Rentenversicherung¹⁾

Gesetzliche Rentenversicherung im Umlageverfahren

In Deutschland dominiert bei der finanziellen Altersvorsorge die gesetzliche Rentenversicherung, die den überwiegenden Teil der laufenden Alterseinkommen bestreitet und insbesondere für Arbeitnehmer verpflichtend ist.²⁾ Sie ist im Umlageverfahren organisiert, die Einnahmen werden also unmittelbar zur Auszahlung der Leistungen verwendet. Die Rücklagen haben hier den Zweck, die unterjährige Liquidität sicherzustellen und konjunkturelle Einnahmenschwankungen möglichst ohne Beitragssatzänderungen zu überbrücken.

Teilhabeäquivalenz unterscheidet Rentenbeiträge von allgemeiner Steuer

In der Höhe der über eigene Beiträge erworbenen gesetzlichen Rente spiegelt sich – dem Prinzip der Teilhabeäquivalenz folgend – die relative Einkommensposition aus der Erwerbsphase wider. Höhere beitragspflichtige Entgelte haben proportional höhere Rentenansprüche zur Folge. Durch diese konkrete Gegenleistung und den Versicherungscharakter unterscheidet sich der Rentenversicherungsbeitrag von einer Steuer. Dabei ergibt sich die Attraktivität eines Alterssicherungssystems weniger aus dem Leistungsniveau, sondern vielmehr aus dem Verhältnis von eingezahlten Beiträgen und späteren Rentenleistungen, also der Versicherungsrendite. Sinkt die Relation von Beitragszahlern zu Rentnern etwa aufgrund niedriger Geburtenraten, so führt dies für sich genommen im Umlageverfahren zu einer Renditeverschlechterung.

Entscheidende Stellgrößen für die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung sind das Rentenniveau, das gesetzliche Renteneintrittsalter, der Beitragsatz (sowie die Abgrenzung der Bemessungsgrundlage) und der Bundeszuschuss. So liegt derzeit das Verhältnis von Brutto-Eckrente³⁾ zum durchschnittlichen Bruttoentgelt je Arbeitnehmer bei gut 47 %. Nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen werden etwa 65 ½ % des Nettoentgelts erreicht.⁴⁾ Der paritätisch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber entfallende Beitragssatz beläuft sich auf 19,9 %, und die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der Einkommen in die Rentenversicherung einbezogen werden, beträgt derzeit 5 300 € pro Monat im Westen beziehungsweise 4 500 € im Osten. Das gesetzliche Renteneintrittsalter

Zentrale Stellgrößen der gesetzlichen Rentenversicherung

¹ Im Folgenden wird unter gesetzlicher Rentenversicherung die allgemeine Rentenversicherung ohne die knappschäftliche Rentenversicherung verstanden.

² Im Jahr 2003 stammten rd. sechs Zehntel der laufenden Alterseinkommen aus der Rentenversicherung, ein gutes Zehntel aus der Beamtenversorgung und ein weiteres Zehntel aus verschiedenen Formen der betrieblichen Altersversorgung. Knapp zwei Zehntel entfielen auf sonstige Alterseinkommen, vor allem aus Zins- und Mieteinkünften, aber auch aus Erwerbseinkommen. Hierbei ist jedoch weder der Verzehr von bestehendem Vermögen noch das mietfreie Wohnen in der eigenen Immobilie berücksichtigt, womit die tatsächlichen Konsummöglichkeiten im Alter beträchtlich unterschätzt werden. Vgl.: Alterssicherungsbericht 2005, Bundestags-Drucksache 16/906, S. 256.

³ Rentenanspruch mit 45 Entgeltpunkten (z. B. Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren).

⁴ Unterstellt wird hier ein Alleinstehender ohne weitere Einkommen. Aufgrund der schrittweisen Umstellung auf die nachgelagerte Rentenbesteuerung lässt sich seit 2005 ein für alle Rentenzugangsjahrgänge einheitliches Netto Rentenniveau nicht mehr berechnen. Gesetzliche Zielgröße für das Leistungsniveau der Rentenversicherung ist das „Sicherungsniveau vor Steuern“, das als Quotient von Eckrente abzüglich der vom Rentner zu zahlenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge im Zähler und dem Durchschnittsentgelt aus den VGR abzüglich der darauf entfallenden Sozialbeiträge (einschl. unterstellter Aufwand zur zusätzlichen Altersvorsorge) im Nenner definiert ist. Es soll von einem Niveau von derzeit 51 % bis 2020 nicht unter 46 % und bis 2030 nicht unter 43 % sinken (§ 154 Abs. 3 Nr. 2 SGB VI).

liegt bei 65 Jahren. Der steuerfinanzierte Bundeszuschuss belief sich 2007 auf 28 ½ % der Ausgaben der Rentenversicherung. Diese betragen im vergangenen Jahr 236 Mrd €, was knapp 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder 23 ½ % der gesamtstaatlichen Ausgaben entspricht.

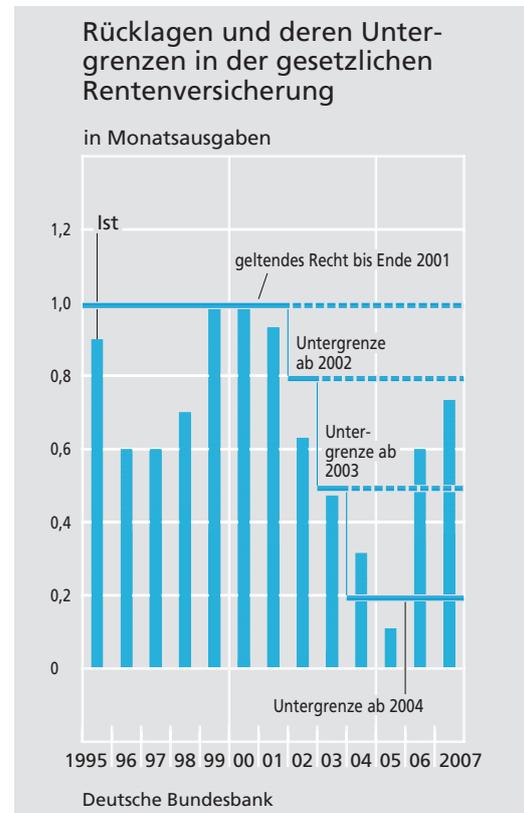
Die Finanzentwicklung seit der Jahrtausendwende⁵⁾

Schwierige Finanzentwicklung bis 2005

Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung war in den vergangenen zehn Jahren durch eine erhebliche Ausweitung der Bundeszuschüsse und zahlreiche kurzfristig finanzwirksame Maßnahmen gekennzeichnet. Die Rücklagen wurden bis 2005 fast vollständig aufgezehrt und erst danach wieder aufgestockt.

Zunehmende Steuerfinanzierung

Der Bund hat sich seit 1998 immer stärker an der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beteiligt. So wurden die Bundeszuweisungen zunächst im Zuge einer Umsatzsteuersatzerhöhung und anschließend bei verstärkter steuerlicher Belastung des Energieverbrauchs deutlich ausgeweitet. Neben den Bundeszuschüssen werden zudem Beiträge für Kindererziehungszeiten überwiesen. In der Summe entspricht die in den letzten Jahren vorgenommene zusätzliche Steuerfinanzierung dem Aufkommen von rund drei Beitragssatzpunkten. Insgesamt belaufen sich die Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung (ohne Knappschaft) auf rund ein Viertel des Bundeshaushalts.



Mithilfe der ausgeweiteten Bundeszuschüsse konnte das Rücklagenziel von einer Monatsausgabe in den konjunkturell günstigen Jahren 1999 und 2000 nahezu punktgenau eingehalten und der Beitragssatz bis auf 19,1% im Jahr 2001 gesenkt werden. Allerdings führte die nachfolgende Wachstumsschwäche bei anhaltender Zunahme der Rentenzahl zu erheblichen Defiziten, wodurch die Reserven abgeschmolzen wurden. Der Gesetzgeber reagierte darauf unter anderem mit einer sukzessiven Reduzierung des Mindestrücklagensolls über 0,8 Monatsausgaben im Jahr 2002 bis auf schließlich 0,2 Monatsausgaben seit 2004, während der Beitragssatz 2003 auf

Rücklagenverzehr durch laufende Defizite

⁵ Vgl. für die frühere Entwicklung: Deutsche Bundesbank, Möglichkeiten und Grenzen einer verstärkten Kapitaldeckung in der gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 1999, S. 15 ff.

Finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung *)

Position	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 p)
Einnahmen	Mrd €								
Beiträge insgesamt	152,21	150,71	152,05	152,81	156,51	156,53	156,26	168,08	162,22
davon:									
Pflichtbeiträge	137,86	139,05	140,29	140,50	143,23	143,30	142,84	155,53	153,57
Beiträge für Arbeitslose	10,70	8,20	8,32	9,13	10,00	10,14	10,54	9,74	5,77
Sonstige Beiträge	3,65	3,46	3,44	3,18	3,29	3,09	2,88	2,81	2,88
Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt	49,49	53,87	57,54	60,88	65,74	66,21	66,53	66,30	67,56
davon:									
Allgemeiner Bundeszuschuss	34,56	33,34	33,83	34,79	36,59	37,10	37,49	37,45	38,15
Zusätzlicher Bundeszuschuss	7,98	9,08	12,18	14,48	17,28	17,26	17,32	17,46	17,86
Beiträge für Kindererziehungszeiten	6,95	11,45	11,53	11,61	11,87	11,84	11,72	11,39	11,55
Sonstige Einnahmen	6,48	6,55	7,34	7,87	7,12	8,94	6,64	6,85	6,39
Insgesamt 1)	208,17	211,14	216,93	221,56	229,37	231,68	229,43	241,23	236,17
Ausgaben									
Rentenzahlungen	173,58	179,23	184,73	191,13	196,04	198,59	199,87	200,46	201,92
Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner	12,96	13,36	13,76	14,50	15,18	14,26	13,44	13,05	13,66
Verwaltungsausgaben	3,23	3,39	3,52	3,65	3,73	3,74	3,77	3,61	3,46
Sonstige Ausgaben 2)	13,53	14,58	15,49	16,41	16,42	16,42	16,28	16,54	16,04
Insgesamt 1)	203,30	210,56	217,50	225,69	231,36	233,01	233,36	233,67	235,08
Überschuss (+) bzw. Defizit (-)	4,87	0,58	-0,57	-4,13	-1,99	-1,33	-3,93	7,56	1,08
Finanzielle Rücklagen	13,58	14,20	13,78	9,72	7,48	5,04	1,71	9,74	11,71
nachrichtlich: in % einer Monatsausgabe	1,00	1,00	0,93	0,63	0,48	0,32	0,11	0,61	0,74
Einnahmen	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Beiträge insgesamt	0,0	- 1,0	0,9	0,5	2,4	0,0	- 0,2	7,6	- 3,5
davon:									
Pflichtbeiträge	0,7	0,9	0,9	0,1	1,9	0,1	- 0,3	8,9	- 1,3
Beiträge für Arbeitslose	- 7,5	- 23,3	1,4	9,8	9,4	1,5	4,0	- 7,6	- 40,8
Sonstige Beiträge	- 5,7	- 5,2	- 0,8	- 7,4	3,4	- 6,1	- 6,7	- 2,6	2,6
Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt	17,6	8,9	6,8	5,8	8,0	0,7	0,5	- 0,3	1,9
davon:									
Allgemeiner Bundeszuschuss	- 7,0	- 3,5	1,5	2,8	5,2	1,4	1,0	- 0,1	1,9
Zusätzlicher Bundeszuschuss	62,5	13,8	34,1	18,9	19,3	- 0,1	0,3	0,8	2,3
Beiträge für Kindererziehungszeiten	-	64,7	0,7	0,7	2,2	- 0,3	- 1,1	- 2,7	1,3
Sonstige Einnahmen	41,2	1,1	12,0	7,3	- 9,6	25,6	- 25,8	3,2	- 6,7
Insgesamt 1)	4,6	1,4	2,7	2,1	3,5	1,0	- 1,0	5,1	- 2,1
Ausgaben									
Rentenzahlungen	3,1	3,3	3,1	3,5	2,6	1,3	0,6	0,3	0,7
Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner	3,9	3,2	3,0	5,3	4,7	- 6,0	- 5,8	- 2,9	4,6
Verwaltungsausgaben	2,8	4,8	3,8	3,8	2,1	0,4	0,7	- 4,2	- 4,1
Sonstige Ausgaben	2,3	7,7	6,2	6,0	0,1	0,0	- 0,9	1,6	- 3,0
Insgesamt 1)	3,1	3,6	3,3	3,8	2,5	0,7	0,1	0,1	0,6

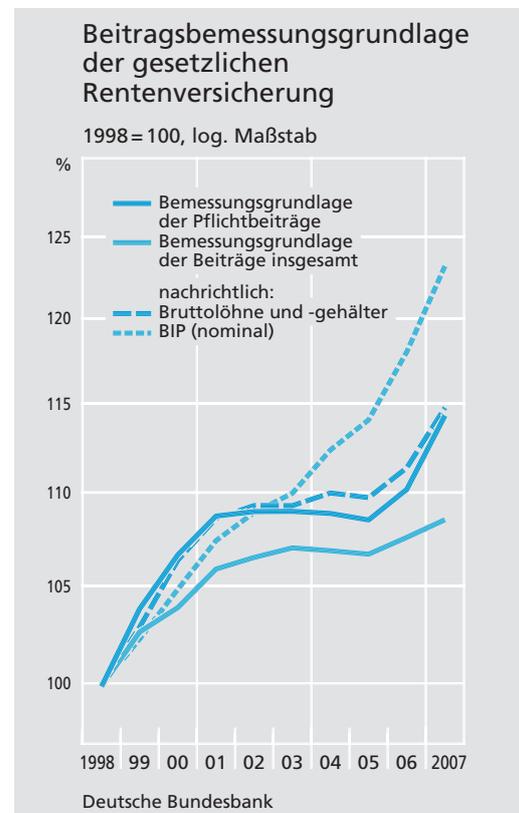
* Bis 30. September 2005: Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, ab 1. Oktober 2005: Deutsche Rentenversicherung ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft – Bahn – See“. — 1 Ohne Zahlungen im

Rahmen des Finanzausgleichs. — 2 Insbesondere Zahlungen an die knappschaftliche Rentenversicherung und Rehabilitationsaufwendungen.

19,5 % angehoben wurde. Ende 2005 wurde der bisherige Tiefpunkt bei den Finanzreserven mit gerade noch 0,1 Monatsausgaben erreicht. Erst im Jahr 2006 kam es wieder zu einer finanziellen Entspannung, was jedoch ausschließlich auf die Vorverlegung von Abführungsterminen für die Sozialbeiträge und die daraus resultierende einmalige Vereinnahmung von nahezu 13 Monatsbeiträgen zurückzuführen war. Mit dem Überschuss von 7 ½ Mrd € konnten somit 2006 die Rücklagen wieder auf 0,6 Monatsausgaben aufgestockt werden, doch blieb die fundamental defizitäre Lage erhalten. Zum 1. Januar 2007 wurde der Beitragssatz daher von 19,5 % auf 19,9 % angehoben. Zusammen mit der günstigen Beschäftigungsentwicklung und den zurzeit relativ geringen Renteneintritten konnten damit die Finanzreserven Ende 2007 auf gut 0,7 Monatsausgaben (11 ½ Mrd €) erhöht werden.

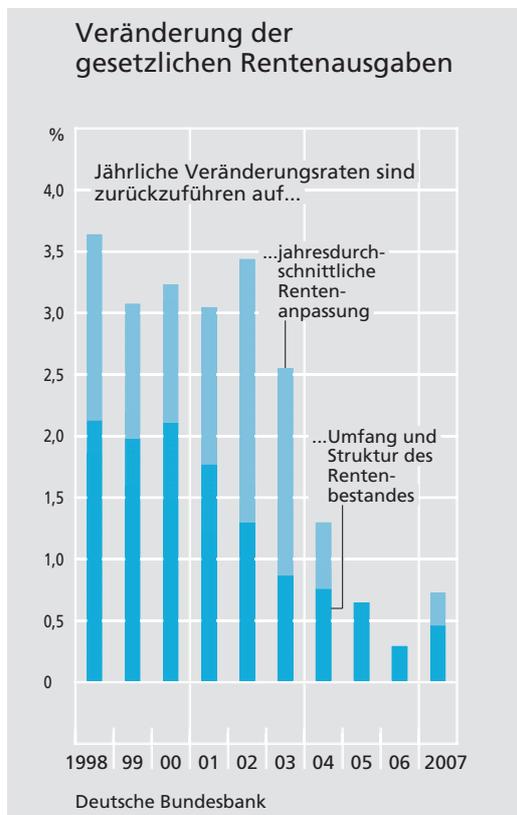
*Schwache
Entwicklung
der Beitrags-
bemessungs-
grundlagen*

Auf der Einnahmenseite schlug sich insbesondere die im Vergleich zum BIP unterdurchschnittliche Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter nieder. Von 1998 bis 2007 wuchs das nominale BIP jahresdurchschnittlich um fast 2 ½ %, die Bruttolohn- und -gehaltssumme ebenso wie die um Beitragssatzveränderungen bereinigten Einnahmen aus Pflichtbeiträgen stiegen dagegen nur um 1 ½ % pro Jahr. Insgesamt nahmen die bereinigten Beitragseinnahmen sogar nur um jahresdurchschnittlich knapp 1 % zu. Ausschlaggebend hierfür waren die zum Teil auf gesetzgeberische Neuregelungen zurückzuführenden Mindereinnahmen bei den Beiträgen für Bezieher von Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit.



Die Ausgaben stiegen in den vergangenen zehn Jahren mit jahresdurchschnittlich 2 % stärker als die Beitragsbemessungsgrundlage. Den relativ kräftigen Zuwächsen bis 2003 (gut 3 % pro Jahr) folgten dabei Jahre mit vergleichsweise niedrigen Steigerungsraten (½ %). Ausschlaggebend für die Abschwächung waren sowohl die geringeren Rentenanpassungen als auch die zuletzt weniger zahlreichen Rentenzugänge sowie strukturelle Veränderungen in Form niedrigerer Durchschnittsrenten. Verstärkt wurde die Verlangsamung des Ausgabenanstiegs dadurch, dass seit dem 1. April 2004 die Rentenversicherung nicht mehr den hälftigen Beitrag zur Pflegeversicherung der Rentner übernimmt. Seit dem 1. Juli 2005 müssen die Rentner wie alle anderen Versicherten einen Sonderbeitrag zur gesetzlichen Krankenver-

*Nach zunächst
kräftigen
Zuwächsen
zuletzt deutlich
verlangsamter
Anstieg der
Ausgaben*



sicherung in Höhe von 0,9 % ihrer Rente allein tragen, und der auf die gesetzliche Rentenversicherung und die Rentner paritätisch aufgeteilte Beitragssatz wurde um den gleichen Prozentsatz vermindert.

Demographische Entwicklung erfordert Anpassungen

Für Rentenversicherung ungünstige demographische Entwicklung

Die Entwicklung seit Mitte der neunziger Jahre bot einen ersten Eindruck von den bevorstehenden demographischen Veränderungen. So ist das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen (Altenquotient) nach einer längeren Phase relativer Stabilität seit 1995 von 25 % bis auf aktuell 33 % angestiegen. Ursächlich hierfür war, dass die seit Ende der sechziger Jahre deutlich schwächeren Ge-

burtsjahrgänge das Erwerbsalter und die relativ stark besetzten Jahrgänge 1930 bis 1940 das Rentenalter erreichten. Während derzeit der Altenquotient weitgehend stabil ist, wird sich der Alterungsprozess ab der Mitte des kommenden Jahrzehnts spürbar verstärken. Bis 2030 wird der Altenquotient nach den zu meist zugrunde gelegten Annahmen auf 50 % und bis 2050 sogar auf 60 % steigen.⁶⁾ Die Ursache ist zum einen die anhaltend niedrige Geburtenrate. Zum anderen lässt die kontinuierlich steigende Lebenserwartung die Gruppe der Älteren stetig anwachsen. So wird davon ausgegangen, dass die fernere Lebenserwartung der 65-jährigen Frauen von zurzeit 20 bis 2030 auf 22½ und bis 2050 auf 24½ Jahre ansteigt. Für Männer wird ein Anstieg von aktuell 16½ Jahren auf 19 im Jahr 2030 und auf 21 bis 2050 erwartet.

Für die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung wird diese Entwicklung erhebliche finanzielle Auswirkungen haben. Um das System zu stabilisieren, sind vor allem Änderungen an den zentralen Stellgrößen Beitragssatz, Rentenniveau, Rentenalter oder Bundeszuschuss notwendig. Angesichts der absehbaren Entwicklung wurden in den vergangenen Jahren bereits verschiedene, insbesondere zukünftig wirkende Veränderungen beschlossen (vgl. Anhang S. 70 ff.). So soll die

Anpassungsoptionen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung

⁶ Vgl.: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, 2006. Hier wurde die den Rentenvorausrechnungen der Bundesregierung zugrunde liegende Variante 1-W2 herangezogen (mittlerer Anstieg der Lebenserwartung Neugeborener auf 83,5 Jahre für Männer bzw. 88,0 Jahre für Frauen, annähernd konstante Geburtenrate von 1,4 und jährliche Nettozuwanderung von 200 000 Personen). In der Variante mit 100 000 Nettozuwanderern pro Jahr steigt der Altenquotient bis 2030 auf 52 % und bis 2050 auf 64 %.

finanzielle Tragfähigkeit bis zum Jahr 2030 durch einen steigenden Beitragssatz, ein sinkendes (relatives) Rentenniveau und ein erhöhtes gesetzliches Rentenalter gesichert werden. Dabei entscheidet letztlich die inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung über die Lastenverteilung aus der sinkenden Rendite des Systems auf die Generationen.⁷⁾

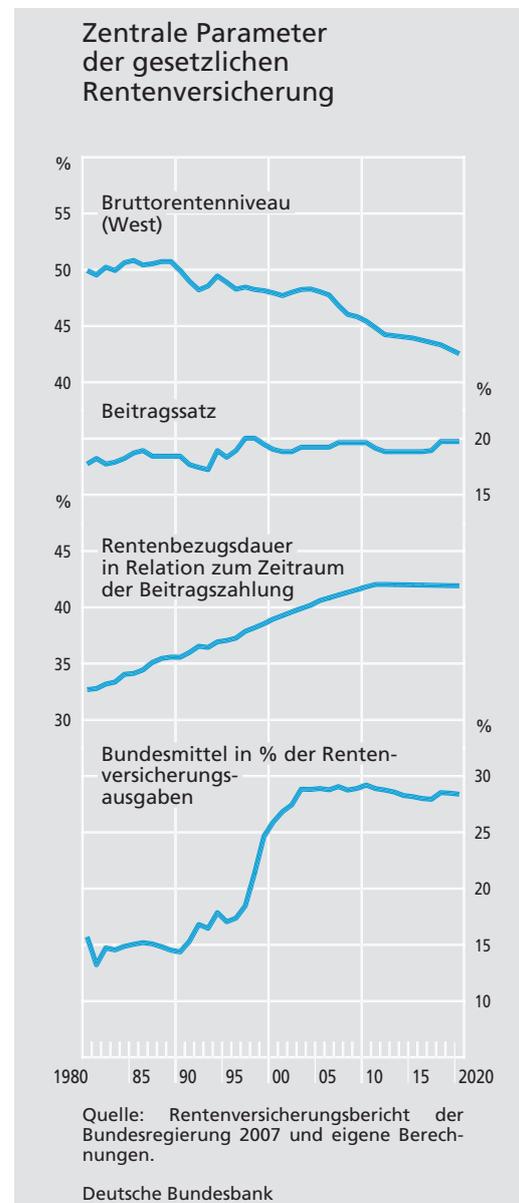
Beitragssatz

„Überlastungsschutz“ soll ungebremsten Beitragssatzanstieg verhindern

Bei einem vorgegebenen Bundeszuschuss, Renteneintrittsalter und Rentenniveau muss der Beitragssatz so festgelegt werden, dass die laufenden Einnahmen zur Finanzierung der laufenden Rentenauszahlungen ausreichen und außerdem ein Zielkorridor für die Rücklage eingehalten wird. Ohne weitere Vorkehrungen läge die Anpassungslast so allein bei den Beitragszahlern. Mit der Reform von 2001 wurde allerdings erstmals ein formaler Überlastungsschutz eingeführt. So wurden Beitragssatzobergrenzen von 20 % bis zum Jahr 2020 und 22 % bis 2030 gesetzlich festgelegt. Dementsprechend wird der jahresdurchschnittliche Beitragssatz in der Erwerbsphase durch Maßnahmen an anderer Stelle weniger schnell als zuvor angenommen, aber dennoch kontinuierlich steigen. Betrag dieser für einen Rentner mit 45 Beitragsjahren, der im Jahr 2005 in die Rentenphase eintrat, noch 17,6 %, wird er bei einem Rentenbeginn 2015 etwa 19 % und 2030 voraussichtlich 19 ½ % erreichen.

Rentenniveau

Das individuelle Rentenniveau, das heißt das Verhältnis des jeweiligen Rentenzahlbetrages



zum durchschnittlichen Entgelt in der Gesamtwirtschaft, geht aufgrund der Umgestaltung der Formel für die jährliche Anpassung sukzessive zurück. Seit 2002 steigen die Renten gemäß den Zuwächsen der Bruttoent-

Verlangsamter Anstieg der Renten insbesondere durch Altersvorsorgeanteil...

⁷ Die Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sollen wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden. Mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz sollen insbesondere die Anhebung des gesetzlichen Ruhestandsalters und die Leistungsniveaueinkürzungen im Versorgungsrecht nachgebildet werden.

gelte je Arbeitnehmer im Vorjahr bereinigt um die Veränderungen des Rentenversicherungsbeitrags und eines als für die private Altersvorsorge verwendete unterstellten Entgeltbestandteils (Altersvorsorgeanteil⁸⁾). Durch die stufenweise Erhöhung des Altersversorgungsanteils um einen halben Prozentpunkt pro Jahr sollte eine jeweils nur geringfügige Dämpfung der generellen Rentenanpassung zur Jahresmitte erreicht werden.

... und Nachhaltigkeitsfaktor

Im Jahr 2004 wurde die Rentenanpassungsformel um einen Nachhaltigkeitsfaktor ergänzt, weil die Beitragssatzziele insbesondere aufgrund – aus Sicht der Rentenversicherung – ungünstigerer demographischer Annahmen sonst nicht einzuhalten gewesen wären.⁹ Der Nachhaltigkeitsfaktor dämpft dabei im Prinzip die Rentenanpassung, wenn das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern steigt.¹⁰ Infolge der demographischen Alterung wird der Nachhaltigkeitsfaktor das Rentenniveau somit längerfristig vermindern. Falls sich die Erwerbsbeteiligung aber strukturell erhöht, wird dieser Effekt abgeschwächt. Außerdem wirken Beschäftigungsschwankungen im Konjunkturzyklus nicht mehr allein über Veränderungen des Beitragssatzes auf die Rentenanpassung. So fiel beispielsweise die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2007 infolge des kräftigen Beschäftigungsaufbaus im Jahr 2006 über den Nachhaltigkeitsfaktor um 0,2 Prozentpunkte höher aus, und im laufenden Jahr ergibt sich ein ähnlicher Effekt. Insgesamt ist die gesetzliche Rentenversicherung damit nicht nur gegenüber den demographischen Veränderungen, sondern insgesamt von strukturellen und konjunkturellen Beschäftigungsschwankungen weniger abhängig gemacht worden.

Rentalter

Im Hinblick auf das gesetzliche Renteneintrittsalter wurde im vergangenen Jahr eine allmähliche Anhebung von 65 auf 67 Jahre beschlossen. Ab 2012 soll es zunächst um einen Monat pro Jahr und ab 2024 dann um zwei Monate pro Jahr steigen. Versicherte, die 2029 das 65. Lebensjahr vollenden, können dann erst zwei Jahre später eine abschlagsfreie Rente beziehen. Aufgrund dieser Maßnahme, die sowohl auf die Einnahmen- als auch auf die Ausgabenseite wirkt, soll der Beitragssatz im Jahr 2030 um einen halben Prozentpunkt niedriger festgesetzt werden können. Dabei ist eine Ausnahme für Versicherte mit mindestens 45 Pflichtbeitragsjahren bereits eingerechnet. Sie können auch weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Diese Privilegierung stellt allerdings nicht nur eine Durchbrechung des Äquivalenzprinzips dar, sondern verursacht auch beträchtliche Kosten, die in erster Linie von den übrigen Versicherten zu finanzieren sind und die den beitragsatzdämpfenden Effekt der Maßnahme deutlich einschränken.¹¹

Gesetzliches Rentalter wird allmählich angehoben, ...

... aber systemwidrige und kostenträchtige Ausnahme

⁸ Mit dem Altersvorsorgeanteil (AVA) soll die unterstellte Zunahme der privaten Vorsorgeaufwendungen der Beitragszahler anpassungsmindernd berücksichtigt werden. Der AVA sollte ursprünglich von 0,5 % im Jahr 2002 schrittweise bis auf 4,0 % im Jahr 2009 steigen. Durch den wachsenden AVA fällt die Rentenanpassung im jeweiligen Jahr um gut 0,6 Prozentpunkte niedriger aus.

⁹ Vgl.: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission, Berlin, 28. August 2003 („Rürup-Kommission“).

¹⁰ Zugrunde gelegt wird das Verhältnis der Anzahl der gezahlten Standardrenten (rechnerisch ermittelt durch Division der Rentenausgaben durch den Betrag der Standardrente) zu der Anzahl der Durchschnittsverdiener (rechnerisch ermittelt durch Division der Beitragseinnahmen von Beschäftigten und Arbeitslosen durch den auf den Durchschnittsverdiener entfallenden Rentenbeitrag).

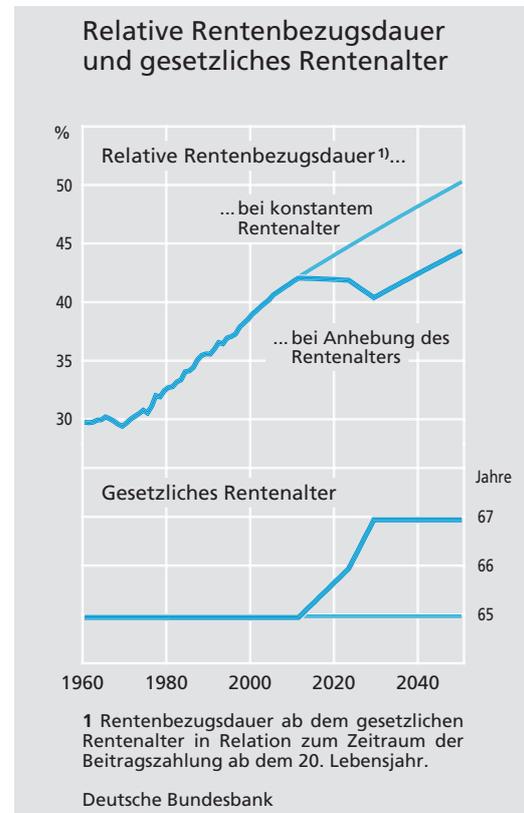
¹¹ Vgl.: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2006 (Bundestags-Drucksache 16/3700), Tz. 28 ff.

Höheres
Rentenalter
korrespondiert
mit steigender
Lebens-
erwartung

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters bedeutet zwar im Vergleich zum Status quo eine Leistungseinschränkung, weil bei unverändertem Renteneintrittsverhalten Abschläge zu verkraften sind beziehungsweise bei Rentenbeginn zum höheren Regelalter keine Zuschläge mehr gewährt werden. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass es andernfalls zu einer anhaltenden Leistungsausweitung käme, weil die Renten infolge der steigenden Lebenserwartung immer länger gezahlt würden und das Verhältnis zu den jeweils eingezahlten Beiträgen für sich genommen immer weiter zunehmen würde.

Weiter
steigende
Lebens-
erwartung wird
nicht ohne
Rückwirkung
auf Rentenalter
bleiben können

Grundsätzlich scheint es daher naheliegend, das Verhältnis von Rentenbezugsdauer zur Dauer der Erwerbsphase zumindest zu stabilisieren. Hierdurch könnte der von der steigenden Lebenserwartung ausgehende Druck auf den Beitragssatz näherungsweise aufgefangen werden. Tatsächlich ist die relative Rentenbezugsdauer von Männern und Frauen¹²⁾ seit 1970 aber von 30 % bis 2007 auf beinahe 41½ % gestiegen. Blicke das gesetzliche Rentenalter unverändert bei 65 Jahren, so ergäbe sich eine weitere Zunahme bis auf gut 46 % im Jahr 2030 beziehungsweise gut 50 % bis 2050 (vgl. oben stehendes Schaubild). Mit der allmählichen Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre dürfte die relative Rentenbezugsdauer dagegen 2030 wie zuletzt bei etwa 41 % liegen. Bis 2050 würde sie dann aber bei ungebrochener Zunahme der ferneren Lebenserwartung erneut ansteigen. Dies verdeutlicht, dass es geboten erscheint, das gesetzliche Rentenalter auch nach 2029 weiter anzuheben.¹³⁾ Bei einem allmählichen Anstieg auf 68½ Jahre



würde die relative Rentenbezugsdauer bis etwa 2050 auf dem 2030 erreichten Niveau konstant bleiben. Eine an die steigende Lebenserwartung gebundene regelmäßige Erhöhung des Rentenalters könnte hier langfristig Planungssicherheit für alle Beteiligten schaffen.

Für die Finanzen der Rentenversicherung kommt es dabei in erster Linie auf das gesetzliche Rentenalter an. Soweit die Abschläge (derzeit 3,6 % pro Jahr) bei vorzeitigem beziehungsweise die Zuschläge (6 % pro Jahr) bei hinausgeschobenem Renteneintritt versiche-

*Tatsächliches
Rentenalter für
Rentenfinanzen
weitgehend
irrelevant –
nicht aber für
Staatshaushalt
und Gesamt-
wirtschaft*

12 Dauer des Rentenbezugs ab dem gesetzlichen Rentenalter in Relation zur Dauer der Beitragszahlung ab dem 20. Lebensjahr.

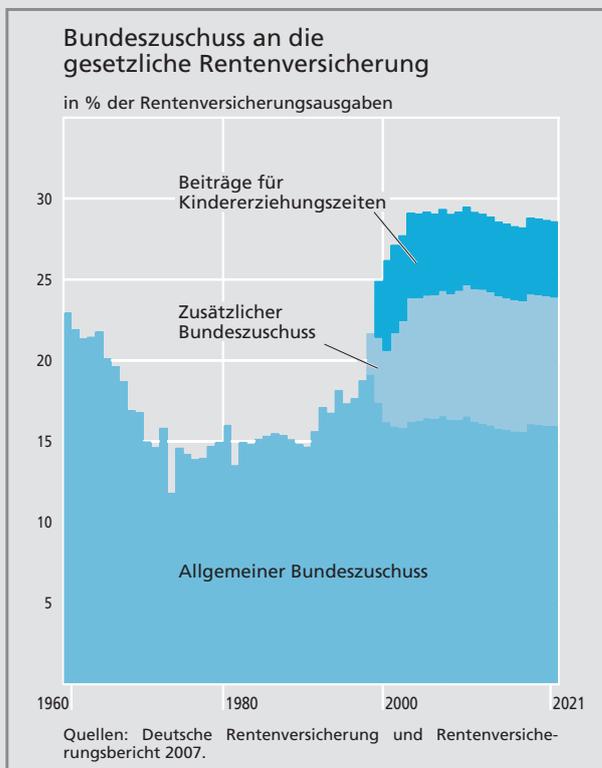
13 Vgl.: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank gegenüber dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, abgedruckt in: Monatsbericht, März 2007, S. 10 f.

Bundeszuschüsse zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung

Steuerfinanzierte Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung wurden ursprünglich in der Gesetzesbegründung aus dem Jahr 1888 vor allem mit der Entlastung der übrigen Haushalte durch eine verminderte Altersarmut gerechtfertigt. Im Rahmen der Rentenreform 1957 wurde dann aber der Ausgleich von Ausgaben der Rentenversicherung, „die nicht Leistungen der Alterssicherung sind“, maßgeblich. Bei der Rentenreform 1992 verzichtete der Gesetzgeber auf eine explizite Begründung der Bundesmittel. Allerdings soll speziell der 1998 eingeführte Zusätzliche Bundeszuschuss der „pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen“ dienen (§ 213 Abs. 3 SGB VI).

Der Bundeszuschuss belief sich im Jahr 1960 auf 23% der Rentenversicherungsausgaben. Danach kam es zu

einem deutlichen Quotenrückgang, weil der Bundeszuschuss dem Anstieg der Pro-Kopf-Löhne folgend angepasst wurde, die Rentenausgaben jedoch wesentlich rascher stiegen. In der Folge wurde der Beitragssatz von anfangs 14% bis auf 18% im Jahr 1974 angehoben. Seit der Rentenreform 1992 folgt der Allgemeine Bundeszuschuss dem Produkt aus Durchschnittsentgelten und Beitragssatz, also etwa den Beitragseinnahmen bei unveränderter Beschäftigung. Aufgrund der negativen Arbeitsmarktentwicklung in den Jahren nach der deutschen Vereinigung wuchsen die Bundesmittel somit schneller als die Beitragseinnahmen, und entsprechend stieg ihr Finanzierungsanteil. Seit 1998 kommen der Zusätzliche Bundeszuschuss und seit 1999 außerdem Beiträge für Kindererziehungszeiten hinzu, sodass derzeit knapp 30% der Rentenversicherungsausgaben vom Bund finanziert werden.



Grundsätzlich würde es dem Äquivalenzprinzip widersprechen, Leistungen, die allgemeine Staatsaufgaben darstellen und insoweit nicht versicherungskonform sind, durch Sozialversicherungsbeiträge zu finanzieren. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung würde durch eine Sondersteuer ohne Anspruch auf Gegenleistung belastet. Eine Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus allgemeinen Steuermitteln verhindert eine solche Sonderbelastung.

Nach einer Aufstellung der gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich die „nicht beitragsgedeckten Leistungen“ im Jahr 2003 auf 57 Mrd € und entsprachen damit weitgehend den Bundeszuweisungen (ohne Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten) dieses Jahres in Höhe von knapp 58 Mrd €. ¹⁾ Nach weit verbreiteter Meinung sind damit die versicherungsfremden Leistungen abgegolten.

Allerdings ist die Abgrenzung der versicherungsfremden Leistungen nicht unstrittig. So wird einerseits beispiels-

¹ Vgl.: Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der nicht beitragsgedeckten Leistungen und der Bundesleistungen an die gesetzliche Ren-

tenversicherung vom 13. August 2004, in: Deutsche Rentenversicherung, Oktober 2004, S. 579. — ² Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung

weise der Wanderungsausgleich, in dessen Rahmen die allgemeine der knappschaftlichen Rentenversicherung pauschale Kompensationszahlungen leistet, als versicherungsfremd deklariert (2007: gut 1¾ Mrd €). Dies erscheint bei einer umfassenden Betrachtung dieser beiden grundsätzlich vergleichbaren Rentenversicherungszweige aber durchaus fraglich. Auf der anderen Seite wird insbesondere gefordert, die Aufwendungen für die Hinterbliebenenrente (soweit sie über Leistungen bei Wahl der Splittingoption hinausgehen) durch Steuermittel zu finanzieren. Dies wird nicht zuletzt damit begründet, dass die Hinterbliebenenversorgung aufgrund der verschärften Einkommensanrechnung immer mehr den Charakter eines bedürftigkeitsgeprüften Transfers angenommen hat (geschätztes Volumen für 2007: 8 Mrd €).

Die Ausgaben der Rentenversicherung in Ostdeutschland decken nicht deren Einnahmen, sodass ein Defizit ausgleich von rund 12 Mrd € durch die westdeutschen Rentenkassen vorgenommen wird. Dies wird mitunter als versicherungsfremde Leistungen interpretiert. Es würde jedoch grundsätzlich dem überregionalen Finanzausgleich widersprechen, diesen Fehlbetrag aus Steuermitteln zu finanzieren. Regionale Unterschiede resultieren nicht zuletzt auch aus erwünschter Migration der Arbeitskräfte in Regionen mit hoher Nachfrage, und ebenso wie sich in Westdeutschland Regionen mit Defiziten finden lassen dürften, könnte es in Ostdeutschland Regionen mit überschüssigen Rentenkassen geben. Allenfalls wenn die gesonderten Rentenwertberechnungs- und Anpassungsregeln der ostdeutschen Rentenversicherung als außerordentliche Leistungen interpretiert würden, ließen sich diesbezügliche versicherungsfremde Ansätze rechtfertigen.²⁾

In der Aufstellung der gesetzlichen Rentenversicherung zu den nicht beitragsgedeckten Leistungen sind die ab 1992 erworbenen Rentenansprüche aus Kindererzie-

hungszeiten nicht enthalten. Gleichzeitig werden aber auch die Beiträge des Bundes für diesen Zweck nicht unter dem Bundeszuschuss ausgewiesen. Tatsächlich fallen aber derzeit praktisch noch keine Ausgaben hierfür an, während laufend Beiträge in Höhe von 11½ Mrd € pro Jahr überwiesen werden. Da diese Beiträge in der umlagefinanzierten Rentenversicherung nicht angespart werden, ergibt sich bei den derzeitigen Regelungen ein niedrigerer Beitragssatz bis sich die zweckgebundenen Ausgaben den Beitragszahlungen angleichen.³⁾

Die Bundeszuschüsse werden künftig aufgrund der Anpassungsregeln mit den Rentenausgaben Schritt halten. Dagegen werden einige versicherungsfremde Leistungen absehbar an Gewicht verlieren. So wird die rentensteigernde Anrechnung von Kriegsdienstzeiten bald keine Rolle mehr spielen. Weiterhin wurde die Anrechnung von Bildungs- und Aufwertung von Ausbildungszeiten fast vollständig eingestellt, sodass hieraus keine Rentenansprüche mehr erwachsen. Auch die ohne Abschläge gewährten und daher aus versicherungsmathematischer Sicht überhöhten Frührenten werden in Zukunft keine Bedeutung mehr haben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Umfang der versicherungsfremden Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung teilweise umstritten ist. Die derzeitigen Bundesleistungen könnten aber insbesondere dann als eher großzügig bezeichnet werden, wenn die erst künftig anfallenden Ausgaben für Kindererziehungszeiten berücksichtigt werden. Allerdings könnte auch die geringere Rendite des Umlageverfahrens im Vergleich zur Kapitalmarktrendite als nicht im Einklang mit einer engen Interpretation des Prinzips der Beitragsäquivalenz angesehen werden. Bei dieser Sichtweise wäre es folgerichtig, die daraus resultierende spezielle implizite Besteuerung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als versicherungsfremd anzusehen.

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2005/06, Tz. 554 f. — 3 Vgl.: Bundestags-Drucksache 16/1614 vom 29. Mai 2006.

runsmathematisch angemessen sind, ist das tatsächliche Rentenalter – von vorübergehenden Be- und Entlastungen abgesehen – für die Finanzlage der Rentenversicherung weitgehend irrelevant.¹⁴⁾ Zur Stabilisierung der Staatsfinanzen insgesamt (Steuern und Sozialbeiträge) wie auch des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials ist eine längere Beschäftigung Älterer aber in jedem Fall von großer Bedeutung.¹⁵⁾

Bundeszuschüsse

*Bundesmittel
zur
Finanzierung
versicherungsfremder
Leistungen*

Die Bundeszuschüsse wurden in den letzten zehn Jahren deutlich ausgeweitet. Ihnen können Ausgaben der Rentenversicherung gegenübergestellt werden, auf die keine Ansprüche aus Beitragszahlungen bestehen. Zwar reichen nach vorherrschender Meinung die heute gezahlten Zuschüsse etwa aus, um die versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren. Dabei ist jedoch umstritten, wie diese im Einzelnen abzugrenzen sind (vgl. Übersicht auf S. 60 f.). Prinzipiell sollten im Sinne des Versicherungsprinzips nur versicherungskonforme Leistungen über Beiträge finanziert werden. Andere, gesamtgesellschaftlich als wünschenswert erachtete Leistungen sollten dagegen aus dem allgemeinen Steueraufkommen gezahlt werden. Dabei sind allerdings auch das erreichte hohe Niveau der Bundeszuschüsse und die Anspannungen im Bundeshaushalt zu beachten. Grundsätzlich erscheint daher eine kritische Überprüfung der bestehenden versicherungsfremden Leistungen angebracht.

Beitragssatz- und Sicherungsniveaueziele in der Zukunft

Die vorliegenden Vorausberechnungen der Bundesregierung reichen bis 2021 und weisen bis 2020 keinen Konflikt zwischen den gesetzlichen Zielvorgaben eines Beitragssatzes von höchstens 20 % und eines Versorgungsniveaus vor Steuern von mindestens 46 % aus.¹⁶⁾ Auch bis 2030 scheinen ein Beitragssatz von maximal 22 % und gleichzeitig ein Sicherungsniveau von mindestens 43 % bei konsequenter Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erreichbar. Da die demographische Alterung aber auch danach weiter voranschreiten wird, werden diese Werte ohne weitere Maßnahmen in der Folgezeit nicht mehr zu realisieren sein. Erst nach 2040 dürfte gemäß den derzeitigen Annahmen zumindest von der niedrigeren Geburtenrate kein größerer Beitragssatzdruck mehr ausgehen, weil dann nicht nur die Beitragszahler, sondern auch die meisten Rentner aus den durch eine niedrigere Geburtenrate gekennzeichneten Geburtsjahrgängen stammen werden. Als finanzielles Problem bleibt dann aber die voraussichtlich weiter steigende Lebenserwartung bestehen. Dieses könnte jedoch durch eine kontinuierliche Anpassung des gesetzlichen Rentenalters gelöst werden.

*Längerfristige
Vorausberechnungen könnten Verunsicherung reduzieren*

¹⁴ Vgl.: J. Clemens, Anhebung der Regelaltersgrenze und Abschlüsse bei vorzeitigem Renteneintritt, Wirtschaftsdienst, 12/2007, S. 835–840.

¹⁵ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt beispielsweise aufgrund des höheren Erwerbspersonenpotenzials infolge der Anhebung des gesetzlichen Rentenalters einen positiven Effekt auf die jährliche Potenzialwachstumsrate von 0,1 bzw. 0,3 Prozentpunkten im Zeitraum 2012 bis 2029 (Gutachten 2007/08, Tz. 267 ff.).

¹⁶ Vgl.: Rentenversicherungsbericht 2007 der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 16/7300 vom 22. November 2007.

Insgesamt erscheint für eine vorausschauende und langfristig angelegte Rentenpolitik eine deutlich weiter reichende Vorausberechnung der Rentenfinanzen angebracht, die den langfristigen Handlungsbedarf konkretisiert und überzogenen Erwartungen, aber auch Verunsicherungen vorbeugt.

Zu weiteren Aspekten der rentenpolitischen Diskussion

Gewichtsverlagerung zugunsten vermehrter Kapitaldeckung

Durch die jüngsten Reformen wurden die Parameter der gesetzlichen Rentenversicherung zumindest bis zum Jahr 2030 so eingestellt, dass das System finanziell bis dahin stabil bleiben könnte. Die bei der gegebenen demographischen Entwicklung zwangsläufig sinkende Rendite drückt sich vor allem in höheren Beitragssätzen und niedrigeren relativen Rentenniveaus aus.¹⁷⁾ Letzteres bedeutet für jene, die ein höheres finanzielles Absicherungsniveau anstreben, die Notwendigkeit einer zusätzlichen – in der Regel kapitalgedeckten – Altersvorsorge. Personen, die die künftigen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bislang falsch eingeschätzt haben, dürften ihre Sparbemühungen anpassen. Innerhalb der Altersvorsorge insgesamt dürfte sich alles in allem im Zeitverlauf angesichts der sinkenden Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung eine Gewichtsverlagerung von der Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung ergeben (vgl. auch die Übersicht auf den S. 64 f.).

*Andere
Formen der
Alterssicherung
dürften an
Bedeutung
gewinnen*

Insgesamt gesehen kann in kapitalgedeckten Systemen zwar mit einer höheren Rendite gerechnet werden als im Umlageverfahren.¹⁸⁾ Bei einem bestehenden umlagefinanzierten System, mit dessen Einführung die frühen Rentnergenerationen finanziert wurden, ist aber allein von der Umstellung auf Kapitaldeckung kein Nettogewinn in dem Sinne zu erwarten, dass die Reformgewinner die Verlierer kompensieren und trotzdem noch einen Vorteil realisieren können. Vielmehr ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sich Gewinne und Verluste praktisch ausgleichen.¹⁹⁾ Letztlich ist auch hier über die intergenerative Verteilung zu entscheiden, das heißt, wie Belastungen und Leistungen im Zusammenhang mit dem staatlichen Alterssicherungssystem auf die verschiedenen Generationen verteilt werden sollen.

*Allein durch
Wechsel der
Finanzierung
kein Effizienz-
gewinn zu
erwarten*

17 Vgl. ausführlich zur Berechnung impliziter Renditen: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2004 (Bundestags-Drucksache 15/4498), S. 90 ff.

18 Abgesehen von der Einführungsgeneration ergibt sich die Rendite umlagefinanzierter Alterssicherungssysteme aus der Wachstumsrate der Lohnsumme, die sich aus der Zunahme der Pro-Kopf-Entgelte und der Beschäftigtenzahl zusammensetzt und längerfristig nur begrenzt von der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate abweichen dürfte. Die durchschnittliche Rendite kapitalgedeckter Systeme ergibt sich dagegen aus der Verzinsung am Kapitalmarkt abzüglich renditemindernder Effekte wie höheren Verwaltungskosten und Prämienaufschlägen aufgrund einer asymmetrischen Informationsverteilung zwischen Versicherten und vorsichtig kalkulierenden Versicherern.

19 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Möglichkeiten und Grenzen einer verstärkten Kapitaldeckung in der gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 1999, S. 22, sowie grundlegend: F. Breyer (1989), On the Intergenerational Pareto Efficiency of Pay-as-you-go Financial Pension Systems, Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE), 145, S. 643–658. Modelle, in denen der Wechsel vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren Effizienzgewinne mit sich bringt, basieren letztlich auf der Annahme, dass die explizite Steuer zur Finanzierung des Übergangs mit geringeren Verzerrungen (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt) verbunden ist als die Fortführung der impliziten Besteuerung im Umlagesystem.

Staatliche Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge

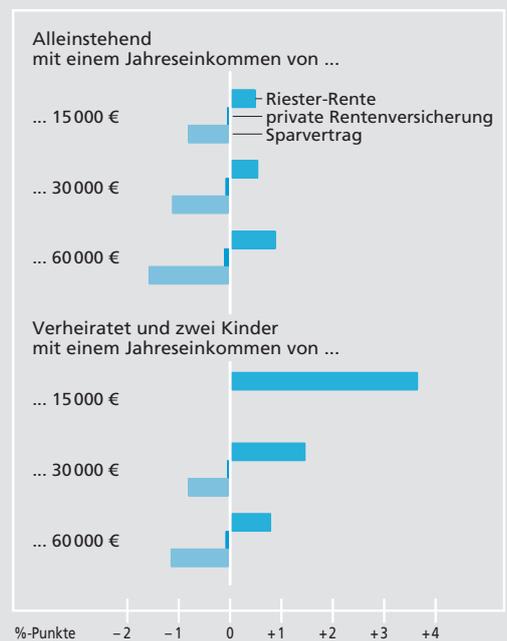
Parallel zu den beitragsatzdämpfenden Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung weitete der Gesetzgeber die staatliche Förderung der Altersvorsorge auf der betrieblichen und der privaten Ebene erheblich aus. So wurde im Jahr 2002 der Anspruch der Arbeitnehmer auf Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung eingeführt. Seither können bis zu 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (derzeit also 2.544 € pro Jahr) steuer- und sozialabgabenfrei für eine betriebliche Altersversorgung verwendet werden.¹⁾ In der Rentenbezugsphase greift dann die nachgelagerte Besteuerung, und seit 2004 sind von Betriebsrenten außerdem volle Beiträge an die gesetzliche Kranken- und die soziale Pflegeversicherung zu leisten. Die ursprüngliche Befristung der Sozialabgabenfreiheit bis Ende 2008 wurde mittlerweile aufgehoben. Umfrageergebnissen zufolge wurde die betriebliche Altersversorgung seit dem Jahr 2001 deutlich ausgeweitet. Ende 2001 verfügten danach 38% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Privatwirtschaft über einen Betriebsrentenanspruch. Bis Mitte 2004 ergab sich ein Anstieg auf 46%, der zu einem guten Teil auf die zusätzliche Förderung zurückzuführen sein dürfte. Neuere Befragungsergebnisse differenzieren nicht zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst. Sie deuten aber darauf hin, dass die Ausweitung bis Ende 2006 deutlich an Dynamik verloren hat.²⁾

Zur Förderung der privaten Altersvorsorge wurde ebenfalls im Jahr 2002 die „Riester-Rente“ eingeführt. Sofern die Vorsorgeprodukte die gesetzlichen Kriterien erfüllen, kann seither ein bestimmter Beitrag als Sonderausgabe steuerlich geltend gemacht werden. Der maximale Vorsorgebeitrag belief sich anfangs auf 525 € pro Jahr, wurde in Zweijahresschritten jeweils um diesen Betrag erhöht und erreichte schließlich im Jahr 2008 den Endwert von 2.100 €. Um Geringverdiener und Eltern zusätzlich zu unterstützen, wurde alternativ eine Zulagenförderung eingeführt.³⁾ Aufgrund der staatlichen Förderung bietet die Riester-Rente bei gegebener Bruttoverzinsung eine höhere Nachsteuer-

rendite als etwa sonstige private Rentenversicherungen (mit steuerfrei vereinnahmten Erträgen in der Ansparphase) oder ungeforderte Sparpläne, bei denen sowohl die Beiträge als auch die laufenden Zinserträge der Steuer zu unterwerfen sind. Aufgrund der (zuletzt ausgeweiteten) Zulagenförderung ist der Renditevorteil der Riester-Rente vor allem für geringverdienende Personen mit Kindern besonders groß.

Der Vorteil einer nachgelagerten Besteuerung – wie im Fall der Riester-Rente – im Vergleich zur vorgelagerten steuerlichen Erfassung (der Beiträge und der Zinserträge in der

Einfluss der Besteuerung und der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge auf eine angenommene Rendite⁴⁾



München, 22. Juni 2007. — 3 Die Zulage betrug anfangs 36 € pro Erwachsenem und zusätzlich 46 € je Kind. Nach den Anhebungen im Zweijahresturnus stiegen die Zulagen auf 154 € bzw. 185 € ab 2008. Für nach dem 31. Dezember 2007 geborene Kinder wurde die Zulage zudem auf 300 € angehoben. — 4 Unterstellte nominale Vorsteuerrendite: 4% pro Jahr, Ansparphase: 45 Jahre, Rentenbezugsdauer: 21 Jahre, Grenzsteuersatz im Alter halbiert. — 5 So ermittelte die Bundesregierung in ihrem Alterssicherungsbericht 2005 (Bundestags-Drucksache 16/906) nur unter der Prämisse ein weitgehend konstantes, langfristig

1 Parallel zur Beendigung der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG für kapitalgedeckte Altersversicherungen wurden die Direktversicherung in die Förderung nach § 3 Nr. 63 EStG aufgenommen und der Steuerfreibetrag pauschal um 1.800 € pro Jahr angehoben. — 2 Vgl.: TNS Infratest Sozialforschung, Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst 2001 – 2004, München, 21. September 2005, sowie: TNS Infratest Sozialforschung, Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst 2001 – 2006,

Ansparphase) liegt zum einen in der Steuerfreiheit der Kapitalerträge und zum anderen darin begründet, dass im Alter das Einkommen und damit der sich aus dem progressiven Tarif ergebende Steuersatz niedriger sein dürfte als in der Erwerbsphase. Im Fall der sonstigen privaten Rentenversicherung bleiben zwar die Zinserträge in der Ansparphase ebenfalls steuerfrei. Im Vergleich zur Riester-Rente entfällt jedoch die progressionsbedingte Entlastung durch die Verlagerung von steuerpflichtigen Einkünften ins Alter.

Wenn mit der Riester-Rente ein bestimmtes Netto-Versorgungsniveau im Alter erreicht werden soll, muss die nachgelagerte Besteuerung in der Auszahlungsphase in Rechnung gestellt werden. Wenn etwa die Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeglichen werden sollen, wird es im Regelfall daher mehr als nur der Beiträge zur Riester-Rente bedürfen.⁵⁾

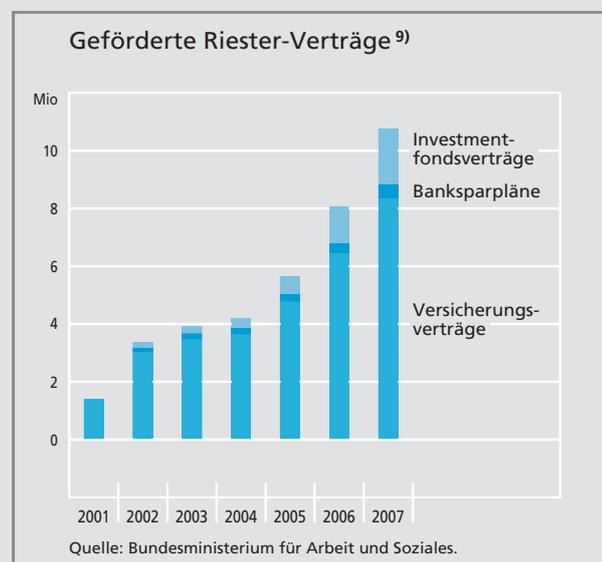
Die Zahl der geförderten Riester-Verträge stieg bis Ende 2003 rasch auf 4 Millionen an. Es folgte eine Phase der Stagnation bis Mitte 2005. Erst danach kam es zu einem kräftigen und stetigen Zuwachs bis auf 10¾ Millionen Verträge Ende 2007. Dazu dürfte nicht zuletzt die Vereinfachung der Förderkriterien, aber auch der weitgehende Abbau der steuerlichen Privilegierung der nach 2004 abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge⁶⁾ beigetragen haben. Das Vorsorgevolumen insgesamt wie auch die gesamtwirtschaftliche Ersparnis sind allerdings nur insoweit ausgeweitet worden, wie es nicht zu einer Substitution der einen durch eine andere Form der Altersvorsorge gekommen ist.⁷⁾

Die staatliche Förderung der Riester-Rente belief sich 2007 für die Zulagen auf gut 1 Mrd €. Für die Steuerausfälle durch den Sonderausgabenabzug liegen vollständige Daten nur bis 2003 vor (54 Mio €). Sie könnten sich aber etwa auf zwei Drittel des Zulagenniveaus belaufen.⁸⁾ Da im Jahr 2008 eine letzte Erhöhungsstufe hinzukommt und die Anzahl der Verträge zuletzt sehr dynamisch gewachsen ist, werden sich die Kosten noch beträchtlich ausweiten. Sofern

sogar wieder steigendes Gesamtversorgungsniveau, dass zusätzlich die Steuerersparnisse aus der allmählichen Steuerfreistellung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in eine zusätzliche private Rentenversicherung investiert werden. — 6 Bis zum 31. Dezember 2004 abgeschlossene Lebensversicherungsverträge können nach einer Laufzeit von 12 Jahren steuerfrei ausgezahlt werden. Damit blieben auch die Zinserträge in der Ansparphase von der Besteuerung verschont. Bei neueren Verträgen ist in diesen Fällen die Hälfte des Auszahlungsbetrages zu

nicht Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen werden, ist damit ein größerer staatlicher Schuldenstand oder eine unmittelbar höhere Steuerbelastung verbunden. Mit einem höheren Schuldenstand würden weitere Belastungen in die Zukunft verschoben. Eine stärkere Besteuerung würde nicht nur die privaten Vorsorgeaktivitäten erschweren, sondern zudem andere Verzerrungen hervorrufen.

Insgesamt umfasst die staatliche Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ein breites und aufgrund zahlreicher Sonderregelungen unübersichtliches Spektrum an Instrumenten. Mehr Transparenz und weitere Vereinfachungen der Förderkriterien könnten dazu beitragen, dass die Vorsorgeprodukte besser verstanden werden. Dabei ist auch eine umfassende statistische Erfassung insbesondere der betrieblichen Altersvorsorge geboten. Letztlich gilt es, wie bei jeder staatlichen Subvention, eine zielgerichtete und transparente Gewährung sicherzustellen, die eine effiziente Verwendung der Fördermittel und eine regelmäßige Erfolgskontrolle ermöglicht.



steuern (§ 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG). — 7 Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 mit jeweils gut 2 Millionen neuen Kapitallebensversicherungen (einschl. fondsgebundene Versicherungen) wurden in den Jahren 2005 und 2006 jeweils nur noch rd. 1¼ Millionen Neuverträge geschlossen. Dem standen 1½ bzw. 2½ Millionen neue Riester-Verträge in diesen beiden Jahren gegenüber. — 8 Vgl.: Bundestags-Drucksache 16/8016. — 9 Ohne Verträge im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge.

Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises

Ausweitung der Versicherungspflicht auf Selbständige...

Der derzeit mitunter erhobenen Forderung nach einer Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises insbesondere um Selbständige liegen vor allem zwei Argumentationslinien zugrunde. Zum einen gelte es sicherzustellen, dass möglichst umfassend eine finanzielle Mindestvorsorge für das Alter betrieben wird. So werde durch Eigenvorsorge Bedürftigkeit im Alter vermindert, die andernfalls die Gemeinschaft über Sozialleistungen im Rahmen der Mindesteinkommenssicherung zu finanzieren hätte. Es werde hierdurch strategisches Verhalten auf Kosten aller Steuerzahler verringert. Dafür kommen allerdings durchaus auch verpflichtende private Vorsorgeformen in Betracht.

... zum Schutz vor Altersarmut...

... und zur gleichmäßigeren Besteuerung

Zum anderen wird argumentiert, dass das bestehende Umlageverfahren grundsätzlich zu einer im Vergleich zur privaten Altersvorsorge ungünstigeren Beitragsrendite führe. Die hieraus resultierende implizite Steuer solle im Sinne einer gleichmäßigeren Besteuerung durch eine umfassendere Rentenversicherungspflicht auf eine breitere Basis gestellt werden. Alternativ käme diesbezüglich auch ein Ausgleich des Renditenachteils der gesetzlich Rentenversicherten aus allgemeinen Steuermitteln – und somit auch die Beteiligung des nicht versicherten Personenkreises – in Frage. Der Rentenbeitrag könnte hierdurch so weit gesenkt werden, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung eine bestimmte Verzinsung erzielt würde, die der bei Kapitaldeckung zu erwartenden Rendite vergleichbar wäre, wobei allerdings mit erheblichen

Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Zielrendite zu rechnen ist. In diesem Fall würde die gruppenspezifische implizite durch eine allgemeine explizite Besteuerung ersetzt. Die gesetzlich Versicherten würden die höhere explizite Steuerlast zwar mittragen. Per saldo würden aber nur die bislang von der Versicherungspflicht nicht erfassten und damit von der impliziten Steuer befreiten Personen zusätzlich belastet.

Grundsätzlich ist auch hier in erster Linie eine Verteilungsfrage zu klären. Wenn der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzliche Beitragszahler zugeführt werden, verbessert sich vorübergehend die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung, weil den neuen Beiträgen erst später die durch sie begründeten Ausgaben folgen. Wie sich diese Entlastung auf die beteiligten Personen tatsächlich verteilt, hängt davon ab, inwieweit die höheren Einzahlungen (denen langfristig auch Rentenansprüche der neuen Versicherten gegenüberstehen) in Rücklagen eingebracht, zur Senkung von Beiträgen oder gar zu Leistungsausweitungen verwendet werden.

Verteilungswirkungen hängen von genauer Ausgestaltung ab

Maßnahmen zur Vermeidung zunehmender Altersarmut

Infolge des sinkenden (relativen) Rentenniveaus wird befürchtet, dass in Zukunft Altersarmut zu einem gewichtigen Problem werden könnte. Zum Ende des Jahres 2006 bezogen 2,3 % der über 65-Jährigen Leistungen im Rahmen der bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherung im Alter. Im Vergleich dazu erhielten allein gut 10 % der Bevölkerung unter 65 Jahren Leistungen im Rahmen der

Zunahme der Bedürftigkeit im Alter befürchtet

Grundsicherung für Arbeitsuchende. In Zukunft könnte der Prozentsatz für die Älteren angesichts zunehmend unterbrochener Erwerbsbiographien und somit niedrigerer Rentenanwartschaften wachsen. Das rückläufige Rentenniveau wirkt sich auf die Bedürftigkeit im Alter aus, wenn hierdurch die Renten langsamer steigen als die Grundsicherungsleistungen und dem keine kompensierende Eigenvorsorge gegenübersteht.²⁰⁾ Vor diesem Hintergrund wird mitunter gefordert, die gesetzliche Rentenversicherung mit der Aufgabe einer expliziten Mindesteinkommenssicherung zu betrauen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zielt auf Armutsvermeidung

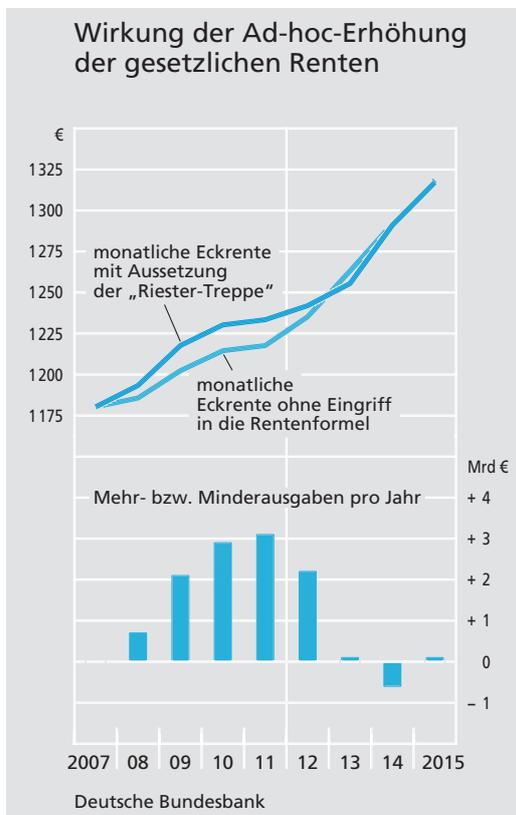
In Deutschland wird von staatlicher Seite ein Einkommen in Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums garantiert und insofern das Ziel einer armutsvermeidenden Sozialleistung verfolgt. Diese individuelle Absicherung setzt deshalb Bedürftigkeit voraus. Sie wird als allgemeine Staatsaufgabe – ordnungspolitisch folgerichtig – aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Bei einer Verlagerung solcher Leistungen für Ältere auf die Rentenversicherung wären diese als versicherungsfremd einzustufen und systemgerecht aus Steuermitteln zu finanzieren. Wenn speziell im Alter über die Bedürftigkeit hinausgehende Sozialleistungen eingeführt werden sollten, ist zu berücksichtigen, dass hiermit finanzielle Belastungen verbunden wären, die einen weiteren Transfer von den jüngeren zu den älteren Generationen bedeuten würden.

Ad-hoc-Erhöhung der Rentenanpassung in den Jahren 2008 und 2009

Die im Rahmen der Rentenreform 2001 beschlossenen Erhöhungsstufen des Altersvorsorgeanteils sollten verteilt über die Jahre 2003 bis 2010 in der Summe eine Minderanpassung der Renten um 5 % bewirken. Bislang wurden jedoch erst vier von acht Stufen umgesetzt, von denen zwei in den Jahren 2005 und 2006 ihre Wirkung aufgrund einer Schutzklausel bislang nicht entfalten konnten. Effektiv wurden bisher also nur die Rentenanpassungen in den Jahren 2003 und 2007 um jeweils gut 0,6 Prozentpunkte vermindert. Nunmehr ist geplant, den Effekt durch einen Ad-hoc-Eingriff in den grundsätzlichen Anpassungsmechanismus in diesem und im kommenden Jahr auszusetzen und dafür in den Jahren 2012 und 2013 nachzuholen. Dadurch können die Renten in diesem Jahr um 1,1% angehoben werden. Im nächsten Jahr könnte die Anpassung 2 % übersteigen, wenn die durchschnittlichen Löhne und Gehälter 2008 wie von der Bundesregierung erwartet um 2 ½ % wachsen. Der diskretionäre Eingriff verursacht im laufenden Jahr Mehrausgaben der Rentenversicherung von fast ¾ Mrd €, die 2009 auf gut 2 Mrd € und 2010 auf 3 Mrd € anwachsen. In der Summe ist mit Mehrausgaben von rund 12 Mrd € zu rechnen.

Höhere Rentenanpassung verursacht erhebliche Belastungen

²⁰ Die Grundsicherungsleistungen werden grundsätzlich jedes Jahr zum 1. Juli wie die Renten angepasst. Darüber hinaus findet aber immer dann eine grundsätzliche Überprüfung des Regelsatzes statt, wenn neue Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen (§ 28 Abs. 3 SGB VII).



*Stärkere
Rentenanpas-
sung quasi
kreditfinanziert*

Aufgrund der aktuell relativ günstigen Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung können die höheren Renten zunächst aus der Rücklage finanziert werden. Nur wenn die Dämpfungsstufen tatsächlich nachgeholt werden, bleibt es bei einer vorübergehenden Mehrbelastung, die letztlich in den kommenden Jahren über höhere Beitragssätze (und über den an den Beitragssatz gekoppelten Bundeszuschuss auch durch die Steuerzahler) zu finanzieren ist. Dies erhöht die ohnehin schon stärkere Belastung jüngerer Generationen.

*Dauerhaft
höherer
Beitragssatz,
wenn
Anpassungs-
dämpfung
unterbleibt*

Ab dem Jahr 2011 sollen die in den Jahren 2005 und 2006 unterbliebenen Rentenkürzungen durch Halbierung der Anpassungssätze nachgeholt werden. Dann würde es zu einer Kumulation von Dämpfungswirkungen

und daher zu besonders niedrigen jährlichen Rentenerhöhungen kommen. Ein weiteres Hinausschieben der Anpassungsminderungen wird zudem immer schwieriger, weil dann Jahre betroffen wären, die zunehmend durch den demographischen Alterungsprozess gekennzeichnet sind und in denen der Nachhaltigkeitsfaktor immer stärker anpassungsmindernd wirken wird. Dies erleichtert die politische Durchsetzbarkeit insbesondere dann nicht, wenn die unterstellten anhaltend kräftigen Lohnsteigerungen schwächer ausfallen würden als in den Vorausberechnungen erwartet. Wenn es nicht gelingen sollte, die Kürzungsstufen nachzuholen, droht ein dauerhaft um 0,3 Prozentpunkte höherer Beitragssatz und damit ein Überschreiten der Beitragssatzobergrenzen.

Schlussbetrachtung

Die gesetzliche Rentenversicherung wird in starkem Maße von der demographischen Entwicklung beeinflusst. Das diesbezügliche Bewusstsein ist in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen. Insbesondere langfristige Projektionen haben deutlich gemacht, dass im Vergleich zur derzeitigen Situation erhebliche Veränderungen der für die Finanzentwicklung zentralen Parameter erforderlich sind, um das System auf Dauer zu stabilisieren. Durch eine transparente und nachvollziehbare Darstellung langfristiger Entwicklungen und der zu erwartenden Veränderungen von Beitragssätzen, Renteneintrittsalter und Rentenniveau können Vertrauen und Planungssicherheit im Hinblick auf die individuelle Alterssicherung hergestellt werden. Dies ist

*Verlässliche
Rentenpolitik
erfordert
langfristige
Vorausberechnungen*

nicht zuletzt erforderlich, um Konsum- und Sparentscheidungen rechtzeitig auf eine gewünschte finanzielle Absicherung im Alter ausrichten zu können.

Bislang wurde Lastverteilung bis 2030 offengelegt

Mit den Reformen der vergangenen Jahre wurde der Anpassungsbedarf zunächst bis zum Jahr 2030 weitgehend offengelegt. Es wurden Maßnahmen beschlossen, die die Tragfähigkeit bis dahin sicherstellen sollen und erheblichen Einfluss auf die einzelnen Parameter der Rentenversicherung haben. Zukünftig wird es demnach zu einem Beitragssatzanstieg kommen, der aber insbesondere durch eine Absenkung des relativen Rentenniveaus und eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters begrenzt werden soll. Letztlich bleibt es aber dabei, dass jüngere Generationen erhebliche Belastungen zu tragen haben. Insgesamt gesehen wird die Bedeutung der privaten Vorsorge zunehmen.

Festhalten an beschlossenen Reformen für längerfristiges Vertrauen entscheidend

Das Vertrauen insbesondere der jüngeren Generationen in die mittel- bis langfristig in Aussicht gestellte Entwicklung und letztlich in die gesetzliche Rentenversicherung hängt allerdings entscheidend davon ab, dass die vereinbarten Pfade auch tatsächlich verlässlich beschritten werden. Wird beispielsweise die absehbar nur vorübergehend positive Finanzlage zum Anlass für Ad-hoc-Leistungsausweitungen für die mit relativ hohen Renten-

niveaus ausgestatteten heutigen Rentner genommen, werden damit – vergleichbar einer Kreditaufnahme – neue Lasten in die Zukunft geschoben.

Es ist bereits heute absehbar, dass sich die Lebenserwartung auch über das Jahr 2030 hinaus erhöhen wird. Daher werden künftig weitere Anpassungen erforderlich sein. Hier gilt es rechtzeitig einen Konsens bezüglich der Fortentwicklung der Rentenversicherung herzustellen und Planungssicherheit zu schaffen. Vor allem angesichts der steigenden Lebenserwartung scheint nicht zuletzt eine weitere Anpassung des gesetzlichen Rentenalters naheliegend, da sich andernfalls das Verhältnis zwischen Renten- und Erwerbsphase kontinuierlich erhöhen würde. Hierdurch stiege die Finanzlast der Rentenversicherung automatisch, und die Tragfähigkeit des Rentensystems wäre gefährdet.

Weitere Anpassungen insbesondere beim Rentenalter naheliegend

Die Bewältigung der demographischen Veränderungen wird aus gesamtwirtschaftlicher Sicht durch ein höheres Wachstum des Produktionspotenzials erleichtert. Dazu trägt ein weiterer Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und eine stärkere Erwerbsbeteiligung insbesondere der Älteren bei. Ein attraktiver Standort für Beschäftigte wie auch für Investitionen ist letztlich die Basis für den gesellschaftlichen Wohlstand und tragfähige Renten- und Staatsfinanzen.

Stärkung der Wirtschaftskraft erleichtert Bewältigung demographischer Veränderungen

Anhang:

Wichtige finanzwirksame Neuregelungen zur Alterssicherung seit 1997

Rentenreformgesetz 1999 (16. Dezember 1997)

- Ergänzung der Rentenanpassungsformel um einen Demographiefaktor. Wenn die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen steigt, soll die Rentenerhöhung geringer ausfallen. Der Demographiefaktor kann aber nicht zu einer Rentenkürzung führen. Für das Netto-Eckrentenniveau ist eine Untergrenze von 64 % vorgesehen.
- Zur Verstetigung des Beitragssatzverlaufs wird nicht mehr ein Punktziel von genau einer Monatsausgabe für die Rücklage zum Ende des Folgejahres festgelegt, sondern ein Zielkorridor von einer bis 1½ Monatsausgaben. Erst wenn dieser Korridor verlassen zu werden droht, muss der Beitragssatz angepasst werden.
- Höherbewertung der Kindererziehungszeiten von 75 % des Durchschnittseinkommens auf 100 % ab dem 1. Juli 2000. Außerdem wird auf die Verrechnung mit anderen Einkünften verzichtet („additive“ Berücksichtigung).
- Zusammenfassung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente zur Erwerbsminderungsrente. Das Arbeitsmarktrisiko soll die Rentenversicherung nicht mehr belasten, das heißt, die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente hängt ausschließlich vom objektiven Gesundheitszustand und nicht mehr von den faktischen Beschäftigungsmöglichkeiten ab (Übergang von der konkreten zur abstrakten Betrachtungsweise).

- Beim Beginn der Erwerbsminderungsrente nach dem 60. Lebensjahr werden auf das Alter 63 bezogene Abschläge von 3,6 % pro Jahr fällig, maximal also 10,8 %. Gleichzeitig wird die Zurechnungszeit zwischen dem 55. und dem 60. Lebensjahr mit zwei Dritteln (statt bislang mit einem Drittel) des eigenen Durchschnittsverdienstes gewichtet. Anhebung des Rentenalters für Schwerbehinderte von 60 auf 63 Jahre.
- Zusätzlicher Bundeszuschuss ab dem 1. April 1998, der fortlaufend dem Aufkommen eines Prozentpunkts des Umsatzsteuerregelsatzes entsprechen soll.

Gesetz zur Finanzierung eines Zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung (19. Dezember 1997)

Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des Zusätzlichen Bundeszuschusses, um einen sonst drohenden Beitragssatzanstieg über 20,3 % hinaus zu verhindern.

Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte (19. Dezember 1998)

- Aussetzung von Regelungen des Rentenreformgesetzes 1999: Die Bestimmungen zum Demographiefaktor finden für die Jahre 1999 und 2000 und die Neuregelungen im Bereich der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten im Jahr 2000 keine Anwendung.
- Der Bund zahlt Beiträge für die Kindererziehung und erstattet Kosten, die mit der deutschen Ein-

heit verbunden sind. Gleichzeitig wird der Allgemeine Bundeszuschuss um einen (kleineren) Betrag gekürzt. Insgesamt kann der Beitragssatz damit zum 1. April 1999 von 20,3 % auf 19,5 % gesenkt werden.

Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (24. März 1999)

Die Einkommensgrenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse wird einheitlich auf 630 DM pro Monat festgelegt. Um der Erosion der Beitragsbemessungsgrundlage entgegenzuwirken, werden statt einer Pauschalsteuer von 20 % (zzgl. Solidaritätszuschlag und ggfs. Kirchensteuer) im Regelfall 10 % an die gesetzliche Kranken- und 12 % an die Rentenversicherung abgeführt. Der Rentenbeitrag kann vom Arbeitnehmer freiwillig auf den normalen Beitragssatz angehoben werden, um den Rentenanspruch zu vergrößern und außerdem Zugang zu sämtlichen Versicherungsleistungen zu erhalten.

Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit (20. Dezember 1999)

Zur Begrenzung der Flucht aus der Sozialversicherung mittels einer „scheinselbständigen“ Beschäftigung werden die Kriterien präzisiert und die Beweislast zulasten der potenziell Versicherungspflichtigen verschoben.

Haushaltssanierungsgesetz 1999 (22. Dezember 1999)

– Erhöhung des Zusätzlichen Bundeszuschusses um eine ökosteuerfinanzierte Komponente ab dem Jahr 2000. Für die Folgejahre werden die Erhöhungsbeträge gesetzlich vorgegeben, und von 2004 an soll der neue Zuschuss entspre-

chend dem beim Bund anfallenden „Ökosteuer“-Aufkommen fortgeschrieben werden. Korrespondierend wird der umsatzsteuerfinanzierte Teil des Zusätzlichen Zuschusses in den Jahren 2001 bis 2003 diskretionär gekürzt.

- Abweichend von der Rentenanpassungsformel sollen die Renten in den Jahren 2000 und 2001 entsprechend der Inflationsrate des Vorjahres angehoben werden.
- Der Rentenversicherungsbeitragssatz für das Jahr 2000 wird per Gesetz auf 19,3 % festgelegt.
- Die Rentenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosenhilfe richten sich ab dem 1. Januar 2000 nicht mehr nach 80 % des vorherigen Bruttoentgelts, sondern nach dem Zahlungsbetrag der Arbeitslosenhilfe.

Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (20. Dezember 2000)

- Abschaffung der Berufsunfähigkeitsrente für (bei Inkrafttreten des Gesetzes) unter 40-Jährige.
- Ersatz der Erwerbsunfähigkeitsrente durch eine zweistufige Erwerbsminderungsrente. Für nur teilweise Erwerbsgeminderte sollen die Arbeitsmarktchancen berücksichtigt werden („konkrete Betrachtungsweise“). Für die Dauer des Arbeitslosengeldanspruchs erstattet die Bundesanstalt für Arbeit die Hälfte der Erwerbsminderungsrente.
- Beim Beginn der Erwerbsminderungsrente nach dem 60. Lebensjahr sind auf das Alter 63 bezogene Abschläge von 3,6 % pro Jahr fällig, maxi-

mal also 10,8%. Gleichzeitig wird die Zurechnungszeit zwischen dem 55. und dem 60. Lebensjahr in Höhe des vollen eigenen Durchschnittsverdienstes berücksichtigt (statt bislang mit einem Drittel).

- Der „Ökosteuer“-finanzierte Zusätzliche Bundeszuschuss wird nach 2003 nicht mehr nach dem Aufkommen der Ökosteuer, sondern mit der Veränderungsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme fortgeschrieben.

Altersvermögensergänzungsgesetz

(21. März 2001)

- Übergang von der Nettolohnanpassung zur modifizierten Bruttolohnanpassung. Besteuerung und Abgabenbelastung durch übrige Sozialversicherungssysteme spielen für die Rentenanpassung keine Rolle mehr. Durch den Altersvorsorgeanteil („Riester-Treppe“) sollen Renten über acht Jahre in dem Maße langsamer wachsen, wie vermehrt private Altersvorsorgebeiträge geleistet werden sollen (pauschaler anpassungsmindernder Effekt: gut 0,6 Prozentpunkte pro Jahr).
- Erstmalige gesetzliche Festlegung von Beitragsatzzielen: Bis zum Jahr 2020 soll der Rentenbeitragssatz nicht über 20% und bis 2030 nicht über 22% steigen. Anderenfalls muss die Bundesregierung Maßnahmen vorschlagen. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass das Netto-Eckrentenniveau in den jeweils 15 Jahre reichenden Vorausberechnungen nicht unter 64% sinken darf.
- Die Reform des Hinterbliebenenrechts sieht vor, dass die „große Witwenrente“ von 60% auf 55% der Versichertenrente des verstorbenen

Ehepartners reduziert wird. Für jedes Kind wird jedoch ein Entgeltpunkt zusätzlich gewährt. Ab 2002 werden praktisch sämtliche anderen Einkünfte angerechnet, mit Ausnahme insbesondere der Riester-Renten. Die Freibeträge für eigene Einkünfte sollen eingefroren werden. Als freiwillige Alternative zur bisherigen Hinterbliebenenversorgung wird ein Rentensplitting eingeführt.

- Die Erziehung während der ersten zehn Lebensjahre eines Kindes wird bei Aufnahme einer Beschäftigung rentensteigernd berücksichtigt.

Altersvermögensgesetz (26. Juni 2001)

- Staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge (in Form der Riester-Rente) und der betrieblichen Altersversorgung (insbesondere Recht auf steuer- und – bis Ende 2008 befristet – sozialabgabenfreie Entgeltumwandlung).
- Einführung einer jährlichen Renteninformation für die gesetzliche Rentenversicherung.
- Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird als besondere Form der Sozialhilfe eingeführt. Auf den Rückgriff auf unterhaltspflichtige Kinder – sofern deren Einkommen 100 000 € pro Jahr nicht überschreitet – wird verzichtet.

Gesetz zur Verbesserung des

Hinterbliebenenrentenrechts (17. Juli 2001)

- Die mit dem Altersvermögensergänzungsgesetz beschlossene Fixierung des Freibetrags für die Einkommensanrechnung im Rahmen der Hinterbliebenenrente wird zurückgenommen.

- Für das erste Kind wird die Hinterbliebenenrente um zwei Entgeltpunkte erhöht, ab dem zweiten bleibt es bei der Erhöhung um einen Entgeltpunkt.

Gesetz zur Bestimmung der Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten (20. Dezember 2001)

- Herabsetzung des Mindestrücklagensolls von 1,0 auf 0,8 Monatsausgaben.
- Gesetzliche Festlegung des Beitragssatzes für 2002 auf 19,1%.

Beitragssatzsicherungsgesetz (23. Dezember 2002)

- Herabsetzung des Mindestrücklagensolls von 0,8 auf 0,5 Monatsausgaben.
- Außerordentliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen von 4 500 € (West) beziehungsweise 3 750 € (Ost) auf 5 100 € beziehungsweise 4 250 € pro Monat.
- Gesetzliche Festlegung des Beitragssatzes für 2003 auf 19,5%.

Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (23. Dezember 2002)

Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse („Mini-Jobs“) mit einheitlicher monatlicher Entgeltgrenze von 400 €. Einführung von „Midi-Jobs“ mit einer Gleitzone zwischen 400 € und 800 € pro Monat, in der die Abgabenbelastung allmählich auf das Normalniveau ansteigt.

Zweites SGB VI-Änderungsgesetz (27. Dezember 2003)

- Herabsetzung des Mindestrücklagensolls von 0,5 auf 0,2 Monatsausgaben.
- Ab dem 1. April 2004 zahlt die gesetzliche Rentenversicherung keinen Beitragsanteil mehr zur Pflegeversicherung der Rentner. Die Rentner haben den Pflegebeitrag dann allein aufzubringen.
- Zeitnähere Weitergabe von Beitragssatzänderungen der Krankenkassen an die Rentner.
- Aussetzung der Rentenanpassung zum 1. Juli 2004.

Drittes SGB VI-Änderungsgesetz (27. Dezember 2003)

Ab dem 1. April 2004 werden Neurenten nur noch nachschüssig zum Monatsende ausgezahlt.

Alterseinkünftegesetz (5. Juli 2004)

- Schrittweiser Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung. Der zu versteuernde Anteil der Rente steigt von 50 % für Bestandsrentner und den Rentenzugang des Jahres 2005 in 2-Prozentpunktschritten auf 80 % in 2020 und dann weiter um jeweils einen Prozentpunkt pro Jahr auf 100 % ab dem Rentenzugang 2040. Gleichzeitig steigt der Anteil der steuerfrei gestellten Rentenbeiträge von 60 % im Jahr 2005 bis 2025 um zwei Prozentpunkte pro Jahr.
- Die Regelungen für eine sogenannte Rürup-Rente sehen die gleichen Besteuerungsgrundsätze vor, wenn – in Analogie zur gesetzlichen

- Rentenversicherung – zwingend eine Leibrente vorgesehen ist, die nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahres beginnen darf und außerdem nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht beleihbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar ist.
- Senkung der Ertragsanteilsbesteuerung für vorgelagert besteuerte private Rentenversicherungsverträge.
 - Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung entfällt die Option der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG. Im Gegenzug werden die Höchstbeträge für die steuer- und sozialabgabenfreie Entgeltumwandlung um 1 800 € pro Jahr angehoben.
 - Einschränkung der Steuervergünstigung für ab 2005 abgeschlossene Lebensversicherungsverträge. Künftig ist die Hälfte des Unterschiedsbetrages zwischen eingezahlten Beiträgen und dem Auszahlungsbetrag der Besteuerung zu unterwerfen.
 - Vereinfachungen und Vorgabe von Unisex-Tarifen bei der Riester-Rente.

RV-Nachhaltigkeitsgesetz (21. Juli 2004)

- Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenanpassungsformel: Wenn das Verhältnis von (Äquivalenz-)Rentnern zu (Äquivalenz-)Beitragszahlern steigt, fällt die Rentenerhöhung geringer aus. Eine Schutzklausel soll verhindern, dass es aufgrund der Dämpfungsfaktoren in der Anpassungsformel zu einer Kürzung des Rentenzahlungsbetrages kommt. Eine Senkung ist nur möglich, soweit auch die durchschnittlichen Löhne und Gehälter zurückgehen.

- Stärkere Orientierung der Rentenanpassung an der Entwicklung der tatsächlich beitragspflichtigen Löhne und Gehälter.
- Schrittweise Anhebung der Altersgrenze für die Rente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit von 60 auf 63 Jahre bis Ende 2008.
- Nahezu vollständige Abschaffung der rentensteigernden Berücksichtigung von Ausbildungszeiten. Letzte Ausnahmen: Zeiten der beruflichen Ausbildung, einer Fachschulausbildung und der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme.
- Da aufgrund des schrittweisen Übergangs zur nachgelagerten Besteuerung der Ausweis eines allgemeinen Netto-Eckrentenniveaus nicht mehr möglich ist, werden die Niveausicherungsziele umdefiniert. Künftig soll das Sicherungsniveau vor Steuern (Eckrente in Relation zum Durchschnittsentgelt, jeweils nach Abzug der Sozialbeiträge, aber ohne Kürzung um Einkommensteuern) bis 2020 nicht unter 46 % und bis 2030 nicht unter 43 % sinken.

Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (9. Dezember 2004)

- Zusammenfassung der Arbeiter- und der Angestelltenrentenversicherung unter dem Namen „Deutsche Rentenversicherung“ zur allgemeinen Rentenversicherung.
- Vereinigung von Bundesknappschaft, Bahnversicherungsanstalt und Seekasse unter dem Namen „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft – Bahn – See“.

**Gesetz zur Anpassung der Finanzierung von
Zahnersatz (15. Dezember 2004)**

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung zahlen ab dem 1. Juli 2005 einen Sonderbeitrag von 0,9 % ihres beitragspflichtigen Einkommens. Der paritätisch zu finanzierende Beitragssatz zur Krankenversicherung der Rentner vermindert sich in gleichem Umfang.

Gesetz zur Änderung des Vierten und Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (3. August 2005)

Sozialbeiträge, die nach dem zum Monatsende ausgezahlten Arbeitsentgelt bemessen werden, sind künftig nicht mehr erst bis zum 15. des Folgemonats, sondern bereits spätestens am drittletzten Arbeitstag des betreffenden Monats zu zahlen. Im Gesetzentwurf wird für das Jahr 2006 mit 0,8 zusätzlichen Monateinnahmen bei den Pflichtbeiträgen gerechnet.

Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (24. März 2006)

Die einheitliche Bemessungsgrundlage der Rentenbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld II wird von 400 € pro Monat auf 205 € nahezu halbiert.

Gesetz über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006 (15. Juni 2006)

Um eine potenzielle Rentenkürzung auszuschließen, wird per Gesetz eine Nullanpassung zum 1. Juli 2006 festgelegt.

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (29. Juni 2006)

- Anhebung des Rentenbeitragssatzes auf Mini-Jobs von 12 % auf 15 % zum 1. Juli 2006.
- Kompensierende Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses um 170 Mio € im Jahr 2006 und jeweils 340 Mio € in den Folgejahren.

RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (20. April 2007)

- Allmähliche Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre in den Jahren 2012 bis 2029.
- Ausnahmeregelung: Besonders langjährig Versicherte mit mindestens 45 Pflichtbeitragsjahren können auch weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen.
- Modifikation der Schutzklausel, sodass ab 2011 unterbliebene Rentenkürzungen mit positiven Rentenanpassungen verrechnet werden, um langfristige Beitragssatzziele einhalten zu können.

Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge und zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (10. Dezember 2007)

- Die zunächst bis Ende 2008 befristete Sozialabgabenfreiheit der per Entgeltumwandlung geleisteten Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge wird „entfristet“.
- Das Unverfallbarkeitsalter bei arbeitgeberfinanzierten Betriebsrentenanwartschaften wird von 30 auf 25 Jahre abgesenkt.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*

5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2006 Juni	9,1	9,0	8,4	8,4	9,2	11,5	8,0	2,70	2,99	4,1
Juli	7,5	8,2	7,8	8,1	9,3	11,9	8,6	2,81	3,10	4,1
Aug.	7,3	8,4	8,2	8,1	9,2	12,0	8,4	2,97	3,23	4,0
Sept.	7,2	8,4	8,5	8,4	9,4	12,2	8,3	3,04	3,34	3,8
Okt.	6,3	8,2	8,5	8,8	9,1	12,0	8,4	3,28	3,50	3,9
Nov.	6,7	8,9	9,4	9,3	8,7	11,9	8,5	3,33	3,60	3,8
Dez.	7,5	9,3	9,9	9,8	8,2	11,5	8,5	3,50	3,68	3,9
2007 Jan.	6,9	9,1	10,1	10,0	8,1	11,3	8,6	3,56	3,75	4,1
Febr.	6,7	8,9	10,1	10,4	7,9	10,8	8,4	3,57	3,82	4,1
März	7,0	9,5	11,0	10,4	7,8	10,9	9,2	3,69	3,89	4,0
April	6,1	8,8	10,2	10,6	7,6	10,8	9,1	3,82	3,98	4,2
Mai	5,9	9,3	10,6	10,6	8,4	11,1	8,7	3,79	4,07	4,3
Juni	6,1	9,5	11,0	11,1	8,6	11,6	9,4	3,96	4,15	4,6
Juli	7,0	10,5	11,7	11,4	8,7	11,6	9,2	4,06	4,22	4,6
Aug.	6,7	10,5	11,5	11,5	8,8	11,8	9,2	4,05	4,54	4,4
Sept.	6,1	10,2	11,3	11,7	8,8	11,7	9,0	4,03	4,74	4,3
Okt.	6,4	11,2	12,3	12,0	9,4	12,4	9,1	3,94	4,69	4,4
Nov.	6,3	11,0	12,4	12,0	9,2	12,2	8,5	4,02	4,64	4,2
Dez.	3,7	10,0	11,4	11,7	10,1	12,7	9,1	3,88	4,85	4,3
2008 Jan.	4,3	10,4	11,5	11,4	10,0	12,7	9,2	4,02	4,48	4,2
Febr.	3,7	10,7	11,3	...	9,8	12,5	8,1	4,03	4,36	4,1
März	4,09	4,60	4,1

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegen-

über im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz			Währungsreserven	Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)			übriger Kapitalverkehr	nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2006 Juni	+ 5 508	+ 3 100	+ 5 952	- 13 913	+ 71 661	- 53 204	+ 1 408	1,2650	104,2	105,1
Juli	- 342	+ 3 104	+ 3 641	- 11 250	+ 4 706	+ 11 404	- 1 218	1,2684	104,5	105,4
Aug.	- 2 921	- 2 276	- 3 090	- 4 824	- 20 642	+ 23 248	- 872	1,2811	104,6	105,4
Sept.	+ 3 026	+ 5 580	+ 33 340	- 32 504	+ 50 394	+ 16 503	- 1 053	1,2727	104,4	105,2
Okt.	+ 1 929	+ 5 156	+ 4 023	- 16 572	+ 41 893	- 21 444	+ 145	1,2611	103,9	104,8
Nov.	+ 3 410	+ 7 467	- 10 678	- 13 401	+ 55 136	- 51 705	- 708	1,2881	104,5	105,4
Dez.	+ 13 544	+ 3 624	- 22 903	- 20 944	+ 17 340	- 17 292	- 2 007	1,3213	105,6	106,3
2007 Jan.	- 2 011	- 4 002	+ 47 226	- 11 493	+ 38 285	+ 23 281	- 2 846	1,2999	104,9	105,7
Febr.	- 3 672	+ 2 455	+ 9 056	- 357	+ 16 080	- 6 103	- 563	1,3074	105,4	106,2
März	+ 9 430	+ 10 184	- 26 846	- 2 406	+ 72 988	- 99 415	+ 1 987	1,3242	106,1	106,8
April	- 2 508	+ 4 887	+ 51 755	- 5 085	- 2 975	+ 61 400	- 1 585	1,3516	107,2	107,8
Mai	- 13 176	+ 4 000	+ 7 030	- 25 856	+ 9 387	+ 24 317	- 817	1,3511	107,3	107,9
Juni	+ 13 734	+ 11 235	- 8 972	- 26 929	+ 64 248	- 44 335	- 1 956	1,3419	106,9	107,4
Juli	+ 6 299	+ 7 770	+ 48 035	- 109	+ 7 772	+ 43 416	- 3 044	1,3716	107,6	108,1
Aug.	+ 1 094	+ 3 633	+ 66 467	+ 475	- 1 348	+ 66 212	+ 1 129	1,3622	107,1	107,7
Sept.	+ 6 238	+ 5 668	- 16 996	- 41 238	+ 31 902	- 5 234	- 2 425	1,3896	108,2	108,9
Okt.	+ 4 638	+ 6 945	- 49 138	+ 29 522	- 50 015	- 28 625	- 21	1,4227	109,4	110,1
Nov.	+ 3 642	+ 5 056	- 1 642	+ 9 505	- 21 435	+ 10 083	+ 205	1,4684	111,0	111,7
Dez.	+ 2 685	- 2 273	- 23 218	- 20 795	- 21 038	+ 13 882	+ 4 733	1,4570	111,2	111,7
2008 Jan.	- 19 115	- 8 124	+ 29 053	- 32 236	+ 41 597	+ 26 443	- 6 752	1,4718	112,0	112,3
Febr.	1,4748	111,8	112,0
März	1,5527	114,6	114,8

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76*. — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-22-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾⁸⁾								
2005	1,6	1,7	0,8	2,8	1,7	3,8	6,0	0,6
2006	2,8	2,8	2,9	4,9	2,0	4,2	5,7	1,8
2007	2,6	...	2,5	4,4	...	4,0	...	1,5
2006 3.Vj.	2,9	2,7	2,7	3,8	2,0	4,3	8,0	1,3
4.Vj.	3,2	2,7	3,7	4,2	2,1	4,3	4,5	2,7
2007 1.Vj.	3,2	3,3	3,4	5,4	1,8	4,3	8,3	2,4
2.Vj.	2,5	2,8	2,5	5,1	1,2	4,1	5,4	2,0
3.Vj.	2,7	1,9	2,4	3,6	2,3	3,8	3,8	1,9
4.Vj.	2,2	...	1,6	3,7	2,4	3,6	3,5	...
Industrieproduktion ¹⁾²⁾								
2005	1,3	- 0,3	3,3	0,3	0,3	- 0,9	3,0	- 0,8
2006	4,0	5,1	5,9	9,8	1,0	0,5	5,1	2,4
2007	3,4	2,5	9)p) 6,1	4,4	1,5	2,2	7,2	- 0,2
2006 3.Vj.	4,1	4,2	6,5	11,8	0,7	0,0	6,3	1,3
4.Vj.	4,0	4,6	6,1	5,4	0,7	0,6	1,5	3,7
2007 1.Vj.	3,9	3,8	6,8	3,8	0,7	3,5	13,6	1,2
2.Vj.	2,8	2,6	5,9	3,7	0,1	0,7	- 1,0	0,7
3.Vj.	3,9	3,1	6,0	3,8	2,6	2,4	7,5	1,0
4.Vj.	3,1	0,7	9)p) 5,8	6,0	2,5	2,2	9,9	- 3,4
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾								
2005	81,2	79,4	82,9	84,9	83,2	72,1	74,2	76,4
2006	83,0	82,7	85,5	86,0	85,0	75,7	75,7	77,6
2007	84,2	83,2	87,5	87,3	86,6	76,9	76,6	78,2
2006 4.Vj.	83,9	83,5	86,8	85,4	86,3	76,7	76,5	78,1
2007 1.Vj.	84,2	83,4	87,6	89,3	86,0	76,9	76,8	78,2
2.Vj.	84,6	83,2	88,2	86,9	86,2	76,9	77,1	78,9
3.Vj.	84,1	82,8	87,1	86,7	86,4	76,7	75,9	78,2
4.Vj.	84,0	83,4	87,0	86,3	87,6	77,1	76,4	77,4
2008 1.Vj.	83,9	83,8	87,2	86,3	87,2	76,7	79,4	76,7
Arbeitslosenquote ⁴⁾								
2005	8,8	8,4	10,7	8,4	9,2	9,8	4,3	7,7
2006	8,2	8,2	9,8	7,7	9,2	8,9	4,4	6,8
2007	7,4	7,5	8,4	6,9	8,3	8,3	4,5	6,1
2007 Sept.	7,3	7,1	8,2	6,8	8,1	8,2	4,5	6,1
Okt.	7,3	7,1	8,1	6,7	8,0	7,9	4,3	6,1
Nov.	7,2	7,1	8,0	6,6	7,9	7,9	4,4	6,1
Dez.	7,2	7,0	7,8	6,5	7,9	7,9	4,6	6,1
2008 Jan.	7,1	7,0	7,6	6,4	7,8	...	4,7	...
Febr.	7,1	6,9	7,4	6,2	7,8	...	4,9	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾								
2005	2,2	2,5	p) 1,9	0,8	1,9	3,5	2,2	2,2
2006	2,2	2,3	p) 1,8	1,3	1,9	3,3	2,7	2,2
2007	5) 2,1	1,8	p) 2,3	1,6	1,6	3,0	2,9	2,0
2007 Okt.	2,6	2,2	p) 2,7	1,8	2,1	3,0	3,0	2,3
Nov.	3,1	2,9	p) 3,3	2,2	2,6	3,9	3,5	2,6
Dez.	3,1	3,1	p) 3,1	1,9	2,8	3,9	3,2	2,8
2008 Jan.	6) 3,2	3,5	p) 2,9	3,5	3,2	3,9	3,1	3,1
Febr.	3,3	3,6	p) 3,0	3,3	3,2	4,5	3,5	3,1
März	p) 3,6	4,4	p) 3,3	3,6	3,5	4,4	3,7	3,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾⁸⁾								
2004	- 2,8	0,0	- 3,8	2,3	- 3,6	- 7,3	1,3	- 3,5
2005	- 2,6	- 2,3	- 3,4	2,7	- 2,9	- 5,1	1,2	- 4,2
2006	- 1,6	0,4	- 1,6	3,8	- 2,5	- 2,5	2,9	- 4,4
Staatliche Verschuldung ⁷⁾⁸⁾								
2004	69,5	94,2	65,6	44,1	64,9	98,6	29,5	103,8
2005	70,3	92,2	67,8	41,4	66,7	98,0	27,4	106,2
2006	68,6	88,2	67,6	39,2	64,2	95,3	25,1	106,8

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt Griechenlands, Portugals und der EWU aus sai-

sonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 4 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbspersonen;

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾⁸⁾								
5,0	3,4	1,5	2,0	0,9	4,1	3,6	4,0	2005
6,1	3,4	3,0	3,3	1,3	5,7	3,9	4,0	2006
...	3,8	3,5	3,4	1,9	6,1	3,8	...	2007
6,3	2,5	2,8	3,0	1,5	6,2	3,5	3,8	2006 3.Vj.
5,7	3,4	2,7	3,4	1,6	6,3	4,1	3,9	4.Vj.
6,0	3,9	2,5	3,6	2,0	7,2	4,3	4,5	2007 1.Vj.
5,5	3,5	2,6	3,5	1,9	6,0	3,9	4,1	2.Vj.
5,8	4,0	4,2	3,4	1,7	6,4	3,7	4,6	3.Vj.
...	3,7	4,5	3,1	2,0	4,7	3,3	4,3	4.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾²⁾								
0,8	-	- 1,1	4,2	0,3	4,0	0,7	0,8	2005
2,4	-	1,2	7,3	2,7	6,6	3,9	0,7	2006
0,3	-	3,0	4,9	2,0	6,7	1,9	3,3	2007
- 0,3	-	0,2	7,8	3,5	7,9	4,2	1,5	2006 3.Vj.
2,0	-	0,3	7,0	4,3	7,2	4,6	2,0	4.Vj.
2,3	-	- 3,5	6,7	4,2	9,5	4,2	2,0	2007 1.Vj.
2,1	-	0,4	5,6	1,6	7,9	2,5	2,9	2.Vj.
- 2,8	-	5,6	4,5	1,6	6,3	1,1	3,8	3.Vj.
- 0,7	-	9,8	3,2	0,4	3,5	- 0,2	4,3	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾								
82,3	72,8	82,0	81,7	80,0	82,2	80,2	72,6	2005
85,2	81,6	82,0	83,4	78,4	83,9	80,5	69,9	2006
87,3	80,8	83,6	85,2	81,8	85,9	81,0	70,0	2007
87,2	82,0	83,0	84,3	77,4	84,1	80,6	66,8	2006 4.Vj.
87,4	80,8	83,4	85,1	79,7	85,6	81,2	69,8	2007 1.Vj.
88,8	87,4	83,3	85,5	81,7	86,2	81,3	69,8	2.Vj.
86,5	78,7	83,8	85,2	84,3	85,9	81,4	69,2	3.Vj.
86,5	76,3	83,8	84,8	81,3	86,0	80,0	71,3	4.Vj.
86,0	79,5	83,5	83,6	78,1	84,8	81,1	72,5	2008 1.Vj.
Arbeitslosenquote ⁴⁾								
4,5	7,3	4,7	5,2	7,6	6,5	9,2	5,2	2005
4,7	7,3	3,9	4,7	7,7	6,0	8,5	4,6	2006
4,7	6,4	3,2	4,4	8,0	4,8	8,3	3,9	2007
4,6	6,3	3,0	4,3	7,9	4,6	8,3	3,7	2007 Sept.
4,7	6,3	2,9	4,3	7,7	4,6	8,5	3,8	Okt.
4,7	6,1	2,9	4,3	7,6	4,5	8,6	3,8	Nov.
4,6	5,8	2,8	4,2	7,6	4,5	8,7	3,8	Dez.
4,6	5,8	2,8	4,1	7,5	4,5	8,8	3,7	2008 Jan.
4,7	5,8	2,7	4,1	7,5	4,4	9,0	3,6	Febr.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾								
3,8	2,5	1,5	2,1	2,1	2,5	3,4	2,0	2005
3,0	2,6	1,7	1,7	3,0	2,5	3,6	2,2	2006
2,7	0,7	1,6	2,2	2,4	3,8	2,8	2,2	2007
3,6	1,6	1,6	2,9	2,5	5,1	3,6	2,7	2007 Okt.
4,0	2,9	1,8	3,2	2,8	5,7	4,1	3,2	Nov.
4,3	3,1	1,6	3,5	2,7	5,7	4,3	3,7	Dez.
4,2	3,8	1,8	3,1	2,9	6,4	4,4	4,1	2008 Jan.
4,2	4,0	2,0	3,1	2,9	6,4	4,4	4,7	Febr.
4,4	4,3	p) 1,9	p) 3,5	3,1	6,6	4,6	4,4	März
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾⁸⁾								
- 1,2	- 4,9	- 1,7	- 1,2	- 3,4	- 2,3	- 0,3	- 4,1	2004
- 0,1	- 3,1	- 0,3	- 1,6	- 6,1	- 1,5	1,0	- 2,4	2005
0,7	- 2,5	0,6	- 1,4	- 3,9	- 1,2	1,8	- 1,2	2006
Staatliche Verschuldung ⁷⁾⁸⁾								
6,4	72,7	52,4	63,8	58,3	27,6	46,2	70,2	2004
6,2	70,8	52,3	63,4	63,7	27,4	43,0	69,1	2005
6,6	64,7	47,9	61,7	64,8	27,1	39,7	65,2	2006

saisonbereinigt. — 5 Ab 2007 einsch. Slowenien. — 6 Ab Januar 2008 einsch. Malta und Zypern. — 7 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition), Deutschland:

eigene Berechnung (Maastricht-Definition). — 8 EWU ohne Malta und Zypern. — 9 Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das IV. Quartal 2007.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2006 Juli	69,4	89,8	13,5	20,4	16,6	3,9	83,5	79,7	47,5	9,2	1,2	16,3	20,9
Aug.	- 14,1	12,7	- 5,3	- 26,8	- 21,2	- 19,0	1,7	20,6	5,3	2,4	1,5	5,5	- 4,1
Sept.	126,9	134,5	21,8	- 7,6	- 13,7	17,2	120,5	103,3	28,2	4,3	1,4	14,4	8,3
Okt.	81,4	84,5	30,5	- 3,1	- 5,8	26,7	119,0	92,2	52,2	15,8	2,1	29,0	5,4
Nov.	110,7	105,9	11,6	4,8	6,5	68,3	143,8	75,5	27,3	10,6	2,6	23,0	- 8,9
Dez.	- 8,0	44,8	2,5	- 52,8	- 58,6	81,3	51,6	- 29,7	50,3	24,1	2,1	18,6	5,5
2007 Jan.	120,4	103,1	14,8	17,3	21,2	- 23,1	143,7	166,9	14,3	4,0	1,9	7,7	0,7
Febr.	70,8	69,5	3,3	1,3	4,3	40,0	124,8	84,8	53,1	2,8	1,9	40,0	8,4
März	146,6	154,5	46,8	- 7,9	- 6,6	84,7	125,5	40,8	90,2	31,3	0,9	28,1	29,8
April	152,2	170,9	78,4	- 18,8	- 19,0	- 38,5	153,5	192,0	25,2	12,6	0,3	17,2	- 4,9
Mai	138,0	104,4	30,1	33,6	38,7	- 17,2	73,6	90,8	9,7	16,7	- 0,2	21,2	- 28,1
Juni	93,2	102,5	- 18,2	- 9,3	- 8,7	46,9	- 5,4	- 52,3	87,7	19,7	0,7	32,0	35,4
Juli	87,0	106,3	6,1	- 19,3	- 20,7	5,6	64,1	58,5	42,4	14,6	0,8	7,5	19,5
Aug.	- 3,0	33,4	- 6,1	- 36,4	- 29,8	- 51,3	- 10,9	40,3	8,1	- 4,4	0,2	8,6	3,6
Sept.	129,0	139,9	28,2	- 10,9	- 11,0	- 22,1	31,6	53,7	19,5	- 3,1	1,3	- 0,4	21,7
Okt.	172,3	168,8	88,2	3,5	6,7	11,6	150,0	138,4	60,2	16,8	1,1	- 0,9	43,3
Nov.	96,8	96,6	9,5	0,2	- 0,7	28,1	80,4	52,2	- 3,4	2,9	0,8	- 12,1	5,0
Dez.	105,0	107,0	55,5	- 2,0	- 13,2	- 46,5	- 137,7	- 91,2	90,1	50,8	0,4	0,5	38,4
2008 Jan.	126,1	109,4	17,7	16,7	13,1	- 21,0	239,2	260,2	18,7	- 2,9	1,8	9,8	10,0
Febr.	53,4	60,7	- 0,9	- 7,3	0,4	- 3,9	86,9	90,8	- 3,0	- 7,8	- 1,1	3,3	2,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2006 Juli	- 6,9	- 5,4	- 0,6	- 1,5	- 2,5	2,7	- 11,0	- 13,7	14,6	2,2	1,1	2,4	8,9
Aug.	- 4,3	3,9	0,6	- 8,2	- 4,2	- 4,9	1,1	6,1	- 3,1	2,9	1,5	- 4,9	2,6
Sept.	23,7	32,8	9,5	- 9,1	- 7,9	14,9	32,8	17,8	- 5,8	0,4	1,2	- 4,2	- 3,3
Okt.	4,2	- 0,7	5,1	4,9	1,2	- 4,6	- 5,1	- 0,5	5,1	- 0,1	2,1	- 0,9	4,0
Nov.	12,6	5,5	7,3	7,2	6,6	42,0	42,1	0,1	- 0,8	1,3	2,6	- 0,3	- 4,3
Dez.	- 40,7	- 22,9	4,2	- 17,8	- 14,9	43,0	25,4	- 17,6	5,2	3,9	2,0	- 0,0	- 0,7
2007 Jan.	36,3	25,6	12,0	10,7	12,2	- 11,2	17,8	29,0	18,7	- 0,2	1,8	5,8	11,3
Febr.	- 7,0	0,8	- 7,1	- 7,8	- 3,4	5,7	26,9	21,2	5,7	0,8	2,0	- 0,6	3,5
März	10,4	14,4	6,4	- 4,0	2,2	14,9	20,6	5,7	- 5,3	- 0,8	1,5	- 4,5	- 1,4
April	32,6	33,4	35,6	- 0,9	- 2,8	- 12,4	25,2	37,5	8,8	2,8	0,2	3,6	2,2
Mai	- 13,9	- 16,0	- 15,2	2,1	5,0	- 2,5	10,9	13,4	- 2,3	- 0,0	- 0,2	6,6	- 8,6
Juni	- 27,5	- 11,9	- 24,8	- 15,6	- 10,1	58,7	24,1	- 34,6	9,6	2,1	0,6	- 3,8	10,7
Juli	7,2	7,3	5,8	- 0,1	- 5,4	17,5	13,2	- 4,3	9,8	1,4	0,6	- 0,7	8,5
Aug.	- 3,9	13,9	- 3,8	- 17,8	- 11,9	- 10,1	5,6	15,7	- 10,7	- 0,0	0,2	- 9,0	- 1,8
Sept.	10,3	19,7	5,7	- 9,4	- 3,2	24,7	48,7	24,0	- 0,3	3,6	0,6	- 3,0	- 1,4
Okt.	5,7	8,9	2,5	- 3,2	- 1,9	12,0	4,1	- 7,9	4,2	- 2,8	1,1	5,9	0,0
Nov.	- 1,9	4,5	1,4	- 6,4	- 5,2	17,3	28,1	10,7	- 15,0	- 0,7	1,0	- 12,0	- 3,2
Dez.	5,8	11,7	- 0,9	- 5,9	- 4,4	21,0	- 0,9	- 21,9	- 2,1	5,1	1,0	- 10,0	1,8
2008 Jan.	35,9	36,4	16,0	- 0,5	3,2	- 41,6	- 12,1	29,6	2,3	1,1	- 0,1	1,0	0,4
Febr.	- 8,0	- 13,2	- 18,3	5,3	8,7	7,1	29,0	21,9	- 8,3	- 0,8	- 0,9	- 6,5	- 0,2

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit			
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte		Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)	Bargeld-umlauf							zusammen
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)									
- 13,1	25,2	-	13,6	- 4,3	- 25,6	9,0	- 34,6	24,4	- 3,1	5,3	12,0	0,6	2006 Juli			
- 9,5	- 43,2	-	14,3	- 21,2	- 56,6	- 3,7	- 52,9	35,4	0,1	14,5	2,7	18,3	Aug.			
18,0	5,2	-	92,5	96,8	64,7	4,2	60,5	36,0	- 3,8	- 1,2	- 4,9	1,8	Sept.			
- 9,8	38,4	-	27,3	12,1	- 17,9	3,9	- 21,8	37,0	- 7,1	- 2,5	2,2	15,5	Okt.			
0,8	69,2	-	81,7	68,8	47,9	4,4	43,5	29,0	- 8,2	- 0,4	13,2	0,1	Nov.			
- 36,5	- 108,0	-	167,5	201,5	139,8	20,7	119,2	47,7	13,9	- 12,8	- 21,6	0,4	Dez.			
11,2	66,7	-	5,1	- 59,9	- 83,4	- 17,0	- 66,4	23,1	0,4	14,2	28,6	22,3	2007 Jan.			
19,0	3,2	-	35,4	7,3	- 6,5	3,1	- 9,6	25,1	- 11,3	6,6	10,8	10,7	Febr.			
- 5,4	- 15,5	-	162,0	125,3	62,1	9,7	52,4	65,4	- 2,2	13,2	14,5	8,9	März			
- 9,9	30,6	-	67,8	49,7	21,3	6,3	15,0	36,1	- 7,6	- 0,3	17,6	0,8	April			
25,9	5,9	-	79,4	48,0	20,8	2,8	17,9	31,0	- 3,7	3,5	16,0	11,8	Mai			
21,2	- 44,1	-	75,2	95,4	67,1	7,3	59,8	34,6	- 6,3	- 4,4	- 3,1	- 12,6	Juni			
- 41,5	37,4	-	54,4	37,8	- 13,6	8,0	- 21,6	61,6	- 10,2	4,9	14,4	- 2,7	Juli			
- 6,3	- 63,2	-	7,3	- 20,4	- 82,8	- 2,3	- 80,5	70,4	- 8,0	10,5	- 6,9	24,0	Aug.			
22,3	- 37,5	-	102,7	105,6	77,6	- 0,1	77,8	34,4	- 6,4	- 0,5	- 24,5	22,1	Sept.			
- 16,5	58,5	-	81,6	56,3	- 31,6	3,1	- 34,7	103,4	- 15,5	- 1,8	12,1	15,0	Okt.			
15,5	15,9	-	96,9	61,9	40,9	5,1	35,8	27,2	- 6,3	8,4	11,7	15,0	Nov.			
- 47,5	- 89,2	-	105,2	156,1	65,7	19,9	45,8	69,6	20,8	- 19,0	- 36,4	4,5	Dez.			
13,9	39,9	-	32,7	- 26,9	- 61,3	- 16,6	- 44,7	34,2	0,2	24,2	43,6	- 8,1	2008 Jan.			
17,1	17,0	-	18,4	28,6	- 43,0	5,3	- 48,3	74,4	- 2,8	7,3	12,2	- 29,7	Febr.			

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	zusammen				
												zusammen	
1,0	- 3,3	0,6	2,6	- 16,5	- 9,8	4,6	- 4,0	- 5,6	- 0,7	- 1,0	1,0	2006 Juli	
3,0	- 16,6	2,7	1,0	7,5	- 6,8	9,8	- 4,5	4,8	- 0,2	4,4	4,4	Aug.	
2,3	29,5	2,0	0,4	12,7	0,7	10,5	- 3,8	3,2	- 0,6	2,7	2,7	Sept.	
- 2,8	6,1	0,6	1,3	- 8,8	- 6,8	8,6	- 4,8	- 6,0	0,0	0,1	0,1	Okt.	
2,1	29,2	- 0,1	1,8	24,1	28,0	7,3	- 6,2	- 4,5	- 0,2	0,3	0,3	Nov.	
- 2,9	- 11,7	- 2,0	5,4	11,8	4,3	15,7	- 3,1	- 10,5	- 0,2	0,6	0,6	Dez.	
- 1,9	0,1	1,1	- 4,3	8,3	- 1,1	2,7	- 6,2	8,0	0,2	4,7	4,7	2007 Jan.	
0,2	- 12,3	1,1	0,7	5,1	- 0,6	4,2	- 3,9	4,7	- 0,7	1,5	1,5	Febr.	
- 0,3	15,9	1,0	2,5	15,0	3,8	8,1	- 3,3	0,1	1,2	5,0	5,0	März	
0,3	1,3	0,0	2,2	9,8	- 2,6	17,4	- 4,1	- 0,4	- 0,0	0,5	0,5	April	
5,2	- 29,5	2,9	- 0,0	10,2	8,3	6,4	- 4,2	- 1,5	0,3	0,9	0,9	Mai	
0,9	- 1,1	1,2	2,6	21,9	9,8	12,3	- 4,1	3,2	1,5	0,7	0,7	Juni	
- 7,3	18,7	0,5	2,3	3,5	2,7	9,3	- 5,8	- 7,0	- 0,4	4,7	4,7	Juli	
- 0,3	- 19,9	2,3	- 0,9	16,9	- 7,5	26,9	- 3,9	2,7	- 3,8	2,6	2,6	Aug.	
- 1,3	8,3	1,8	- 0,5	28,2	13,0	16,2	- 3,6	7,9	- 3,7	1,6	1,6	Sept.	
- 0,4	17,8	1,4	1,2	- 4,0	- 11,1	15,6	- 4,8	- 1,7	- 1,0	1,0	1,0	Okt.	
5,7	- 22,6	1,1	1,5	47,3	30,9	10,7	- 4,1	5,1	- 0,0	4,6	4,6	Nov.	
- 6,5	10,5	0,9	4,7	24,9	- 15,4	51,1	6,4	- 13,1	- 0,4	3,7	3,7	Dez.	
- 0,1	- 21,3	0,7	- 4,1	13,4	- 2,6	- 5,1	- 4,8	15,4	- 0,0	5,2	5,2	2008 Jan.	
- 1,3	- 7,3	2,1	1,5	16,0	- 4,2	19,7	- 2,1	3,9	0,5	1,7	1,7	Febr.	

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2006 Jan.	18 162,0	12 129,8	9 670,4	8 384,4	558,0	728,0	2 459,4	842,3	1 617,2	4 088,8	1 943,4
Febr.	18 295,2	12 227,2	9 784,4	8 467,1	569,6	747,7	2 442,8	832,8	1 610,0	4 137,4	1 930,5
März	18 450,2	12 355,4	9 910,3	8 550,1	575,8	784,4	2 445,2	836,7	1 608,5	4 174,1	1 920,8
April	18 671,1	12 506,1	10 065,7	8 642,7	587,0	836,0	2 440,4	837,2	1 603,2	4 217,4	1 947,6
Mai	18 748,8	12 533,3	10 127,7	8 706,5	595,3	825,9	2 405,5	826,7	1 578,9	4 247,6	1 967,9
Juni	18 712,2	12 574,4	10 172,0	8 783,0	602,4	786,6	2 402,4	829,3	1 573,1	4 192,7	1 945,1
Juli	18 838,8	12 649,5	10 264,5	8 857,7	614,5	792,3	2 385,0	826,3	1 558,7	4 284,2	1 905,1
Aug.	18 860,3	12 647,3	10 287,3	8 874,1	613,9	799,3	2 360,0	820,7	1 539,4	4 280,2	1 932,9
Sept.	19 232,3	12 768,7	10 413,4	8 983,9	620,2	809,3	2 355,2	824,0	1 531,3	4 418,2	2 045,3
Okt.	19 417,3	12 850,0	10 500,2	9 036,7	634,9	828,6	2 349,7	825,9	1 523,8	4 541,8	2 025,5
Nov.	19 715,4	12 945,4	10 592,9	9 118,2	638,2	836,5	2 352,5	824,1	1 528,4	4 620,9	2 149,2
Dez.	19 743,9	12 933,4	10 639,2	9 161,0	648,4	829,9	2 294,2	830,2	1 464,0	4 681,8	2 128,7
2007 Jan.	20 097,5	13 086,1	10 769,6	9 276,4	646,8	846,3	2 316,5	826,1	1 490,5	4 851,0	2 160,3
Febr.	20 284,2	13 153,7	10 834,7	9 337,6	660,6	836,5	2 319,0	823,0	1 496,0	4 941,4	2 189,0
März	20 649,7	13 296,0	10 987,2	9 441,6	687,9	857,6	2 308,8	821,1	1 487,7	5 044,2	2 309,5
April	20 920,0	13 441,3	11 153,1	9 527,0	709,0	917,1	2 288,3	821,2	1 467,1	5 160,0	2 318,7
Mai	21 218,9	13 585,9	11 264,6	9 600,5	736,1	928,0	2 321,3	816,2	1 505,1	5 256,3	2 376,7
Juni	21 413,8	13 668,1	11 357,2	9 713,2	763,7	880,3	2 310,9	816,0	1 494,9	5 242,5	2 503,2
Juli	21 462,6	13 747,8	11 455,8	9 810,4	779,5	865,9	2 292,0	817,4	1 474,6	5 284,8	2 430,0
Aug.	21 453,9	13 744,1	11 487,2	9 849,5	783,5	854,2	2 256,9	810,9	1 446,0	5 277,6	2 432,2
Sept.	21 691,8	13 859,5	11 614,4	9 949,2	807,3	857,8	2 245,1	810,8	1 434,4	5 247,2	2 585,1
Okt.	22 241,4	14 219,4	11 823,2	10 028,0	880,4	914,8	2 396,2	961,8	1 434,4	5 365,6	2 656,3
Nov.	22 440,7	14 309,0	11 910,9	10 110,7	894,7	905,5	2 398,1	962,6	1 435,5	5 391,3	2 740,4
Dez.	22 300,0	14 407,7	12 014,5	10 154,7	953,9	906,0	2 393,2	973,9	1 419,3	5 248,4	2 643,9
2008 Jan.	22 850,8	14 590,9	12 160,3	10 296,4	964,3	899,6	2 430,6	980,5	1 450,1	5 492,6	2 767,3
Febr.	22 988,2	14 637,2	12 214,1	10 352,6	983,4	878,1	2 423,1	972,7	1 450,4	5 533,8	2 817,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2006 Jan.	4 754,2	3 463,2	2 717,0	2 321,5	88,4	307,1	746,2	445,9	300,3	1 120,2	170,8
Febr.	4 765,6	3 463,1	2 729,4	2 329,2	91,1	309,1	733,7	436,5	297,2	1 134,2	168,3
März	4 791,8	3 478,9	2 743,5	2 334,6	93,4	315,5	735,4	436,5	298,9	1 145,0	167,9
April	4 843,7	3 522,5	2 787,6	2 348,9	94,5	344,2	734,8	437,6	297,2	1 146,9	174,3
Mai	4 843,9	3 518,0	2 777,3	2 346,0	95,5	335,8	740,7	430,1	310,6	1 145,4	180,5
Juni	4 844,8	3 486,3	2 760,6	2 347,5	103,3	309,8	725,7	426,5	299,2	1 183,7	174,8
Juli	4 829,6	3 481,0	2 755,7	2 342,0	103,9	309,7	725,3	428,3	297,0	1 174,3	174,3
Aug.	4 821,6	3 477,1	2 759,4	2 344,8	103,6	310,9	717,7	424,2	293,5	1 172,0	172,5
Sept.	4 884,7	3 497,1	2 788,4	2 367,7	108,4	312,3	708,7	420,2	288,5	1 209,8	177,8
Okt.	4 886,3	3 500,9	2 787,3	2 361,5	112,9	313,0	713,6	423,2	290,4	1 204,4	181,0
Nov.	4 933,0	3 510,9	2 790,3	2 357,2	117,9	315,2	720,6	423,7	296,9	1 234,4	187,7
Dez.	4 922,2	3 466,6	2 764,1	2 327,2	120,7	316,2	702,4	420,8	281,6	1 258,1	197,5
2007 Jan.	4 972,0	3 501,3	2 788,2	2 343,3	118,1	326,9	713,1	419,4	293,6	1 279,4	191,3
Febr.	4 987,2	3 491,8	2 786,6	2 349,6	120,5	316,5	705,2	415,0	290,2	1 300,8	194,5
März	5 010,4	3 500,9	2 800,3	2 357,3	123,5	319,5	700,6	408,3	292,4	1 316,2	193,3
April	5 064,5	3 530,4	2 830,8	2 353,3	130,1	347,4	699,6	410,1	289,5	1 333,0	201,1
Mai	5 076,7	3 516,3	2 814,6	2 352,1	131,6	330,9	701,7	407,3	294,5	1 346,5	213,9
Juni	5 070,7	3 488,8	2 801,2	2 364,9	133,7	302,6	687,6	402,2	285,3	1 368,3	213,5
Juli	5 084,0	3 494,2	2 806,6	2 365,9	139,8	300,9	687,6	407,6	280,0	1 377,5	212,4
Aug.	5 097,5	3 490,3	2 820,4	2 383,6	141,2	295,6	669,8	401,7	268,1	1 387,0	220,3
Sept.	5 152,6	3 497,4	2 837,2	2 394,9	145,2	297,1	660,2	395,5	264,7	1 423,6	231,6
Okt.	5 138,6	3 490,1	2 836,5	2 399,8	150,4	286,2	653,6	394,0	259,7	1 416,2	232,3
Nov.	5 155,4	3 486,8	2 839,6	2 401,8	151,5	286,3	647,1	392,7	254,4	1 434,8	233,8
Dez.	5 159,0	3 491,7	2 850,6	2 413,7	148,7	288,2	641,1	391,2	249,9	1 432,7	234,6
2008 Jan.	5 167,5	3 535,3	2 894,6	2 438,5	145,8	310,3	640,7	387,4	253,3	1 407,0	225,2
Febr.	5 186,2	3 525,6	2 879,8	2 442,3	144,4	293,2	645,8	383,9	261,9	1 427,6	233,0

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
520,8	7 190,8	6 760,8	6 827,5	2 745,9	974,5	91,0	1 504,2	1 424,0	87,9	2006 Jan.	
524,8	7 224,4	6 773,0	6 850,7	2 734,7	990,4	94,7	1 517,3	1 425,4	88,2	Febr.	
532,2	7 291,9	6 848,9	6 928,7	2 761,3	1 009,8	97,9	1 544,3	1 426,4	89,0	März	
540,3	7 378,4	6 941,9	7 018,3	2 802,8	1 044,5	99,7	1 558,1	1 423,9	89,4	April	
543,6	7 381,3	6 957,9	7 027,1	2 819,0	1 025,0	102,1	1 567,8	1 422,5	90,7	Mai	
553,7	7 494,2	7 031,0	7 094,4	2 860,6	1 038,9	104,5	1 579,1	1 419,3	91,9	Juni	
562,7	7 478,0	7 025,7	7 091,9	2 827,7	1 059,6	107,6	1 588,3	1 415,6	93,1	Juli	
559,0	7 454,2	7 008,1	7 080,5	2 780,8	1 090,6	109,5	1 590,7	1 414,2	94,6	Aug.	
563,2	7 568,4	7 090,5	7 173,0	2 837,7	1 122,2	113,4	1 593,4	1 410,4	95,9	Sept.	
567,1	7 582,0	7 114,2	7 192,2	2 809,6	1 152,3	119,4	1 609,2	1 403,7	98,0	Okt.	
571,5	7 646,2	7 176,6	7 241,4	2 838,1	1 165,4	124,6	1 617,3	1 395,4	100,7	Nov.	
592,2	7 816,5	7 375,3	7 445,8	2 961,1	1 209,4	123,8	1 640,9	1 407,8	102,7	Dez.	
575,6	7 815,2	7 354,2	7 435,6	2 909,5	1 235,6	129,7	1 647,5	1 408,0	105,4	2007 Jan.	
578,7	7 839,6	7 363,6	7 440,8	2 900,3	1 250,8	136,5	1 649,5	1 396,5	107,3	Febr.	
588,4	7 980,2	7 496,8	7 589,8	2 956,5	1 304,1	146,2	1 680,7	1 394,0	108,2	März	
594,7	8 020,8	7 543,6	7 635,5	2 964,9	1 335,1	148,0	1 692,5	1 386,6	108,5	April	
597,6	8 113,2	7 601,9	7 690,7	2 979,7	1 357,0	152,6	1 709,6	1 383,5	108,3	Mai	
604,9	8 240,4	7 710,4	7 794,6	3 038,2	1 384,2	156,7	1 729,2	1 377,4	109,0	Juni	
612,9	8 239,2	7 735,2	7 827,7	3 006,6	1 437,5	162,8	1 743,3	1 367,8	109,8	Juli	
610,5	8 212,8	7 719,5	7 808,8	2 933,5	1 498,3	168,2	1 739,2	1 359,7	110,0	Aug.	
610,4	8 330,3	7 802,9	7 895,5	3 003,1	1 524,3	169,8	1 733,6	1 353,4	111,2	Sept.	
613,5	8 546,4	8 033,8	8 114,6	2 968,7	1 619,6	181,6	1 747,8	1 484,6	112,4	Okt.	
618,6	8 616,0	8 092,9	8 158,6	2 998,5	1 625,4	193,5	1 749,2	1 478,6	113,4	Nov.	
638,5	8 750,0	8 278,0	8 341,6	3 043,3	1 687,3	198,9	1 798,3	1 499,8	114,0	Dez.	
623,1	8 809,9	8 307,1	8 389,9	3 020,6	1 745,0	205,4	1 797,5	1 506,2	115,2	2008 Jan.	
628,4	8 836,2	8 322,7	8 394,7	2 970,7	1 811,9	205,7	1 788,1	1 503,7	114,4	Febr.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
140,6	2 334,4	2 263,0	2 225,0	709,0	199,9	17,3	695,9	518,0	84,9	2006 Jan.	
141,1	2 331,8	2 266,9	2 225,6	704,7	199,3	17,6	701,3	517,5	85,2	Febr.	
143,5	2 341,2	2 273,7	2 232,7	714,4	197,9	17,8	701,1	515,5	86,0	März	
145,5	2 365,1	2 296,3	2 255,8	723,6	209,2	18,1	705,1	513,7	86,2	April	
146,8	2 370,8	2 302,7	2 252,2	725,2	204,7	18,5	706,4	510,2	87,3	Mai	
149,5	2 381,2	2 310,1	2 255,7	727,5	205,4	18,9	707,8	507,5	88,6	Juni	
152,1	2 376,3	2 306,2	2 251,2	718,5	209,9	19,4	710,2	503,6	89,7	Juli	
151,1	2 382,7	2 308,9	2 254,5	712,8	218,4	19,9	713,1	499,1	91,2	Aug.	
151,5	2 392,8	2 315,6	2 261,1	714,0	227,0	20,5	711,9	495,3	92,4	Sept.	
152,9	2 389,1	2 314,9	2 264,0	709,2	236,2	21,8	711,7	490,5	94,5	Okt.	
154,7	2 423,5	2 346,4	2 286,5	733,7	235,9	22,6	712,8	484,4	97,1	Nov.	
160,1	2 449,6	2 375,2	2 311,5	735,3	249,6	23,1	716,6	487,7	99,1	Dez.	
155,7	2 445,2	2 372,5	2 313,6	737,8	252,4	24,2	716,6	481,6	100,9	2007 Jan.	
156,4	2 447,5	2 373,6	2 314,3	735,9	255,1	25,4	717,3	477,6	102,9	Febr.	
158,9	2 456,2	2 381,8	2 323,9	740,7	261,0	26,6	716,7	474,4	104,4	März	
161,1	2 470,3	2 398,3	2 336,5	737,5	276,8	27,7	719,5	470,3	104,6	April	
161,1	2 485,8	2 408,2	2 340,0	744,1	277,2	28,7	719,4	466,2	104,4	Mai	
163,7	2 507,3	2 427,9	2 359,0	755,7	284,4	30,2	721,5	462,2	105,0	Juni	
166,0	2 508,5	2 434,9	2 365,2	756,8	291,7	31,7	722,9	456,5	105,6	Juli	
165,1	2 524,3	2 451,3	2 377,6	751,4	311,8	32,7	723,2	452,7	105,8	Aug.	
164,6	2 551,8	2 476,1	2 400,8	761,4	323,9	33,7	726,2	449,1	106,4	Sept.	
165,8	2 549,0	2 474,8	2 400,1	748,5	340,1	36,2	723,3	444,4	107,5	Okt.	
167,3	2 592,5	2 509,1	2 430,6	779,5	340,4	39,4	722,4	440,4	108,5	Nov.	
172,0	2 634,0	2 554,6	2 473,5	763,6	384,6	42,7	726,2	446,8	109,5	Dez.	
167,9	2 628,9	2 548,6	2 476,2	769,4	383,1	45,0	727,3	442,1	109,4	2008 Jan.	
169,4	2 638,9	2 559,5	2 487,6	764,9	402,2	45,8	726,2	440,0	108,5	Febr.	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der

Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatseende	noch: Passiva											Begebene Schuld-			
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter: auf Euro			
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)					insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	insgesamt	darunter: auf Euro						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
2006 Jan.	191,6	171,7	101,4	44,3	1,1	20,9	3,6	0,4	237,0	233,7	608,4	2 337,1	1 772,6		
Febr.	199,6	174,1	103,1	45,1	1,1	20,8	3,6	0,4	235,0	231,4	610,2	2 380,6	1 799,4		
März	193,1	170,1	94,8	49,3	1,2	20,9	3,6	0,4	235,9	231,6	603,1	2 402,7	1 827,1		
April	182,6	177,5	99,6	51,8	1,2	21,0	3,4	0,4	249,7	246,0	613,1	2 411,4	1 836,6		
Mai	167,2	187,0	104,2	56,1	1,3	21,4	3,5	0,4	258,2	253,7	621,6	2 437,0	1 852,7		
Juni	207,4	192,4	106,7	59,0	1,3	21,5	3,4	0,4	245,1	241,4	616,5	2 455,3	1 864,0		
Juli	194,3	191,8	106,2	59,3	1,2	21,4	3,2	0,4	250,5	246,7	627,4	2 469,7	1 872,3		
Aug.	184,8	188,8	101,6	60,9	1,3	21,4	3,2	0,4	264,9	260,7	639,7	2 489,8	1 887,7		
Sept.	202,9	192,6	104,0	61,8	1,6	21,6	3,2	0,4	263,8	259,7	645,6	2 509,2	1 896,2		
Okt.	193,1	196,7	108,8	61,2	1,7	21,6	3,0	0,4	261,3	255,8	644,7	2 554,3	1 930,0		
Nov.	193,9	210,9	116,3	67,1	1,7	22,6	2,9	0,4	260,8	256,8	636,9	2 569,7	1 949,2		
Dez.	158,0	212,8	114,5	70,4	2,1	22,6	2,7	0,4	248,0	244,8	614,7	2 587,8	1 958,4		
2007 Jan.	170,5	209,2	112,1	68,8	2,4	22,8	2,6	0,4	262,3	258,7	641,8	2 625,2	1 984,4		
Febr.	189,5	209,4	111,5	69,6	2,4	22,8	2,6	0,4	268,8	264,1	652,0	2 668,2	2 024,7		
März	183,8	206,6	107,5	71,2	2,5	22,4	2,5	0,4	282,0	277,3	666,3	2 701,6	2 053,4		
April	173,9	211,4	111,4	72,2	2,5	22,3	2,5	0,4	281,6	276,6	681,9	2 710,0	2 058,1		
Mai	199,8	222,6	117,1	77,8	2,6	22,5	2,3	0,4	285,2	280,4	702,5	2 750,4	2 082,5		
Juni	221,0	224,8	116,3	80,1	3,5	22,3	2,2	0,5	282,2	278,0	699,0	2 772,8	2 088,5		
Juli	180,1	231,4	121,9	81,1	3,6	22,2	2,1	0,5	287,1	282,5	712,6	2 773,7	2 089,4		
Aug.	173,7	230,3	116,3	85,6	3,7	22,3	2,0	0,5	297,6	292,9	706,2	2 807,5	2 121,6		
Sept.	196,0	238,8	121,7	88,3	3,7	22,8	1,9	0,5	293,7	288,8	682,5	2 810,8	2 145,3		
Okt.	184,3	247,5	127,2	84,8	3,7	22,7	1,8	7,1	291,9	286,9	684,2	2 867,0	2 206,5		
Nov.	199,8	257,6	130,0	92,1	4,0	22,8	1,8	6,9	300,2	295,5	696,9	2 862,0	2 210,9		
Dez.	152,3	256,1	125,5	93,8	4,4	24,0	1,8	6,7	281,2	277,0	660,7	2 865,4	2 222,1		
2008 Jan.	168,8	251,3	123,2	89,6	3,9	24,1	1,8	8,7	305,6	301,8	737,3	2 851,5	2 207,3		
Febr.	185,9	255,6	122,5	94,4	4,0	24,6	1,7	8,3	312,8	308,4	750,4	2 816,2	2 184,9		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
2006 Jan.	43,6	65,8	19,2	25,4	0,7	18,3	1,9	0,4	27,4	27,4	29,4	889,1	664,7		
Febr.	37,5	68,7	20,9	26,5	0,7	18,3	1,9	0,4	29,6	29,6	30,0	896,4	665,8		
März	39,3	69,2	19,1	28,9	0,7	18,4	1,8	0,4	37,0	37,0	29,9	890,1	663,4		
April	39,1	70,2	18,9	29,8	0,8	18,5	1,8	0,4	35,6	35,6	29,8	882,1	656,5		
Mai	40,8	77,8	21,7	34,2	0,8	18,8	1,9	0,4	37,0	37,0	30,3	886,4	657,8		
Juni	42,7	82,9	22,8	38,0	0,9	18,9	1,9	0,4	35,7	35,7	31,2	893,5	663,3		
Juli	43,7	81,4	22,0	37,7	0,8	18,7	1,8	0,4	30,1	30,1	30,5	895,0	662,6		
Aug.	46,7	81,4	21,2	38,3	0,9	18,8	1,9	0,4	34,9	34,9	30,3	893,6	661,1		
Sept.	49,1	82,6	20,9	39,3	1,1	18,9	1,9	0,4	38,1	38,1	29,7	896,8	663,1		
Okt.	46,3	78,8	19,0	37,4	1,2	19,1	1,8	0,4	32,1	32,1	29,7	896,1	657,2		
Nov.	48,4	88,6	22,1	44,0	1,2	19,2	1,7	0,4	27,5	27,5	29,5	889,7	654,0		
Dez.	45,5	92,6	24,8	45,1	1,5	19,1	1,6	0,4	17,1	17,1	29,3	888,7	646,5		
2007 Jan.	43,7	88,0	21,3	43,7	1,8	19,1	1,6	0,4	25,0	25,0	29,5	903,2	655,3		
Febr.	43,8	89,4	22,4	43,9	1,9	19,2	1,6	0,4	29,7	29,7	28,3	901,1	655,8		
März	43,4	88,9	21,3	44,8	1,9	18,9	1,6	0,4	29,8	29,8	29,5	899,9	659,5		
April	43,6	90,1	22,1	45,3	1,8	18,9	1,5	0,4	29,4	29,4	28,5	898,9	663,0		
Mai	48,9	97,0	23,9	50,3	1,9	19,0	1,4	0,4	28,0	28,0	28,8	907,9	667,6		
Juni	49,7	98,5	22,1	52,9	2,8	18,9	1,3	0,5	32,7	32,7	30,3	902,7	658,2		
Juli	43,0	100,4	23,6	53,3	2,9	18,9	1,2	0,5	25,7	25,7	29,9	906,0	665,5		
Aug.	42,6	104,1	21,6	59,0	2,9	18,9	1,2	0,5	28,4	28,4	26,0	900,4	662,5		
Sept.	41,3	109,7	24,1	61,8	2,9	19,3	1,1	0,5	36,3	36,3	22,4	889,3	655,7		
Okt.	40,9	108,1	25,7	58,7	2,9	19,3	1,1	0,4	34,6	34,6	21,4	891,6	658,3		
Nov.	46,7	115,2	25,4	65,9	3,1	19,3	1,0	0,4	39,7	39,7	21,4	881,2	655,5		
Dez.	40,1	120,3	26,1	69,1	3,5	20,3	1,0	0,4	26,6	26,6	21,1	866,9	646,7		
2008 Jan.	40,0	112,7	23,4	64,5	3,0	20,4	0,9	0,4	42,1	42,1	21,0	873,7	652,8		
Febr.	38,7	112,6	23,5	63,9	3,2	20,6	0,9	0,4	45,9	45,9	21,5	862,3	642,2		

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen DM-Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

										Nachrichtlich				Stand am Jahres- bzw. Monatsende
verschreibungen (netto) 3)			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)			
mit Laufzeit						insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)		Geldkapitalbildung 13)		
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
109,5	33,9	2 193,7	3 646,9	1 225,6	- 4,1	2 399,5	-	3 443,1	6 122,5	7 111,3	5 032,7	215,9	2006 Jan.	
120,7	32,0	2 227,9	3 726,5	1 246,8	- 4,3	2 351,1	-	3 442,0	6 146,1	7 143,9	5 101,3	223,1	Febr.	
129,8	33,3	2 239,6	3 764,0	1 255,2	22,7	2 342,5	-	3 468,2	6 201,2	7 203,2	5 149,4	224,8	März	
130,2	33,6	2 247,5	3 818,6	1 250,7	9,1	2 399,8	-	3 532,3	6 303,1	7 329,7	5 167,1	235,9	April	
137,8	35,9	2 263,3	3 843,3	1 239,2	4,9	2 419,7	-	3 550,1	6 307,7	7 361,2	5 182,9	230,4	Mai	
125,4	36,3	2 293,6	3 732,0	1 243,5	14,1	2 357,7	-	3 598,1	6 372,5	7 395,9	5 230,0	225,0	Juni	
120,8	39,5	2 309,4	3 810,3	1 274,0	15,4	2 350,8	-	3 572,5	6 368,0	7 406,2	5 286,6	224,8	Juli	
138,0	41,0	2 310,7	3 825,8	1 272,8	10,6	2 343,5	-	3 515,9	6 346,3	7 430,0	5 290,6	225,1	Aug.	
138,1	40,6	2 330,5	3 934,3	1 275,6	4,0	2 468,2	-	3 581,4	6 445,1	7 533,2	5 317,3	227,6	Sept.	
152,3	42,0	2 360,0	4 027,8	1 284,7	- 1,5	2 497,0	-	3 563,5	6 457,1	7 557,3	5 373,9	230,3	Okt.	
160,6	38,9	2 370,2	4 046,0	1 279,9	38,1	2 666,3	-	3 609,7	6 520,5	7 617,6	5 391,1	237,7	Nov.	
151,2	47,7	2 389,0	4 026,5	1 276,5	15,6	2 566,2	-	3 756,5	6 728,4	7 789,8	5 432,2	244,4	Dez.	
166,2	54,6	2 404,3	4 218,6	1 283,7	18,3	2 656,8	-	3 681,8	6 686,5	7 811,3	5 464,0	242,2	2007 Jan.	
173,5	58,4	2 436,4	4 270,8	1 296,1	35,8	2 674,1	-	3 674,0	6 690,6	7 843,3	5 512,4	241,7	Febr.	
179,9	60,1	2 461,7	4 295,3	1 341,8	18,7	2 775,4	-	3 735,3	6 814,2	8 002,5	5 615,3	241,2	März	
174,7	67,2	2 468,1	4 451,6	1 344,0	- 2,4	2 837,7	-	3 755,4	6 860,3	8 065,6	5 635,9	242,4	April	
180,4	74,2	2 495,7	4 562,2	1 316,4	13,1	2 878,4	-	3 776,9	6 910,0	8 152,3	5 653,0	239,9	Mai	
167,6	74,9	2 530,3	4 502,8	1 346,8	- 4,0	2 968,8	-	3 845,1	7 005,7	8 229,4	5 738,1	242,4	Juni	
154,8	85,1	2 533,8	4 542,4	1 366,2	7,7	2 920,8	-	3 830,8	7 041,7	8 281,2	5 775,8	245,4	Juli	
174,1	86,5	2 546,9	4 586,1	1 368,3	- 19,4	2 884,3	-	3 748,3	7 021,9	8 286,3	5 787,0	244,2	Aug.	
193,1	89,0	2 528,6	4 574,1	1 395,1	- 28,6	3 023,4	-	3 823,1	7 120,3	8 378,7	5 791,8	243,7	Sept.	
212,1	86,5	2 568,4	4 682,7	1 461,1	- 16,7	3 111,3	-	3 790,1	7 206,1	8 480,9	5 919,5	120,6	Okt.	
222,0	91,1	2 548,9	4 695,1	1 458,5	- 7,5	3 200,9	-	3 830,0	7 264,8	8 575,1	5 899,7	122,3	Nov.	
221,7	96,0	2 547,7	4 595,2	1 493,3	- 30,1	3 045,6	-	3 896,0	7 421,0	8 680,7	5 984,0	127,8	Dez.	
200,6	97,7	2 553,2	4 868,0	1 521,3	- 25,8	3 159,8	-	3 847,2	7 437,6	8 778,8	6 020,1	118,9	2008 Jan.	
169,7	98,5	2 548,0	4 920,2	1 521,1	- 1,0	3 203,8	-	3 800,6	7 460,5	8 791,9	6 004,5	117,2	Febr.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
24,5	28,8	835,8	701,4	327,5	- 107,9	552,8	75,8	728,2	1 491,3	1 601,5	1 962,8	-	2006 Jan.	
23,5	27,7	845,2	720,2	332,3	- 126,0	551,4	77,8	725,6	1 489,2	1 600,0	1 982,6	-	Febr.	
23,8	29,2	837,2	729,6	336,7	- 134,5	561,8	78,2	733,4	1 496,1	1 616,0	1 979,6	-	März	
22,8	29,5	829,7	723,3	340,8	- 104,1	571,1	78,7	742,5	1 515,9	1 633,7	1 980,6	-	April	
23,0	31,5	831,9	729,4	336,0	- 122,8	576,7	79,5	746,9	1 517,1	1 639,0	1 980,8	-	Mai	
20,8	33,4	839,4	712,3	336,5	- 114,0	568,3	80,6	750,3	1 522,8	1 643,8	1 991,6	-	Juni	
18,9	34,3	841,9	698,3	348,5	- 118,1	569,0	81,2	740,4	1 513,6	1 627,3	2 009,4	-	Juli	
20,8	36,8	836,0	703,2	344,1	- 137,3	570,2	83,9	734,1	1 512,5	1 635,3	2 003,5	-	Aug.	
20,5	38,8	837,5	723,6	336,2	- 121,3	588,9	85,9	735,0	1 520,1	1 647,1	1 997,3	-	Sept.	
19,5	40,0	836,7	723,2	340,0	- 118,7	594,8	86,5	728,2	1 517,1	1 638,3	2 002,4	-	Okt.	
21,3	37,9	830,6	714,5	337,0	- 95,7	607,0	86,3	755,7	1 545,7	1 661,8	1 997,0	-	Nov.	
20,3	38,2	830,2	697,1	336,0	- 106,4	610,9	84,3	760,0	1 568,7	1 673,6	2 001,5	-	Dez.	
20,6	42,7	839,9	729,6	348,1	- 119,2	610,7	85,5	759,1	1 564,5	1 682,2	2 025,1	-	2007 Jan.	
20,2	44,5	836,4	745,5	353,5	- 134,7	616,3	86,5	758,3	1 563,8	1 686,6	2 029,7	-	Febr.	
22,2	47,4	830,2	748,7	350,3	- 131,7	627,7	87,5	762,0	1 572,3	1 701,4	2 021,0	-	März	
19,6	49,6	829,7	780,5	352,6	- 131,8	636,2	87,5	759,7	1 583,2	1 710,3	2 025,7	-	April	
17,2	52,9	837,7	796,4	342,6	- 149,7	636,9	90,4	768,0	1 593,7	1 720,6	2 023,6	-	Mai	
14,7	54,7	833,4	761,0	352,3	- 162,7	647,1	91,6	777,8	1 611,6	1 744,0	2 031,6	-	Juni	
14,4	60,4	831,2	753,5	361,7	- 148,8	647,6	92,1	780,4	1 617,7	1 748,0	2 040,8	-	Juli	
15,5	59,9	824,9	772,0	360,3	- 170,4	656,6	94,4	773,0	1 633,3	1 763,2	2 033,5	-	Aug.	
16,8	57,0	815,5	785,8	362,4	- 172,4	676,9	96,1	785,5	1 658,1	1 790,7	2 030,3	-	Sept.	
22,8	48,0	820,7	772,9	366,1	- 167,7	670,8	97,5	774,2	1 657,5	1 784,4	2 037,4	-	Okt.	
27,4	48,4	805,5	777,4	363,0	- 200,2	680,4	98,6	804,9	1 695,2	1 832,1	2 019,1	-	Nov.	
27,0	45,1	794,8	754,6	368,0	- 194,9	682,8	99,5	789,7	1 737,4	1 857,2	2 019,3	-	Dez.	
30,2	46,9	796,6	779,2	374,4	- 220,0	668,2	100,2	792,9	1 731,4	1 871,6	2 028,4	-	2008 Jan.	
27,1	48,2	787,0	795,2	376,4	- 228,9	674,8	102,4	788,4	1 744,4	1 887,1	2 019,2	-	Febr.	

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. auch Anm. 3 zum Banknotenumschlag in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis

zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
Eurosystem 2)												
2005 Okt.	307,9	288,6	90,0	0,1	–	0,1	0,2	531,6	47,9	– 44,6	151,4	683,1
Nov.	315,1	293,4	90,0	0,1	–	0,1	–	535,6	50,4	– 37,9	150,2	686,0
Dez.	313,2	301,3	90,0	0,0	–	0,1	0,3	539,8	51,0	– 39,6	153,0	692,9
2006 Jan.	317,6	316,4	89,6	0,2	0,2	0,1	–	559,2	44,2	– 33,5	154,1	713,3
Febr.	325,2	310,0	96,2	0,0	0,3	0,1	–	548,4	56,6	– 28,7	155,4	703,9
März	324,7	299,3	104,7	0,1	–	0,2	0,1	550,8	53,3	– 34,0	158,3	709,2
April	327,9	290,1	113,7	0,1	0,7	0,3	–	556,4	51,6	– 35,2	159,5	716,2
Mai	337,0	291,3	120,0	0,2	–	0,2	0,4	569,1	51,1	– 33,5	161,2	730,5
Juni	336,9	287,0	120,0	0,1	–	0,1	0,1	572,0	45,5	– 37,0	163,3	735,4
Juli	334,3	316,5	120,0	0,2	–	0,6	0,3	578,8	67,0	– 42,1	166,3	745,7
Aug.	327,6	329,7	120,0	0,2	–	0,1	0,6	588,2	73,0	– 51,5	167,1	755,4
Sept.	327,3	314,0	120,0	0,1	–	0,1	0,4	588,7	61,4	– 55,6	166,4	755,2
Okt.	326,7	308,7	120,0	0,1	0,3	0,2	–	588,5	59,1	– 59,1	167,0	755,7
Nov.	327,4	311,9	120,0	0,1	–	0,1	–	592,8	60,2	– 60,6	167,0	759,8
Dez.	327,0	313,1	120,0	0,1	0,1	0,1	–	598,6	54,9	– 66,4	173,2	771,8
2007 Jan.	325,8	322,3	120,0	0,1	–	0,2	1,0	619,5	45,0	– 72,7	175,3	794,9
Febr.	322,1	300,5	124,6	0,1	0,1	0,1	1,5	604,6	47,9	– 83,1	176,5	781,2
März	321,6	288,7	134,6	0,0	–	0,5	0,8	606,2	47,1	– 90,0	180,6	787,2
April	323,6	281,7	145,7	0,5	–	0,3	0,9	614,8	48,2	– 95,2	182,6	797,7
Mai	326,1	281,6	150,0	0,3	–	0,5	0,1	620,0	51,3	– 97,2	183,2	803,8
Juni	326,4	284,9	150,0	0,3	–	0,2	0,2	625,2	49,1	– 99,4	186,2	811,7
Juli	323,0	295,4	150,0	0,2	0,1	0,3	–	631,3	53,9	– 106,4	189,6	821,2
Aug.	316,7	301,7	150,0	0,1	–	0,4	–	639,7	52,3	– 115,8	192,0	832,1
Sept.	317,3	268,7	171,7	0,2	10,7	0,4	1,7	639,2	52,3	– 117,8	192,0	832,4
Okt.	321,9	194,3	262,3	0,3	–	1,6	0,9	637,3	63,7	– 118,0	193,4	832,3
Nov.	327,6	180,2	265,0	0,1	–	0,6	5,1	640,1	55,9	– 123,3	194,4	835,1
Dez.	327,5	173,0	278,6	0,3	–	0,4	2,2	644,6	61,9	– 126,6	196,8	841,9
2008 Jan.	343,8	255,7	268,8	0,3	–	1,1	68,4	668,2	46,4	– 116,4	200,9	870,2
Febr.	353,6	173,8	268,5	0,2	–	0,4	0,6	651,7	51,7	– 110,7	202,4	854,5
März	343,3	181,3	268,5	0,1	0,3	0,3	–	653,2	59,7	– 125,0	205,3	858,7
Deutsche Bundesbank												
2005 Okt.	75,1	149,4	55,1	0,0	–	0,0	0,2	145,1	0,1	95,2	39,0	184,2
Nov.	77,2	145,0	54,5	0,1	–	0,1	–	145,4	0,0	92,6	38,8	184,2
Dez.	77,2	140,9	54,4	0,0	–	0,1	0,2	146,9	0,0	86,0	39,3	186,3
2006 Jan.	79,1	154,1	55,7	0,1	0,1	0,0	–	151,9	0,0	97,9	39,2	191,2
Febr.	81,6	158,1	61,6	0,0	0,1	0,0	–	149,7	0,1	112,1	39,6	189,3
März	81,0	145,8	68,3	0,1	–	0,1	0,1	150,7	0,1	104,7	39,6	190,4
April	82,5	137,8	74,3	0,1	0,2	0,1	–	151,5	0,0	103,6	39,7	191,3
Mai	85,2	152,2	76,3	0,1	–	0,1	0,1	154,8	0,0	118,5	40,2	195,0
Juni	84,9	153,9	73,7	0,1	–	0,1	0,0	156,2	0,1	115,5	40,6	197,0
Juli	84,0	162,4	71,6	0,1	–	0,4	0,1	157,9	0,1	118,6	41,0	199,3
Aug.	82,3	171,6	72,1	0,1	–	0,0	0,5	160,1	0,1	124,3	41,2	201,3
Sept.	82,3	156,8	73,4	0,1	–	0,0	0,2	160,9	0,0	110,2	41,2	202,2
Okt.	82,6	155,6	76,7	0,1	0,2	0,1	–	160,5	0,1	113,7	40,9	201,5
Nov.	82,8	162,6	78,9	0,1	–	0,0	–	161,1	0,1	122,4	40,8	202,0
Dez.	82,7	155,3	78,4	0,1	0,1	0,0	–	162,4	0,1	112,6	41,4	203,8
2007 Jan.	82,5	165,0	81,0	0,0	–	0,0	–	167,8	0,1	119,4	41,4	209,2
Febr.	82,2	153,7	86,6	0,0	0,0	0,0	–	164,8	0,1	115,7	41,9	206,7
März	82,0	135,0	95,7	0,0	–	0,2	–	165,3	0,1	104,5	42,8	208,2
April	82,7	128,2	103,9	0,1	–	0,1	0,2	167,1	0,1	104,2	43,2	210,4
Mai	83,4	130,6	107,1	0,2	–	0,1	0,0	168,3	0,1	109,2	43,5	212,0
Juni	83,6	124,0	108,7	0,1	–	0,0	0,0	170,6	0,1	101,4	44,1	214,8
Juli	82,7	125,1	108,8	0,1	0,0	0,1	–	171,8	0,1	99,7	45,0	216,8
Aug.	81,1	135,4	104,9	0,1	–	0,0	–	173,9	0,1	102,6	44,9	218,8
Sept.	81,1	125,0	114,2	0,2	4,1	0,3	0,6	174,1	0,1	104,4	45,2	219,6
Okt.	82,4	93,2	142,9	0,2	–	0,9	0,2	173,5	0,1	98,8	45,2	219,6
Nov.	84,6	78,3	139,0	0,0	–	0,4	1,5	174,1	0,0	80,0	45,9	220,5
Dez.	84,6	73,2	133,6	0,3	–	0,3	0,7	175,2	0,1	68,7	46,7	222,1
2008 Jan.	91,5	102,1	134,6	0,1	–	0,6	26,4	180,6	0,1	73,7	46,9	228,1
Febr.	96,0	60,8	130,6	0,0	–	0,2	0,1	176,2	0,0	63,3	47,7	224,1
März	90,8	59,8	122,5	0,0	0,1	0,2	–	177,5	0,1	46,9	48,6	226,3

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete aufgrund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte								
Eurosystem 2)												
+ 3,1	- 14,9	+ 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 15,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	2005 Okt.
+ 7,2	+ 4,8	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	- 0,2	+ 4,0	+ 2,5	+ 6,7	- 1,2	+ 2,9	Nov.
- 1,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,6	- 1,7	+ 2,8	+ 6,9	Dez.
+ 4,4	+ 15,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	+ 19,4	- 6,8	+ 6,1	+ 1,1	+ 20,4	2006 Jan.
+ 7,6	- 6,4	+ 6,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	-	- 10,8	+ 12,4	+ 4,8	+ 1,3	- 9,4	Febr.
- 0,5	- 10,7	+ 8,5	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,4	- 3,3	- 5,3	+ 2,9	+ 5,3	März
+ 3,2	- 9,2	+ 9,0	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 5,6	- 1,7	- 1,2	+ 1,2	+ 7,0	April
+ 9,1	+ 1,2	+ 6,3	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	+ 0,4	+ 12,7	- 0,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 14,3	Mai
- 0,1	- 4,3	+ 0,0	- 0,1	-	- 0,1	- 0,3	+ 2,9	- 5,6	- 3,5	+ 2,1	+ 4,9	Juni
- 2,6	+ 29,5	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,2	+ 6,8	+ 21,5	- 5,1	+ 3,0	+ 10,3	Juli
- 6,7	+ 13,2	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,5	+ 0,3	+ 9,4	+ 6,0	- 9,4	+ 0,8	+ 9,7	Aug.
- 0,3	- 15,7	+ 0,0	- 0,1	-	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	- 11,6	- 4,1	- 0,7	- 0,2	Sept.
- 0,6	- 5,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	- 2,3	- 3,5	+ 0,6	+ 0,5	Okt.
+ 0,7	+ 3,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	-	+ 4,3	+ 1,1	- 1,5	+ 0,0	+ 4,1	Nov.
- 0,4	+ 1,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	-	+ 5,8	- 5,3	- 5,8	+ 6,2	+ 12,0	Dez.
- 1,2	+ 9,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 20,9	- 9,9	- 6,3	+ 2,1	+ 23,1	2007 Jan.
- 3,7	- 21,8	+ 4,6	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	- 14,9	+ 2,9	- 10,4	+ 1,2	- 13,7	Febr.
- 0,5	- 11,8	+ 10,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6	- 0,8	- 6,9	+ 4,1	+ 6,0	März
+ 2,0	- 7,0	+ 11,1	+ 0,5	-	- 0,2	+ 0,1	+ 8,6	+ 1,1	- 5,2	+ 2,0	+ 10,5	April
+ 2,5	- 0,1	+ 4,3	- 0,2	-	+ 0,2	- 0,8	+ 5,2	+ 3,1	- 2,0	+ 0,6	+ 6,1	Mai
+ 0,3	+ 3,3	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,3	+ 0,1	+ 5,2	- 2,2	- 2,2	+ 3,0	+ 7,9	Juni
- 3,4	+ 10,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 6,1	+ 4,8	- 7,0	+ 3,4	+ 9,5	Juli
- 6,3	+ 6,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	-	+ 8,4	- 1,6	- 9,4	+ 2,4	+ 10,9	Aug.
+ 0,6	- 33,0	+ 21,7	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	+ 1,7	- 0,5	- 0,0	- 2,0	+ 0,7	+ 0,3	Sept.
+ 4,6	- 74,4	+ 90,6	+ 0,1	- 10,7	+ 1,2	- 0,8	- 1,9	+ 11,4	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	Okt.
+ 5,7	- 14,1	+ 2,7	- 0,2	-	- 1,0	+ 4,2	+ 2,8	- 7,8	- 5,3	+ 1,0	+ 2,8	Nov.
- 0,1	- 7,2	+ 13,6	+ 0,2	-	- 0,2	+ 2,9	+ 4,5	+ 6,0	- 3,3	+ 2,4	+ 6,8	Dez.
+ 16,3	+ 82,7	- 9,8	- 0,0	-	+ 0,7	+ 66,2	+ 23,6	- 15,5	+ 10,2	+ 4,1	+ 28,3	2008 Jan.
+ 9,8	- 81,9	- 0,3	- 0,1	-	- 0,7	- 67,8	- 16,5	+ 5,3	+ 5,7	+ 1,5	- 15,7	Febr.
- 10,3	+ 7,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 1,5	+ 8,0	- 14,3	+ 2,9	+ 4,2	März
Deutsche Bundesbank												
+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 4,4	- 0,0	- 0,1	2005 Okt.
+ 2,1	- 4,4	- 0,5	+ 0,0	-	+ 0,0	- 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 2,7	- 0,2	+ 0,1	Nov.
- 0,0	- 4,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,0	- 6,6	+ 0,5	+ 2,1	Dez.
+ 1,9	+ 13,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 5,0	- 0,0	+ 11,9	- 0,1	+ 4,9	2006 Jan.
+ 2,5	+ 4,0	+ 5,9	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	- 2,3	+ 0,0	+ 14,2	+ 0,3	- 1,9	Febr.
- 0,6	- 12,3	+ 6,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,0	- 7,4	+ 0,0	+ 1,1	März
+ 1,5	- 8,0	+ 6,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,8	- 0,0	- 1,1	+ 0,1	+ 0,9	April
+ 2,7	+ 14,4	+ 2,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 3,3	+ 0,0	+ 14,9	+ 0,5	+ 3,7	Mai
- 0,2	+ 1,7	- 2,6	- 0,0	-	+ 0,0	- 0,1	+ 1,5	+ 0,0	- 3,0	+ 0,5	+ 2,0	Juni
- 0,9	+ 8,4	- 2,1	- 0,0	-	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,4	Juli
- 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 0,1	-	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2	- 0,0	+ 5,7	+ 0,1	+ 2,0	Aug.
+ 0,0	- 14,8	+ 1,3	- 0,1	-	- 0,0	- 0,3	+ 0,8	- 0,0	- 14,1	+ 0,1	+ 0,8	Sept.
+ 0,3	- 1,2	+ 3,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 3,5	- 0,4	- 0,7	Okt.
+ 0,2	+ 7,0	+ 2,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,7	+ 0,0	+ 8,7	- 0,1	+ 0,5	Nov.
- 0,1	- 7,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	-	+ 1,3	- 0,0	- 9,7	+ 0,5	+ 1,9	Dez.
- 0,2	+ 9,8	+ 2,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	+ 5,3	+ 0,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 5,3	2007 Jan.
- 0,4	- 11,4	+ 5,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,0	- 3,7	+ 0,5	- 2,4	Febr.
- 0,1	- 18,7	+ 9,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,5	+ 0,0	- 11,2	+ 0,9	+ 1,5	März
+ 0,7	- 6,8	+ 8,2	+ 0,0	-	- 0,0	+ 0,2	+ 1,8	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2	April
+ 0,7	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,1	-	- 0,0	- 0,2	+ 1,2	- 0,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,6	Mai
+ 0,1	- 6,6	+ 1,6	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,3	+ 0,0	- 7,8	+ 0,6	+ 2,8	Juni
- 0,8	+ 1,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,1	+ 0,0	- 1,7	+ 0,9	+ 2,0	Juli
- 1,6	+ 10,3	- 3,9	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	+ 2,1	- 0,0	+ 2,9	- 0,1	+ 2,0	Aug.
+ 0,1	- 10,4	+ 9,3	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,7	Sept.
+ 1,3	- 31,9	+ 28,7	+ 0,1	- 4,1	+ 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,0	- 5,6	- 0,0	+ 0,1	Okt.
+ 2,2	- 14,9	- 3,8	- 0,2	-	- 0,5	+ 1,2	+ 0,6	- 0,0	- 18,8	+ 0,7	+ 0,9	Nov.
- 0,0	- 5,2	- 5,5	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,8	+ 1,0	+ 0,0	- 11,3	+ 0,8	+ 1,6	Dez.
+ 6,9	+ 28,9	+ 1,0	- 0,1	-	+ 0,4	+ 25,6	+ 5,4	+ 0,0	+ 5,1	+ 0,2	+ 6,0	2008 Jan.
+ 4,5	- 41,3	- 4,0	- 0,1	-	- 0,4	- 26,3	- 4,4	- 0,0	- 10,5	+ 0,8	- 4,0	Febr.
- 5,2	- 1,0	- 8,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,0	- 16,3	+ 0,9	+ 2,2	März

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Wäh- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKMI II
Eurosystem 2)									
2007 Aug. 3.	1 195,1	172,1	146,1	9,7	136,5	22,5	16,5	16,5	-
10.	1 253,1	172,1	145,2	9,7	135,4	23,7	17,2	17,2	-
17.	1 207,7	172,0	144,5	9,7	134,8	24,5	17,4	17,4	-
24.	1 216,9	172,0	143,5	9,7	133,8	24,9	18,1	18,1	-
31.	1 157,5	172,0	144,2	9,7	134,5	26,4	17,5	17,5	-
Sept. 7.	1 207,4	171,9	144,7	9,7	135,1	25,2	15,9	15,9	-
14.	1 299,3	171,9	145,4	9,7	135,7	23,9	16,3	16,3	-
21.	1 189,6	171,9	147,0	9,6	137,4	23,2	14,8	14,8	-
28.	3) 1 250,4	3) 186,2	3) 142,0	9,4	3) 132,6	3) 23,9	16,1	16,1	-
Okt. 5.	1 228,4	186,1	141,9	9,4	132,6	25,0	15,4	15,4	-
12.	1 289,1	186,0	143,4	9,4	134,0	23,4	16,2	16,2	-
19.	1 249,3	185,8	146,6	9,3	137,3	20,5	17,0	17,0	-
26.	1 263,5	185,7	142,2	9,3	132,9	23,8	18,1	18,1	-
Nov. 2.	1 256,3	185,5	144,4	9,3	135,1	22,8	18,0	18,0	-
9.	1 248,5	185,5	143,0	9,3	133,7	23,4	17,7	17,7	-
16.	1 271,8	185,4	141,5	9,3	132,3	23,2	15,7	15,7	-
23.	1 285,5	185,4	141,9	9,2	132,7	24,2	15,8	15,8	-
30.	1 297,3	185,4	142,2	9,2	132,9	25,2	14,5	14,5	-
2007 Dez. 7.	1 293,0	185,3	144,8	9,2	135,6	22,6	15,0	15,0	-
14.	1 338,4	185,3	142,7	9,2	133,5	25,1	14,0	14,0	-
21.	1 473,0	184,5	137,6	9,2	128,3	35,7	13,6	13,6	-
28.	1 500,8	184,5	138,0	9,3	128,8	43,2	13,6	13,6	-
2008 Jan. 4.	3) 1 285,8	3) 201,7	3) 138,0	9,1	3) 128,8	3) 41,7	14,7	14,7	-
11.	1 311,1	201,7	140,6	9,1	131,5	38,7	14,5	14,5	-
18.	1 350,8	201,7	141,0	9,1	131,8	36,9	14,7	14,7	-
25.	1 337,5	201,6	140,0	9,1	130,9	36,4	16,2	16,2	-
Febr. 1.	1 330,9	201,5	143,0	9,1	133,9	34,5	14,5	14,5	-
8.	1 328,3	201,4	140,8	9,1	131,7	37,0	15,0	15,0	-
15.	1 348,1	201,4	140,7	9,1	131,6	30,3	14,6	14,6	-
22.	1 338,9	201,3	139,3	9,1	130,2	30,7	14,3	14,3	-
29.	1 338,8	201,3	137,9	9,1	128,8	24,7	14,6	14,6	-
März 7.	1 332,9	201,2	136,4	9,0	127,3	26,7	15,2	15,2	-
14.	1 367,1	201,2	139,1	9,0	130,2	24,4	14,8	14,8	-
20.	1 378,7	201,1	139,4	9,0	130,4	25,3	14,8	14,8	-
28.	1 393,3	201,1	140,9	9,0	131,8	34,6	14,9	14,9	-
April 4.	3) 1 371,4	3) 209,7	3) 136,7	8,7	3) 128,0	3) 31,7	14,8	14,8	-
Deutsche Bundesbank									
2006 Mai	357,5	53,1	35,6	3,4	32,1	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 359,1	3) 52,0	3) 33,9	3,6	3) 30,3	-	0,3	0,3	-
Juli	364,4	52,0	34,3	3,5	30,8	-	0,3	0,3	-
Aug.	358,2	52,0	33,6	3,5	30,0	-	0,3	0,3	-
Sept.	3) 362,4	3) 52,3	3) 33,6	3,4	3) 30,1	-	0,3	0,3	-
Okt.	366,4	52,3	33,2	3,1	30,1	-	0,3	0,3	-
Nov.	359,2	52,3	33,3	3,1	30,1	-	0,3	0,3	-
Dez.	373,7	3) 53,1	3) 31,7	3,0	3) 28,6	-	0,3	0,3	-
2007 Jan.	357,9	53,1	32,1	3,0	29,1	0,0	0,3	0,3	-
Febr.	365,5	53,1	31,5	2,7	28,8	-	0,3	0,3	-
März	3) 371,4	3) 54,8	3) 31,3	2,6	3) 28,7	-	0,3	0,3	-
April	370,9	54,8	32,5	2,6	29,9	-	0,3	0,3	-
Mai	377,2	54,8	33,2	2,7	30,5	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 373,5	3) 52,8	3) 32,0	2,7	3) 29,4	-	0,3	0,3	-
Juli	382,1	52,8	31,9	2,6	29,3	-	0,3	0,3	-
Aug.	369,6	52,8	31,9	2,6	29,3	-	0,3	0,3	-
Sept.	3) 394,0	3) 57,2	3) 31,4	2,5	3) 28,9	-	0,3	0,3	-
Okt.	394,6	57,2	31,1	2,5	28,6	-	0,3	0,3	-
Nov.	410,3	57,2	30,8	2,5	28,3	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 483,7	3) 62,4	3) 30,1	2,4	3) 27,7	7,1	0,3	0,3	-
2008 Jan.	415,5	62,4	30,4	2,4	28,0	6,9	0,3	0,3	-
Febr.	432,2	62,4	30,8	2,4	28,4	-	0,3	0,3	-
März	3) 453,4	3) 65,1	3) 30,0	2,3	3) 27,6	4,5	0,3	0,3	-

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispo-
sitionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem ²⁾											
448,0	298,0	150,0	-	-	-	0,0	14,1	93,1	37,1	245,4	2007 Aug. 3.
503,6	292,5	150,0	61,1	-	-	-	13,0	94,2	37,1	247,1	10.
460,0	310,0	150,0	-	-	-	0,0	12,8	91,6	37,1	247,6	17.
465,2	275,0	190,0	-	-	0,2	-	12,8	92,3	37,1	250,9	24.
400,1	210,0	190,0	-	-	0,1	0,0	11,8	93,3	37,1	255,2	31.
446,3	256,0	190,0	-	-	0,3	0,0	11,1	94,9	37,1	260,3	Sept. 7.
534,0	269,0	265,0	-	-	0,0	0,0	11,3	94,7	37,1	264,7	14.
420,6	155,0	265,0	-	-	0,6	0,0	12,8	94,5	37,1	267,6	21.
455,2	190,0	265,0	-	-	0,2	0,0	13,3	95,4	37,1	281,2	28.
428,0	163,0	265,0	-	-	0,0	0,0	13,9	97,3	37,1	283,7	Okt. 5.
483,0	218,0	265,0	-	-	-	0,0	15,1	96,6	37,1	288,3	12.
436,0	171,0	265,0	-	-	-	0,0	15,2	95,8	37,1	295,2	19.
447,0	182,0	265,0	-	-	0,0	0,0	15,4	95,8	37,1	298,3	26.
435,0	170,0	265,0	-	-	0,0	0,0	17,5	95,7	37,1	300,2	Nov. 2.
425,0	160,0	265,0	-	-	0,0	0,0	17,8	96,5	37,1	302,5	9.
447,9	182,0	265,0	-	-	0,9	0,0	20,1	95,1	37,1	305,8	16.
454,3	169,0	285,0	-	-	0,3	0,0	20,2	95,3	37,1	311,3	23.
463,1	178,0	285,0	-	-	0,1	0,0	21,0	95,9	37,1	313,1	30.
448,8	163,0	285,0	-	-	0,8	0,0	22,5	97,2	37,1	319,6	2007 Dez. 7.
488,7	218,5	270,0	-	-	0,2	0,0	23,4	98,4	37,1	323,8	14.
617,1	348,6	268,5	-	-	0,0	0,0	23,8	97,2	37,1	326,3	21.
637,1	368,6	268,5	-	-	0,0	0,0	23,8	96,2	37,1	327,4	28.
397,5	128,5	268,5	-	-	0,6	-	26,2	98,2	38,7	329,0	2008 Jan. 4.
420,2	151,5	268,5	-	-	0,2	0,0	27,0	97,3	38,7	332,3	11.
459,0	190,5	268,5	-	-	0,0	0,0	30,3	96,7	38,7	331,8	18.
444,5	175,5	268,5	-	-	0,5	0,0	28,6	98,1	38,7	333,5	25.
436,0	167,5	268,5	-	-	0,0	0,0	30,7	99,3	38,6	332,7	Febr. 1.
430,4	161,5	268,5	-	-	0,4	0,0	30,6	100,7	38,6	333,7	8.
456,0	187,5	268,5	-	-	-	0,0	31,0	102,0	38,6	333,4	15.
446,5	178,0	268,5	-	-	0,0	0,0	31,4	104,8	38,6	331,9	22.
451,5	183,0	268,5	-	-	-	0,0	30,8	106,1	38,6	333,3	29.
447,0	178,5	268,5	-	-	0,0	0,0	31,2	107,5	38,6	329,1	März 7.
476,5	209,0	267,4	-	-	0,0	0,0	33,5	107,3	38,6	331,6	14.
484,6	201,7	267,4	15,0	-	0,5	0,0	34,2	107,3	38,6	333,2	20.
484,5	216,1	268,4	-	-	-	0,0	34,8	108,3	38,6	335,4	28.
444,6	151,4	293,1	-	-	0,0	0,0	34,2	109,6	38,6	351,6	April 4.
Deutsche Bundesbank											
227,6	152,6	74,9	-	-	0,0	-	0,3	-	4,4	36,2	2006 Mai
248,8	177,3	71,5	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	19,3	Juni
253,8	177,9	72,8	-	-	3,2	-	0,3	-	4,4	19,3	Juli
223,0	147,3	75,7	-	-	0,0	-	1,6	-	4,4	43,4	Aug.
234,1	155,2	78,5	-	-	0,5	-	3,0	-	4,4	34,7	Sept.
243,3	164,0	79,3	-	-	0,0	-	3,0	-	4,4	29,9	Okt.
232,0	155,2	76,7	-	-	0,0	-	3,0	-	4,4	34,0	Nov.
256,3	173,9	82,3	-	-	0,1	-	3,0	-	4,4	24,8	Dez.
232,5	150,1	82,3	-	-	0,0	-	3,1	-	4,4	32,4	2007 Jan.
235,0	143,5	91,5	-	-	0,0	-	3,1	-	4,4	38,0	Febr.
237,3	130,8	106,4	-	-	0,1	-	3,1	-	4,4	40,1	März
247,4	139,6	107,5	-	-	0,4	-	3,1	-	4,4	28,3	April
236,9	126,6	110,3	-	-	0,0	-	3,2	-	4,4	44,5	Mai
243,4	136,2	107,0	-	-	0,2	-	3,2	-	4,4	37,3	Juni
248,5	146,0	102,4	-	-	-	-	3,3	-	4,4	41,0	Juli
210,4	89,9	120,5	-	-	0,0	-	3,3	-	4,4	66,5	Aug.
223,3	83,8	139,3	-	-	0,2	-	4,3	-	4,4	73,1	Sept.
202,2	62,9	139,3	-	-	0,0	-	7,0	-	4,4	92,4	Okt.
207,2	77,3	129,9	-	-	0,0	-	10,1	-	4,4	100,3	Nov.
268,0	133,1	134,8	-	-	0,1	-	13,1	-	4,4	98,4	Dez.
172,7	47,0	125,7	-	-	0,0	-	17,3	-	4,4	120,9	2008 Jan.
178,7	59,0	119,7	-	-	-	-	18,5	-	4,4	137,1	Febr.
213,1	98,4	103,5	11,2	-	0,0	-	20,6	-	4,4	115,4	März

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2007 Aug. 3.	1 195,1	645,0	189,7	189,6	0,1	-	-	-	0,2	-	52,9	45,1	7,8
10.	1 253,1	644,1	256,8	256,7	0,1	-	-	-	0,2	-	44,4	36,6	7,8
17.	1 207,7	641,9	210,5	210,3	0,3	-	-	-	0,2	-	48,7	41,1	7,6
24.	1 216,9	636,1	209,4	209,1	0,3	-	-	-	0,2	-	63,5	56,0	7,5
31.	1 157,5	637,2	132,6	132,3	0,3	-	-	-	0,2	-	73,2	65,4	7,8
Sept. 7.	1 207,4	639,2	182,6	181,5	1,0	-	-	-	0,1	-	68,1	60,1	7,9
14.	1 299,3	637,5	276,3	274,6	1,7	-	-	0,0	0,1	-	64,3	56,6	7,7
21.	1 189,6	635,0	155,1	154,7	0,4	-	-	0,0	0,1	-	76,3	68,7	7,6
28.	5) 1 250,4	637,3	192,2	186,7	5,5	-	-	0,0	0,2	-	73,6	66,1	7,4
Okt. 5.	1 228,4	641,3	169,9	165,3	4,6	-	-	0,0	0,1	-	67,9	60,3	7,5
12.	1 289,1	640,6	232,0	201,6	0,3	30,0	-	0,0	0,1	-	64,5	57,1	7,4
19.	1 249,3	638,7	193,5	192,8	0,7	-	-	0,0	0,1	-	61,6	54,4	7,3
26.	1 263,5	637,8	191,9	191,7	0,2	-	-	0,0	0,2	-	76,6	69,4	7,2
Nov. 2.	1 256,3	643,5	192,2	192,0	0,2	-	-	0,0	0,2	-	58,3	50,8	7,4
9.	1 248,5	642,1	191,1	190,8	0,3	-	-	0,0	0,2	-	53,4	45,9	7,5
16.	1 271,8	640,6	215,3	215,1	0,2	-	-	0,0	0,2	-	53,4	45,4	7,9
23.	1 285,5	639,3	195,0	194,8	0,2	-	-	0,0	0,2	-	81,5	73,9	7,7
30.	1 297,3	645,7	203,8	203,5	0,3	-	-	0,0	0,1	-	75,1	67,5	7,6
2007 Dez. 7.	1 293,0	655,4	173,5	164,9	0,6	8,0	-	0,0	0,2	-	83,9	76,2	7,7
14.	1 338,4	659,6	235,0	234,8	0,2	-	-	0,0	0,2	-	58,0	48,8	9,3
21.	1 473,0	675,9	356,0	214,2	0,2	141,6	-	0,0	0,1	-	49,9	42,1	7,7
28.	1 500,8	678,6	376,5	223,2	1,9	150,0	-	1,5	0,1	-	44,8	36,9	7,8
2008 Jan. 4.	5) 1 285,8	670,8	144,2	143,7	0,6	-	-	0,0	0,3	-	57,6	50,1	7,5
11.	1 311,1	659,4	181,3	180,6	0,7	-	-	0,0	0,3	-	55,0	47,1	7,9
18.	1 350,8	653,2	231,1	230,8	0,2	-	-	0,0	0,3	-	47,1	38,8	8,3
25.	1 337,5	649,5	193,2	192,7	0,5	-	-	0,0	0,3	-	72,0	64,1	7,9
Febr. 1.	1 330,9	652,6	199,2	198,5	0,5	-	-	0,3	0,3	-	55,1	47,8	7,2
8.	1 328,3	653,4	197,2	196,5	0,4	-	-	0,4	0,3	-	52,1	45,1	7,0
15.	1 348,1	653,0	222,9	222,3	0,2	-	-	0,4	0,3	-	52,6	45,5	7,1
22.	1 338,9	650,6	205,8	205,1	0,2	-	-	0,4	0,2	-	66,3	58,9	7,4
29.	1 338,8	654,0	195,6	194,9	0,2	-	-	0,6	0,2	-	80,7	73,1	7,6
März 7.	1 332,9	657,3	196,3	195,8	0,2	-	-	0,3	0,2	-	69,4	62,0	7,5
14.	1 367,1	658,7	229,5	229,0	0,2	-	-	0,3	0,2	-	71,0	63,5	7,5
20.	1 378,7	665,7	220,6	219,6	0,7	-	-	0,3	0,2	-	80,7	72,9	7,8
28.	1 393,3	661,0	224,6	223,4	1,0	-	-	0,2	0,2	-	84,8	77,1	7,7
April 4.	5) 1 371,4	662,6	195,6	194,7	0,6	-	-	0,3	0,2	-	76,3	68,8	7,5
Deutsche Bundesbank													
2006 Mai	357,5	155,3	51,4	51,4	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Juni	5) 359,1	157,8	39,9	39,4	0,5	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	364,4	160,3	52,4	52,4	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Aug.	358,2	159,3	46,0	45,9	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Sept.	5) 362,4	160,3	46,2	45,5	0,7	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Okt.	366,4	161,8	48,0	47,8	0,2	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Nov.	359,2	162,8	39,2	39,2	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Dez.	373,7	170,9	48,0	47,9	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
2007 Jan.	357,9	163,6	37,8	37,8	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Febr.	365,5	164,1	43,7	43,6	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
März	5) 371,4	166,6	47,9	47,8	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,3
April	370,9	169,7	43,3	43,0	0,2	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,3
Mai	377,2	169,9	45,1	45,1	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Juni	5) 373,5	171,9	39,8	39,6	0,3	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Juli	382,1	173,9	46,6	46,5	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,3
Aug.	369,6	173,1	31,8	31,5	0,2	-	-	-	-	-	0,3	0,0	0,3
Sept.	5) 394,0	173,1	47,0	42,2	4,8	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Okt.	394,6	174,3	43,3	43,1	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,3
Nov.	410,3	175,4	52,9	52,7	0,2	-	-	-	-	-	0,4	0,1	0,4
Dez.	5) 483,7	183,8	109,5	64,0	4,9	40,6	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
2008 Jan.	415,5	176,2	42,6	42,4	0,2	-	-	-	-	-	0,8	0,0	0,8
Febr.	432,2	177,1	54,3	54,2	0,2	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
März	5) 453,4	179,0	70,1	69,3	0,8	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
18,9	0,2	18,5	18,5	—	5,5	78,9	—	117,0	68,3	2007 Aug. 3.
19,1	0,1	18,4	18,4	—	5,5	79,2	—	117,0	68,3	10.
19,1	0,1	18,2	18,2	—	5,5	77,5	—	117,0	68,8	17.
19,5	0,2	17,1	17,1	—	5,5	79,5	—	117,0	68,8	24.
20,9	0,1	19,4	19,4	—	5,5	82,5	—	117,0	68,9	31.
20,9	0,1	18,6	18,6	—	5,5	86,3	—	117,0	68,9	Sept. 7.
22,1	0,6	18,1	18,1	—	5,5	88,9	—	117,0	68,9	14.
21,8	0,6	18,5	18,5	—	5,5	90,7	—	117,0	68,9	21.
23,9	0,6	5) 18,1	5) 18,1	—	5,4	5) 99,2	—	5) 131,1	68,9	28.
23,9	0,3	19,1	19,1	—	5,4	100,4	—	131,1	68,9	Okt. 5.
25,0	0,3	19,1	19,1	—	5,4	102,1	—	131,1	68,9	12.
25,2	0,3	19,7	19,7	—	5,4	104,8	—	131,1	68,9	19.
25,4	0,2	18,6	18,6	—	5,4	107,5	—	131,1	68,9	26.
27,3	0,3	19,7	19,7	—	5,4	109,3	—	131,1	68,9	Nov. 2.
26,8	0,2	18,8	18,8	—	5,4	110,5	—	131,1	68,9	9.
27,3	0,9	16,4	16,4	—	5,4	112,5	—	131,1	68,9	16.
28,3	0,3	18,3	18,3	—	5,4	117,3	—	131,1	68,9	23.
28,7	0,2	19,4	19,4	—	5,4	118,7	—	131,1	68,9	30.
30,9	0,5	19,4	19,4	—	5,4	124,0	—	131,1	68,9	2007 Dez. 7.
31,4	0,4	19,9	19,9	—	5,4	128,6	—	131,1	68,9	14.
38,2	0,9	16,8	16,8	—	5,4	129,8	—	131,1	68,9	21.
45,5	2,4	16,2	16,2	—	5,4	131,4	—	131,1	68,9	28.
45,6	1,6	5) 17,6	5) 17,6	—	5,3	5) 123,7	—	5) 147,7	71,4	2008 Jan. 4.
45,6	1,1	18,8	18,8	—	5,3	126,8	—	147,7	69,7	11.
48,6	1,4	18,5	18,5	—	5,3	127,9	—	147,7	69,7	18.
51,0	1,2	18,0	18,0	—	5,3	129,7	—	147,7	69,7	25.
48,8	1,3	19,3	19,3	—	5,3	131,7	—	147,7	69,7	Febr. 1.
48,7	1,0	19,7	19,7	—	5,3	133,3	—	147,7	69,7	8.
42,0	1,2	19,6	19,6	—	5,3	133,4	—	147,7	70,2	15.
41,4	1,1	18,6	18,6	—	5,3	131,5	—	147,7	70,5	22.
34,4	0,8	18,6	18,6	—	5,3	130,9	—	147,7	70,6	29.
35,4	0,9	18,8	18,8	—	5,3	131,0	—	147,7	70,6	März 7.
36,1	0,6	19,4	19,4	—	5,3	128,1	—	147,7	70,6	14.
36,8	1,5	18,8	18,8	—	5,3	130,7	—	147,7	70,6	20.
47,6	1,3	19,6	19,6	—	5,3	130,6	—	147,7	70,6	28.
48,0	1,2	5) 18,0	5) 18,0	—	5,1	5) 136,6	—	5) 156,2	71,4	April 4.
Deutsche Bundesbank										
3,8	0,0	2,4	2,4	—	1,4	9,8	79,5	48,5	5,0	2006 Mai
3,7	0,0	2,1	2,1	—	1,4	22,3	80,6	5) 45,8	5,0	Juni
3,6	0,0	2,6	2,6	—	1,4	11,6	81,2	45,8	5,0	Juli
3,6	0,0	1,8	1,8	—	1,4	11,1	83,9	45,8	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,8	85,9	5) 46,4	5,0	Sept.
3,7	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,9	86,5	46,4	5,0	Okt.
3,9	0,0	1,4	1,4	—	1,4	12,4	86,3	46,4	5,0	Nov.
3,7	0,0	1,1	1,1	—	1,4	13,0	84,3	45,9	5,0	Dez.
3,8	0,0	1,6	1,6	—	1,4	12,9	85,5	45,9	5,0	2007 Jan.
3,7	0,0	1,2	1,2	—	1,4	13,5	86,5	45,9	5,0	Febr.
3,8	0,0	1,3	1,3	—	1,4	10,1	87,5	5) 47,4	5,0	März
3,8	0,0	2,5	2,5	—	1,4	10,0	87,5	47,4	5,0	April
4,0	0,0	3,0	3,0	—	1,4	10,8	90,4	47,4	5,0	Mai
3,8	0,0	2,3	2,3	—	1,4	12,4	91,6	5) 44,9	5,0	Juni
4,1	0,0	2,2	2,2	—	1,4	11,6	92,1	44,9	5,0	Juli
4,1	0,0	2,2	2,2	—	1,4	12,6	94,4	44,9	5,0	Aug.
5,4	0,0	2,6	2,6	—	1,3	13,6	96,1	5) 49,5	5,0	Sept.
7,9	0,0	2,3	2,3	—	1,3	13,0	97,5	49,5	5,0	Okt.
11,1	0,0	2,0	2,0	—	1,3	14,1	98,6	49,5	5,0	Nov.
14,0	0,0	2,0	2,0	—	1,3	5) 13,1	99,5	5) 55,0	5,0	Dez.
18,4	0,0	2,6	2,6	—	1,3	13,3	100,2	55,0	5,0	2008 Jan.
19,4	0,0	3,0	3,0	—	1,3	14,1	102,4	55,0	5,0	Febr.
21,7	0,0	3,3	3,3	—	1,3	10,7	103,7	5) 58,1	5,0	März

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank; einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	
zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Unternehmen und personen	Buch- kredite				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2006 Mai	7 102,2	14,0	2 347,5	1 787,1	1 170,6	616,5	560,4	381,7	178,7	3 513,5	3 160,4	2 584,0	2 264,5
Juni	7 075,1	13,8	2 316,3	1 738,4	1 130,8	607,6	577,9	391,7	186,2	3 481,8	3 122,7	2 560,2	2 265,4
Juli	7 040,0	13,7	2 299,7	1 733,4	1 133,2	600,1	566,3	379,1	187,2	3 476,6	3 119,5	2 555,2	2 261,1
Aug.	7 034,6	13,6	2 300,0	1 732,6	1 136,0	596,7	567,3	376,8	190,5	3 472,6	3 117,7	2 558,7	2 263,2
Sept.	7 077,2	14,2	2 278,0	1 705,0	1 111,7	593,3	573,0	374,8	198,2	3 492,6	3 122,1	2 571,2	2 280,7
Okt.	7 080,1	14,4	2 278,7	1 697,5	1 108,1	589,4	581,2	376,3	204,9	3 496,5	3 119,2	2 563,0	2 272,3
Nov.	7 141,2	13,6	2 293,7	1 712,4	1 126,3	586,2	581,3	365,9	215,3	3 506,4	3 123,3	2 560,4	2 268,4
Dez.	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007 Jan.	7 192,4	13,3	2 308,2	1 711,1	1 138,1	573,0	597,1	378,2	218,9	3 496,9	3 109,2	2 554,6	2 252,7
Febr.	7 230,9	13,4	2 332,2	1 717,7	1 146,7	570,9	614,5	386,6	227,9	3 487,3	3 096,0	2 547,2	2 256,2
März	7 288,3	13,5	2 364,4	1 749,8	1 180,5	569,3	614,6	378,3	236,3	3 496,5	3 100,8	2 555,8	2 261,3
April	7 357,2	14,4	2 379,0	1 736,7	1 167,0	569,7	642,3	406,1	236,2	3 525,9	3 128,3	2 580,7	2 256,9
Mai	7 389,3	14,7	2 398,4	1 744,1	1 167,2	576,9	654,3	414,7	239,6	3 511,9	3 106,1	2 558,9	2 253,1
Juni	7 381,7	14,2	2 396,3	1 724,1	1 156,2	567,9	672,3	423,8	248,5	3 484,4	3 071,9	2 538,0	2 261,7
Juli	7 371,2	13,9	2 373,0	1 708,4	1 146,0	562,5	664,6	415,4	249,2	3 489,7	3 080,8	2 541,9	2 265,9
Aug.	7 417,4	14,1	2 405,9	1 735,3	1 178,1	557,2	670,5	419,3	251,2	3 485,8	3 071,6	2 544,4	2 271,6
Sept.	7 500,9	14,4	2 438,4	1 756,8	1 201,2	555,6	681,5	429,9	251,7	3 493,0	3 074,0	2 552,6	2 278,5
Okt.	7 500,5	14,5	2 453,6	1 770,9	1 208,5	562,4	682,7	430,2	252,5	3 485,7	3 058,5	2 543,7	2 278,4
Nov.	7 553,6	14,1	2 489,4	1 791,5	1 226,5	565,1	697,9	443,9	253,9	3 482,3	3 057,5	2 544,1	2 279,6
Dez.	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008 Jan.	7 574,1	14,1	2 506,6	1 798,8	1 240,4	558,5	707,8	454,1	253,7	3 530,9	3 084,8	2 585,0	2 297,3
Febr.	7 596,6	13,6	2 512,8	1 806,7	1 249,9	556,8	706,0	450,6	255,5	3 521,2	3 079,7	2 577,0	2 306,5
Veränderungen ¹⁾													
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2004	207,5	- 2,1	68,9	22,5	9,5	13,1	46,3	15,8	30,5	44,1	17,5	- 0,4	- 1,2
2005	197,2	0,1	101,8	13,2	25,7	- 12,5	88,6	50,5	38,1	59,7	14,2	37,2	15,5
2006	349,0	1,1	76,2	- 2,4	25,2	- 27,6	78,6	17,3	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	509,7	1,5	210,1	132,5	153,3	- 20,8	77,6	41,6	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,1
2006 Juni	- 29,8	- 0,2	- 31,2	- 49,0	- 40,3	- 8,8	17,9	10,3	7,6	- 31,3	- 37,2	- 23,3	1,3
Juli	- 34,3	- 0,1	- 16,4	- 5,1	2,4	- 7,5	- 11,4	- 12,6	1,3	- 6,9	- 3,4	- 5,2	- 3,6
Aug.	- 2,2	- 0,0	1,4	0,3	3,6	- 3,2	1,0	- 2,3	3,3	- 4,3	- 1,6	3,8	2,7
Sept.	76,9	0,6	14,6	9,0	7,3	1,7	5,6	- 2,0	7,6	23,7	8,4	16,4	18,1
Okt.	4,6	0,2	2,4	- 5,8	- 1,9	- 3,9	8,2	1,5	6,7	4,2	- 2,7	- 8,0	- 8,1
Nov.	75,6	- 0,8	15,3	15,1	18,2	- 3,0	0,2	- 10,3	10,5	12,6	6,1	- 0,6	- 1,9
Dez.	13,9	2,8	21,3	6,6	12,9	- 6,4	14,7	10,9	3,8	- 40,7	- 34,3	- 21,0	- 23,5
2007 Jan.	33,9	- 3,1	- 6,5	- 6,0	- 0,5	- 5,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	36,3	26,8	21,3	9,8
Febr.	46,3	0,1	23,7	6,7	8,7	- 1,9	17,0	8,4	8,7	- 7,0	- 11,6	- 5,9	4,8
März	61,6	0,1	32,3	32,2	33,8	- 1,6	0,1	- 8,3	8,4	10,4	5,8	9,6	5,8
April	77,8	0,9	13,0	- 14,6	- 14,0	- 0,6	27,6	27,6	- 0,0	32,6	29,9	27,2	- 3,2
Mai	28,0	0,3	19,0	7,4	0,2	7,2	11,6	8,2	3,4	- 13,9	- 22,3	- 21,9	- 3,7
Juni	- 6,0	- 0,5	- 1,0	- 19,0	- 9,9	- 9,0	18,0	9,0	9,0	- 27,5	- 34,3	- 21,0	8,1
Juli	- 4,4	- 0,3	- 23,3	- 15,0	- 9,5	- 5,4	- 8,3	- 8,8	0,5	7,2	10,4	5,5	4,4
Aug.	42,1	0,2	32,8	26,9	32,2	- 5,3	5,9	3,9	2,0	- 3,9	- 9,3	2,4	5,8
Sept.	101,2	0,3	32,9	21,7	23,1	- 1,4	11,2	10,5	0,7	10,3	4,6	10,3	8,9
Okt.	26,7	0,2	16,8	14,7	7,2	7,5	2,1	0,4	1,8	5,7	- 5,9	- 2,6	1,0
Nov.	63,1	- 0,4	35,9	20,7	18,0	2,7	15,3	13,7	1,6	- 1,9	- 0,2	1,2	1,9
Dez.	39,4	3,7	34,3	56,7	64,0	- 7,3	- 22,4	- 22,5	0,2	5,8	4,9	12,5	9,6
2008 Jan.	- 31,3	- 3,7	- 33,0	- 63,9	- 65,9	- 2,0	30,9	31,6	- 0,7	35,9	26,2	32,1	10,5
Febr.	22,5	- 0,5	6,3	8,0	9,6	- 1,6	- 1,7	- 3,5	1,8	- 9,2	- 4,8	- 7,6	9,5

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar- kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
319,5	576,4	394,9	181,4	353,2	193,3	81,5	159,9	30,7	129,2	1 055,0	854,9	172,0	2006 Mai
294,9	562,5	391,0	171,5	359,1	200,3	82,2	158,8	31,1	127,7	1 097,0	892,0	166,1	Juni
294,0	564,3	392,1	172,2	357,1	200,6	80,9	156,6	31,8	124,8	1 084,4	880,4	165,6	Juli
295,5	559,0	389,0	170,0	354,9	200,6	81,6	154,3	30,8	123,5	1 084,5	880,1	163,8	Aug.
290,5	550,9	387,9	163,0	370,5	217,2	87,0	153,3	27,8	125,5	1 123,3	904,0	169,2	Sept.
290,7	556,2	392,6	163,6	377,3	224,3	89,2	153,0	26,1	126,9	1 118,3	893,3	172,2	Okt.
292,0	562,9	393,2	169,8	383,2	229,9	88,8	153,2	26,1	127,2	1 148,4	916,9	179,0	Nov.
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	Dez.
301,9	554,5	389,0	165,5	387,7	233,6	90,5	154,1	26,0	128,1	1 191,3	947,7	182,6	2007 Jan.
291,0	548,8	384,8	164,0	391,3	239,4	93,4	151,9	25,8	126,1	1 212,1	955,0	185,9	Febr.
294,5	545,0	379,2	165,8	395,7	244,5	96,0	151,2	24,7	126,5	1 229,3	969,4	184,6	März
323,9	547,6	380,6	167,0	397,6	250,0	96,4	147,6	25,0	122,5	1 245,5	980,9	192,3	April
305,8	547,2	378,5	168,7	405,8	255,7	99,0	150,1	24,3	125,8	1 259,2	979,3	205,1	Mai
276,3	533,9	372,3	161,6	412,5	263,2	103,1	149,2	25,5	123,8	1 282,6	996,3	204,3	Juni
276,1	538,9	378,0	160,9	408,9	264,6	100,0	144,3	25,2	119,1	1 291,5	1 004,7	203,1	Juli
272,8	527,2	371,6	155,6	414,3	276,0	112,0	138,2	25,7	112,5	1 300,5	1 005,8	211,0	Aug.
274,0	521,4	366,1	155,3	419,0	284,7	116,4	134,3	24,9	109,5	1 334,3	1 039,6	220,9	Sept.
265,3	514,8	364,6	150,3	427,1	292,8	121,4	134,4	24,9	109,4	1 325,3	1 022,3	221,5	Okt.
264,5	513,4	362,9	150,5	424,8	295,5	122,2	129,3	25,4	103,9	1 344,7	1 031,3	223,1	Nov.
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	Dez.
287,6	499,9	357,1	142,8	446,1	309,7	141,2	136,4	25,9	110,5	1 307,3	1 006,0	215,2	2008 Jan.
270,5	502,7	353,4	149,3	441,5	302,8	135,7	138,7	26,1	112,7	1 326,0	1 022,5	223,1	Febr.
Veränderungen ¹⁾													
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	116,2	98,5	- 41,5	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,4	100,5	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,1	18,2	4,6	13,5	57,7	31,6	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,9	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,9	136,8	21,1	2007
- 24,7	- 13,9	- 4,0	- 9,9	5,9	7,0	0,6	- 1,1	0,4	- 1,4	39,6	34,8	- 6,7	2006 Juni
- 1,7	1,8	1,1	0,7	- 3,4	- 0,1	- 1,2	- 3,3	- 0,1	- 3,2	- 11,2	- 11,6	0,3	Juli
1,2	- 5,4	- 3,1	- 2,4	- 2,7	0,1	0,7	- 2,8	- 1,0	- 1,8	1,8	1,2	- 1,0	Aug.
- 1,6	- 8,1	- 1,0	- 7,1	15,3	16,4	5,3	- 1,1	- 0,2	- 0,9	33,3	23,1	4,7	Sept.
0,1	5,3	4,7	0,6	6,9	7,3	2,2	- 0,4	- 1,0	0,6	- 4,9	- 9,9	2,7	Okt.
1,3	6,8	0,5	6,2	6,5	6,1	0,1	0,4	0,0	0,4	42,2	34,7	6,2	Nov.
2,5	- 13,3	- 2,9	- 10,4	- 6,4	- 1,9	- 3,6	- 4,5	0,0	- 4,5	25,8	19,0	4,8	Dez.
11,5	5,5	- 1,2	6,7	9,4	4,2	3,8	5,2	- 0,3	5,5	17,3	9,9	- 10,2	2007 Jan.
- 10,7	- 5,7	- 4,3	- 1,4	4,6	6,7	3,1	- 2,1	- 0,1	- 2,0	27,4	13,5	2,2	Febr.
3,8	- 3,8	- 5,6	1,8	4,6	4,8	2,2	- 0,2	- 0,6	0,4	20,6	17,4	- 1,8	März
30,4	2,7	1,5	1,2	2,7	6,3	1,0	- 3,5	0,4	- 4,0	23,9	18,5	7,4	April
- 18,2	- 0,4	- 2,1	1,7	8,4	5,9	2,9	2,5	- 0,7	3,3	10,1	- 4,9	12,4	Mai
- 29,1	- 13,2	- 6,1	- 7,1	6,8	9,2	4,8	- 2,3	0,6	- 3,0	24,6	19,4	- 1,7	Juni
1,1	4,9	5,6	- 0,7	- 3,2	1,7	- 2,9	- 5,0	- 0,2	- 4,8	13,3	12,4	- 1,3	Juli
- 3,4	- 11,7	- 6,4	- 5,3	5,4	11,5	12,0	- 6,2	0,5	- 6,6	5,4	- 2,5	7,5	Aug.
1,4	- 5,7	- 5,4	- 0,3	5,7	9,4	5,1	- 3,7	- 0,7	- 2,9	48,4	47,0	9,3	Sept.
- 3,6	- 3,3	- 1,5	- 1,8	11,5	11,5	5,4	0,1	0,1	- 0,1	4,3	- 9,7	- 0,3	Okt.
- 0,7	- 1,4	- 1,7	0,3	- 1,7	3,3	1,2	- 5,0	0,5	- 5,5	28,3	16,7	1,1	Nov.
2,9	- 7,6	- 2,1	- 5,4	0,9	- 0,8	3,0	1,7	0,6	1,0	- 0,8	- 0,9	- 3,7	Dez.
21,6	- 5,8	- 3,6	- 2,2	9,7	4,4	9,9	5,3	- 0,1	5,4	- 12,6	- 10,3	- 17,9	2008 Jan.
- 17,1	2,8	- 3,7	6,5	- 4,4	- 6,7	- 5,4	2,4	0,2	2,2	19,5	16,7	6,4	Febr.

auch Anmerkung * in Tabelle II,1). — 2 Einschließlich Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanzsumme	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit	mit vereinbarter Kündigungsfrist	zusammen	täglich fällig		
							zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1999	5 678,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2006 Mai	7 102,2	1 634,7	1 338,6	296,1	2 370,4	2 269,4	734,6	937,4	249,9	597,4	510,1	60,2	11,8
2006 Juni	7 075,1	1 617,7	1 334,0	283,6	2 380,7	2 276,8	735,1	945,6	256,2	596,1	507,5	61,3	14,8
2006 Juli	7 040,0	1 606,6	1 334,3	272,3	2 375,8	2 274,0	728,0	952,7	261,5	593,2	503,5	58,2	11,9
2006 Aug.	7 034,6	1 589,9	1 310,8	279,1	2 382,3	2 278,6	723,0	965,3	271,0	590,3	499,1	57,0	10,7
2006 Sept.	7 077,2	1 583,3	1 299,5	283,8	2 392,3	2 284,0	722,6	973,7	280,2	587,7	495,3	59,2	11,9
2006 Okt.	7 080,1	1 586,2	1 303,4	282,8	2 388,6	2 280,6	715,3	980,2	286,7	585,0	490,5	61,8	12,4
2006 Nov.	7 141,2	1 618,6	1 320,5	298,1	2 423,1	2 310,9	742,3	987,1	293,7	581,4	484,3	63,8	13,0
2006 Dez.	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2007 Jan.	7 192,4	1 619,6	1 334,6	285,1	2 444,8	2 341,1	744,5	1 014,4	313,0	582,2	481,3	60,0	14,2
2007 Febr.	7 230,9	1 623,5	1 339,1	284,4	2 447,0	2 345,0	744,5	1 020,2	317,4	580,3	477,4	58,2	13,4
2007 März	7 288,3	1 652,4	1 368,1	284,3	2 455,8	2 350,8	745,9	1 026,3	324,4	578,5	474,2	61,7	15,7
2007 April	7 357,2	1 669,5	1 370,7	298,7	2 469,9	2 366,6	745,8	1 046,2	342,2	574,6	470,0	59,6	13,5
2007 Mai	7 389,3	1 664,2	1 356,6	307,6	2 485,4	2 376,3	751,7	1 054,5	349,9	570,1	465,8	60,3	16,0
2007 Juni	7 381,7	1 653,4	1 357,7	295,7	2 506,8	2 394,5	760,0	1 067,8	360,3	566,7	461,7	62,6	17,4
2007 Juli	7 371,2	1 650,1	1 351,7	298,5	2 508,2	2 401,0	764,7	1 074,7	366,9	561,6	456,0	64,2	15,4
2007 Aug.	7 417,4	1 665,0	1 359,9	305,1	2 523,9	2 418,3	759,1	1 101,4	393,4	557,8	452,1	63,0	13,6
2007 Sept.	7 500,9	1 698,6	1 380,9	317,7	2 551,3	2 441,3	768,5	1 117,9	405,7	554,8	448,5	68,6	16,6
2007 Okt.	7 500,5	1 714,2	1 377,3	336,9	2 548,5	2 438,7	757,6	1 129,9	420,3	551,2	443,8	68,9	16,1
2007 Nov.	7 553,6	1 719,0	1 393,4	325,7	2 592,0	2 474,9	785,8	1 141,0	430,8	548,1	439,7	70,5	18,6
2007 Dez.	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2008 Jan.	7 574,1	1 734,4	1 393,6	340,7	2 628,1	2 514,1	770,0	1 193,6	476,6	550,5	441,2	74,1	22,1
2008 Febr.	7 596,6	1 736,2	1 395,6	340,6	2 638,4	2 525,9	768,8	1 209,6	491,5	547,6	439,2	73,7	19,1
Veränderungen 1)													
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2004	207,5	62,3	42,9	19,5	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4
2005	197,2	32,8	26,9	5,9	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5
2006	349,0	105,5	81,5	24,0	123,0	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4
2007	509,7	148,4	134,8	13,6	185,2	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,7	5,6
2006 Juni	- 29,8	- 17,5	- 4,7	- 12,8	10,2	7,3	0,4	8,1	6,3	- 1,3	- 2,6	1,1	2,9
2006 Juli	- 34,3	- 10,9	0,3	- 11,2	- 4,9	- 2,8	- 7,0	7,2	5,2	- 2,9	- 4,0	- 3,2	- 2,8
2006 Aug.	- 2,2	- 15,5	- 22,5	6,9	6,0	4,1	- 5,5	12,6	9,5	- 2,9	- 4,4	- 1,2	- 1,3
2006 Sept.	76,9	24,4	20,1	4,3	11,2	6,7	- 0,6	9,9	9,2	- 2,6	- 3,8	2,2	1,2
2006 Okt.	4,6	4,7	5,7	- 1,0	- 3,7	- 3,4	- 7,2	6,5	6,5	- 2,7	- 4,8	2,5	0,5
2006 Nov.	75,6	34,6	17,9	16,7	35,2	30,9	27,5	7,0	7,1	- 3,5	- 6,1	2,2	0,6
2006 Dez.	13,9	19,1	28,2	- 9,1	26,1	30,7	3,4	22,2	16,5	5,1	3,1	- 1,8	0,9
2007 Jan.	33,9	- 19,2	- 14,3	- 4,9	- 5,0	- 0,8	- 1,4	5,0	2,8	- 4,4	- 6,2	- 2,2	0,3
2007 Febr.	46,3	4,9	4,9	0,1	2,6	4,2	0,2	5,9	4,4	- 1,8	- 3,8	- 1,8	- 0,8
2007 März	61,6	29,4	29,3	0,1	9,2	5,9	1,5	6,1	7,0	- 1,8	- 3,3	3,6	2,3
2007 April	77,8	18,6	3,2	15,4	14,0	15,6	- 0,4	20,0	17,9	- 3,9	- 4,1	- 1,9	- 2,1
2007 Mai	28,0	- 5,8	- 14,3	8,5	15,3	9,5	5,8	8,2	7,7	- 4,5	- 4,2	0,6	2,4
2007 Juni	- 6,0	- 9,0	2,7	- 11,7	21,5	18,3	8,4	13,4	10,5	- 3,5	- 4,1	2,4	1,5
2007 Juli	- 4,4	- 2,7	- 5,8	3,1	1,0	6,7	4,8	7,0	6,6	- 5,1	- 5,7	1,6	- 2,0
2007 Aug.	42,1	14,7	8,1	6,5	15,3	16,9	- 5,7	26,3	26,4	- 3,7	- 3,9	- 1,3	- 1,8
2007 Sept.	101,2	35,8	21,9	13,9	28,3	23,7	9,8	16,9	12,6	- 3,0	- 3,6	5,9	3,1
2007 Okt.	26,7	16,8	- 3,1	20,0	- 2,4	- 2,4	- 10,7	11,9	14,5	- 3,6	- 4,7	0,4	- 0,4
2007 Nov.	63,1	5,9	16,5	- 10,6	43,6	36,3	28,4	11,0	10,2	- 3,1	- 4,1	1,6	2,5
2007 Dez.	39,4	58,9	85,7	- 26,8	41,7	43,4	- 16,2	52,3	47,1	7,3	6,3	4,8	0,8
2008 Jan.	- 31,3	- 61,6	- 101,1	39,5	- 6,8	- 4,2	0,4	0,4	- 1,3	- 4,9	- 4,8	- 2,5	1,9
2008 Febr.	22,5	1,8	1,9	- 0,1	10,3	11,9	- 1,2	16,0	- 2,9	- 2,1	- 0,3	- 3,0	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar-

kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tabelle II,1). — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999			
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000			
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004			
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
46,0	8,3	2,3	1,9	40,8	37,0	37,0	32,1	1 632,9	125,9	667,8	386,5	340,7	2006 Mai			
44,2	6,9	2,3	1,9	42,6	39,3	35,7	33,0	1 641,1	126,7	652,0	387,2	327,8	Juni			
43,9	6,3	2,3	1,9	43,7	40,3	30,1	32,4	1 641,7	124,8	640,2	387,9	325,2	Juli			
44,0	6,5	2,3	1,9	46,7	44,1	34,9	32,2	1 638,1	127,2	646,0	387,2	324,1	Aug.			
45,1	7,8	2,3	1,9	49,1	45,6	38,1	31,5	1 639,6	129,7	665,0	388,0	339,7	Sept.			
47,1	9,9	2,3	1,9	46,3	43,4	32,1	32,0	1 644,6	134,3	663,9	389,1	343,6	Okt.			
48,6	10,1	2,3	1,8	48,4	43,7	27,5	32,0	1 641,7	137,5	653,0	391,7	353,6	Nov.			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	Dez.			
43,5	9,2	2,3	1,9	43,7	40,6	25,0	31,9	1 653,8	145,9	667,6	393,0	356,6	2007 Jan.			
42,5	8,9	2,3	1,8	43,8	41,8	29,7	31,6	1 657,3	149,5	682,1	399,7	359,9	Febr.			
43,6	10,0	2,3	1,9	43,4	42,2	29,8	32,7	1 659,7	158,3	681,3	405,5	371,2	März			
43,8	9,5	2,3	1,8	43,6	43,2	29,4	33,6	1 657,7	158,0	708,9	410,7	377,5	April			
42,0	8,2	2,3	1,8	48,9	46,9	28,0	33,9	1 666,3	158,4	720,2	416,8	374,6	Mai			
42,9	10,0	2,3	1,8	49,7	46,6	32,7	35,3	1 670,4	162,2	685,8	417,8	379,5	Juni			
46,6	12,6	2,3	1,8	43,0	41,8	25,7	34,9	1 673,2	168,2	675,2	426,0	378,0	Juli			
47,1	13,1	2,3	1,8	42,6	41,1	28,4	32,3	1 665,5	169,2	694,4	423,3	384,6	Aug.			
49,8	16,5	2,3	1,7	41,3	39,6	36,3	30,3	1 651,5	170,7	703,6	426,5	402,7	Sept.			
50,5	17,5	2,3	1,7	40,9	38,2	34,6	29,2	1 664,4	179,3	687,5	427,7	394,5	Okt.			
49,6	18,1	2,3	1,7	46,6	41,9	39,7	29,1	1 658,9	188,3	687,0	427,5	400,4	Nov.			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	Dez.			
49,6	18,9	2,3	1,8	40,0	37,4	42,1	28,8	1 644,1	190,6	679,2	430,8	386,7	2008 Jan.			
52,3	23,6	2,3	1,8	38,7	37,1	45,9	29,0	1 631,9	189,7	695,0	431,3	389,0	Febr.			
Veränderungen 1)																
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000			
- 4,6	1,6	0,2	0,4	- 20,5	- 20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	- 1,1	2001			
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002			
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	0,1	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003			
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	72,9	- 14,8	21,5	- 10,5	12,2	2004			
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,3	- 9,4	22,4	14,4	18,5	2005			
- 3,9	- 0,2	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	- 3,2	0,3	34,3	21,7	32,1	27,9	29,2	2006			
8,1	13,0	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,4	48,7	49,1	42,9	59,1	2007			
- 1,8	- 1,4	- 0,0	- 0,0	1,8	2,3	- 1,4	0,9	- 0,6	- 0,7	- 17,5	0,6	- 4,6	2006 Juni			
- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,1	1,0	- 5,6	- 0,6	0,7	- 1,9	- 11,4	0,7	- 2,4	Juli			
0,1	0,2	- 0,0	- 0,0	3,0	3,9	4,8	- 0,2	- 2,5	2,4	6,7	- 0,1	- 1,3	Aug.			
1,0	1,3	- 0,0	- 0,0	2,3	1,5	3,2	- 0,7	5,3	3,5	16,7	0,5	16,2	Sept.			
2,0	2,1	- 0,0	- 0,0	- 2,8	- 2,2	- 6,0	0,5	4,8	4,6	- 1,1	1,2	4,2	Okt.			
1,6	0,2	- 0,0	- 0,0	2,1	0,3	- 4,5	- 0,0	3,1	3,3	- 3,2	3,5	6,9	Nov.			
- 2,7	- 0,8	0,0	0,0	- 2,9	- 1,8	- 10,5	0,0	- 4,6	- 1,2	- 14,8	- 2,0	0,5	Dez.			
- 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 1,9	- 1,4	8,0	- 0,0	14,7	9,5	26,0	3,8	5,8	2007 Jan.			
- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,0	0,2	1,1	4,7	- 0,3	6,5	3,6	19,2	7,2	1,5	Febr.			
1,2	1,1	0,0	0,0	- 0,3	0,4	0,1	1,0	4,2	8,9	1,5	6,0	10,2	März			
0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,0	0,3	1,0	- 0,4	0,9	2,1	- 0,3	32,5	6,0	4,0	April			
- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,0	5,2	3,7	- 1,5	0,3	7,1	0,4	9,0	5,8	- 2,2	Mai			
1,0	1,8	- 0,0	- 0,0	0,9	- 0,3	3,2	1,5	4,8	3,7	- 33,7	1,1	4,5	Juni			
3,7	2,7	- 0,0	- 0,0	- 7,3	- 5,3	- 7,0	- 0,4	3,4	5,2	- 7,7	8,4	0,6	Juli			
0,5	0,4	0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,7	2,7	- 2,7	- 8,6	2,8	16,4	- 2,9	7,1	Aug.			
2,9	3,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 1,5	7,9	- 1,9	- 7,2	1,6	18,1	4,4	15,7	Sept.			
0,9	1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,4	- 1,4	- 1,7	- 1,1	16,0	10,5	- 11,9	1,7	9,2	Okt.			
- 1,0	0,5	0,0	- 0,0	5,7	3,7	5,1	- 0,1	- 2,5	8,7	5,0	0,3	5,8	Nov.			
3,9	4,0	0,1	0,0	- 6,5	- 3,7	- 13,1	- 0,5	- 20,2	- 5,9	- 25,2	1,0	- 3,2	Dez.			
- 4,4	- 3,8	0,0	0,0	- 0,2	- 0,9	15,4	0,2	6,7	8,3	22,8	2,6	- 10,6	2008 Jan.			
2,7	4,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,3	3,9	0,2	- 12,8	- 1,4	15,9	1,1	2,2	Febr.			

3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2007 Sept.	2 022	7 532,6	56,7	3 127,7	2 277,9	812,0	3 878,9	525,0	2 605,8	1,9	729,7	155,8	313,4
Okt.	2 020	7 533,6	58,7	3 133,5	2 274,4	819,6	3 871,0	526,6	2 600,5	1,9	717,4	156,3	314,1
Nov.	2 019	7 585,9	66,1	3 156,9	2 290,6	824,8	3 891,1	537,1	2 606,9	1,9	716,1	156,9	314,9
Dez.	2 015	7 625,7	82,8	3 185,3	2 328,1	818,1	3 884,0	525,1	2 615,2	2,0	712,6	157,7	315,8
2008 Jan.	2 016	7 628,6	57,8	3 161,5	2 306,8	813,6	3 919,9	553,0	2 612,8	1,9	725,5	161,4	328,0
Febr.	2 018	7 650,4	65,7	3 158,8	2 302,1	811,3	3 927,4	570,0	2 614,6	1,7	713,9	160,7	337,7
Kreditbanken ⁵⁾													
2008 Jan.	262	2 279,3	21,6	948,2	801,7	131,8	1 103,1	297,1	599,4	1,0	198,7	78,9	127,5
Febr.	264	2 294,5	29,4	947,0	799,4	132,1	1 105,7	303,4	604,2	0,9	190,2	78,4	134,1
Großbanken ⁶⁾													
2008 Jan.	5	1 438,9	10,7	629,9	538,2	82,1	635,1	192,2	292,6	0,8	144,6	68,0	95,2
Febr.	5	1 450,3	18,9	622,6	530,1	81,9	639,3	195,7	295,2	0,7	142,9	67,4	102,0
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2008 Jan.	161	686,4	9,2	240,8	187,2	48,5	400,1	78,4	268,5	0,1	51,2	10,4	26,0
Febr.	162	684,4	9,6	241,9	188,0	49,0	396,1	78,3	269,1	0,1	46,7	10,4	26,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2008 Jan.	96	154,0	1,7	77,6	76,3	1,3	67,9	26,5	38,3	0,1	2,8	0,5	6,2
Febr.	97	159,8	0,9	82,5	81,4	1,1	70,2	29,4	40,0	0,1	0,6	0,5	5,6
Landesbanken													
2008 Jan.	12	1 563,1	2,1	847,9	640,8	196,4	630,7	109,0	402,4	0,2	100,9	29,0	53,4
Febr.	12	1 572,0	3,4	846,9	638,6	193,8	638,3	119,6	401,5	0,2	98,4	29,0	54,5
Sparkassen													
2008 Jan.	444	1 023,0	18,7	246,7	111,8	129,8	717,7	61,4	554,1	0,4	101,7	19,6	20,3
Febr.	444	1 022,3	18,2	246,1	112,5	128,4	717,7	61,4	554,6	0,4	101,2	19,7	20,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2008 Jan.	2	265,6	1,1	168,7	111,6	55,1	71,8	17,4	19,1	0,0	34,9	14,0	9,9
Febr.	2	267,4	0,2	170,0	113,0	55,1	72,8	19,4	19,4	0,0	33,4	13,9	10,5
Kreditgenossenschaften													
2008 Jan.	1 232	623,1	12,6	163,9	76,4	82,2	415,5	35,2	330,2	0,2	49,7	10,7	20,4
Febr.	1 232	625,2	12,6	165,7	77,5	83,0	415,8	35,3	330,6	0,2	49,4	10,8	20,4
Realkreditinstitute													
2008 Jan.	22	822,1	0,7	253,1	142,5	108,7	544,9	15,8	387,4	-	141,2	1,8	21,6
Febr.	22	814,1	1,0	245,9	136,4	107,9	543,1	15,4	385,6	-	141,5	1,7	22,4
Bausparkassen													
2008 Jan.	25	189,9	0,1	55,1	42,3	12,6	119,1	1,5	105,8	.	11,8	0,4	15,3
Febr.	25	189,8	0,0	55,3	42,4	12,7	118,9	1,5	105,7	.	11,8	0,4	15,2
Banken mit Sonderaufgaben													
2008 Jan.	17	862,4	0,8	477,8	379,7	97,1	317,2	15,7	214,4	-	86,6	7,0	59,6
Febr.	17	865,1	0,9	481,9	382,3	98,4	315,2	13,8	213,0	-	87,9	7,0	60,1
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2008 Jan.	139	858,4	9,2	351,0	279,1	64,4	460,6	80,8	289,9	0,3	88,3	5,9	31,7
Febr.	140	855,5	10,8	348,0	275,8	64,7	457,4	80,3	292,2	0,2	83,1	5,9	33,4
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2008 Jan.	43	704,4	7,5	273,4	202,8	63,1	392,7	54,3	251,6	0,2	85,5	5,4	25,4
Febr.	43	695,6	9,9	265,4	194,4	63,6	387,1	50,9	252,2	0,2	82,6	5,4	27,8

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)									
Alle Bankengruppen														
2 166,1	355,9	1 810,1	2 823,7	876,7	466,6	794,0	117,9	563,1	454,6	123,2	1 723,2	353,7	465,9	2007 Sept.
2 171,5	340,9	1 830,6	2 813,2	860,9	475,7	791,8	112,1	559,4	449,8	125,4	1 737,2	353,8	457,9	Okt.
2 159,8	348,6	1 811,2	2 877,8	898,2	503,7	790,8	132,2	556,3	445,7	128,9	1 733,7	351,5	463,1	Nov.
2 217,5	286,8	1 930,6	2 882,3	855,9	534,5	797,3	95,4	563,8	452,2	130,7	1 712,7	352,0	461,3	Dez.
2 177,9	342,0	1 835,9	2 905,8	885,2	529,3	799,0	127,6	558,9	447,4	133,3	1 720,7	353,1	471,2	2008 Jan.
2 182,7	339,6	1 843,1	2 932,3	879,0	563,5	798,6	145,8	556,0	445,3	135,1	1 707,1	355,4	472,8	Febr.
Kreditbanken 5)														
798,5	194,9	603,5	951,5	429,7	266,5	136,2	98,3	103,7	83,1	15,5	250,9	109,0	169,4	2008 Jan.
791,7	193,7	598,0	968,6	430,1	280,3	137,1	111,8	104,0	82,8	17,0	250,5	111,1	172,7	Febr.
Großbanken 6)														
527,0	136,6	390,5	549,0	223,1	175,4	84,5	91,3	61,1	58,0	4,9	187,7	64,1	111,0	2008 Jan.
519,0	137,8	381,2	562,1	225,9	184,0	85,0	103,2	61,1	57,8	6,1	188,3	65,6	115,3	Febr.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
157,4	33,6	123,8	373,1	188,8	84,8	46,5	6,9	42,5	25,1	10,5	63,2	40,8	51,9	2008 Jan.
154,6	32,7	121,9	375,6	186,1	89,1	46,7	8,3	42,9	25,0	10,8	62,2	41,1	50,9	Febr.
Zweigstellen ausländischer Banken														
114,1	24,8	89,3	29,4	17,8	6,2	5,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	4,0	6,4	2008 Jan.
118,1	23,2	94,9	30,8	18,0	7,2	5,4	0,4	0,0	0,0	0,1	0,0	4,5	6,4	Febr.
Landesbanken														
589,7	74,1	515,6	367,2	65,8	84,6	201,3	22,9	14,3	13,9	1,2	471,0	64,1	71,0	2008 Jan.
587,8	74,9	512,9	381,5	65,0	100,3	200,6	30,5	14,2	13,9	1,2	470,4	63,2	69,2	Febr.
Sparkassen														
198,9	14,7	184,2	675,2	221,0	74,2	13,9	-	278,6	213,4	87,5	47,7	54,4	46,8	2008 Jan.
197,4	13,8	183,6	674,9	221,0	75,5	14,0	-	276,8	212,6	87,8	47,8	54,6	47,5	Febr.
Genossenschaftliche Zentralbanken														
149,1	32,0	117,1	46,2	12,9	14,3	17,6	6,4	-	-	1,5	45,8	11,0	13,5	2008 Jan.
153,4	31,1	122,2	41,9	8,9	14,0	17,6	3,3	-	-	1,5	47,8	11,1	13,3	Febr.
Kreditgenossenschaften														
80,9	4,2	76,7	436,8	147,8	71,3	29,6	-	161,4	136,0	26,7	39,2	37,6	28,6	2008 Jan.
82,8	4,7	78,1	437,1	147,7	73,4	29,3	-	160,0	135,1	26,7	39,0	37,7	28,7	Febr.
Realkreditinstitute														
160,5	5,6	154,9	191,3	4,7	9,6	176,1	-	0,6	0,6	0,3	421,1	22,7	26,5	2008 Jan.
162,0	4,0	158,0	190,9	2,9	11,1	176,0	-	0,6	0,6	0,3	412,5	22,8	25,9	Febr.
Bausparkassen														
23,1	1,8	21,3	129,2	0,3	1,4	126,8	-	0,3	0,3	0,3	7,2	7,3	23,2	2008 Jan.
22,8	1,1	21,8	129,0	0,3	1,5	126,5	-	0,3	0,3	0,4	7,1	7,3	23,6	Febr.
Banken mit Sonderaufgaben														
177,1	14,7	162,4	108,4	3,2	7,5	97,6	0,0	-	-	0,2	437,8	47,0	92,1	2008 Jan.
184,9	16,3	168,6	108,4	3,1	7,5	97,6	0,1	-	-	0,2	432,1	47,6	92,1	Febr.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)														
287,7	62,7	225,0	327,7	153,7	78,7	73,1	11,0	16,1	15,8	6,2	147,9	36,0	59,2	2008 Jan.
285,9	66,6	219,2	325,5	150,0	81,0	72,4	11,8	15,7	15,5	6,3	147,1	36,5	60,6	Febr.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)														
173,6	37,9	135,7	298,2	135,9	72,5	67,8	11,0	16,0	15,8	6,0	147,9	31,9	52,7	2008 Jan.
167,8	43,4	124,4	294,7	132,0	73,8	67,0	11,5	15,7	15,4	6,2	147,1	31,9	54,2	Febr.

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und Deutsche Postbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen

enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2006 Sept.	13,8	47,3	1 626,3	1 062,0	–	10,4	553,9	1,9	3 035,2	2 666,7	2,0	1,0	365,5
Okt.	14,0	48,6	1 617,7	1 057,0	–	11,0	549,8	1,9	3 033,2	2 662,9	2,0	1,4	366,9
Nov.	13,3	41,2	1 640,2	1 082,3	–	10,4	547,5	1,9	3 037,8	2 659,6	1,9	1,5	374,9
Dez.	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007 Jan.	13,0	39,5	1 639,9	1 095,8	0,0	10,3	533,8	1,9	3 024,5	2 640,0	1,8	1,6	381,2
Febr.	12,9	43,7	1 643,2	1 101,0	–	11,7	530,4	2,0	3 011,3	2 639,3	1,7	1,7	368,6
März	13,1	49,4	1 669,5	1 128,8	0,0	13,2	527,5	1,9	3 016,1	2 638,8	1,6	1,8	373,9
April	13,9	44,9	1 660,0	1 118,8	0,0	12,8	528,4	1,9	3 043,3	2 635,9	1,6	2,4	403,4
Mai	14,2	45,6	1 668,3	1 119,7	0,0	13,4	535,1	1,9	3 021,0	2 630,0	1,6	1,3	388,0
Juni	13,7	41,3	1 651,1	1 112,2	0,0	16,7	522,2	1,9	2 986,2	2 632,4	1,7	1,7	350,5
Juli	13,4	48,4	1 629,8	1 095,7	0,0	17,2	517,0	1,8	2 993,2	2 642,2	1,6	1,3	348,1
Aug.	13,5	33,2	1 670,8	1 141,6	0,0	17,7	511,5	1,8	2 984,1	2 641,6	1,6	1,3	339,6
Sept.	14,0	42,2	1 683,5	1 155,8	0,0	18,8	508,9	1,8	2 986,2	2 643,2	1,4	1,9	339,7
Okt.	14,1	44,1	1 696,3	1 162,1	0,0	23,9	510,3	1,8	2 973,3	2 641,5	1,5	2,2	328,1
Nov.	13,6	52,0	1 708,7	1 171,8	0,0	26,0	511,0	1,7	2 971,5	2 641,0	1,5	2,2	326,9
Dez.	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008 Jan.	13,8	43,6	1 723,3	1 194,0	0,0	29,2	500,2	1,9	2 998,5	2 652,9	1,5	2,2	341,9
Febr.	13,2	52,1	1 722,2	1 194,4	–	29,3	498,5	1,9	2 993,2	2 658,6	1,3	2,1	331,1
Veränderungen *)													
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	– 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	– 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	– 0,0	+ 7,6	+ 54,3	– 0,3	+ 100,7	+ 83,7	– 0,5	– 0,8	+ 19,0
2001	– 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	– 0,0	– 21,3	+ 35,8	– 0,9	+ 11,9	+ 40,8	– 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	+ 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	+ 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	+ 27,2
2006 Sept.	+ 0,6	+ 1,3	+ 9,3	+ 6,5	–	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 12,7	+ 16,5	– 0,1	– 0,3	– 3,5
Okt.	+ 0,2	+ 1,3	– 7,0	– 3,4	–	+ 0,5	– 4,1	+ 0,0	– 2,0	– 3,7	– 0,0	+ 0,3	+ 1,4
Nov.	– 0,8	– 7,4	+ 22,5	+ 25,3	–	– 0,6	– 2,3	– 0,0	+ 4,7	– 3,2	– 0,1	+ 0,1	+ 7,9
Dez.	+ 2,8	+ 8,3	– 2,4	+ 4,5	–	– 1,1	– 5,8	–	– 36,4	– 28,6	+ 0,0	+ 0,5	– 8,4
2007 Jan.	– 3,0	– 9,9	+ 2,2	+ 9,6	+ 0,0	+ 1,1	– 8,4	– 0,0	+ 24,3	+ 6,6	– 0,1	– 0,4	+ 18,2
Febr.	– 0,1	+ 4,1	+ 3,3	+ 5,3	– 0,0	+ 1,4	– 3,4	+ 0,1	– 13,2	– 0,7	– 0,1	+ 0,2	– 12,5
März	+ 0,2	+ 5,7	+ 26,3	+ 27,8	+ 0,0	+ 1,4	– 3,0	– 0,1	+ 4,8	– 0,5	– 0,1	+ 0,0	+ 5,3
April	+ 0,9	– 4,5	– 11,0	– 10,4	+ 0,0	– 0,4	– 0,3	– 0,0	+ 28,1	– 3,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 30,6
Mai	+ 0,3	+ 0,7	+ 8,2	+ 0,9	–	+ 0,6	+ 6,7	– 0,0	– 22,4	– 5,8	– 0,0	– 1,1	– 15,4
Juni	– 0,5	– 4,3	– 16,1	– 6,4	– 0,0	+ 3,2	– 12,9	+ 0,0	– 35,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,4	– 37,5
Juli	– 0,3	+ 7,1	– 20,6	– 15,9	– 0,0	+ 0,5	– 5,2	– 0,1	+ 8,1	+ 9,4	– 0,1	– 0,4	– 0,9
Aug.	+ 0,1	– 15,2	+ 41,0	+ 46,0	+ 0,0	+ 0,5	– 5,5	– 0,0	– 9,2	– 0,7	– 0,0	+ 0,0	– 8,5
Sept.	+ 0,5	+ 9,0	+ 12,7	+ 14,2	–	+ 1,0	– 2,5	– 0,0	+ 2,2	+ 1,7	– 0,1	+ 0,6	+ 0,1
Okt.	+ 0,1	+ 1,9	+ 13,4	+ 6,3	– 0,0	+ 6,1	+ 1,0	+ 0,0	– 4,4	– 1,7	+ 0,0	+ 0,3	– 3,1
Nov.	– 0,5	+ 7,9	+ 12,4	+ 9,7	– 0,0	+ 2,0	+ 0,7	– 0,1	– 1,7	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	– 1,2
Dez.	+ 3,8	+ 12,7	+ 43,1	+ 50,7	–	– 0,6	– 7,0	+ 0,6	+ 3,4	+ 6,1	+ 0,1	– 0,7	– 2,1
2008 Jan.	– 3,7	– 21,0	– 44,3	– 44,4	+ 0,0	+ 3,8	– 3,8	– 0,8	+ 22,7	+ 5,0	– 0,1	+ 0,7	+ 17,1
Febr.	– 0,6	+ 8,5	– 1,1	+ 0,5	– 0,0	+ 0,1	– 1,7	– 0,0	+ 5,3	+ 5,6	– 0,1	– 0,0	+ 10,8

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 5. — 4 Bis Dezember

1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. —

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	53,7	108,2	1 299,3	120,7	1 178,6	0,0	22,3	2 356,4	724,2	950,0	587,7	94,5	37,9	2006 Sept.
-	53,5	107,2	1 303,3	113,4	1 189,9	0,0	22,5	2 348,2	716,9	950,5	585,0	95,8	38,0	Okt.
-	53,3	107,0	1 320,5	135,1	1 185,4	0,0	22,3	2 375,0	744,4	952,5	581,5	96,7	38,1	Nov.
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	Dez.
-	53,5	106,9	1 334,2	130,9	1 203,2	0,0	21,9	2 401,4	746,2	973,6	582,2	99,4	38,9	2007 Jan.
-	53,3	107,3	1 338,9	128,1	1 210,8	0,0	21,8	2 409,8	746,2	982,5	580,3	100,8	38,8	Febr.
-	52,9	107,5	1 367,4	135,9	1 231,4	0,0	21,7	2 417,2	747,5	988,7	578,6	102,5	38,5	März
-	54,2	107,9	1 370,2	143,6	1 226,6	0,0	21,3	2 434,0	756,1	999,6	574,6	103,7	38,3	April
-	53,8	108,0	1 356,0	142,1	1 213,9	0,0	21,2	2 445,1	761,0	1 008,9	570,1	105,0	37,6	Mai
-	53,5	108,5	1 357,0	137,8	1 219,2	0,0	21,0	2 464,9	772,5	1 019,0	566,7	106,6	37,5	Juni
-	52,2	110,3	1 351,2	131,5	1 219,7	0,0	20,6	2 464,7	775,2	1 019,2	561,6	108,7	36,6	Juli
-	52,0	110,3	1 359,0	134,5	1 224,5	0,0	20,4	2 483,3	769,5	1 045,6	557,8	110,3	36,4	Aug.
-	51,7	110,3	1 380,6	135,8	1 244,7	0,0	20,3	2 510,2	782,1	1 061,7	554,8	111,6	36,4	Sept.
-	51,7	108,0	1 376,9	133,1	1 243,8	0,0	19,8	2 506,9	770,4	1 071,5	551,2	113,8	36,5	Okt.
-	51,4	108,9	1 393,0	141,6	1 251,4	0,0	19,7	2 551,3	800,8	1 085,7	548,1	116,7	36,4	Nov.
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	Dez.
-	51,9	110,5	1 393,3	136,9	1 256,4	0,0	44,0	2 587,3	785,1	1 130,6	550,5	121,1	33,6	2008 Jan.
-	51,4	110,5	1 394,9	139,2	1 255,7	0,0	43,6	2 601,7	784,9	1 147,5	547,6	121,7	33,6	Febr.
Veränderungen *)														
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	+ 0,3	- 5,7	+ 20,5	+ 7,5	+ 13,1	- 0,0	+ 0,0	+ 10,4	- 1,4	+ 13,1	- 2,6	+ 1,2	+ 0,4	2006 Sept.
-	- 0,3	- 0,9	+ 5,7	- 5,6	+ 11,3	+ 0,0	+ 0,1	- 8,2	- 7,3	+ 0,5	- 2,7	+ 1,3	+ 0,1	Okt.
-	- 0,2	- 0,3	+ 17,2	+ 21,7	- 4,5	- 0,0	- 0,1	+ 26,8	+ 27,5	+ 2,0	- 3,6	+ 0,9	+ 0,0	Nov.
-	- 0,3	- 0,6	+ 27,6	- 9,7	+ 37,4	- 0,0	- 0,0	+ 19,5	+ 3,3	+ 10,3	+ 5,1	+ 0,8	- 0,3	Dez.
-	- 0,4	+ 0,6	- 14,0	+ 5,6	- 19,5	- 0,0	- 0,4	+ 6,7	- 1,5	+ 10,9	- 4,4	+ 1,6	- 0,1	2007 Jan.
-	- 0,3	+ 0,4	+ 4,7	- 2,9	+ 7,6	- 0,0	- 0,1	+ 8,4	- 0,1	+ 8,8	- 1,8	+ 1,4	- 0,1	Febr.
-	- 0,4	+ 0,2	+ 28,5	+ 7,9	+ 20,6	- 0,0	- 0,2	+ 7,4	+ 1,3	+ 6,2	- 1,8	+ 1,6	- 0,3	März
-	+ 1,3	+ 0,4	+ 2,9	+ 7,7	- 4,8	+ 0,0	- 0,3	+ 16,2	+ 8,1	+ 10,9	- 3,9	+ 1,2	- 0,2	April
-	- 0,3	+ 0,1	- 14,2	- 1,5	- 12,7	+ 0,0	- 0,2	+ 11,1	+ 4,9	+ 9,3	- 4,5	+ 1,4	- 0,7	Mai
-	- 0,4	+ 0,4	+ 2,5	- 4,4	+ 6,8	- 0,0	- 0,1	+ 18,3	+ 11,5	+ 8,6	- 3,5	+ 1,6	- 0,1	Juni
-	- 0,7	+ 1,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,8	+ 2,6	- 0,3	- 5,1	+ 2,0	- 0,4	Juli
-	- 0,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,0	+ 4,8	-	- 0,3	+ 18,2	- 5,7	+ 26,2	- 3,7	+ 1,4	- 0,1	Aug.
-	- 0,2	+ 0,0	+ 21,6	+ 1,4	+ 20,3	-	- 0,1	+ 26,9	+ 12,6	+ 16,1	- 3,0	+ 1,2	- 0,1	Sept.
-	- 0,1	- 2,3	- 3,7	- 2,8	- 0,9	- 0,0	- 0,5	- 3,2	- 11,7	+ 9,9	- 3,6	+ 2,3	+ 0,1	Okt.
-	- 0,2	+ 0,9	+ 16,1	+ 8,5	+ 7,6	- 0,0	- 0,1	+ 44,1	+ 30,4	+ 14,2	- 3,1	+ 2,6	- 0,1	Nov.
-	- 0,3	+ 0,6	+ 85,6	- 19,5	+ 105,1	-	+ 0,3	+ 27,9	- 20,9	+ 39,7	+ 7,3	+ 1,7	+ 0,1	Dez.
-	- 0,7	+ 1,1	- 101,0	+ 14,9	- 115,9	- 0,0	- 1,1	+ 8,0	+ 5,0	+ 5,2	- 4,9	+ 2,7	- 0,1	2008 Jan.
-	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 2,2	- 0,6	- 0,0	- 0,5	+ 14,5	- 0,1	+ 16,9	- 2,9	+ 0,6	+ 0,0	Febr.

9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. —

14 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2006 Sept.	0,4	1 202,0	966,8	726,1	240,7	12,2	223,0	0,8	767,0	426,7	160,9	265,8	9,4	331,0
Okt.	0,4	1 194,8	949,5	708,7	240,7	13,5	231,8	0,7	783,1	435,3	166,2	269,1	10,4	337,4
Nov.	0,4	1 217,8	958,7	714,8	243,9	13,5	245,6	0,8	795,4	438,9	169,5	269,4	10,5	346,0
Dez.	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007 Jan.	0,4	1 275,2	1 001,6	734,0	267,6	15,4	258,3	0,9	805,1	440,8	176,7	264,1	7,9	356,5
Febr.	0,5	1 303,2	1 018,2	750,8	267,4	15,8	269,2	0,8	818,5	442,3	178,4	263,9	8,1	368,2
März	0,4	1 315,7	1 020,2	752,4	267,8	16,2	279,3	0,8	826,5	448,1	181,4	266,7	7,8	370,6
April	0,5	1 347,6	1 050,3	778,5	271,8	16,2	281,1	0,7	839,7	457,9	192,1	265,8	7,7	374,1
Mai	0,5	1 354,6	1 052,3	776,9	275,4	16,5	285,7	0,7	863,6	464,6	193,0	271,6	8,8	390,2
Juni	0,5	1 392,2	1 077,8	799,8	278,0	18,6	295,8	0,8	872,5	470,4	192,3	278,1	9,2	392,9
Juli	0,5	1 397,0	1 081,9	802,4	279,4	19,6	295,6	0,7	865,3	463,0	184,7	278,3	6,6	395,7
Aug.	0,6	1 399,5	1 080,7	794,4	286,4	20,4	298,4	0,6	886,0	481,8	195,3	286,5	12,2	391,9
Sept.	0,4	1 444,2	1 122,4	829,1	293,3	18,8	303,0	0,6	892,6	488,0	200,0	288,0	14,6	390,0
Okt.	0,4	1 437,2	1 112,6	811,4	301,2	15,4	309,3	0,5	897,8	486,1	196,3	289,8	22,3	389,3
Nov.	0,5	1 448,2	1 119,1	817,3	301,7	15,2	313,9	0,6	919,6	503,4	212,1	291,3	27,0	389,3
Dez.	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008 Jan.	0,3	1 438,2	1 113,1	814,1	298,9	11,7	313,4	2,1	921,4	513,3	215,3	298,0	24,4	383,7
Febr.	0,4	1 436,6	1 107,9	803,7	304,3	15,8	312,9	2,0	934,3	526,3	225,5	300,8	25,2	382,8
Veränderungen *)														
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2006 Sept.	- 0,0	+ 30,8	+ 21,1	+ 17,8	+ 3,2	+ 0,5	+ 9,2	- 0,2	+ 11,3	+ 5,3	+ 0,9	+ 4,5	- 1,9	+ 7,9
Okt.	- 0,0	- 7,3	- 17,4	- 17,3	- 0,0	+ 1,3	+ 8,8	- 0,1	+ 16,1	+ 10,2	+ 5,2	+ 4,9	+ 1,1	+ 4,9
Nov.	- 0,0	+ 31,1	+ 16,8	+ 11,4	+ 5,4	+ 0,1	+ 14,2	+ 0,1	+ 18,5	+ 8,3	+ 4,0	+ 4,3	+ 0,2	+ 9,9
Dez.	+ 0,0	+ 49,0	+ 44,3	+ 29,7	+ 14,7	- 0,2	+ 4,9	+ 0,0	- 18,6	- 18,1	- 13,5	- 4,6	- 3,4	+ 2,9
2007 Jan.	- 0,0	+ 5,1	- 4,7	- 12,5	+ 7,9	+ 2,1	+ 7,7	-	+ 24,9	+ 17,3	+ 19,8	- 2,5	+ 0,7	+ 6,8
Febr.	+ 0,1	+ 31,4	+ 20,6	+ 19,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 10,5	- 0,1	+ 18,1	+ 4,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 0,2	+ 13,2
März	- 0,0	+ 14,6	+ 3,9	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 10,3	- 0,1	+ 10,0	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,7	- 0,2	+ 3,0
April	+ 0,0	+ 36,2	+ 34,1	+ 29,1	+ 5,1	+ 0,1	+ 2,0	- 0,0	+ 18,2	+ 13,5	+ 11,8	+ 1,7	- 0,1	+ 4,8
Mai	+ 0,1	+ 4,6	- 0,4	- 2,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 4,7	+ 0,0	+ 22,2	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,1	+ 1,1	+ 15,7
Juni	+ 0,0	+ 38,1	+ 25,9	+ 23,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 10,1	+ 0,0	+ 9,7	+ 7,7	+ 0,9	+ 6,8	- 1,0	+ 2,9
Juli	- 0,0	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,0	- 0,3	- 0,0	- 1,0	- 1,9	- 3,5	+ 1,6	- 2,7	+ 3,6
Aug.	+ 0,1	+ 2,5	- 1,1	- 8,1	+ 7,0	+ 0,8	+ 2,9	- 0,1	+ 17,1	+ 15,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 5,6	- 3,9
Sept.	- 0,2	+ 52,9	+ 49,4	+ 40,0	+ 9,4	- 1,6	+ 5,1	- 0,0	+ 15,5	+ 12,5	+ 7,0	+ 5,4	+ 2,7	+ 0,4
Okt.	+ 0,0	- 0,5	- 5,7	- 14,8	+ 9,1	+ 4,0	+ 1,2	- 0,1	+ 16,5	+ 1,4	- 2,5	+ 3,9	+ 8,2	+ 6,9
Nov.	+ 0,1	+ 16,2	+ 11,5	+ 9,2	+ 2,3	- 0,1	+ 4,8	+ 0,0	+ 27,2	+ 21,3	+ 17,4	+ 3,9	+ 4,9	+ 1,0
Dez.	- 0,1	- 14,0	- 12,6	- 13,4	+ 0,8	- 1,8	+ 0,4	- 0,0	- 10,7	- 10,1	- 14,5	+ 4,4	+ 0,6	- 1,1
2008 Jan.	- 0,0	+ 6,6	+ 9,1	+ 11,9	- 2,8	- 1,7	- 0,7	+ 0,2	+ 15,6	+ 21,9	+ 18,5	+ 3,4	- 2,9	- 3,4
Febr.	+ 0,0	+ 3,5	- 0,2	- 7,2	+ 7,0	+ 4,1	- 0,3	- 0,0	+ 17,9	+ 16,5	+ 11,6	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,3

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
6,0	47,8	684,1	169,9	514,1	389,1	125,0	0,5	339,0	86,5	252,5	123,3	129,2	1,7	2006 Sept.
5,9	48,4	683,7	155,2	528,5	404,4	124,1	0,5	335,8	82,4	253,4	123,3	130,1	1,6	Okt.
5,9	48,4	691,6	171,7	519,8	394,7	125,1	0,4	335,4	81,6	253,8	124,2	129,6	1,7	Nov.
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	Dez.
5,8	44,6	704,6	170,0	534,6	408,8	125,8	0,3	317,2	88,2	229,0	114,6	114,4	1,5	2007 Jan.
5,7	44,6	709,9	177,7	532,1	406,6	125,6	0,3	324,0	93,2	230,8	118,1	112,7	1,5	Febr.
5,8	44,3	723,0	200,3	522,6	398,3	124,3	0,3	312,1	90,2	221,9	112,2	109,7	1,4	März
5,7	44,3	753,1	200,5	552,6	429,8	122,8	0,3	320,6	91,9	228,7	118,5	110,2	3,2	April
5,7	44,7	757,9	208,0	549,9	424,0	125,9	0,3	338,8	111,1	227,8	116,9	110,8	3,2	Mai
5,8	45,2	727,5	210,6	516,9	390,7	126,1	0,2	329,5	107,7	221,8	115,9	110,3	3,1	Juni
5,7	45,2	729,0	210,0	519,1	394,5	124,6	0,2	314,3	95,3	219,0	105,2	113,9	3,1	Juli
5,7	45,3	755,8	179,5	576,3	452,1	124,2	0,2	313,7	91,6	222,1	109,5	112,6	3,1	Aug.
5,7	45,5	785,5	220,1	565,3	443,0	122,3	0,2	313,5	94,6	218,9	105,3	110,4	3,1	Sept.
5,8	48,3	794,6	207,8	586,8	466,9	119,9	0,2	306,3	90,6	215,7	106,4	109,3	3,4	Okt.
5,7	48,0	766,8	207,0	559,8	445,8	113,9	0,2	326,6	97,5	229,1	123,1	106,0	3,2	Nov.
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	Dez.
25,0	50,9	784,6	205,1	579,5	465,6	113,9	0,2	318,5	100,2	218,3	115,7	102,6	3,1	2008 Jan.
25,0	50,2	787,8	200,4	587,4	473,8	113,6	0,2	330,5	94,1	236,4	135,7	100,7	3,0	Febr.
Veränderungen *)														
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,2	+ 6,5	+ 24,0	+ 18,7	+ 5,2	+ 3,8	+ 1,4	- 0,0	+ 1,0	- 9,5	+ 10,5	+ 11,2	- 0,7	- 0,0	2006 Sept.
- 0,1	+ 0,6	+ 2,2	- 14,6	+ 16,8	+ 15,2	+ 1,6	- 0,1	- 5,9	- 4,1	- 1,8	- 0,1	- 1,7	- 0,1	Okt.
+ 0,0	+ 0,5	+ 13,8	+ 17,9	- 4,1	- 6,0	+ 1,9	- 0,1	+ 3,0	- 0,2	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,1	Nov.
- 0,1	+ 1,9	- 1,9	- 3,6	+ 1,7	+ 2,5	- 0,7	+ 0,0	- 25,5	+ 0,4	- 25,9	- 12,7	- 13,2	- 0,1	Dez.
- 0,0	- 5,8	+ 12,1	+ 1,3	+ 10,9	+ 9,9	+ 1,0	- 0,1	+ 5,6	+ 5,8	- 0,2	+ 2,6	- 2,8	- 0,0	2007 Jan.
- 0,0	+ 0,2	+ 8,7	+ 8,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 8,6	+ 5,3	+ 3,4	+ 4,2	- 0,8	- 0,1	Febr.
+ 0,0	- 0,2	+ 14,6	+ 23,0	- 8,4	- 7,2	- 1,2	- 0,0	- 10,8	- 2,9	- 8,0	- 5,5	- 2,4	- 0,1	März
- 0,0	+ 0,2	+ 34,2	+ 1,2	+ 33,0	+ 33,9	- 0,9	+ 0,0	+ 10,2	+ 2,0	+ 8,2	+ 6,9	+ 1,3	+ 1,8	April
- 0,0	+ 0,3	+ 3,0	+ 7,1	- 4,1	- 6,9	+ 2,8	-	+ 17,4	+ 19,0	- 1,6	- 1,8	+ 0,3	- 0,0	Mai
+ 0,0	+ 0,5	- 29,8	+ 2,8	- 32,6	- 33,0	+ 0,4	- 0,1	- 9,2	- 3,3	- 5,9	- 5,4	- 0,6	- 0,1	Juni
- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	- 0,0	- 10,6	- 12,1	+ 1,5	- 2,5	+ 4,0	+ 0,0	Juli
-	+ 0,1	+ 26,6	- 30,5	+ 57,1	+ 57,5	- 0,4	+ 0,0	- 3,4	- 5,0	+ 1,7	+ 2,9	- 1,3	- 0,0	Aug.
+ 0,0	+ 0,6	+ 36,8	+ 41,5	- 4,8	- 3,8	- 1,0	- 0,0	+ 3,1	+ 3,8	- 0,6	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	Sept.
+ 0,1	+ 2,9	+ 12,7	- 11,4	+ 24,1	+ 26,1	- 2,0	+ 0,0	- 5,8	- 3,7	- 2,0	- 1,6	- 0,5	+ 0,3	Okt.
- 0,1	-	- 23,6	+ 0,3	- 23,9	- 18,7	- 5,2	-	+ 22,4	+ 7,3	+ 15,1	+ 17,3	- 2,2	- 0,2	Nov.
+ 0,0	+ 0,3	- 28,2	- 42,3	+ 14,1	+ 14,9	- 0,9	+ 0,0	- 23,0	- 21,7	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 0,1	Dez.
+ 0,1	+ 2,2	+ 46,6	+ 40,7	+ 5,9	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 16,0	+ 24,3	- 8,3	- 6,5	- 1,8	- 0,0	2008 Jan.
+ 0,0	- 0,4	+ 7,4	- 3,4	+ 10,7	+ 10,7	+ 0,0	-	+ 13,9	- 5,7	+ 19,5	+ 20,7	- 1,2	- 0,1	Febr.

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialien zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. —

6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt ^{1) 2)}		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel ^{3) 4)}	insgesamt	Buch-	Schatz-	wechsel		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2006 Sept.	3 035,2	2 668,7	333,0	301,3	300,5	0,8	31,8	31,5	0,3	2 702,1	2 183,5
Okt.	3 033,2	2 664,9	334,5	297,2	296,4	0,8	37,4	36,8	0,6	2 698,7	2 180,2
Nov.	3 037,8	2 661,5	325,7	290,2	289,4	0,8	35,5	34,8	0,7	2 712,2	2 185,1
Dez.	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007 Jan.	3 024,5	2 641,8	313,0	278,9	278,2	0,7	34,1	33,2	0,9	2 711,5	2 191,4
Febr.	3 011,3	2 641,0	316,4	284,1	283,2	1,0	32,2	31,5	0,8	2 695,0	2 178,8
März	3 016,1	2 640,4	324,2	291,8	291,1	0,6	32,4	31,3	1,2	2 691,9	2 179,7
April	3 043,3	2 637,5	327,9	291,1	290,1	1,0	36,8	35,4	1,4	2 715,4	2 205,0
Mai	3 021,0	2 631,6	319,3	284,2	283,3	0,9	35,1	34,7	0,4	2 701,6	2 189,7
Juni	2 986,2	2 634,1	321,7	293,5	292,7	0,8	28,2	27,3	0,9	2 664,6	2 159,1
Juli	2 993,2	2 643,8	331,2	295,7	294,9	0,8	35,5	35,0	0,5	2 662,0	2 158,9
Aug.	2 984,1	2 643,2	321,9	292,0	291,4	0,7	29,9	29,3	0,6	2 662,2	2 165,0
Sept.	2 986,2	2 644,7	328,8	300,2	299,8	0,4	28,5	27,1	1,4	2 657,5	2 164,8
Okt.	2 973,3	2 643,0	334,5	301,9	301,4	0,6	32,5	30,9	1,6	2 638,8	2 156,7
Nov.	2 971,5	2 642,5	329,1	296,7	296,1	0,6	32,4	30,8	1,6	2 642,4	2 161,6
Dez.	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008 Jan.	2 998,5	2 654,4	341,7	310,0	309,1	0,9	31,8	30,5	1,3	2 656,7	2 188,9
Febr.	2 993,2	2 659,9	348,3	317,6	316,7	0,9	30,7	29,4	1,2	2 644,9	2 173,1
Veränderungen *)											
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	+ 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2006 Sept.	+ 12,7	+ 16,5	+ 14,9	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 0,8	- 0,5	- 0,4	- 2,2	+ 5,0
Okt.	- 2,0	- 3,8	+ 1,5	- 4,1	- 4,1	+ 0,0	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	- 3,5	- 3,2
Nov.	+ 4,7	- 3,3	- 8,9	- 7,0	- 7,0	- 0,0	- 1,9	- 2,0	+ 0,1	+ 13,6	+ 4,9
Dez.	- 36,4	- 28,6	- 22,5	- 20,3	- 20,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	+ 0,7	- 13,9	- 2,5
2007 Jan.	+ 24,3	+ 6,5	+ 9,9	+ 9,0	+ 8,9	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	- 0,5	+ 14,4	+ 10,1
Febr.	- 13,2	- 0,8	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,0	+ 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 16,5	- 12,6
März	+ 4,8	- 0,5	+ 7,9	+ 7,6	+ 8,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	- 3,0	+ 0,9
April	+ 28,1	- 3,1	+ 3,7	- 0,7	- 1,1	+ 0,4	+ 4,4	+ 4,1	+ 0,2	+ 24,4	+ 26,1
Mai	- 22,4	- 5,9	- 8,6	- 6,8	- 6,8	- 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,0	- 13,8	- 15,2
Juni	- 35,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 8,4	+ 8,5	- 0,2	- 6,9	- 7,4	+ 0,5	- 37,3	- 30,8
Juli	+ 8,1	+ 9,4	+ 9,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,0	+ 7,2	+ 7,7	- 0,4	- 1,9	+ 0,5
Aug.	- 9,2	+ 0,7	- 9,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 5,6	- 5,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,1
Sept.	+ 2,2	+ 1,5	+ 6,8	+ 8,2	+ 8,4	- 0,2	- 1,4	- 2,2	+ 0,8	- 4,7	- 0,2
Okt.	- 4,4	- 1,7	+ 5,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,1	+ 4,0	+ 3,8	+ 0,2	- 10,2	- 2,7
Nov.	- 1,7	- 0,5	- 5,4	- 5,3	- 5,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 3,6	+ 4,9
Dez.	+ 3,4	+ 6,2	+ 2,1	+ 5,1	+ 5,4	- 0,2	- 3,1	- 2,6	- 0,4	+ 1,4	+ 5,9
2008 Jan.	+ 22,7	+ 4,9	+ 10,6	+ 8,2	+ 7,6	+ 0,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 12,2	+ 20,5
Febr.	- 5,3	+ 5,5	+ 6,8	+ 7,9	+ 7,9	+ 0,1	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 12,1	- 16,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999 Aufgliederung

IV. Banken

Kredite 2) 5)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wertpapiere 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 5) 9)	Ausgleichs-forderungen 10)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)		
zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)				zu-sammen	mittel-fristig 6)	lang-fristig 7)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998	
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
1 980,2	198,9	1 781,3	203,3	49,0	518,7	356,4	30,8	325,6	162,2	-	4,7	2006 Sept.	
1 975,9	197,7	1 778,1	204,4	48,7	518,4	355,9	30,9	325,0	162,6	-	4,7	Okt.	
1 978,9	198,2	1 780,7	206,1	48,6	527,1	358,4	31,4	327,0	168,7	-	4,7	Nov.	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	Dez.	
1 974,6	198,6	1 776,0	216,9	48,8	520,1	355,8	31,6	324,2	164,3	-	4,7	2007 Jan.	
1 973,1	197,3	1 775,7	205,8	48,6	516,1	353,3	31,5	321,8	162,8	-	4,7	Febr.	
1 970,1	196,5	1 773,6	209,6	48,2	512,2	347,9	31,4	316,5	164,4	-	4,7	März	
1 966,8	195,7	1 771,1	238,1	49,5	510,5	345,2	31,6	313,6	165,3	-	4,7	April	
1 969,8	199,1	1 770,7	219,9	49,2	511,9	343,8	32,2	311,6	168,1	-	4,7	Mai	
1 969,0	198,8	1 770,3	190,1	48,8	505,4	345,0	33,9	311,1	160,4	-	4,6	Juni	
1 970,9	199,0	1 772,0	188,0	47,6	503,1	343,0	33,3	309,7	160,1	-	4,6	Juli	
1 980,2	202,7	1 777,5	184,8	47,4	497,1	342,3	33,9	308,4	154,8	-	4,6	Aug.	
1 978,7	203,2	1 775,5	186,1	47,2	492,7	339,1	33,3	305,7	153,6	-	4,6	Sept.	
1 977,0	200,5	1 776,5	179,7	47,1	482,1	333,7	32,0	301,6	148,4	-	4,6	Okt.	
1 983,5	203,1	1 780,4	178,1	46,9	480,8	332,0	32,0	300,0	148,7	-	4,6	Nov.	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	Dez.	
1 988,3	209,5	1 778,8	200,6	47,4	467,9	326,6	31,5	295,1	141,3	-	4,5	2008 Jan.	
1 989,8	210,5	1 779,4	183,3	46,9	471,8	324,0	32,9	291,1	147,8	-	4,5	Febr.	
Veränderungen *)													
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999	
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000	
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001	
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 1,8	+ 1,8	- 0,0	+ 3,2	- 0,1	- 7,2	- 0,5	- 0,8	+ 0,3	- 6,7	-	+ 0,4	2006 Sept.	
- 4,4	- 1,2	- 3,2	+ 1,1	- 0,3	- 0,2	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	-	+ 0,0	Okt.	
+ 3,2	+ 0,6	+ 2,6	+ 1,7	- 0,1	+ 8,7	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 6,2	-	- 0,0	Nov.	
- 5,5	- 3,1	- 2,4	+ 3,0	- 0,4	- 11,4	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 11,4	-	+ 0,1	Dez.	
- 1,2	+ 0,5	- 1,7	+ 11,3	- 0,4	+ 4,3	- 2,6	- 0,2	- 2,4	+ 6,9	-	- 0,0	2007 Jan.	
- 1,5	- 1,3	- 0,2	- 11,1	- 0,2	- 3,9	- 2,5	- 0,1	- 2,4	- 1,4	-	- 0,0	Febr.	
- 2,9	- 0,5	- 2,4	+ 3,8	- 0,3	- 3,9	- 5,4	- 0,1	- 5,3	+ 1,5	-	- 0,0	März	
- 3,5	- 0,8	- 2,7	+ 29,6	+ 1,3	- 1,7	- 2,7	+ 0,1	- 2,8	+ 1,0	-	+ 0,0	April	
+ 3,0	+ 3,4	- 0,5	- 18,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,4	+ 0,7	- 2,0	+ 2,8	-	- 0,0	Mai	
- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 29,9	- 0,4	- 6,4	+ 1,2	+ 1,7	- 0,5	- 7,7	-	- 0,0	Juni	
+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,6	- 0,7	- 2,3	- 2,0	- 0,6	- 1,4	- 0,3	-	- 0,0	Juli	
+ 9,3	+ 3,8	+ 5,5	- 3,2	- 0,2	- 6,0	- 0,7	+ 0,6	- 1,3	- 5,3	-	- 0,0	Aug.	
- 1,5	+ 0,5	- 2,0	+ 1,3	- 0,2	- 4,4	- 3,3	- 0,6	- 2,7	- 1,2	-	+ 0,0	Sept.	
- 1,7	- 2,7	+ 1,0	- 1,0	- 0,1	- 7,4	- 5,4	- 1,3	- 4,1	- 2,0	-	+ 0,0	Okt.	
+ 6,5	+ 3,1	+ 3,4	- 1,5	- 0,2	- 1,3	- 1,6	- 0,0	- 1,6	+ 0,3	-	- 0,0	Nov.	
+ 3,0	+ 4,5	- 1,5	+ 2,9	- 0,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,6	- 5,1	-	+ 0,1	Dez.	
+ 1,0	+ 1,8	- 0,9	+ 19,5	- 0,6	- 8,4	- 5,9	- 0,4	- 5,6	- 2,4	-	- 0,1	2008 Jan.	
+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	- 17,3	- 0,5	+ 3,9	- 2,6	+ 1,4	- 4,1	+ 6,6	-	+ 0,0	Febr.	

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Baugewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau									
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2004	2 224,2	1 127,7	1 086,0	869,7	216,3	1 211,6	320,4	136,7	37,1	53,0	141,4	31,9	56,1	60,0
2005	2 226,6	1 154,5	1 093,3	895,9	197,4	1 199,7	311,3	130,6	37,2	49,4	134,1	31,6	57,8	74,0
2006 Dez.	2 242,2	1 177,5	1 114,7	921,2	193,5	1 204,2	316,1	133,0	39,3	47,2	131,4	32,4	60,9	76,0
2007 März	2 261,5	1 174,9	1 110,9	918,8	192,0	1 229,1	314,4	138,5	39,6	47,7	128,7	32,5	61,2	102,5
Juni	2 262,0	1 172,6	1 106,6	917,4	189,2	1 230,7	311,4	141,2	39,6	48,0	130,6	33,2	62,5	100,6
Sept.	2 278,8	1 172,1	1 105,7	917,6	188,2	1 246,4	309,5	141,5	40,0	47,9	131,9	33,6	63,3	106,9
Dez.	2 289,0	1 166,7	1 101,3	914,4	186,8	1 259,7	306,2	145,4	41,3	47,0	135,7	33,2	65,4	101,4
Kurzfristige Kredite														
2004	283,4	–	12,5	–	12,5	239,3	7,6	40,9	3,5	11,1	52,9	3,6	5,9	26,4
2005	273,2	–	11,2	–	11,2	230,0	6,7	38,8	3,2	9,7	49,2	3,3	6,1	32,8
2006 Dez.	269,6	–	10,5	–	10,5	228,6	6,3	39,6	3,1	8,8	48,6	3,2	5,5	35,0
2007 März	291,4	–	10,5	–	10,5	251,6	6,1	42,6	3,5	9,5	46,2	3,4	5,6	58,6
Juni	292,9	–	9,6	–	9,6	252,5	5,0	45,3	3,1	9,7	46,9	3,8	6,1	55,2
Sept.	300,0	–	9,0	–	9,0	260,4	4,9	44,4	3,6	9,3	48,6	3,8	6,3	59,4
Dez.	301,7	–	8,6	–	8,6	261,6	4,6	46,2	4,4	8,5	52,0	3,1	7,2	52,1
Mittelfristige Kredite														
2004	194,3	–	38,8	–	38,8	119,9	11,8	16,4	2,5	5,6	11,1	3,2	11,3	7,6
2005	194,6	–	35,7	–	35,7	122,5	10,7	15,6	2,1	5,2	11,4	3,0	10,6	10,8
2006 Dez.	194,5	–	34,4	–	34,4	124,6	10,5	18,5	2,2	5,1	11,4	2,9	10,6	11,7
2007 März	196,5	–	33,5	–	33,5	128,2	10,5	20,5	2,1	5,1	11,3	2,9	10,5	14,6
Juni	198,8	–	33,1	–	33,1	131,2	10,6	20,3	2,1	5,3	12,4	2,9	11,1	15,6
Sept.	203,2	–	32,5	–	32,5	135,8	10,3	21,1	2,2	5,5	12,7	3,0	11,8	16,9
Dez.	207,7	–	32,2	–	32,2	141,5	10,4	22,3	2,2	5,6	13,1	2,9	12,5	17,4
Langfristige Kredite														
2004	1 746,5	1 127,7	1 034,7	869,7	165,0	852,4	301,0	79,4	31,2	36,2	77,3	25,0	38,9	26,0
2005	1 758,8	1 154,5	1 046,3	895,9	150,4	847,2	293,9	76,2	31,8	34,5	73,5	25,2	41,1	30,4
2006 Dez.	1 778,1	1 177,5	1 069,8	921,2	148,6	850,9	299,3	74,9	34,0	33,3	71,4	26,4	44,7	29,3
2007 März	1 773,6	1 174,9	1 066,8	918,8	148,0	849,3	297,9	75,5	34,0	33,1	71,2	26,2	45,1	29,3
Juni	1 770,3	1 172,6	1 063,9	917,4	146,5	847,0	295,8	75,5	34,3	33,0	71,3	26,4	45,3	29,9
Sept.	1 775,5	1 172,1	1 064,2	917,6	146,6	850,2	294,3	76,0	34,2	33,0	70,6	26,8	45,2	30,6
Dez.	1 779,6	1 166,7	1 060,5	914,4	146,0	856,5	291,2	76,9	34,7	33,0	70,6	27,2	45,7	31,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2006 4.Vj.	– 37,9	– 3,6	+ 0,1	– 0,5	+ 0,6	– 36,8	– 2,1	– 3,3	+ 0,2	– 2,2	+ 1,2	– 0,5	– 0,3	– 27,4
2007 1.Vj.	+ 16,2	– 1,7	– 3,8	– 1,8	– 2,0	+ 21,6	– 1,7	+ 5,5	+ 0,3	+ 0,5	– 2,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 22,7
2.Vj.	– 0,8	– 5,8	– 3,0	– 2,9	– 0,0	+ 0,4	– 1,8	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	– 3,0
3.Vj.	+ 16,4	– 2,0	– 0,1	– 0,4	+ 0,3	+ 16,0	– 0,9	+ 0,3	+ 0,9	– 0,1	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 5,7
4.Vj.	+ 9,4	– 4,6	– 2,9	– 2,3	– 0,6	+ 12,5	– 1,8	+ 3,9	+ 1,3	– 1,0	+ 3,6	– 0,5	+ 2,1	– 5,6
Kurzfristige Kredite														
2006 4.Vj.	– 31,2	–	– 0,5	–	– 0,5	– 29,9	– 0,2	– 3,7	– 0,2	– 1,4	+ 1,8	– 0,7	– 0,8	– 25,4
2007 1.Vj.	+ 21,8	–	– 0,0	–	– 0,0	+ 23,0	– 0,2	+ 3,0	+ 0,4	+ 0,7	– 2,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 23,5
2.Vj.	+ 0,7	–	– 0,0	–	– 0,0	+ 0,1	– 0,1	+ 2,8	– 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	– 4,3
3.Vj.	+ 7,5	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 7,9	– 0,1	– 1,0	+ 0,5	– 0,3	+ 1,7	– 0,1	+ 0,2	+ 4,2
4.Vj.	+ 1,6	–	– 0,4	–	– 0,4	+ 1,2	– 0,3	+ 1,8	+ 0,8	– 0,9	+ 3,4	– 0,6	+ 1,0	– 7,3
Mittelfristige Kredite														
2006 4.Vj.	– 3,7	–	– 0,0	–	– 0,0	– 2,6	+ 0,0	– 0,3	– 0,1	– 0,3	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,6
2007 1.Vj.	– 1,2	–	– 0,5	–	– 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,9	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,0	– 0,1	– 0,8
2.Vj.	+ 2,1	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 2,8	+ 0,3	– 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,8
3.Vj.	+ 4,5	–	– 0,6	–	– 0,6	+ 4,6	– 0,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,4
4.Vj.	+ 4,9	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 6,2	+ 0,4	+ 1,2	– 0,0	+ 0,1	+ 0,4	– 0,1	+ 0,7	+ 0,5
Langfristige Kredite														
2006 4.Vj.	– 3,0	– 3,6	+ 0,6	– 0,5	+ 1,1	– 4,2	– 1,9	+ 0,7	+ 0,5	– 0,5	– 0,5	+ 0,3	+ 0,3	– 1,4
2007 1.Vj.	– 4,4	– 1,7	– 3,3	– 1,8	– 1,5	– 1,4	– 1,5	+ 0,6	+ 0,0	– 0,2	– 0,2	– 0,1	+ 0,4	– 0,1
2.Vj.	– 3,5	– 5,8	– 2,7	– 2,9	+ 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,1	+ 0,4	– 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,5	– 2,0	+ 0,7	– 0,4	+ 1,1	+ 3,5	– 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0	– 0,7	+ 0,4	– 0,1	+ 0,2
4.Vj.	+ 2,9	– 4,6	– 2,3	– 2,3	– 0,0	+ 5,0	– 1,9	+ 0,9	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bauspar-kassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. —

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbständige 4)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
695,5	163,7	42,5	204,2	419,0	61,7	999,4	762,4	237,0	129,2	19,9	13,2	3,2	2004	
685,0	160,3	40,6	199,3	407,5	60,6	1 012,9	778,9	234,0	130,1	18,8	14,1	3,1	2005	
684,0	164,2	39,5	197,0	396,6	60,2	1 023,4	795,0	228,4	130,6	17,6	14,7	3,7	2006 Dez.	
678,4	163,0	40,3	195,2	392,7	59,7	1 017,9	792,7	225,2	129,8	16,9	14,6	3,7	2007 März	
675,1	162,4	41,6	193,4	390,5	59,9	1 017,0	791,6	225,4	129,6	17,6	14,3	3,6	Juni	
681,4	163,2	45,0	194,1	388,1	59,5	1 018,2	792,6	225,5	130,9	17,2	14,2	3,6	Sept.	
690,3	165,0	46,2	197,5	386,6	58,2	1 015,2	791,6	223,7	129,3	17,2	14,0	3,5	Dez.	
Kurzfristige Kredite														
95,0	15,8	11,5	27,6	44,4	11,4	43,0	4,9	38,0	2,3	19,9	1,1	0,0	2004	
86,9	14,1	10,3	23,9	40,1	10,6	41,8	4,5	37,3	2,6	18,8	1,4	0,0	2005	
84,9	13,9	10,1	22,1	36,7	10,0	39,8	4,2	35,6	2,8	17,6	1,2	0,0	2006 Dez.	
82,2	12,6	10,1	22,1	36,2	10,3	38,9	4,5	34,4	2,6	16,9	1,0	0,0	2007 März	
82,4	12,5	11,0	22,0	36,2	10,3	39,5	4,6	35,0	2,6	17,6	0,9	0,0	Juni	
85,0	12,7	13,1	21,6	35,3	10,0	38,8	4,1	34,8	2,6	17,2	0,8	0,0	Sept.	
88,0	13,0	13,0	23,3	35,7	9,4	39,2	4,0	35,2	2,5	17,2	0,8	0,0	Dez.	
Mittelfristige Kredite														
62,3	6,5	6,5	17,2	29,6	3,9	73,8	26,9	46,9	37,7	-	0,5	0,1	2004	
63,7	7,3	6,5	15,9	29,8	3,8	71,5	25,0	46,5	37,2	-	0,7	0,1	2005	
62,3	6,9	5,9	15,8	27,7	3,8	69,3	23,9	45,4	37,0	-	0,6	0,1	2006 Dez.	
61,2	6,5	6,3	15,7	27,5	3,8	67,7	23,0	44,7	36,9	-	0,6	0,0	2007 März	
61,5	6,5	6,8	16,0	27,4	3,8	66,9	22,5	44,4	36,8	-	0,7	0,0	Juni	
62,7	7,0	6,8	16,6	27,5	3,8	66,8	22,2	44,6	36,9	-	0,6	0,0	Sept.	
65,7	7,4	7,5	17,7	27,4	3,7	65,4	21,7	43,6	35,8	-	0,7	0,0	Dez.	
Langfristige Kredite														
538,2	141,5	24,5	159,5	345,0	46,4	882,6	730,6	152,0	89,2	-	11,5	3,1	2004	
534,4	138,9	23,8	159,6	337,6	46,2	899,6	749,4	150,2	90,3	-	12,0	3,1	2005	
536,9	143,4	23,4	159,1	332,1	46,5	914,3	766,8	147,4	90,8	-	12,9	3,6	2006 Dez.	
535,0	143,9	24,0	157,5	328,9	45,7	911,3	765,2	146,1	90,3	-	12,9	3,7	2007 März	
531,2	143,4	23,8	155,4	326,9	45,8	910,5	764,6	146,0	90,3	-	12,7	3,6	Juni	
533,7	143,5	25,1	155,9	325,2	45,7	912,6	766,3	146,2	91,4	-	12,7	3,6	Sept.	
536,6	144,7	25,7	156,5	323,5	45,1	910,6	765,8	144,8	90,9	-	12,5	3,4	Dez.	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
- 4,4	- 0,5	- 1,0	- 2,6	- 4,3	- 1,3	- 1,2	+ 2,1	- 3,3	- 0,5	- 0,8	+ 0,1	+ 0,0	2006 4.Vj.	
- 5,3	- 1,2	+ 0,9	- 1,4	- 4,2	- 0,0	- 5,3	- 2,1	- 3,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	2007 1.Vj.	
- 3,4	- 0,5	+ 1,2	- 2,0	- 2,1	+ 0,1	- 0,9	- 1,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	- 0,3	- 0,1	2.Vj.	
+ 6,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,5	- 1,7	- 0,5	+ 0,5	+ 0,8	- 0,3	+ 1,2	- 0,4	- 0,1	- 0,0	3.Vj.	
+ 8,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,6	- 1,5	- 1,2	- 2,9	- 0,9	- 2,0	- 1,6	- 0,0	- 0,1	- 0,1	4.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	- 1,4	- 1,2	- 1,2	- 0,3	- 0,9	- 0,0	- 0,8	- 0,0	- 0,0	2006 4.Vj.	
- 2,6	- 1,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,8	+ 0,3	- 0,9	+ 0,2	- 1,2	- 0,2	- 0,6	- 0,2	- 0,0	2007 1.Vj.	
+ 0,2	- 0,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
+ 2,6	+ 0,2	+ 2,1	- 0,4	- 0,9	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	3.Vj.	
+ 3,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,7	+ 0,3	- 0,6	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
- 1,2	+ 0,2	- 0,8	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,1	- 0,0	- 1,0	- 0,5	-	- 0,0	+ 0,0	2006 4.Vj.	
- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	- 0,0	2007 1.Vj.	
+ 0,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
+ 1,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 3,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,2	- 0,0	- 0,1	- 1,5	- 0,6	- 0,9	- 1,1	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
Langfristige Kredite														
- 3,5	- 1,2	+ 0,0	- 1,8	- 2,1	- 0,2	+ 1,1	+ 2,5	- 1,4	+ 0,0	-	+ 0,1	+ 0,0	2006 4.Vj.	
- 1,8	+ 0,5	+ 0,6	- 1,5	- 3,1	- 0,4	- 3,0	- 1,8	- 1,2	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,1	2007 1.Vj.	
- 3,9	- 0,4	- 0,1	- 2,3	- 2,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	2.Vj.	
+ 2,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	+ 1,1	- 0,2	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 2,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	- 1,8	- 0,5	- 1,9	- 0,3	- 1,6	- 0,5	-	- 0,3	- 0,1	4.Vj.	

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zugl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2005	2 276,6	717,0	864,4	231,3	633,1	8,2	624,9	603,4	91,9	42,4	31,6	12,6		
2006	2 394,6	747,7	962,8	289,5	673,3	11,7	661,6	586,5	97,5	37,8	30,4	11,2		
2007	2 579,1	779,9	1 125,4	418,9	706,5	22,8	683,7	555,4	118,4	36,4	35,0	22,6		
2007 März	2 417,2	747,5	988,7	309,0	679,7	13,2	666,4	578,6	102,5	38,5	30,0	24,3		
April	2 434,0	756,1	999,6	316,6	683,0	13,5	669,5	574,6	103,7	38,3	30,0	24,2		
Mai	2 445,1	761,0	1 008,9	324,3	684,6	13,9	670,8	570,1	105,0	37,6	29,8	22,0		
Juni	2 464,9	772,5	1 019,0	329,6	689,4	15,3	674,1	566,7	106,6	37,5	30,2	23,9		
Juli	2 464,7	775,2	1 019,2	327,8	691,5	16,0	675,5	561,6	108,7	36,6	33,4	22,0		
Aug.	2 483,3	769,5	1 045,6	353,1	692,5	16,4	676,0	557,8	110,3	36,4	33,3	23,9		
Sept.	2 510,2	782,1	1 061,7	364,6	697,1	17,0	680,0	554,8	111,6	36,4	34,2	29,3		
Okt.	2 506,9	770,4	1 071,5	375,7	695,8	17,7	678,1	551,2	113,8	36,5	34,1	30,1		
Nov.	2 551,3	800,8	1 085,7	387,0	698,7	19,8	678,8	548,1	116,7	36,4	35,0	34,5		
Dez.	2 579,1	779,9	1 125,4	418,9	706,5	22,8	683,7	555,4	118,4	36,4	35,0	22,6		
2008 Jan.	2 587,3	785,1	1 130,6	420,3	710,3	24,0	686,3	550,5	121,1	33,6	34,9	36,1		
Febr.	2 601,7	784,9	1 147,5	434,5	713,0	25,0	688,0	547,6	121,7	33,6	35,0	38,9		
													Veränderungen *)	
2006	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	+ 57,5	+ 40,2	+ 3,5	+ 36,6	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	+ 0,1	- 2,2		
2007	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	+ 127,5	+ 33,0	+ 11,0	+ 22,0	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	+ 3,3	+ 9,9		
2007 März	+ 7,4	+ 1,3	+ 6,2	+ 6,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,9	- 1,8	+ 1,6	- 0,3	- 0,1	+ 1,2		
April	+ 16,2	+ 8,1	+ 10,9	+ 7,6	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,0	- 3,9	+ 1,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0		
Mai	+ 11,1	+ 4,9	+ 9,3	+ 7,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 4,5	+ 1,4	- 0,7	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 18,3	+ 11,5	+ 8,6	+ 3,8	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 3,5	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,5		
Juli	- 0,8	+ 2,6	- 0,3	- 1,8	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 5,1	+ 2,0	- 0,4	+ 2,7	- 2,0		
Aug.	+ 18,2	- 5,7	+ 26,2	+ 25,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	- 3,7	+ 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 2,0		
Sept.	+ 26,9	+ 12,6	+ 16,1	+ 11,5	+ 4,6	+ 0,6	+ 4,0	- 3,0	+ 1,2	- 0,1	+ 0,9	+ 5,4		
Okt.	- 3,2	- 11,7	+ 9,9	+ 11,1	- 1,2	+ 0,7	- 1,9	- 3,6	+ 2,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8		
Nov.	+ 44,1	+ 30,4	+ 14,2	+ 11,0	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,0	- 3,1	+ 2,6	- 0,1	+ 0,6	+ 4,4		
Dez.	+ 27,9	- 20,9	+ 39,7	+ 31,9	+ 7,8	+ 2,9	+ 4,9	+ 7,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,0	- 11,9		
2008 Jan.	+ 8,0	+ 5,0	+ 5,2	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,5	- 4,9	+ 2,7	- 0,1	- 0,1	+ 13,5		
Febr.	+ 14,5	- 0,1	+ 16,9	+ 14,2	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	- 2,9	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,9		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2005	103,7	21,0	78,7	31,7	47,0	0,5	46,5	2,4	1,5	32,3	1,0	-		
2006	134,4	26,7	104,0	51,1	52,9	2,1	50,8	2,1	1,6	28,2	0,8	-		
2007	158,5	28,0	127,7	71,9	55,8	3,7	52,1	1,4	1,5	27,6	4,5	-		
2007 März	131,0	22,8	104,6	51,3	53,2	2,5	50,7	2,1	1,6	29,0	0,8	-		
April	133,3	23,7	106,0	52,6	53,4	2,5	51,0	2,0	1,6	28,9	0,8	-		
Mai	143,8	25,4	115,0	61,3	53,7	2,5	51,2	1,9	1,6	28,8	0,8	-		
Juni	145,0	25,4	116,3	61,6	54,6	3,4	51,2	1,8	1,5	28,7	1,3	-		
Juli	142,1	26,0	112,9	57,6	55,3	3,5	51,8	1,7	1,5	27,8	4,6	-		
Aug.	145,1	23,1	118,8	63,5	55,3	3,5	51,8	1,6	1,5	27,7	4,5	-		
Sept.	149,3	26,6	119,6	64,4	55,1	3,6	51,6	1,6	1,5	27,6	4,5	-		
Okt.	146,1	27,1	116,0	61,2	54,8	3,2	51,6	1,5	1,5	27,6	4,5	-		
Nov.	157,0	27,3	126,8	71,8	55,1	3,4	51,7	1,4	1,5	27,5	4,5	-		
Dez.	158,5	28,0	127,7	71,9	55,8	3,7	52,1	1,4	1,5	27,6	4,5	-		
2008 Jan.	150,0	24,9	122,2	66,9	55,3	3,2	52,1	1,4	1,5	24,9	4,5	0,2		
Febr.	149,6	24,9	121,9	66,2	55,8	3,4	52,4	1,3	1,5	25,0	4,5	0,2		
													Veränderungen *)	
2006	+ 30,7	+ 5,7	+ 25,3	+ 19,4	+ 5,9	+ 1,6	+ 4,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,0	- 0,1	-		
2007	+ 23,5	+ 1,2	+ 23,0	+ 20,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,6	- 0,6	- 0,1	- 1,2	+ 2,6	-		
2007 März	- 0,1	- 1,3	+ 1,2	+ 1,8	- 0,6	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,0	-		
April	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Mai	+ 10,5	+ 1,7	+ 8,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Juni	+ 1,2	+ 0,0	+ 1,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-		
Juli	- 3,4	+ 0,6	- 3,9	- 4,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	+ 2,7	-		
Aug.	+ 3,0	- 2,9	+ 6,0	+ 5,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Sept.	+ 4,2	+ 3,5	+ 0,8	+ 0,9	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Okt.	- 3,2	+ 0,5	- 3,6	- 3,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Nov.	+ 10,9	+ 0,2	+ 10,8	+ 10,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-	-		
Dez.	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
2008 Jan.	- 8,6	- 3,0	- 5,4	- 5,0	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2		
Febr.	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2005	2 173,0	696,0	785,7	199,5	586,1	7,7	578,4	601,0	90,3	10,2	30,7	12,6		
2006	2 260,2	721,0	858,8	238,4	620,4	9,6	610,8	584,5	95,9	9,6	29,5	11,2		
2007	2 420,6	752,0	997,7	347,0	650,7	19,0	631,7	554,0	116,9	8,8	30,5	22,6		
2007 März	2 286,1	724,6	884,1	257,6	626,5	10,7	615,7	576,5	100,9	9,6	29,2	24,3		
April	2 300,7	732,4	893,6	264,0	629,5	11,0	618,5	572,6	102,1	9,4	29,1	24,2		
Mai	2 301,3	735,6	893,9	263,0	631,0	11,4	619,6	568,3	103,5	8,8	29,0	22,0		
Juni	2 319,9	747,1	902,8	268,0	634,8	11,9	622,9	564,9	105,2	8,8	28,9	23,9		
Juli	2 322,6	749,2	906,4	270,2	636,2	12,5	623,7	559,9	107,2	8,8	28,8	22,0		
Aug.	2 338,2	746,4	926,8	289,6	637,2	12,9	624,2	556,2	108,8	8,8	28,8	23,9		
Sept.	2 360,9	755,5	942,1	300,2	641,9	13,5	628,4	553,3	110,1	8,8	29,7	23,3		
Okt.	2 360,8	743,2	955,5	314,5	641,0	14,5	626,5	549,7	112,4	8,9	29,6	30,1		
Nov.	2 394,2	773,5	958,9	315,3	643,6	16,5	627,2	546,7	115,2	8,8	30,5	34,5		
Dez.	2 420,6	752,0	997,7	347,0	650,7	19,0	631,7	554,0	116,9	8,8	30,5	22,6		
2008 Jan.	2 437,3	760,1	1 008,4	353,4	654,9	20,8	634,1	549,1	119,6	8,6	30,4	35,9		
Febr.	2 452,2	760,1	1 025,6	368,3	657,3	21,6	635,7	546,2	120,3	8,6	30,5	38,8		
Veränderungen *)														
2006	+ 87,3	+ 24,3	+ 72,3	+ 38,1	+ 34,2	+ 1,9	+ 32,4	- 16,5	+ 7,1	- 0,1	+ 0,3	- 2,2		
2007	+ 157,7	+ 30,3	+ 137,6	+ 106,8	+ 30,8	+ 9,4	+ 21,4	- 30,5	+ 20,2	- 0,7	+ 0,7	+ 9,9		
2007 März	+ 7,4	+ 2,6	+ 5,0	+ 4,8	+ 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 1,8	+ 1,6	+ 0,0	- 0,1	+ 1,2		
April	+ 14,0	+ 7,2	+ 9,5	+ 6,4	+ 3,1	+ 0,3	+ 2,8	- 3,9	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0		
Mai	+ 0,6	+ 3,2	+ 0,4	- 1,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	- 4,4	+ 1,4	- 0,6	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 17,2	+ 11,5	+ 7,3	+ 3,5	+ 3,8	+ 0,6	+ 3,3	- 3,4	+ 1,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5		
Juli	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	- 5,0	+ 2,0	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Aug.	+ 15,2	- 2,8	+ 20,3	+ 19,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	- 3,7	+ 1,4	+ 0,0	- 0,0	+ 2,0		
Sept.	+ 22,7	+ 9,0	+ 15,3	+ 10,5	+ 4,8	+ 0,6	+ 4,2	- 2,9	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,9	+ 5,4		
Okt.	- 0,1	- 12,2	+ 13,4	+ 14,3	- 0,9	+ 1,1	- 2,0	- 3,6	+ 2,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8		
Nov.	+ 33,2	+ 30,3	+ 3,4	+ 0,4	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,0	- 3,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,6	+ 4,4		
Dez.	+ 26,4	- 21,5	+ 38,8	+ 31,8	+ 7,1	+ 2,6	+ 4,5	+ 7,3	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	- 11,9		
2008 Jan.	+ 16,6	+ 8,0	+ 10,7	+ 6,4	+ 4,3	+ 1,8	+ 2,5	- 4,8	+ 2,7	- 0,2	- 0,1	+ 13,3		
Febr.	+ 14,9	- 0,1	+ 17,2	+ 14,9	+ 2,3	+ 0,8	+ 1,5	- 2,9	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0	+ 2,9		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2005	809,9	233,2	550,8	108,7	442,0	2,4	439,6	5,0	21,0	9,7	19,4	12,6		
2006	874,9	256,1	594,1	122,8	471,3	3,2	468,1	4,5	20,2	9,1	20,0	11,2		
2007	961,9	264,9	672,9	178,6	494,3	5,5	488,8	3,9	20,1	8,3	21,5	22,6		
2007 März	893,5	258,8	609,6	132,9	476,7	3,7	473,0	4,6	20,6	9,1	19,9	24,3		
April	906,5	263,7	617,7	137,8	479,9	3,8	476,1	4,5	20,5	8,9	19,9	24,2		
Mai	903,6	263,8	614,9	133,4	481,5	3,9	477,6	4,5	20,4	8,3	19,8	22,0		
Juni	913,4	268,4	620,2	134,9	485,3	4,1	481,2	4,4	20,4	8,3	19,7	23,9		
Juli	919,2	273,9	620,7	133,8	486,9	4,3	482,7	4,3	20,3	8,3	19,8	22,0		
Aug.	926,1	267,8	634,0	146,2	487,8	4,3	483,4	4,1	20,1	8,3	19,8	23,9		
Sept.	944,2	277,7	642,5	150,7	491,8	4,5	487,3	4,0	20,0	8,3	20,8	29,3		
Okt.	944,7	269,7	651,1	160,8	490,3	4,5	485,8	4,0	19,9	8,4	20,8	30,1		
Nov.	962,6	288,7	649,9	158,2	491,7	5,0	486,7	3,9	20,0	8,3	21,4	34,5		
Dez.	961,9	264,9	672,9	178,6	494,3	5,5	488,8	3,9	20,1	8,3	21,5	22,6		
2008 Jan.	980,6	281,1	675,6	178,4	497,1	5,6	491,5	3,9	20,1	8,4	21,5	35,9		
Febr.	993,1	279,2	690,0	190,7	499,2	5,8	493,4	3,9	20,0	8,4	21,6	38,8		
Veränderungen *)														
2006	+ 63,5	+ 22,2	+ 42,5	+ 13,4	+ 29,1	+ 0,7	+ 28,4	- 0,5	- 0,8	- 0,1	+ 0,6	- 2,2		
2007	+ 84,8	+ 8,1	+ 77,6	+ 53,9	+ 23,7	+ 2,3	+ 21,4	- 0,6	- 0,4	- 0,7	+ 1,5	+ 9,9		
2007 März	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,2		
April	+ 12,4	+ 4,3	+ 8,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,1	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Mai	- 2,8	+ 0,1	- 2,8	- 4,4	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,5	- 0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,1	- 2,2		
Juni	+ 8,3	+ 4,6	+ 3,7	- 0,0	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5		
Juli	+ 5,8	+ 5,5	+ 0,6	- 1,1	+ 1,6	+ 0,2	+ 1,5	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 2,0		
Aug.	+ 6,7	- 6,1	+ 13,2	+ 12,4	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 2,0		
Sept.	+ 18,2	+ 9,8	+ 8,6	+ 4,5	+ 4,1	+ 0,2	+ 3,9	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,4		
Okt.	+ 0,4	- 8,0	+ 8,5	+ 10,1	- 1,5	- 0,0	- 1,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	-	+ 0,8		
Nov.	+ 17,9	+ 19,1	- 1,2	- 3,0	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,6	+ 4,4		
Dez.	- 0,7	- 23,9	+ 23,1	+ 20,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 11,9		
2008 Jan.	+ 18,6	+ 16,0	+ 2,6	- 0,2	+ 2,8	+ 0,1	+ 2,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 13,3		
Febr.	+ 12,5	- 1,9	+ 14,4	+ 12,3	+ 2,1	+ 0,2	+ 1,9	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 2,9		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2005	1 363,1	462,8	448,1	79,7	305,1	63,2	14,8	234,9	217,0	23,7	179,0	14,2	
2006	1 385,3	464,9	450,3	81,7	307,4	61,1	14,6	264,7	245,7	30,1	198,6	16,9	
2007	1 458,7	487,1	472,1	83,9	320,9	67,2	15,0	324,8	300,7	41,7	234,3	24,7	
2007 Sept.	1 416,7	477,8	462,6	81,5	317,1	64,0	15,2	299,5	277,1	36,4	218,8	21,8	
Okt.	1 416,2	473,5	458,3	82,9	312,2	63,1	15,3	304,4	282,1	37,4	222,1	22,5	
Nov.	1 431,7	484,7	469,4	83,3	319,2	66,9	15,4	309,0	286,5	38,0	225,3	23,2	
Dez.	1 458,7	487,1	472,1	83,9	320,9	67,2	15,0	324,8	300,7	41,7	234,3	24,7	
2008 Jan.	1 456,7	479,1	464,1	83,6	314,2	66,3	15,0	332,8	308,6	42,6	239,9	26,1	
Febr.	1 459,1	480,9	465,2	82,9	315,7	66,5	15,7	335,6	311,0	42,5	241,8	26,7	
Veränderungen *)													
2006	+ 23,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	- 0,9	+ 1,2	- 0,2	+ 29,8	+ 28,7	+ 5,8	+ 19,9	+ 3,0	
2007	+ 72,9	+ 22,2	+ 21,8	+ 2,2	+ 16,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 60,0	+ 54,9	+ 11,6	+ 35,6	+ 7,8	
2007 Sept.	+ 4,5	- 0,8	- 0,6	- 3,2	+ 2,5	+ 0,0	- 0,2	+ 6,7	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,6	+ 0,9	
Okt.	- 0,5	- 4,3	- 4,4	+ 1,4	- 4,9	- 0,9	+ 0,1	+ 4,9	+ 5,0	+ 1,0	+ 3,3	+ 0,7	
Nov.	+ 15,3	+ 11,2	+ 11,1	+ 0,4	+ 9,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 4,6	+ 4,4	+ 0,6	+ 3,2	+ 0,6	
Dez.	+ 27,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 0,3	- 0,3	+ 15,8	+ 14,1	+ 3,6	+ 9,0	+ 1,5	
2008 Jan.	- 2,0	- 8,0	- 8,0	- 0,4	- 6,8	- 0,8	- 0,0	+ 8,0	+ 8,0	+ 0,9	+ 5,7	+ 1,4	
Febr.	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,1	- 0,6	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,4	- 0,1	+ 1,9	+ 0,5	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2005	103,7	38,8	1,3	7,9	29,6	0,0	12,9	16,3	3,9	2,5	9,9	0,1	19,1		
2006	134,4	41,9	2,1	6,2	33,6	0,0	9,5	18,0	5,4	2,5	10,0	0,1	18,5		
2007	158,5	38,3	1,9	3,1	33,2	0,0	8,2	27,9	6,0	11,2	10,6	0,1	19,1		
2007 Sept.	149,3	39,6	2,6	2,9	34,1	0,0	8,2	30,4	6,8	13,8	9,8	0,1	19,1		
Okt.	146,1	38,2	1,6	2,8	33,8	0,0	8,2	29,1	8,6	10,8	9,6	0,1	19,1		
Nov.	157,0	41,9	1,9	6,2	33,8	0,0	8,2	25,0	4,2	11,1	9,7	0,1	19,0		
Dez.	158,5	38,3	1,9	3,1	33,2	0,0	8,2	27,9	6,0	11,2	10,6	0,1	19,1		
2008 Jan.	150,0	37,4	1,5	2,7	33,1	0,0	6,9	26,7	5,4	11,0	10,2	0,1	17,7		
Febr.	149,6	37,1	1,4	2,6	33,1	0,0	7,0	24,8	4,5	10,0	10,2	0,1	17,7		
Veränderungen *)															
2006	+ 30,7	+ 3,1	+ 0,8	- 1,7	+ 4,0	- 0,0	- 3,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,6		
2007	+ 23,5	- 4,3	- 0,2	- 3,1	- 1,0	- 0,0	- 0,5	+ 9,8	+ 0,6	+ 8,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,8		
2007 Sept.	+ 4,2	- 1,5	+ 1,0	- 1,9	- 0,6	-	- 0,1	+ 5,8	+ 2,6	+ 3,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0		
Okt.	- 3,2	- 1,4	- 1,0	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 1,4	+ 1,7	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Nov.	+ 10,9	+ 3,7	+ 0,3	+ 3,4	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 4,0	- 4,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Dez.	+ 1,5	- 3,7	+ 0,0	- 3,1	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 2,9	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,1		
2008 Jan.	- 8,6	- 0,9	- 0,4	- 0,4	- 0,1	-	+ 0,2	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,1		
Febr.	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	-	+ 0,1	- 1,9	- 0,9	- 1,0	+ 0,0	-	- 0,0		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
17,9	90,8	144,1	5,3	138,8	596,0	586,4	9,6	69,3	0,5	11,3	-	2005	
19,1	115,6	149,2	6,4	142,7	580,0	571,1	8,9	75,7	0,5	9,5	-	2006	
24,1	168,4	156,4	13,5	142,8	550,1	542,4	7,7	96,8	0,5	9,0	-	2007	
22,5	149,4	150,1	9,0	141,1	549,2	541,2	8,0	90,1	0,5	8,9	-	2007 Sept.	
22,3	153,7	150,8	10,1	140,7	545,7	537,8	7,9	92,5	0,5	8,8	-	Okt.	
22,5	157,1	151,9	11,5	140,5	542,7	535,1	7,7	95,1	0,5	9,0	-	Nov.	
24,1	168,4	156,4	13,5	142,8	550,1	542,4	7,7	96,8	0,5	9,0	-	Dez.	
24,2	175,0	157,8	15,2	142,6	545,3	537,6	7,6	99,6	0,3	8,9	-	2008 Jan.	
24,6	177,6	158,0	15,8	142,2	542,3	534,7	7,6	100,3	0,3	8,9	-	Febr.	
Veränderungen *)													
+ 1,1	+ 24,7	+ 5,1	+ 1,1	+ 4,0	- 16,0	- 15,3	- 0,7	+ 7,9	+ 0,0	- 0,3	-	2006	
+ 5,0	+ 52,9	+ 7,1	+ 7,1	+ 0,0	- 29,9	- 28,7	- 1,2	+ 20,6	+ 0,0	- 0,8	-	2007	
+ 0,7	+ 6,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	- 0,1	-	2007 Sept.	
- 0,1	+ 4,3	+ 0,6	+ 1,1	- 0,5	- 3,5	- 3,4	- 0,1	+ 2,3	+ 0,0	- 0,1	-	Okt.	
+ 0,2	+ 3,4	+ 1,2	+ 1,4	- 0,2	- 3,0	- 2,7	- 0,3	+ 2,4	- 0,0	- 0,1	-	Nov.	
+ 1,6	+ 11,3	+ 4,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 7,3	+ 7,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,0	- 0,0	-	Dez.	
+ 0,0	+ 6,6	+ 1,4	+ 1,6	- 0,2	- 4,8	- 4,7	- 0,1	+ 2,8	- 0,2	- 0,0	-	2008 Jan.	
+ 0,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	- 0,4	- 2,9	- 2,9	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	-	Febr.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung								Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite		
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
28,0	11,8	10,4	2,6	3,2	0,3	20,7	4,1	11,0	4,9	0,7	0,0	2005	
30,5	11,5	12,7	3,4	3,0	0,3	44,0	7,8	29,7	6,0	0,6	0,0	2006	
37,8	12,3	19,5	3,6	2,5	0,3	54,5	7,7	38,1	8,4	0,3	0,0	2007	
34,7	10,3	18,3	3,6	2,6	0,3	44,5	6,9	29,5	7,7	0,4	0,0	2007 Sept.	
33,3	10,0	17,3	3,5	2,5	0,3	45,5	7,0	30,3	7,8	0,3	0,0	Okt.	
37,1	11,6	19,4	3,6	2,5	0,3	53,0	9,6	35,1	8,0	0,4	0,0	Nov.	
37,8	12,3	19,5	3,6	2,5	0,3	54,5	7,7	38,1	8,4	0,3	0,0	Dez.	
33,8	9,6	18,3	3,5	2,4	0,3	52,1	8,4	34,9	8,5	0,3	0,0	2008 Jan.	
36,9	11,0	20,0	3,6	2,4	0,3	50,8	8,1	33,6	8,8	0,3	0,0	Febr.	
Veränderungen *)													
+ 2,5	- 0,3	+ 2,3	+ 0,7	- 0,2	- 0,0	+ 23,3	+ 3,6	+ 18,7	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	2006	
+ 7,4	+ 0,9	+ 6,8	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 10,5	- 0,1	+ 8,4	+ 2,4	- 0,2	- 0,0	2007	
- 1,4	- 1,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 1,2	+ 1,0	- 0,2	+ 0,4	- 0,0	-	2007 Sept.	
- 1,4	- 0,3	- 1,0	- 0,0	- 0,1	-	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	-	Okt.	
+ 3,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 7,5	+ 2,6	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,0	-	Nov.	
+ 0,8	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,5	- 1,9	+ 3,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	Dez.	
- 4,0	- 2,7	- 1,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 2,4	+ 0,7	- 3,2	+ 0,1	- 0,0	-	2008 Jan.	
+ 3,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,1	- 0,0	-	- 1,3	- 0,4	- 1,3	+ 0,3	- 0,0	-	Febr.	

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter Sonder- spar- formen 2)	mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2005	611,9	603,4	519,2	404,2	84,2	74,4	8,5	6,8	13,3	99,3	91,9	77,5	7,4	
2006	594,9	586,5	487,4	384,4	99,1	89,8	8,3	6,4	13,2	107,6	97,5	70,5	10,0	
2007	563,8	555,4	446,0	354,6	109,4	101,4	8,4	6,1	14,2	130,7	118,4	64,5	12,3	
2007 Okt.	559,4	551,2	443,8	352,7	107,4	99,6	8,2	6,0	0,5	125,4	113,8	65,0	11,6	
2007 Nov.	556,3	548,1	439,7	349,6	108,4	100,5	8,2	6,0	0,5	128,9	116,7	64,8	12,2	
2007 Dez.	563,8	555,4	446,0	354,6	109,4	101,4	8,4	6,1	9,9	130,7	118,4	64,5	12,3	
2008 Jan.	558,9	550,5	441,2	351,1	109,3	101,9	8,4	6,1	0,7	133,3	121,1	63,5	12,2	
2008 Febr.	556,0	547,6	439,2	350,2	108,4	101,1	8,4	6,1	0,4	135,1	121,7	62,9	13,4	
Veränderungen *)														
2006	- 17,0	- 16,8	- 31,7	- 20,4	+ 14,9	+ 15,5	- 0,2	- 0,4	.	+ 7,3	+ 7,2	- 5,5	+ 0,1	
2007	- 31,0	- 31,1	- 41,4	- 28,8	+ 10,3	+ 11,6	+ 0,1	- 0,3	.	+ 22,4	+ 20,1	- 6,7	+ 2,2	
2007 Okt.	- 3,7	- 3,6	- 4,7	- 3,9	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	- 0,1	.	+ 2,2	+ 2,3	- 0,6	- 0,1	
2007 Nov.	- 3,1	- 3,1	- 4,1	- 3,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,0	- 0,0	.	+ 3,2	+ 2,6	- 0,3	+ 0,6	
2007 Dez.	+ 7,5	+ 7,3	+ 6,3	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	.	+ 1,8	+ 1,7	- 0,3	+ 0,1	
2008 Jan.	- 4,9	- 4,9	- 4,8	- 3,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,0	-	.	+ 2,6	+ 2,7	- 0,9	- 0,1	
2008 Febr.	- 2,9	- 2,9	- 2,1	- 0,9	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	- 0,0	.	+ 1,9	+ 0,6	- 0,6	+ 1,2	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere							Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene			
	darunter:							darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen		
	ins- gesamt	variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	ins- gesamt	bis 1 Jahr einschl.			über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2005	1 608,7	400,7	25,3	274,5	32,0	61,8	94,8	1 452,1	1,5	0,2	0,5	0,8	45,8	2,5
2006	1 636,2	392,5	41,1	301,5	30,9	68,3	118,3	1 449,5	1,8	0,2	0,8	0,7	51,4	1,2
2007	1 659,1	375,7	54,2	305,1	51,2	109,6	147,5	1 402,0	1,9	0,1	1,1	0,7	53,6	1,4
2007 Okt.	1 683,4	377,5	54,9	314,4	48,0	102,2	149,5	1 431,6	1,8	0,1	1,1	0,6	53,8	1,2
2007 Nov.	1 679,3	378,1	55,6	309,0	51,5	111,3	151,5	1 416,5	1,8	0,1	1,1	0,6	54,4	1,5
2007 Dez.	1 659,1	375,7	54,2	305,1	51,2	109,6	147,5	1 402,0	1,9	0,1	1,1	0,7	53,6	1,4
2008 Jan.	1 667,1	372,9	53,9	307,1	56,3	119,2	147,6	1 400,2	1,9	0,2	1,1	0,6	53,6	1,4
2008 Febr.	1 653,6	374,8	55,6	305,0	55,5	116,2	148,5	1 388,9	1,9	0,2	1,1	0,6	53,6	1,4
Veränderungen *)														
2006	+ 21,6	- 27,3	+ 8,2	+ 25,4	- 2,3	+ 6,0	+ 22,9	- 7,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 0,0	+ 4,0	+ 0,2
2007	+ 21,7	- 17,5	+ 12,9	+ 3,6	+ 20,2	+ 40,7	+ 32,3	- 51,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 2,2	- 0,0
2007 Okt.	+ 13,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,0	+ 3,7	+ 7,9	+ 3,7	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8	- 0,0
2007 Nov.	- 4,1	+ 0,6	+ 0,7	- 5,4	+ 3,6	+ 8,8	+ 1,9	- 14,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,0
2007 Dez.	- 20,1	- 2,3	- 1,5	- 3,9	- 0,3	- 1,7	- 4,0	- 14,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,0
2008 Jan.	+ 8,0	- 3,0	- 0,3	+ 2,0	+ 5,2	+ 9,6	+ 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8	- 0,0
2008 Febr.	- 13,5	+ 1,9	+ 1,6	- 2,0	- 0,9	- 3,0	+ 0,8	- 11,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2006	26	193,9	41,5	0,0	14,4	27,4	66,7	11,7	14,2	0,4	28,6	123,8	5,2	3,7	7,4	95,2
2007 Dez.	25	189,5	41,8	0,0	12,1	27,6	67,9	11,9	12,1	0,3	22,8	123,8	5,2	6,6	7,3	9,0
2008 Jan.	25	189,9	42,3	0,0	12,8	27,7	68,0	11,6	11,8	0,3	22,8	123,6	5,5	7,2	7,3	7,0
Febr.	25	189,8	42,4	0,0	12,9	27,7	67,9	11,6	11,8	0,2	22,6	123,3	5,7	7,1	7,3	6,9
Private Bausparkassen																
2007 Dez.	15	137,8	27,5	0,0	7,3	17,5	51,9	11,0	7,4	0,2	18,2	82,5	5,0	6,6	4,7	5,7
2008 Jan.	15	138,3	28,0	0,0	8,1	17,6	52,0	10,8	7,1	0,2	18,4	82,3	5,3	7,2	4,7	4,3
Febr.	15	138,2	27,9	0,0	8,1	17,6	51,9	10,7	7,2	0,2	18,1	82,0	5,5	7,1	4,7	4,3
Öffentliche Bausparkassen																
2007 Dez.	10	51,7	14,2	0,0	4,8	10,1	16,0	0,9	4,7	0,1	4,6	41,3	0,2	-	2,6	3,3
2008 Jan.	10	51,6	14,3	0,0	4,7	10,1	16,0	0,9	4,7	0,1	4,4	41,3	0,2	-	2,6	2,7
Febr.	10	51,6	14,5	0,0	4,8	10,1	15,9	0,9	4,6	0,1	4,5	41,3	0,2	-	2,6	2,6

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)	
	eingezahlte Bauspar- beträge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Tilg- ungen im Quartal		
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en							
Alle Bausparkassen																
2006	25,1	3,7	6,5	42,4	29,8	38,6	18,5	4,1	6,8	3,4	13,3	10,4	7,5	11,4	9,5	0,5
2007 Dez.	2,1	2,6	0,6	3,5	2,8	3,2	1,6	0,3	0,6	0,3	0,9	10,0	7,6	0,9	2,3	0,0
2008 Jan.	2,1	0,0	0,5	3,6	2,8	3,7	1,8	0,3	0,7	0,3	1,2	9,6	7,3	0,8		0,0
Febr.	1,9	0,0	0,5	3,9	3,1	3,3	1,8	0,3	0,7	0,3	0,8	10,1	7,7	0,8		0,0
Private Bausparkassen																
2007 Dez.	1,4	1,7	0,3	2,5	1,9	2,3	1,2	0,2	0,4	0,2	0,8	6,0	3,9	0,6	1,3	0,0
2008 Jan.	1,3	0,0	0,3	2,6	1,9	2,9	1,3	0,2	0,5	0,2	1,1	5,8	3,8	0,5		0,0
Febr.	1,2	0,0	0,3	2,7	2,0	2,4	1,3	0,3	0,5	0,2	0,7	6,0	3,9	0,5		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2007 Dez.	0,8	0,9	0,2	1,0	0,9	0,8	0,5	0,1	0,2	0,1	0,1	4,0	3,7	0,3	0,9	0,0
2008 Jan.	0,8	-	0,2	1,0	0,8	0,8	0,5	0,1	0,2	0,1	0,1	3,8	3,5	0,3		0,0
Febr.	0,7	0,0	0,2	1,3	1,1	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,1	4,1	3,8	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. Auslands-töchtern		Auslands-filialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanz-summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Sonstige Aktiv-positionen
					ins-gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld-markt-papiere, Wertpa-piere 2) 3)	ins-gesamt	Buchkredite			Geld-markt-papiere, Wertpa-piere 2)		
						zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken			zu-sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter-nehmen und Privat-personen		an aus-ländische Nicht-banken	
Auslandsfilialen																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2005	54	211	1 626,5	713,1	640,8	180,1	460,7	72,3	805,8	587,7	22,0	21,5	565,7	218,1	107,6	
2006	53	213	1 743,7	711,6	635,5	194,1	441,4	76,1	897,7	671,8	18,5	17,9	653,3	226,0	134,3	
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	20,7	789,8	255,3	161,8	
2007 April	53	214	1 902,2	736,1	658,6	225,9	432,7	77,5	1 024,4	798,6	25,0	24,3	773,6	225,8	141,6	
Mai	53	215	1 962,5	763,0	684,6	232,9	451,8	78,3	1 057,5	822,4	26,8	26,0	795,6	235,1	142,1	
Juni	53	216	2 037,9	801,8	714,6	224,6	490,0	87,2	1 076,4	837,3	26,1	25,3	811,2	239,1	159,7	
Juli	52	216	2 091,4	806,6	724,4	221,4	503,0	82,2	1 133,0	880,6	24,2	23,2	856,4	252,4	151,7	
Aug.	52	216	2 077,6	828,5	748,5	238,5	509,9	80,1	1 095,6	822,5	23,0	22,2	799,5	273,0	153,5	
Sept.	52	216	2 058,3	804,4	727,5	250,4	477,1	76,9	1 096,6	826,0	25,9	24,9	800,2	270,5	157,4	
Okt.	52	218	2 069,8	832,1	754,9	256,7	498,2	77,1	1 080,6	812,1	24,9	24,0	787,2	268,5	157,2	
Nov.	52	218	2 067,1	816,2	741,4	247,6	493,9	74,7	1 085,5	827,8	24,9	24,1	802,9	257,8	165,4	
Dez.	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	20,7	789,8	255,3	161,8	
2008 Jan.	52	217	2 080,4	837,3	764,6	255,2	509,4	72,7	1 087,8	833,6	22,7	21,6	810,9	254,2	155,3	
Veränderungen *)																
2006	- 1	+ 2	+204,9	+ 29,4	+ 23,7	+ 13,9	+ 9,8	+ 5,6	+142,8	+123,1	- 3,5	- 3,7	+126,6	+ 19,7	+ 32,8	
2007	- 1	+ 5	+406,5	+132,8	+136,4	+ 44,5	+ 91,9	- 3,6	+240,6	+196,1	+ 3,1	+ 2,9	+192,9	+ 44,5	+ 33,1	
2007 April	-	- 1	+ 11,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,0	- 3,4	- 5,7	+ 2,0	+ 2,0	- 7,8	+ 2,3	+ 12,3	
Mai	-	+ 1	+ 51,1	+ 23,8	+ 23,2	+ 7,0	+ 16,2	+ 0,6	+ 27,2	+ 19,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 17,3	+ 8,1	+ 0,1	
Juni	-	+ 1	+ 77,9	+ 39,7	+ 30,8	- 8,2	+ 39,0	+ 8,9	+ 20,5	+ 16,0	- 0,7	- 0,6	+ 16,7	+ 4,5	+ 17,8	
Juli	- 1	-	+ 63,6	+ 5,5	+ 10,3	- 3,2	+ 13,5	- 4,8	+ 65,8	+ 51,1	- 2,0	- 2,1	+ 53,1	+ 14,7	- 7,7	
Aug.	-	-	- 15,2	+ 21,5	+ 23,6	+ 17,1	+ 6,5	- 2,1	- 38,3	- 58,6	- 1,1	- 1,0	- 57,5	+ 20,2	+ 1,6	
Sept.	-	-	+ 14,5	- 13,5	- 10,9	+ 11,9	- 22,8	- 2,6	+ 22,4	+ 19,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 17,0	+ 2,6	+ 5,7	
Okt.	-	+ 2	+ 27,6	+ 32,6	+ 32,1	+ 6,3	+ 25,7	+ 0,5	- 5,6	- 6,1	- 1,0	- 1,0	- 5,1	+ 0,5	+ 0,6	
Nov.	-	-	+ 18,5	- 9,0	- 7,0	- 9,2	+ 2,2	- 2,0	+ 18,5	+ 26,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 26,2	- 7,8	+ 9,0	
Dez.	-	-	- 21,8	- 2,0	+ 2,0	- 8,9	+ 10,9	- 4,0	- 16,6	- 14,4	- 3,3	- 3,3	- 11,1	- 2,2	- 3,2	
2008 Jan.	-	- 1	+ 45,5	+ 25,8	+ 23,6	+ 16,6	+ 7,1	+ 2,2	+ 26,0	+ 26,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 25,1	- 0,1	- 6,4	
Auslandstöchter																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2005	43	153	713,6	320,9	249,4	119,9	129,6	71,4	324,6	224,0	39,0	35,8	185,0	100,6	68,1	
2006	40	142	761,2	341,9	262,8	124,1	138,7	79,1	347,3	218,7	38,0	36,4	180,7	128,6	72,1	
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	36,8	138,1	87,9	59,0	
2007 April	40	112	602,3	295,8	221,3	115,0	106,3	74,5	250,7	136,5	35,1	33,7	101,4	114,3	55,8	
Mai	40	112	613,6	299,0	222,3	112,2	110,1	76,6	255,0	138,2	36,5	35,1	101,7	116,8	59,6	
Juni	40	112	608,2	286,4	210,5	106,1	104,4	75,9	261,9	141,6	36,3	35,0	105,2	120,3	59,9	
Juli	40	109	599,3	280,8	208,2	103,7	104,5	72,6	259,7	143,6	36,2	34,8	107,4	116,1	58,7	
Aug.	40	109	595,1	274,9	204,2	102,6	101,6	70,7	263,2	145,8	36,6	35,2	109,2	117,4	57,0	
Sept.	40	110	590,2	274,7	204,8	110,5	94,3	69,9	259,6	147,4	36,2	34,8	111,3	112,2	55,9	
Okt.	41	112	588,0	270,5	200,6	109,0	91,6	69,9	260,8	150,9	36,2	34,8	114,8	109,9	56,7	
Nov.	41	112	586,7	269,7	199,6	105,4	94,1	70,1	258,8	152,1	36,7	35,3	115,5	106,7	58,2	
Dez.	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	36,8	138,1	87,9	59,0	
2008 Jan.	39	121	598,1	273,3	206,9	108,9	98,0	66,4	265,0	177,9	38,4	37,4	139,5	87,1	59,7	
Veränderungen *)																
2006	- 3	- 11	+ 62,6	+ 29,7	+ 17,9	+ 4,3	+ 13,6	+ 11,8	+ 28,3	- 0,7	- 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 29,0	+ 4,7	
2007	- 1	- 22	-155,7	- 64,1	- 55,8	- 19,3	- 36,5	- 8,3	- 79,1	- 38,8	- 0,2	+ 0,4	- 38,6	- 40,4	- 12,5	
2007 April	-	- 1	+ 1,5	- 1,5	- 2,7	- 3,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,6	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,9	- 0,4	- 0,7	
Mai	-	-	+ 9,9	+ 2,3	+ 0,7	- 2,8	+ 3,4	+ 1,6	+ 3,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 2,5	+ 3,7	
Juni	-	-	- 5,1	- 12,4	- 11,8	- 6,1	- 5,7	- 0,6	+ 7,0	+ 3,4	- 0,2	- 0,1	+ 3,6	+ 3,6	+ 0,4	
Juli	-	- 3	- 7,3	- 4,5	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	- 2,6	- 1,7	+ 2,4	- 0,1	- 0,1	+ 2,5	- 4,1	- 1,1	
Aug.	-	-	- 4,2	- 6,0	- 4,0	- 1,1	- 2,9	- 2,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,3	- 1,7	
Sept.	-	+ 1	- 0,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 7,9	- 5,8	+ 1,0	- 2,3	+ 2,9	- 0,4	- 0,4	+ 3,3	- 5,2	- 1,0	
Okt.	+ 1	+ 2	- 0,0	- 2,8	- 3,6	- 1,5	- 2,1	+ 0,8	+ 1,9	+ 4,1	- 0,0	+ 0,0	+ 4,1	- 2,3	+ 0,9	
Nov.	-	-	+ 1,2	+ 1,0	- 0,2	- 3,6	+ 3,4	+ 1,2	- 1,3	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,4	- 3,1	+ 1,5	
Dez.	- 2	+ 8	+ 4,5	- 1,6	+ 3,0	- 0,6	+ 3,6	- 4,5	+ 5,2	+ 24,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 22,8	- 18,8	+ 0,9	
2008 Jan.	-	+ 1	+ 7,8	+ 5,9	+ 4,7	+ 4,1	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	- 0,8	+ 0,7	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit	
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					auslän-dische Nicht-banken							
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)											
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig									
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandsfilialen	
1 362,8	912,4	373,6	538,9	450,4	63,9	59,0	55,3	4,9	4,6	386,5	171,9	20,9	70,8	2005		
1 442,7	984,9	398,5	586,4	457,8	53,8	49,3	46,2	4,6	4,1	403,9	181,5	27,8	91,7	2006		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	47,5	4,1	3,9	477,4	186,0	29,2	103,5	2007		
1 565,0	996,5	382,1	614,4	568,5	58,0	53,2	50,1	4,8	4,2	510,5	210,0	28,9	98,2	2007 April		
1 611,6	1 012,2	386,5	625,7	599,4	59,0	54,1	50,2	4,8	4,2	540,4	217,9	29,8	103,3	Mai		
1 677,2	1 076,6	442,8	633,8	600,6	59,0	54,6	50,2	4,5	3,8	541,5	214,8	29,7	116,2	Juni		
1 725,9	1 097,9	438,6	659,3	628,0	58,1	53,6	51,3	4,5	4,0	569,9	219,8	29,7	115,9	Juli		
1 715,8	1 139,6	466,2	673,4	576,2	65,6	61,1	56,9	4,6	4,0	510,6	213,5	30,1	118,3	Aug.		
1 701,9	1 124,0	507,9	616,1	577,9	62,5	57,9	53,9	4,6	4,0	515,4	203,8	30,1	122,6	Sept.		
1 711,3	1 159,4	510,7	648,7	551,9	63,7	59,6	56,3	4,1	3,8	488,2	208,5	30,1	120,0	Okt.		
1 739,0	1 154,7	523,7	631,0	584,3	64,0	60,0	55,4	4,1	3,8	520,3	189,8	30,1	108,2	Nov.		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	47,5	4,1	3,9	477,4	186,0	29,2	103,5	Dez.		
1 767,7	1 195,7	519,4	676,3	572,0	60,6	56,5	53,6	4,1	3,8	511,4	177,2	29,2	106,4	2008 Jan.		
Veränderungen *)																
+ 142,5	+ 110,0	+ 24,9	+ 85,1	+ 32,5	- 10,0	- 9,7	- 9,1	- 0,3	- 0,5	+ 42,5	+ 9,5	+ 6,9	+ 46,0	2006		
+ 359,0	+ 243,9	+ 149,2	+ 94,7	+ 115,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,3	- 0,5	- 0,2	+ 113,6	+ 4,5	+ 1,3	+ 41,7	2007		
- 12,6	- 9,7	- 24,5	+ 14,8	- 2,9	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 9,0	+ 0,9	+ 14,0	2007 April		
+ 39,5	+ 11,7	+ 4,4	+ 7,3	+ 27,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 26,9	+ 7,9	+ 0,9	+ 2,8	Mai		
+ 67,8	+ 65,9	+ 56,3	+ 9,6	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,4	+ 1,8	- 3,1	- 0,1	+ 13,4	Juni		
+ 56,3	+ 21,1	- 4,3	+ 25,4	+ 35,2	- 0,9	- 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 36,1	+ 5,0	- 0,0	+ 2,2	Juli		
- 11,4	+ 39,3	+ 27,7	+ 11,6	- 50,6	+ 7,5	+ 7,5	+ 5,5	+ 0,0	+ 0,0	- 58,1	- 6,4	+ 0,4	+ 2,2	Aug.		
+ 10,9	- 1,5	+ 41,7	- 43,2	+ 12,4	- 3,1	- 3,1	- 2,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 15,5	- 9,7	- 0,0	+ 13,3	Sept.		
+ 20,8	+ 41,8	+ 2,8	+ 39,0	- 21,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	- 22,2	+ 4,7	+ 0,0	+ 2,0	Okt.		
+ 42,9	+ 3,9	+ 13,0	- 9,1	+ 39,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	+ 38,6	- 18,7	+ 0,0	- 5,7	Nov.		
- 13,6	+ 37,0	+ 24,0	+ 13,0	- 50,6	- 8,7	- 8,8	- 8,0	+ 0,0	+ 0,1	- 41,9	- 3,8	- 0,9	- 3,5	Dez.		
+ 49,1	+ 7,3	- 28,4	+ 35,6	+ 41,9	+ 5,2	+ 5,3	+ 6,2	- 0,0	- 0,0	+ 36,6	- 8,8	+ 0,0	+ 5,1	2008 Jan.		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandstöchter	
525,4	310,6	103,3	207,3	214,8	36,0	29,1	27,1	7,0	6,8	178,8	79,7	41,0	67,5	2005		
557,3	329,4	121,5	207,9	227,9	40,8	33,0	31,6	7,8	7,7	187,1	87,9	40,0	76,0	2006		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	29,5	6,8	6,7	130,1	69,5	28,6	55,4	2007		
446,9	276,6	109,5	167,2	170,3	43,3	34,9	33,0	8,5	8,3	127,0	67,0	28,0	60,3	2007 April		
457,7	282,7	106,4	176,2	175,1	43,0	34,4	32,4	8,6	8,4	132,1	66,7	28,2	61,0	Mai		
453,4	280,8	114,7	166,1	172,5	41,2	32,7	30,6	8,5	8,4	131,3	66,6	28,5	59,7	Juni		
445,9	278,4	111,0	167,4	167,5	37,7	30,7	29,4	7,1	7,0	129,7	66,7	27,9	58,8	Juli		
442,7	278,7	121,5	157,2	164,0	38,3	31,3	30,2	7,0	6,9	125,7	65,6	28,1	58,7	Aug.		
443,6	280,7	119,1	161,6	162,9	37,4	30,6	30,2	6,8	6,7	125,5	63,0	27,9	55,6	Sept.		
440,3	275,8	120,5	155,4	164,5	37,0	30,3	30,1	6,7	6,6	127,5	62,2	28,0	57,6	Okt.		
443,2	275,4	121,8	153,6	167,8	37,7	31,0	30,4	6,7	6,6	130,1	59,3	27,4	56,8	Nov.		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	29,5	6,8	6,7	130,1	69,5	28,6	55,4	Dez.		
445,3	270,6	120,5	150,2	174,7	41,1	34,1	33,8	7,0	6,9	133,6	70,2	29,2	53,3	2008 Jan.		
Veränderungen *)																
+ 43,8	+ 26,3	+ 18,2	+ 8,0	+ 17,6	+ 4,8	+ 3,9	+ 4,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 12,7	+ 8,2	- 1,0	+ 11,6	2006		
- 109,3	- 53,9	- 3,4	- 50,5	- 55,4	- 3,7	- 2,6	- 2,1	- 1,1	- 1,0	- 51,7	- 18,3	- 11,4	- 16,7	2007		
+ 2,0	+ 0,3	- 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,6	- 0,0	2007 April		
+ 9,8	+ 5,4	- 3,0	+ 8,5	+ 4,3	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 4,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	Mai		
- 4,1	- 1,6	+ 8,3	- 9,9	- 2,5	- 1,8	- 1,7	- 1,8	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	- 1,2	Juni		
- 6,3	- 1,8	- 3,7	+ 1,8	- 4,4	- 3,5	- 2,0	- 1,2	- 1,5	- 1,4	- 1,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,6	Juli		
- 3,3	+ 0,2	+ 10,4	- 10,3	- 3,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	- 4,0	- 1,1	+ 0,2	- 0,0	Aug.		
+ 4,4	+ 3,8	- 2,4	+ 6,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,2	- 0,2	+ 1,5	- 2,6	- 0,2	- 1,8	Sept.		
- 1,7	- 4,1	+ 1,4	- 5,4	+ 2,4	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 2,7	- 0,8	+ 0,1	+ 2,5	Okt.		
+ 4,7	+ 0,5	+ 1,3	- 0,9	+ 4,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 3,6	- 2,9	- 0,5	- 0,1	Nov.		
- 5,6	- 5,2	- 3,6	- 1,6	- 0,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 10,2	+ 1,2	- 1,3	Dez.		
+ 8,4	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	+ 7,8	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 3,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,0	2008 Jan.		

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und

nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auf-
erlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die
gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unter- schreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindest-
reserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die
reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der
Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2007 Aug.	9 618,1	192,4	0,5	191,9	192,7	0,9	0,0
Sept.	9 649,9	193,0	0,5	192,5	193,4	0,9	0,0
Okt.	9 708,0	194,2	0,5	193,7	194,4	0,7	0,0
Nov.	9 818,7	196,4	0,5	195,9	196,8	1,0	0,0
Dez. 8)	10 055,2	201,1	0,5	200,6	200,9	1,1	0,0
2008 Jan.	10 106,7	202,1	0,5	201,6	202,4	0,8	0,0
Febr. 9)	10 253,8	205,1	0,5	204,6	205,3	0,7	0,0
März 9)	206,9
April
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2007 Aug.	2 248 867	44 977	197	44 780	45 221	441	1
Sept.	2 253 006	45 060	197	44 864	45 217	353	1
Okt.	2 292 287	45 846	196	45 649	45 944	295	0
Nov.	2 327 494	46 550	196	46 353	46 703	350	0
Dez.	2 339 106	46 782	196	46 586	46 887	301	2
2008 Jan.	2 382 218	47 644	197	47 448	47 658	210	0
Febr.	2 426 935	48 539	197	48 342	48 569	227	1
März 9)	2 428 235	48 565	197	48 368
April 9)	2 425 851	48 517	196	48 321

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des
Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt,
in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3
der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer
Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.
1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reser-
vesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. —
5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentral-
banken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug
des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. —
8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive Reserve-Soll von Malta
(0,361 Mrd €) und Zypern (1,058 Mrd €). Das Reserve-Soll in der Europä-
ischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2007 betrug 199,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25	2003 7. März	1,50	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
9. April	1,50	2,50	3,50	2005 6. Dez.	1,25	2,25	3,25
5. Nov.	2,00	3,00	4,00	2006 8. März	1,50	2,50	3,50
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25	15. Juni	1,75	2,75	3,75
17. März	2,50	3,50	4,50	9. Aug.	2,00	3,00	4,00
28. April	2,75	3,75	4,75	11. Okt.	2,25	3,25	4,25
9. Juni	3,25	4,25	5,25	13. Dez.	2,50	3,50	4,50
1. Sept.	3,50	4,50	5,50	2007 14. März	2,75	3,75	4,75
6. Okt.	3,75	4,75	5,75	13. Juni	3,00	4,00	5,00
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan.	2,71	2005 1. Jan.	1,21
bis 3. April		1. Juli	1,17
		2006 1. Jan.	1,37
		1. Juli	1,95
		2007 1. Jan.	2,70
		1. Juli	3,19
		2008 1. Jan.	3,32

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindest-
bietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2008 5. März	240 542	176 500	—	4,00	4,11	4,14	7
12. März	260 402	209 500	—	4,00	4,12	4,16	7
19. März	295 701	202 000	—	4,00	4,16	4,20	7
26. März	302 534	216 000	—	4,00	4,23	4,28	7
			—				
2. April	283 699	150 000	—	4,00	4,21	4,25	7
9. April	247 590	130 000	—	4,00	4,23	4,24	7
16. April	249 682	204 500	—	4,00	4,21	4,26	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2008 21. Febr.	110 490	60 000	—	—	4,15	4,26	91
28. Febr.	109 612	50 000	—	—	4,16	4,23	91
13. März	132 591	60 000	—	—	4,25	4,40	91
27. März	131 334	50 000	—	—	4,44	4,53	91
3. April	103 109	25 000	—	—	4,55	4,61	189

Quelle: EZB. — * Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar
2008 um Malta und Zypern. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem

Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EONIA 2)	EURIBOR 3)					
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze		Monatsdurchschnitte					
2007 Sept.	4,03	3,35 – 4,65	4,71	4,66 – 4,79	4,03	4,22	4,43	4,74	4,75	4,73	4,72
Okt.	3,95	3,60 – 4,13	4,65	4,54 – 4,80	3,94	4,10	4,24	4,69	4,66	4,65	4,65
Nov.	4,00	3,39 – 4,12	4,60	4,50 – 4,81	4,02	4,12	4,22	4,64	4,63	4,62	4,61
Dez.	3,86	4) 3,68 – 4,04	4,83	4,60 – 4,98	3,88	4,16	4,71	4,85	4,82	4,80	4,79
2008 Jan.	3,99	3,50 – 4,19	4,44	4,23 – 4,70	4,02	4,13	4,20	4,48	4,50	4,50	4,50
Febr.	4,01	3,95 – 4,12	4,33	4,27 – 4,38	4,03	4,12	4,18	4,36	4,36	4,35	4,35
März	4,08	3,98 – 4,26	4,57	4,33 – 4,74	4,09	4,19	4,30	4,60	4,59	4,59	4,59

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus
den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewich-
tet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Euro-
päischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmetho-
de act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. —
3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline
Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durch-
schnittssatz. — 4 Ultimo 3,70%-3,80%.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände ^{o)}

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte					Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
					Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2007 Juli	3,49	3,02	3,92	4,00	5,28	4,57	4,89	8,80	6,95	6,06	5,70	5,15	5,00
Aug.	3,58	3,03	4,03	4,07	5,35	4,58	4,90	8,85	6,97	6,08	5,76	5,24	5,05
Sept.	3,68	3,06	4,13	4,09	5,44	4,64	4,94	8,99	7,00	6,13	5,91	5,35	5,14
Okt.	3,79	3,04	4,18	4,11	5,49	4,68	4,98	9,02	7,10	6,16	5,96	5,44	5,22
Nov.	3,85	3,06	4,21	4,18	5,48	4,72	4,99	8,86	7,12	6,21	5,96	5,49	5,22
Dez.	3,95	3,03	4,34	4,16	5,53	4,75	5,00	8,97	7,13	6,22	6,08	5,57	5,28
2008 Jan. ³⁾	3,98	3,06	4,27	4,20	5,61	4,76	5,01	9,00	7,16	6,24	6,06	5,55	5,28
Febr.	3,99	3,11	4,23	4,24	5,60	4,82	5,04	9,06	7,22	6,28	5,98	5,52	5,31

b) Neugeschäft ⁺⁾

Effektivzinssatz % p.a. ¹⁾

Erhebungszeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2007 Juli	1,10	3,86	3,90	2,97	2,45	3,40	1,81	4,01	4,16	4,51		
Aug.	1,14	3,93	3,93	3,01	2,53	3,46	1,89	4,08	4,33	4,20		
Sept.	1,16	4,07	3,98	2,92	2,58	3,50	1,91	4,14	4,34	4,41		
Okt.	1,17	4,11	4,16	3,31	2,53	3,57	1,97	4,07	4,37	4,63		
Nov.	1,18	4,08	4,22	3,20	2,54	3,64	2,01	4,10	4,41	4,04		
Dez.	1,18	4,28	4,14	3,18	2,57	3,68	1,95	4,26	4,40	4,03		
2008 Jan. ³⁾	1,20	4,19	4,32	3,43	2,57	3,75	2,01	4,13	4,39	4,68		
Febr.	1,21	4,12	4,19	3,25	2,65	3,77	2,01	4,07	4,18	4,32		

Erhebungszeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Überziehungskredite	Konsumentenkredite			Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite				
		insgesamt ²⁾	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt ²⁾	mit anfänglicher Zinsbindung			variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren				
2007 Juli	10,49	8,35	8,06	6,76	8,30	5,26	5,06	4,93	5,02	4,91	5,54	5,80	5,41
Aug.	10,55	8,48	8,43	6,85	8,31	5,24	5,15	4,98	5,08	4,90	5,36	5,93	5,47
Sept.	10,53	8,54	8,48	6,83	8,39	5,31	5,23	5,04	5,09	5,02	5,46	5,87	5,51
Okt.	10,64	8,38	8,10	6,88	8,40	5,38	5,29	5,07	5,08	5,11	5,63	6,05	5,59
Nov.	10,50	8,47	8,38	6,90	8,36	5,38	5,28	5,03	5,10	5,11	5,60	5,95	5,49
Dez.	10,46	8,26	8,05	6,93	8,17	5,40	5,32	5,03	5,07	5,18	5,67	5,83	5,43
2008 Jan. ³⁾	10,46	8,48	8,11	7,00	8,50	5,37	5,32	5,02	5,07	5,14	5,59	5,93	5,49
Febr.	10,44	8,71	8,52	7,21	8,44	5,40	5,26	4,96	5,01	5,09	5,55	5,86	5,51

Erhebungszeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungskredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2007 Juli	6,30	5,58	5,77	5,09	4,90	4,95	5,17
Aug.	6,35	5,77	5,86	5,17	5,01	5,46	5,29
Sept.	6,49	5,93	5,90	5,23	5,20	5,60	5,41
Okt.	6,53	5,95	6,00	5,26	5,11	5,19	5,31
Nov.	6,50	5,96	5,90	5,29	5,08	5,28	5,36
Dez.	6,62	6,08	5,96	5,30	5,35	5,62	5,48
2008 Jan. ³⁾	6,62	5,93	5,92	5,27	5,12	5,35	5,25
Febr.	6,51	5,84	5,85	5,23	5,04	5,46	5,14

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — ² Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung

der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — ³ Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2008 um Malta und Zypern.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2007 Febr.	3,21	157 913	2,59	191 354	3,52	93 871	4,24	21 929
März	3,33	163 774	2,58	191 196	3,67	94 996	4,23	22 215
April	3,40	167 316	2,57	190 215	3,71	95 725	4,25	22 243
Mai	3,46	172 864	2,56	189 352	3,78	96 130	4,28	22 042
Juni	3,55	178 758	2,55	188 711	3,90	95 736	4,27	22 252
Juli	3,66	184 931	2,55	187 763	3,98	99 560	4,29	22 518
Aug.	3,77	194 424	2,54	187 298	4,12	106 493	4,29	22 603
Sept.	3,86	202 538	2,54	187 402	4,24	109 580	4,30	22 699
Okt.	3,91	210 844	2,54	186 438	4,22	112 487	4,29	22 705
Nov.	3,95	218 591	2,53	185 967	4,26	110 367	4,30	22 552
Dez.	4,06	233 913	2,52	187 966	4,42	114 005	4,31	22 016
2008 Jan.	4,04	245 906	2,52	186 950	4,29	112 840	4,30	21 881
Febr.	4,01	250 408	2,51	185 966	4,19	122 709	4,33	22 040

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2007 Febr.	5,60	5 804	4,39	29 068	5,17	928 119	9,77	68 726	5,48	66 426	6,06	318 745
März	5,64	6 270	4,41	28 581	5,16	927 728	9,84	69 704	5,47	66 593	6,07	317 772
April	5,65	5 893	4,43	28 304	5,14	926 985	9,87	69 322	5,52	65 831	6,07	317 188
Mai	5,67	5 944	4,44	28 090	5,13	926 349	9,94	68 725	5,53	66 151	6,07	316 791
Juni	5,70	6 343	4,45	27 849	5,13	926 985	10,04	70 236	5,53	66 528	6,08	316 288
Juli	5,85	5 643	4,48	27 778	5,12	926 457	10,17	69 915	5,55	66 991	6,10	316 380
Aug.	5,89	5 676	4,50	27 649	5,12	927 312	10,19	67 464	5,56	67 238	6,10	316 776
Sept.	5,94	5 759	4,53	27 516	5,12	928 315	10,25	69 308	5,58	66 890	6,12	316 026
Okt.	6,01	5 610	4,56	27 337	5,11	927 803	10,33	68 812	5,63	66 284	6,14	315 858
Nov.	6,00	5 580	4,59	27 097	5,11	928 247	10,21	67 118	5,64	66 285	6,16	315 737
Dez.	5,98	5 715	4,61	26 823	5,10	926 998	10,39	69 974	5,64	66 288	6,17	313 792
2008 Jan.	6,19	5 548	4,62	26 524	5,09	924 788	10,37	67 113	5,64	66 119	6,17	313 350
Febr.	6,16	5 522	4,65	26 176	5,09	924 248	10,28	66 881	5,69	64 849	6,16	313 648

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2007 Febr.	5,66	154 784	4,68	94 268	4,97	500 380
März	5,79	156 009	4,76	94 383	4,98	500 891
April	5,81	157 892	4,81	94 834	4,99	501 087
Mai	5,80	159 526	4,84	97 867	5,00	502 283
Juni	5,94	161 936	4,98	97 605	5,02	502 136
Juli	6,00	161 742	4,98	97 599	5,04	503 967
Aug.	6,02	161 502	5,08	99 908	5,06	508 115
Sept.	6,15	167 064	5,17	101 492	5,10	509 124
Okt.	6,11	165 273	5,24	100 697	5,13	511 668
Nov.	6,12	168 960	5,25	102 768	5,13	514 169
Dez.	6,22	175 804	5,39	109 222	5,17	517 706
2008 Jan.	6,15	176 696	5,35	112 568	5,15	519 188
Febr.	6,03	180 718	5,28	113 682	5,15	523 048

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur EWU-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — ¹ Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — ⁶ Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2007 Febr.	1,61	465 012	3,33	37 779	3,89	3 178	2,84	1 389	2,23	477 454	3,08	102 659
März	1,63	466 577	3,48	40 365	3,92	2 715	2,76	1 316	2,27	474 191	3,15	104 158
April	1,67	469 364	3,54	41 888	3,96	2 647	2,85	1 547	2,36	470 120	3,21	104 368
Mai	1,70	472 490	3,60	40 887	4,02	1 934	3,00	1 169	2,35	465 973	3,26	104 138
Juni	1,73	479 163	3,72	44 261	4,19	3 006	2,92	1 582	2,33	461 997	3,32	104 744
Juli	1,77	475 744	3,84	49 733	4,28	2 928	3,25	1 619	2,33	456 327	3,40	105 360
Aug.	1,85	479 145	3,94	53 951	4,29	2 424	3,23	2 175	2,38	452 446	3,47	105 719
Sept.	1,85	478 416	4,01	55 900	4,29	2 811	3,11	1 422	2,44	448 931	3,51	106 318
Okt.	1,86	473 877	4,00	56 757	4,29	4 426	3,26	2 616	2,41	444 222	3,58	107 459
Nov.	1,84	485 275	4,03	46 651	4,33	4 358	3,26	2 594	2,40	440 239	3,64	108 404
Dez.	1,83	487 616	4,22	51 117	4,45	4 997	3,20	2 517	2,46	446 616	3,68	109 427
2008 Jan.	1,89	479 559	4,08	67 098	4,38	5 178	3,56	2 096	2,44	441 880	3,76	109 322
Febr.	1,89	480 978	3,91	51 891	4,14	2 051	3,22	1 201	2,43	439 835	3,78	108 445

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2007 Febr.	2,03	167 001	3,50	56 356	3,99	331	4,66	908
März	2,12	167 475	3,67	59 631	4,09	447	4,10	898
April	2,20	174 310	3,72	54 853	4,12	248	4,52	900
Mai	2,23	173 628	3,76	54 833	4,18	290	4,33	265
Juni	2,27	174 943	3,90	54 211	4,26	781	4,53	719
Juli	2,33	174 104	4,01	61 305	4,42	742	4,83	1 864
Aug.	2,34	174 373	4,07	67 761	4,51	808	4,36	728
Sept.	2,34	173 245	4,12	66 416	4,57	532	4,22	607
Okt.	2,35	175 018	4,03	66 241	4,43	849	4,94	988
Nov.	2,34	181 448	4,10	56 793	4,54	615	4,30	606
Dez.	2,20	182 148	4,25	58 222	4,71	661	4,70	724
2008 Jan.	2,38	175 501	4,08	60 058	4,51	437	5,29	696
Febr.	2,41	173 980	4,02	58 632	3,83	202	4,70	550

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)								Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)					
Erhebungs- zeitraum	insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
		effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.
2007 Febr.	8,04	5,74	1 072	5,91	3 680	9,13	2 501	4,90	6 720	5,21	1 468	5,09	2 194
März	7,88	5,71	1 589	5,81	5 349	9,15	3 973	4,94	13 362	5,60	2 087	5,17	2 622
April	7,81	5,35	1 121	5,89	5 126	9,08	3 213	4,97	15 958	5,58	1 488	5,16	2 556
Mai	7,86	5,99	916	5,88	4 881	9,02	3 252	5,01	13 774	5,66	1 743	5,21	2 492
Juni	7,80	5,97	1 179	5,75	4 703	8,92	3 157	5,18	15 090	5,76	2 009	5,30	2 899
Juli	8,03	6,31	1 352	5,93	5 248	9,06	3 332	5,22	18 606	5,77	1 697	5,44	3 442
Aug.	7,90	6,44	1 003	5,96	4 003	8,67	3 376	5,04	23 231	5,89	1 346	5,43	2 895
Sept.	7,88	6,38	832	5,93	4 399	8,70	2 772	5,11	24 079	5,84	1 477	5,48	2 287
Okt.	7,62	6,29	1 359	5,67	3 527	8,73	3 132	5,22	20 162	5,93	1 456	5,48	2 996
Nov.	7,40	6,19	1 229	5,50	3 131	8,65	2 348	5,15	18 337	5,94	1 296	5,39	2 356
Dez.	6,96	5,51	1 472	5,46	2 585	8,27	2 039	5,32	19 696	5,75	2 239	5,33	2 926
2008 Jan.	7,58	5,99	1 683	5,73	3 199	8,71	2 631	5,22	17 306	5,91	1 745	5,42	2 866
Febr.	7,81	6,36	864	5,84	2 394	8,69	2 143	5,08	10 092	5,78	1 102	5,33	1 752

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PANGV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2007 Febr.	11,36	44 645	4,96	5,45	1 824	4,98	2 009	4,78	4 898	4,78	4 032
März	11,47	45 010	4,95	5,46	2 506	4,99	2 565	4,78	6 003	4,76	5 329
April	11,52	44 326	4,99	5,54	2 286	4,99	2 315	4,80	6 525	4,81	5 131
Mai	11,59	44 228	5,04	5,56	2 012	5,06	2 167	4,87	6 281	4,85	5 236
Juni	11,66	45 364	5,19	5,64	2 372	5,22	2 128	5,01	6 144	5,03	5 466
Juli	11,76	44 782	5,33	5,69	2 745	5,37	2 484	5,14	6 855	5,16	5 229
Aug.	11,85	43 748	5,37	5,93	2 220	5,36	2 207	5,18	5 578	5,16	4 883
Sept.	11,94	44 980	5,31	5,86	2 240	5,34	1 967	5,12	4 717	5,08	4 242
Okt.	11,90	45 952	5,29	5,87	2 458	5,30	2 380	5,08	5 796	5,08	4 619
Nov.	11,76	44 575	5,27	5,91	1 933	5,30	2 248	5,08	4 964	5,02	4 478
Dez.	11,88	47 501	5,28	5,97	2 127	5,33	2 094	5,03	4 842	5,01	4 025
2008 Jan.	11,87	46 057	5,28	5,99	2 759	5,17	2 776	5,04	5 863	5,06	4 813
Febr.	11,81	44 772	5,15	5,80	1 926	5,11	2 085	4,94	4 520	4,89	3 734

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2007 Febr.	6,67	66 262	5,72	7 165	5,44	1 055	5,03	2 402
März	6,78	68 119	5,73	9 581	5,42	1 375	5,09	1 958
April	6,78	66 910	5,89	7 609	5,46	1 217	5,12	1 981
Mai	6,84	65 747	5,93	7 749	5,53	1 065	5,11	2 515
Juni	6,89	69 428	6,09	8 714	5,67	1 407	5,27	2 293
Juli	6,96	68 935	6,08	8 903	5,75	1 555	5,38	3 056
Aug.	7,05	64 559	6,26	8 510	5,83	1 110	5,41	2 393
Sept.	7,06	69 525	6,42	10 087	5,89	1 130	5,42	1 989
Okt.	7,10	65 820	6,43	9 719	5,79	1 154	5,39	2 254
Nov.	7,06	67 908	6,40	8 483	5,71	1 380	5,35	1 975
Dez.	7,15	71 200	6,55	9 614	5,80	1 289	5,38	2 274
2008 Jan.	7,13	70 142	6,31	9 604	5,74	1 248	5,33	2 693
Febr.	7,03	75 680	6,27	8 037	5,72	1 133	5,12	1 249

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2007 Febr.	4,70	35 257	4,69	3 117	4,76	4 820
März	4,90	47 651	4,82	5 945	4,95	7 272
April	4,94	37 983	5,05	6 685	5,01	5 430
Mai	4,86	41 431	5,13	5 479	5,05	6 565
Juni	5,08	52 140	5,50	4 054	5,19	9 513
Juli	5,12	44 655	5,17	3 937	5,24	7 317
Aug.	5,21	44 384	5,55	3 737	5,27	7 867
Sept.	5,42	49 458	5,71	3 763	5,64	6 111
Okt.	5,24	49 735	5,51	4 437	5,47	6 766
Nov.	5,12	49 167	5,39	3 453	5,44	6 819
Dez.	5,47	73 727	5,67	7 580	5,53	9 629
2008 Jan.	5,21	59 934	5,39	5 274	5,06	6 876
Febr.	5,09	58 392	5,84	5 460	5,08	4 125

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositions-kredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1995	227 099	203 029	162 538	– 350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	– 2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	– 853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	–	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	–	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	–	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	–	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	–	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	–	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	–	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	– 13 723	–	125 772
2005	252 003	110 542	39 898	2 682	67 965	141 461	95 826	61 740	34 086	–	156 177
2006	247 261	102 379	40 995	8 943	52 446	144 882	125 329	68 893	56 436	–	121 932
2007	204 638	90 270	42 034	20 123	28 111	114 368	– 53 354	96 476	– 149 830	–	257 992
2007 Dez.	– 33 218	– 28 659	– 22 625	– 1 553	– 4 481	– 4 559	– 34 959	– 8 564	– 26 395	–	1 741
2008 Jan.	20 368	17 511	7 600	5 560	4 351	2 857	– 8 117	– 5 990	– 2 127	–	28 485
Febr.	– 16 990	– 23 315	– 14 345	1 205	– 10 175	6 325	– 8 913	11 750	– 20 663	–	8 077

Aktien							
Zeit	Absatz			Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)	
Mio DM							
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	– 2 932
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353
Mio €							
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	– 24 194
2001	82 665	17 575	65 091	– 2 252	14 714	12 462	84 918
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	– 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	– 3 317	10 157	– 13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	31 734	13 766	17 969	451	10 208	9 757	31 283
2006	25 886	9 061	16 825	133	11 323	11 190	25 752
2007	– 2 271	10 053	– 12 325	– 15 897	– 6 702	– 9 195	13 626
2007 Dez.	1 063	418	645	– 3 409	– 112	– 3 297	4 472
2008 Jan.	– 2 216	100	– 2 316	– 13 215	– 17 729	– 4 514	– 15 431
Febr.	– 8 715	813	– 9 528	– 11 731	– 18 740	– 7 009	3 016

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2007 Nov.	88 445	65 771	6 478	5 838	21 004	32 451	1 079	21 594	–
2007 Dez.	61 434	45 194	1 633	2 941	13 038	27 582	1 056	15 184	–
2008 Jan.	120 378	88 454	5 371	5 528	33 193	44 363	547	31 377	–
2008 Febr.	90 455	70 565	2 505	7 469	31 206	29 385	3 853	16 037	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2007 Nov.	28 978	15 567	4 735	2 063	1 972	6 798	996	12 415	–
2007 Dez.	11 757	9 265	804	1 264	911	6 286	992	1 500	–
2008 Jan.	38 899	23 147	2 437	2 397	9 794	8 519	547	15 206	–
2008 Febr.	31 238	18 810	879	5 288	7 636	5 007	2 846	9 581	–
Netto-Absatz 6)									
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	–	354	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	–	585	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	–	1 560	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	–	3 118	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	–	2 185	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	–	7 320	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	–	8 739	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	–	14 306	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	–	18 431	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	–	18 768	22 124
2005	141 715	65 798	–	34 255	37 242	64 962	–	10 099	35 963
2006	129 423	58 336	–	12 811	20 150	46 410	–	15 605	19 208
2007	86 579	58 168	–	10 896	46 629	42 567	–	3 683	29 750
2007 Nov.	18 206	4 394	–	3 781	2 780	6 868	–	333	197
2007 Dez.	35 222	27 551	–	4 000	3 728	814	–	19 009	1 046
2008 Jan.	12 825	12 506	–	2 774	6 090	10 541	–	9	310
2008 Febr.	21 495	14 722	–	54	5 445	7 982	–	2 320	3 493

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Mio DM									
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2007 Dez.	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008 Jan.	3 143 579	1 880 603	136 275	436 774	476 016	831 538	95 872	1 167 104	84 361
2008 Febr.	3 122 053	1 865 850	136 298	431 329	468 035	830 189	98 191	1 158 011	80 868
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende Februar 2008									
bis unter 2	1 194 863	804 932	50 377	202 890	200 828	350 835	20 059	369 873	47 919
2 bis unter 4	692 022	441 767	41 118	124 697	100 278	175 674	21 396	228 856	16 872
4 bis unter 6	434 977	239 747	29 798	59 062	53 027	97 862	17 955	177 275	5 426
6 bis unter 8	330 755	195 518	8 378	21 514	29 350	136 276	14 355	120 881	4 066
8 bis unter 10	186 800	66 483	6 101	14 378	25 848	20 157	3 824	116 493	2 800
10 bis unter 15	49 919	38 632	486	4 101	24 931	9 116	1 979	9 307	707
15 bis unter 20	53 760	13 183	39	1 880	7 721	3 543	1 318	39 259	1 891
20 und darüber	178 957	65 587	-	2 809	26 051	36 726	17 303	96 067	1 186

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtfülligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfülligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
Mio DM										
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432	723 077
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678	1 040 769
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930
2007 Dez.	164 560	- 118	281	30	38	-	- 32	- 256	- 180	1 481 930
2008 Jan.	164 512	- 48	84	64	2	-	13	- 88	- 124	1 280 897
2008 Febr.	164 756	244	303	132	0	-	4	- 133	- 56	1 382 483

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Geregelten Markt oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind;

ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)										Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien			
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)		
			mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)										
% p.a.											Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69			
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	111,01	.	301,47	4 249,69			
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	118,18	100,00	343,64	5 002,39			
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	110,60	92,52	445,95	6 958,14			
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61			
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10			
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63			
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16			
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08			
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26			
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92			
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32			
2007 Dez.	4,3	4,3	4,2	4,2	4,5	4,7	5,5	114,85	94,62	478,65	8 067,32			
2008 Jan.	4,1	4,0	4,0	4,0	4,2	4,5	5,5	117,45	96,69	406,94	6 851,75			
Febr.	4,0	3,9	3,8	4,0	4,1	4,4	5,5	118,44	97,06	403,52	6 748,13			
März	3,9	3,8	3,8	3,8	4,1	4,4	5,5	118,80	96,19	391,13	6 534,97			

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)								Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)		Aus-länder 5)	
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds				zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen	darunter ausländische Anteile		
Mio DM															
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	- 2 318	
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	- 4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775	
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761	
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002	
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680	
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793	
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 256	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 538	79 242	21 290	7 761	57 952	35 777	6 014	
2006	42 974	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	23 439	34 593	14 676	5 221	19 917	18 218	8 381	
2007	55 141	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	41 705	51 456	- 229	4 240	51 685	37 465	3 685	
2007 Dez.	8 726	7 656	- 325	- 434	- 1 155	739	7 982	1 070	8 600	- 3 717	- 1 628	12 317	2 698	126	
2008 Jan.	- 5 232	- 7 704	- 1 054	251	- 3 562	1 448	- 6 650	2 472	- 4 145	- 2 643	- 1 988	- 1 502	4 460	- 1 087	
Febr.	6 803	1 741	1 036	- 80	- 253	1 247	405	5 362	5 875	- 345	201	6 220	5 161	928	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch

Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	2004	2005	2006	2005					2006			2007		
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Private Haushalte 1)														
I. Geldvermögensbildung														
Bargeld und Einlagen	49,2	43,9	42,5	19,2	9,4	12,2	1,3	19,6	8,9	22,1	16,5			
Geldmarktpapiere	- 0,1	0,1	1,0	0,1	0,2	0,3	0,4	0,2	0,1	- 0,1	- 0,1			
Rentenwerte	35,6	11,6	36,7	- 5,5	22,0	6,4	19,3	- 10,9	7,0	- 17,3	- 9,9			
Aktien	- 6,5	- 4,0	- 5,0	- 1,0	- 1,0	- 2,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,0			
Sonstige Beteiligungen	3,2	3,0	2,9	0,7	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,8			
Investmentzertifikate	- 6,2	22,6	- 7,0	- 0,1	0,2	0,1	- 8,4	1,1	11,7	9,9	- 5,2			
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	48,3	59,5	55,4	24,0	15,5	12,2	13,6	14,2	15,2	12,4	13,8			
Kurzfristige Ansprüche	2,7	2,7	3,0	- 0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,7	0,7			
Längerfristige Ansprüche	45,6	56,8	52,5	24,8	14,8	11,4	12,8	13,4	14,5	11,7	13,1			
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	9,3	7,3	10,3	1,9	2,5	2,5	2,6	2,7	2,7	2,7	2,7			
Sonstige Forderungen 3)	1,5	- 6,2	- 4,9	- 7,2	- 1,2	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 1,2	- 1,2			
Insgesamt	134,5	137,7	132,0	32,1	48,4	31,2	27,2	25,3	44,0	28,1	16,4			
II. Finanzierung														
Kredite	- 0,9	- 3,4	- 7,2	2,2	- 8,3	1,4	6,0	- 6,2	- 10,1	- 1,1	- 4,5			
Kurzfristige Kredite	- 8,4	- 5,1	- 5,4	- 0,6	- 2,4	- 0,3	- 0,2	- 2,6	- 2,0	0,7	- 0,9			
Längerfristige Kredite	7,5	1,7	- 1,7	2,8	- 5,9	1,6	6,1	- 3,6	- 8,0	- 1,8	- 3,6			
Sonstige Verbindlichkeiten	2,0	- 2,6	0,4	- 1,6	0,2	0,3	- 0,1	0,0	0,1	0,2	0,2			
Insgesamt	1,1	- 6,0	- 6,8	0,6	- 8,1	1,7	5,9	- 6,2	- 10,0	- 0,9	- 4,3			
Unternehmen														
I. Geldvermögensbildung														
Bargeld und Einlagen	27,1	41,0	20,9	9,8	- 1,5	6,1	4,4	11,8	22,3	1,4	11,8			
Geldmarktpapiere	6,2	2,4	7,6	- 6,4	3,3	- 1,4	3,9	1,9	5,7	0,1	- 12,0			
Rentenwerte	- 61,4	- 12,1	- 28,3	1,9	- 13,9	12,9	- 25,2	- 2,1	- 7,5	- 1,6	- 49,3			
Finanzderivate	5,5	2,9	1,4	2,3	1,3	- 1,7	1,3	0,6	6,0	6,3	16,6			
Aktien	38,2	- 8,8	- 17,4	- 3,6	- 8,9	18,9	11,3	- 38,7	6,6	42,4	17,7			
Sonstige Beteiligungen	- 13,2	- 6,7	30,4	- 15,8	1,0	7,9	12,8	8,7	4,5	2,2	18,8			
Investmentzertifikate	8,6	4,9	- 8,1	1,4	- 1,7	- 0,4	- 6,0	0,0	- 1,5	- 5,3	2,1			
Kredite	1,5	45,2	16,7	37,0	- 10,1	7,4	- 8,0	27,4	- 21,6	12,3	0,4			
Kurzfristige Kredite	- 4,2	38,3	11,0	36,0	- 12,3	7,8	- 7,7	23,2	- 18,8	7,6	- 2,5			
Längerfristige Kredite	5,7	6,8	5,7	1,1	2,2	- 0,4	- 0,3	4,2	- 2,8	4,7	2,9			
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1,5	1,7	1,5	- 0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4			
Kurzfristige Ansprüche	1,5	1,7	1,5	- 0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4			
Längerfristige Ansprüche			
Sonstige Forderungen	- 3,7	- 10,2	47,6	12,7	30,0	2,0	9,9	5,6	24,9	- 4,7	27,5			
Insgesamt	10,3	60,1	72,4	39,2	0,0	52,2	4,7	15,5	39,7	53,4	34,1			
II. Finanzierung														
Geldmarktpapiere	- 7,3	- 6,9	1,8	- 5,1	6,5	3,2	- 3,8	- 4,1	6,1	4,1	- 0,5			
Rentenwerte	9,4	10,1	15,6	3,4	3,7	6,3	8,0	- 2,4	- 1,8	- 1,0	0,8			
Finanzderivate			
Aktien	2,1	6,0	4,7	1,5	- 0,9	2,5	2,8	0,3	1,9	2,6	0,8			
Sonstige Beteiligungen	30,5	- 1,6	18,7	- 14,2	2,9	2,3	9,3	4,3	5,7	- 0,2	6,1			
Kredite	- 80,8	- 2,7	40,8	21,4	- 19,5	22,8	11,5	26,0	- 6,1	15,4	12,3			
Kurzfristige Kredite	- 38,5	2,6	25,1	13,3	- 4,9	7,0	8,3	14,7	2,5	14,1	5,0			
Längerfristige Kredite	- 42,3	- 5,3	15,7	8,1	- 14,6	15,7	3,2	11,3	- 8,6	1,3	7,3			
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	6,6	5,5	8,2	1,4	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1			
Sonstige Verbindlichkeiten	14,2	6,0	- 5,0	- 4,6	9,4	- 5,5	- 2,2	- 6,8	14,1	- 5,1	4,5			
Insgesamt	- 25,3	16,4	84,8	3,9	4,2	33,6	27,5	19,4	22,0	17,9	25,9			

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2004	2005	2006	2005					2006		
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 448,4	1 492,3	1 534,8	1 492,3	1 501,7	1 513,9	1 515,2	1 534,8	1 543,7	1 565,8	1 582,4
Geldmarktpapiere	0,9	1,0	2,0	1,0	1,2	1,5	1,8	2,0	2,0	1,9	1,8
Rentenwerte	322,2	317,5	359,2	317,5	346,7	351,2	353,0	359,2	371,1	342,1	343,8
Aktien	276,2	324,5	378,5	324,5	359,1	343,2	353,0	378,5	403,6	420,9	405,8
Sonstige Beteiligungen	183,3	214,6	225,4	214,6	212,4	211,3	216,0	225,4	211,0	209,5	208,5
Investmentzertifikate	460,6	518,7	524,7	518,7	524,1	514,3	513,9	524,7	538,7	558,8	554,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	994,2	1 053,2	1 107,8	1 053,2	1 068,6	1 080,6	1 094,0	1 107,8	1 122,9	1 135,2	1 149,0
Kurzfristige Ansprüche	74,9	77,6	80,6	77,6	78,4	79,1	79,9	80,6	81,3	82,1	82,8
Längerfristige Ansprüche	919,3	975,6	1 027,2	975,6	990,2	1 001,5	1 014,1	1 027,2	1 041,5	1 053,2	1 066,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	233,2	240,5	250,8	240,5	243,0	245,6	248,1	250,8	253,5	256,1	258,8
Sonstige Forderungen 3)	57,9	51,6	46,7	51,6	50,5	49,2	48,0	46,7	45,5	44,3	43,0
Insgesamt	3 976,9	4 214,0	4 429,9	4 214,0	4 307,3	4 310,7	4 343,0	4 429,9	4 492,0	4 534,6	4 547,3
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 557,6	1 555,9	1 556,1	1 555,9	1 555,8	1 557,6	1 562,8	1 556,1	1 546,7	1 545,6	1 541,0
Kurzfristige Kredite	90,3	85,6	80,2	85,6	83,2	82,9	82,8	80,2	78,5	79,2	77,9
Längerfristige Kredite	1 467,3	1 470,3	1 475,9	1 470,3	1 472,6	1 474,7	1 480,0	1 475,9	1 468,2	1 466,4	1 463,1
Sonstige Verbindlichkeiten	16,2	12,8	9,7	12,8	12,7	11,5	11,1	9,7	10,9	10,9	11,0
Insgesamt	1 573,8	1 568,7	1 565,8	1 568,7	1 568,5	1 569,1	1 573,9	1 565,8	1 557,6	1 556,5	1 552,0
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	346,9	396,1	438,7	396,1	420,4	424,6	443,3	438,7	474,4	474,8	492,6
Geldmarktpapiere	32,9	31,1	36,6	31,1	34,2	31,3	35,7	36,6	42,3	44,8	29,9
Rentenwerte	159,6	140,0	112,5	140,0	129,3	141,6	109,3	112,5	106,5	101,5	55,7
Finanzderivate
Aktien	690,6	817,7	966,0	817,7	895,5	887,2	934,5	966,0	1 042,0	1 126,7	1 105,1
Sonstige Beteiligungen	240,5	271,1	312,4	271,1	268,5	274,0	292,0	312,4	295,9	295,0	311,3
Investmentzertifikate	106,8	108,8	99,9	108,8	108,4	104,3	101,6	99,9	97,8	93,1	95,5
Kredite	113,7	126,1	146,6	126,1	119,2	127,8	118,5	146,6	128,7	143,5	147,9
Kurzfristige Kredite	81,1	91,1	107,3	91,1	81,6	90,8	83,1	107,3	96,9	107,6	104,2
Längerfristige Kredite	32,6	35,0	39,3	35,0	37,6	37,0	35,4	39,3	31,8	36,0	43,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	39,7	41,4	42,8	41,4	41,7	42,1	42,5	42,8	43,2	43,6	44,0
Kurzfristige Ansprüche	39,7	41,4	42,8	41,4	41,7	42,1	42,5	42,8	43,2	43,6	44,0
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	390,7	399,5	446,4	399,5	413,0	419,1	428,6	446,4	464,0	468,7	488,2
Insgesamt	2 121,4	2 331,8	2 601,9	2 331,8	2 430,3	2 452,0	2 506,0	2 601,9	2 694,8	2 791,7	2 770,2
II. Verbindlichkeiten											
Geldmarktpapiere	24,0	17,1	18,9	17,1	23,5	26,8	23,0	18,9	25,0	29,1	28,6
Rentenwerte	79,4	89,6	93,7	89,6	90,9	93,8	94,7	93,7	92,4	89,5	93,0
Finanzderivate
Aktien	979,2	1 137,4	1 359,8	1 137,4	1 273,1	1 230,9	1 251,8	1 359,8	1 439,5	1 597,1	1 600,6
Sonstige Beteiligungen	599,1	597,5	616,2	597,5	600,4	602,7	612,0	616,2	621,9	621,7	627,8
Kredite	1 258,1	1 259,1	1 328,8	1 259,1	1 273,8	1 293,8	1 315,1	1 328,8	1 338,6	1 360,0	1 376,7
Kurzfristige Kredite	334,7	334,8	361,6	334,8	330,7	337,4	349,1	361,6	365,4	381,6	385,3
Längerfristige Kredite	923,4	924,3	967,2	924,3	943,1	956,4	966,0	967,2	973,2	978,4	991,4
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	200,5	206,1	214,3	206,1	208,1	210,2	212,2	214,3	216,3	218,4	220,4
Sonstige Verbindlichkeiten	350,2	357,1	384,4	357,1	361,3	365,2	368,2	384,4	394,9	405,6	423,7
Insgesamt	3 490,7	3 663,9	4 016,1	3 663,9	3 831,1	3 823,2	3 876,9	4 016,1	4 128,6	4 321,3	4 371,0

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2001	- 59,6	- 27,5	- 27,3	- 1,1	- 3,8	- 2,8	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,2
2002	- 78,3	- 36,0	- 30,6	- 5,0	- 6,8	- 3,7	- 1,7	- 1,4	- 0,2	- 0,3
2003	- 87,2	- 39,6	- 32,7	- 7,1	- 7,7	- 4,0	- 1,8	- 1,5	- 0,3	- 0,4
2004 p)	- 83,6	- 52,1	- 27,8	- 2,3	- 1,3	- 3,8	- 2,4	- 1,3	- 0,1	- 0,1
2005 p)	- 75,4	- 47,5	- 23,0	- 0,9	- 4,0	- 3,4	- 2,1	- 1,0	- 0,0	- 0,2
2006 p)	- 37,0	- 34,7	- 10,7	+ 4,9	+ 3,5	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2
2007 ts)	+ 0,4	- 19,6	+ 5,1	+ 5,9	+ 9,1	± 0,0	- 0,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
2006 1.Hj. p)	- 23,0	- 20,6	- 5,9	+ 1,7	+ 1,8	- 2,0	- 1,8	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2.Hj. p)	- 14,3	- 14,4	- 4,9	+ 3,3	+ 1,7	- 1,2	- 1,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1
2007 1.Hj. ts)	+ 3,2	- 11,1	+ 4,6	+ 4,0	+ 5,8	+ 0,3	- 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
2.Hj. ts)	- 3,0	- 8,7	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,4	- 0,2	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2001	1 241,5	776,7	377,1	102,6	2,3	58,8	36,8	17,8	4,9	0,1
2002	1 293,0	798,1	404,1	104,3	3,0	60,3	37,2	18,9	4,9	0,1
2003	1 381,0	845,4	435,3	111,4	5,3	63,8	39,1	20,1	5,1	0,2
2004	1 451,1	887,1	459,7	116,1	4,2	65,6	40,1	20,8	5,3	0,2
2005	1 521,5	933,0	481,9	119,7	2,7	67,8	41,6	21,5	5,3	0,1
2006	1 569,0	968,6	491,8	122,2	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007 ts)	1 576,3	976,1	493,2	120,3	1,6	65,0	40,3	20,3	5,0	0,1
2006 1.Vj.	1 540,7	945,1	487,8	121,3	2,3	68,0	41,7	21,5	5,4	0,1
2.Vj.	1 560,7	964,0	488,5	122,2	1,7	68,5	42,3	21,4	5,4	0,1
3.Vj.	1 575,8	980,0	488,3	121,3	1,7	68,6	42,7	21,3	5,3	0,1
4.Vj.	1 569,0	968,6	491,8	122,2	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007 1.Vj. ts)	1 573,7	973,0	492,7	121,4	1,4	67,0	41,4	21,0	5,2	0,1
2.Vj. ts)	1 592,5	995,7	488,9	121,4	1,5	67,0	41,9	20,6	5,1	0,1
3.Vj. ts)	1 571,3	975,5	489,2	119,9	1,6	65,4	40,6	20,4	5,0	0,1
4.Vj. ts)	1 576,3	976,1	493,2	120,3	1,6	65,0	40,3	20,3	5,0	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben					Finanzierungs- saldo	Nachrichtl.: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen			sonstige
Mrd €												
2001	945,5	477,7	383,7	84,1	1 005,1	551,2	166,2	64,5	36,8	186,4	- 59,6	875,1
2002	952,5	477,5	390,7	84,3	1 030,8	579,8	168,7	62,7	36,1	183,6	- 78,3	879,2
2003	961,9	481,8	396,3	83,9	1 049,2	594,2	169,2	64,3	33,9	187,6	- 87,3	889,3
2004 p)	958,1	481,3	396,9	80,0	1 041,7	592,7	169,5	62,4	31,6	185,5	- 83,6	888,4
2005 p)	977,0	493,0	396,9	87,1	1 052,6	598,2	168,5	62,5	30,7	192,8	- 75,6	900,8
2006 p)	1 017,2	530,5	401,1	85,7	1 054,5	600,1	167,7	64,9	32,8	189,1	- 37,3	942,8
2007 ts)	1 064,0	574,9	400,8	88,4	1 063,8	597,9	168,4	67,1	36,3	194,0	+ 0,2	987,6
in % des BIP												
2001	44,7	22,6	18,2	4,0	47,6	26,1	7,9	3,1	1,7	8,8	- 2,8	41,4
2002	44,4	22,3	18,2	3,9	48,1	27,1	7,9	2,9	1,7	8,6	- 3,7	41,0
2003	44,5	22,3	18,3	3,9	48,5	27,5	7,8	3,0	1,6	8,7	- 4,0	41,1
2004 p)	43,3	21,8	17,9	3,6	47,1	26,8	7,7	2,8	1,4	8,4	- 3,8	40,2
2005 p)	43,5	22,0	17,7	3,9	46,9	26,6	7,5	2,8	1,4	8,6	- 3,4	40,1
2006 p)	43,8	22,8	17,3	3,7	45,4	25,8	7,2	2,8	1,4	8,1	- 1,6	40,6
2007 ts)	43,9	23,7	16,5	3,6	43,9	24,7	6,9	2,8	1,5	8,0	± 0,0	40,7
Zuwachsraten in %												
2001	- 1,3	- 4,3	+ 1,4	+ 5,0	+ 8,0	+ 3,5	+ 0,1	- 0,9	+ 1,8	+ 43,0	.	- 2,0
2002	+ 0,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,6	+ 5,2	+ 1,5	- 2,8	- 2,1	- 1,5	.	+ 0,5
2003	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4	- 0,5	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,6	- 6,1	+ 2,2	.	+ 1,1
2004 p)	- 0,4	- 0,1	+ 0,2	- 4,7	- 0,7	- 0,3	+ 0,2	- 3,0	- 6,7	- 1,1	.	- 0,1
2005 p)	+ 2,0	+ 2,4	± 0,0	+ 8,9	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,2	- 3,0	+ 3,9	.	+ 1,4
2006 p)	+ 4,1	+ 7,6	+ 1,1	- 1,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,4	+ 3,7	+ 6,9	- 1,9	.	+ 4,7
2007 ts)	+ 4,6	+ 8,4	- 0,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 3,5	+ 10,6	+ 2,6	.	+ 4,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden

auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2001	555,5	446,2	23,5	599,6	169,9	213,9	66,6	40,1	16,7	- 44,2	445,1	449,1	- 4,0	923,3	971,5	- 48,2
2002 p)	554,7	441,7	20,5	610,9	173,3	226,8	66,1	38,7	11,3	- 56,2	457,7	466,0	- 8,3	927,7	992,2	- 64,5
2003 ts)	547,0	442,2	21,5	614,3	174,0	235,0	65,6	36,3	10,0	- 67,3	467,7	474,3	- 6,6	925,4	999,3	- 73,9
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,7	173,4	237,0	64,8	34,3	9,6	- 64,8	470,3	468,8	+ 1,5	927,3	990,7	- 63,3
2005 ts)	569,3	452,1	31,1	622,6	172,4	245,0	64,1	33,2	14,5	- 53,3	468,8	471,6	- 2,8	948,5	1 004,6	- 56,1
2006 ts)	590,5	488,4	18,1	626,1	169,6	252,0	64,4	33,5	12,0	- 35,6	486,7	467,1	+ 19,6	987,7	1 003,7	- 16,0
2005 1.Vj. p)	121,6	99,2	1,4	159,8	41,1	66,3	25,2	4,6	3,1	- 38,2	117,1	117,5	- 0,4	211,2	249,7	- 38,6
2.Vj. p)	138,9	112,5	7,7	144,8	41,2	62,8	10,1	6,4	2,4	- 6,0	117,3	118,2	- 0,9	233,5	240,4	- 6,9
3.Vj. p)	144,2	110,6	13,7	154,2	41,3	59,3	19,7	8,6	2,5	- 10,0	114,1	117,0	- 2,9	235,9	248,8	- 12,9
4.Vj. p)	162,4	129,5	7,8	161,9	47,1	55,4	8,8	12,5	6,0	+ 0,5	118,1	118,3	- 0,2	264,3	264,0	+ 0,3
2006 1.Vj. p)	131,3	106,3	3,8	160,3	40,6	65,6	25,1	4,8	2,9	- 29,0	120,5	116,6	+ 3,9	228,9	254,0	- 25,1
2.Vj. p)	144,3	121,8	4,1	139,9	40,7	59,9	9,5	6,4	2,5	+ 4,5	122,2	117,1	+ 5,0	245,1	235,6	+ 9,5
3.Vj. p)	146,4	121,8	5,9	156,0	40,6	61,2	20,5	8,4	2,6	- 9,5	117,0	115,2	+ 1,7	241,4	249,2	- 7,8
4.Vj. p)	166,0	138,7	4,0	167,8	46,1	64,1	9,0	12,9	3,5	- 1,8	127,2	117,2	+ 10,0	271,1	263,0	+ 8,1
2007 1.Vj. p)	149,4	122,3	2,8	164,5	42,7	64,9	25,5	5,3	3,4	- 15,1	112,2	115,6	- 3,4	238,4	256,9	- 18,5
2.Vj. p)	158,5	136,9	3,0	144,5	43,9	58,4	10,0	6,7	2,5	+ 14,0	119,0	116,3	+ 2,7	253,8	237,0	+ 16,7
3.Vj. p)	155,5	131,6	3,6	160,5	44,2	59,8	21,3	8,6	1,6	- 5,0	116,2	115,6	+ 0,6	248,3	252,8	- 4,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, aber ohne Postpensionskasse. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. —

3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2001	240,6	261,3	- 20,7	230,9	255,5	- 24,6	144,2	148,3	- 4,1
2002	240,8	273,5	- 32,7	228,8	258,0	- 29,2	147,0	150,4	- 3,5
2003	239,6	278,8	- 39,2	229,2	259,7	- 30,5	142,1	150,1	- 8,0
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,4	- 3,4
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,5	- 22,1	151,2	153,7	- 2,4
2006 ts)	254,7	282,9	- 28,2	249,1	259,5	- 10,4	158,8	156,2	+ 2,6
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	276,1	266,7	+ 9,4	169,0	161,2	+ 7,8
2005 1.Vj. p)	46,0	74,9	- 28,9	56,0	64,7	- 8,7	31,3	34,9	- 3,6
2.Vj. p)	61,4	66,0	- 4,6	57,8	60,9	- 3,1	36,0	36,3	- 0,3
3.Vj. p)	68,8	73,2	- 4,4	55,9	62,1	- 6,3	37,9	37,9	+ 0,0
4.Vj. p)	73,8	67,4	+ 6,4	65,6	71,5	- 6,0	45,9	44,3	+ 1,6
2006 1.Vj. p)	52,7	74,1	- 21,4	57,3	64,9	- 7,6	33,8	36,4	- 2,6
2.Vj. p)	63,0	61,6	+ 1,5	60,6	60,1	+ 0,4	37,7	36,8	+ 0,9
3.Vj. p)	64,6	73,7	- 9,1	60,5	62,5	- 2,1	40,3	38,1	+ 2,2
4.Vj. p)	74,3	73,5	+ 0,8	70,5	71,2	- 0,7	46,9	44,5	+ 2,5
2007 1.Vj. p)	61,1	74,6	- 13,6	63,5	66,5	- 3,0	35,4	37,6	- 2,1
2.Vj. p)	69,7	64,4	+ 5,3	67,6	61,9	+ 5,7	40,4	37,3	+ 3,1
3.Vj. p)	68,3	76,8	- 8,5	66,2	64,1	+ 2,1	42,5	39,7	+ 2,8
4.Vj. p)	78,3	76,3	+ 2,0	77,9	73,4	+ 4,5	50,5	46,1	+ 4,4

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist nur bis zu dem maximal an den Kernhaushalt abzuführenden Betrag von 3,5 Mrd € berücksichtigt. Höhere Einnahmen fließen direkt dem Erblastentilgungs-

fonds zu. — 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: BEZ, Energiesteueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)				
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	19 732	54 047	+	12	19 576
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	18 560	52 490	+	51	22 321
2003	442 238	390 438	214 002	155 510	20 926	51 673	+	127	22 067
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	...	465 554	251 747	191 558	22 249	21 643
2006 1.Vj.	106 907	90 827	45 203	38 733	6 892	12 391	+	3 689	5 491
2.Vj.	121 891	104 964	57 521	43 338	4 105	16 120	+	807	5 433
3.Vj.	121 711	104 015	55 601	42 798	5 616	17 594	+	103	5 448
4.Vj.	137 935	121 345	67 310	48 505	5 529	21 211	-	4 620	5 370
2007 1.Vj.	122 550	104 537	53 928	43 916	6 693	13 313	+	4 700	5 362
2.Vj.	136 963	118 090	65 298	49 069	3 724	18 217	+	655	5 408
3.Vj.	131 495	113 712	61 592	46 875	5 246	17 882	-	99	5 524
4.Vj.	...	129 215	70 929	51 699	6 587	5 348
2007 Jan.	.	31 971	16 577	15 022	371	.	.	.	1 787
Febr.	.	36 028	17 153	13 853	5 022	.	.	.	1 787
2008 Jan.	.	35 140	16 450	16 351	2 339	.	.	.	1 757
Febr.	.	37 343	18 936	14 721	3 687	.	.	.	1 757

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und Anteile am Energiesteueraufkommen. — 2 Zölle sowie die zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Einschl. Ge-

meindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tab. IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 169	
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846	
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2006 1.Vj.	95 851	36 593	28 095	- 2 104	5 184	5 418	35 873	27 508	8 364	313	15 897	6 258	916	5 024	
2.Vj.	111 206	47 844	29 772	5 856	5 173	7 042	35 236	26 345	8 891	1 611	20 438	5 130	948	6 242	
3.Vj.	110 282	44 951	29 229	6 266	6 079	3 376	37 051	28 063	8 988	1 686	20 448	5 158	989	6 267	
4.Vj.	128 800	53 227	35 516	7 549	6 461	3 701	38 529	29 402	9 127	3 403	27 432	5 183	1 026	7 455	
2007 1.Vj.	110 577	43 694	30 464	829	5 434	6 966	42 037	32 624	9 413	153	17 377	6 354	962	6 040	
2.Vj.	125 236	55 351	32 244	8 191	6 224	8 693	41 001	30 642	10 359	1 705	20 694	5 493	992	7 145	
3.Vj.	120 644	48 742	31 416	7 299	5 571	4 456	42 612	31 724	10 888	1 850	20 750	5 671	1 019	6 932	
4.Vj.	137 361	56 912	37 649	8 709	5 700	4 854	43 986	32 532	11 454	3 267	26 868	5 318	1 010	8 146	
2007 Jan.	34 256	15 892	11 219	261	132	4 280	13 121	10 431	2 690	- 2	2 564	2 402	280	2 285	
Febr.	37 937	10 950	9 753	- 86	- 100	1 383	16 644	13 161	3 484	140	7 995	1 861	347	1 909	
2008 Jan.	37 778	17 992	12 022	775	- 47	5 243	13 872	10 614	3 259	160	3 082	2 403	269	2 639	
Febr.	39 387	11 926	10 515	22	- 283	1 671	17 766	13 777	3 989	128	7 368	1 827	372	2 044	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Zinsabschlag 44/44/12. —

3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent) für 2007: 53,1/44,9/2 (Bund zuzüglich 2,3 Mrd €, Länder abzüglich dieses Betrags). Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in Prozent) für 2007: 23,3/76,7. — 7 Aufgliederung s. Tab. IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraftfahr- zeug- steuer	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 2)	ins- gesamt	darunter:	
													Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2001	40 690	12 072	11 069	7 427	4 322	2 143	1 554	8 376	4 853	3 069	3 330	34 399	24 534	9 076
2002	42 192	13 778	10 403	8 327	5 097	2 149	1 548	7 592	4 763	3 021	3 200	33 447	23 489	9 261
2003	43 188	14 094	10 280	8 870	6 531	2 204	1 442	7 336	4 800	3 373	3 205	34 477	24 139	9 658
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783
2006 1.Vj.	4 480	2 786	2 628	3 792	1 492	399	320	2 718	1 681	1 049	811	11 370	8 874	2 321
2.Vj.	9 727	3 604	2 879	1 662	1 720	505	341	2 258	1 350	881	641	12 296	9 365	2 801
3.Vj.	10 045	3 700	2 665	1 705	1 468	536	329	2 020	1 501	904	733	13 115	9 948	3 026
4.Vj.	15 665	4 296	3 105	1 615	1 593	720	438	1 942	1 593	928	719	12 538	10 182	2 250
2007 1.Vj.	4 540	2 916	2 949	4 504	1 647	416	406	2 636	1 828	1 150	740	12 126	9 541	2 408
2.Vj.	9 230	3 462	3 249	1 912	1 997	493	352	2 206	1 606	1 006	675	13 432	10 457	2 841
3.Vj.	9 904	3 774	2 875	2 049	1 319	509	322	2 098	1 860	1 043	670	12 701	9 404	3 147
4.Vj.	15 281	4 103	3 277	1 866	1 392	541	408	1 958	1 659	1 004	698
2007 Jan.	260	370	887	466	458	25	97	1 231	570	362	239	.	.	.
Febr.	1 445	1 421	706	3 410	575	225	213	627	587	353	294	.	.	.
2008 Jan.	373	223	1 020	545	543	225	153	1 186	581	395	241	.	.	.
Febr.	1 254	1 197	739	3 316	485	235	142	656	517	329	326	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten 3)	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 570	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 9)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007 p)	236 167	162 218	72 549	235 084	201 922	13 656	+ 1 083	12 206	11 280	765	45	116	4 856
2005 1.Vj.	55 160	36 897	17 996	58 001	50 031	3 390	- 2 841	2 607	2 432	16	41	118	4 828
2.Vj.	56 913	38 647	17 911	58 286	49 929	3 413	- 1 373	1 195	1 020	16	42	118	4 874
3.Vj.	57 546	38 492	18 807	58 455	50 150	3 337	- 909	362	187	16	43	117	4 885
4.Vj.	59 408	42 224	16 834	58 412	50 050	3 300	+ 996	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006 1.Vj.	60 801	42 622	17 908	57 965	50 110	3 247	+ 2 836	4 452	4 293	16	43	101	4 924
2.Vj.	60 537	42 351	17 877	58 328	50 143	3 257	+ 2 209	7 406	7 241	16	45	105	4 956
3.Vj.	57 950	39 741	17 839	58 521	50 297	3 266	- 571	6 845	6 681	16	45	104	4 959
4.Vj.	61 369	43 351	17 755	58 459	50 140	3 274	+ 2 910	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007 1.Vj.	56 177	37 771	18 118	58 275	50 369	3 279	- 2 098	7 955	7 585	215	46	108	4 889
2.Vj.	59 068	40 501	18 180	58 595	50 282	3 432	+ 473	8 890	8 573	165	48	103	4 881
3.Vj.	57 996	39 494	18 115	59 054	50 633	3 470	- 1 058	8 025	7 598	265	45	117	4 868
4.Vj. p)	62 926	44 452	18 136	59 159	50 638	3 475	+ 3 767	12 206	11 280	765	45	116	4 856

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 8 Ohne die mit der Höherbewertung von Beteiligungen verbuchten Einnahmen. — 9 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosen-unterstützungen 4) 5)	darunter:			Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)				
		Beiträge	Um-lagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	beruf-liche Förde-rung 5) 6)		davon:			
										West-deutsch-land	Ost-deutsch-land		
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	1 660	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	2 215	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 747	2 623	949	+ 6 643	-
2005 1.Vj.	11 934	11 072	40	14 775	7 983	5 805	2 178	3 332	2 083	1 249	410	- 2 842	5 532
2.Vj.	13 283	11 449	324	13 697	7 394	5 376	2 018	3 062	1 956	1 105	440	- 414	223
3.Vj.	12 924	11 618	420	12 662	6 357	4 720	1 637	2 576	1 670	906	372	+ 262	- 458
4.Vj.	14 551	12 850	652	11 954	5 920	4 431	1 489	2 620	1 712	908	228	+ 2 597	- 4 900
2006 1.Vj.	14 041	13 057	42	12 320	7 155	5 260	1 894	2 306	1 526	780	388	+ 1 721	538
2.Vj.	13 827	12 848	275	11 742	6 362	4 691	1 670	2 266	1 505	761	300	+ 2 084	- 538
3.Vj.	12 860	11 950	302	10 142	5 117	3 879	1 239	2 232	1 486	746	183	+ 2 718	-
4.Vj.	14 656	13 321	504	9 958	4 616	3 518	1 098	2 455	1 669	787	218	+ 4 698	-
2007 1.Vj.	9 932	7 738	78	10 044	5 321	3 971	1 350	2 032	1 370	662	408	- 113	-
2.Vj.	10 837	7 910	303	9 383	4 598	3 440	1 157	2 089	1 423	666	259	+ 1 454	-
3.Vj.	10 366	7 765	232	8 357	3 910	2 979	931	1 985	1 363	622	160	+ 2 010	-
4.Vj.	11 703	8 851	357	8 412	3 528	2 684	843	2 264	1 591	674	122	+ 3 292	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversiche-

rungsbeiträge. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben 5)							
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Ärztliche und zahn-ärztliche Behandlung 3)	Arznei-mittel	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	sonstige Leistungs-ausgaben	Ver-waltungs-ausgaben 4)								
		Beiträge 2)	Bundes-zuschuss										Krankenhaus-behandlung	Ärztliche und zahn-ärztliche Behandlung 3)	Arznei-mittel	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	sonstige Leistungs-ausgaben	Ver-waltungs-ausgaben 4)
2001	135 790	131 886	.	138 811	44 980	33 495	22 331	9 760	7 717	2 779	7 642	- 3 021							
2002	139 707	136 208	.	143 026	46 308	34 899	23 449	9 304	7 561	2 998	8 019	- 3 320							
2003	141 654	138 383	.	145 095	46 800	36 120	24 218	9 409	6 973	2 984	8 206	- 3 441							
2004	144 279	140 120	1 000	140 178	47 594	34 218	21 811	8 281	6 367	3 731	8 114	+ 4 102							
2005	145 742	140 250	2 500	143 809	48 959	33 024	25 358	8 284	5 868	3 847	8 155	+ 1 933							
2006	149 929	142 184	4 200	147 973	50 327	34 260	25 835	8 303	5 708	4 526	8 110	+ 1 956							
2007 p)	155 678	149 966	2 500	153 616	51 102	35 545	27 759	8 655	6 012	2 274	8 132	+ 2 062							
2005 1.Vj.	34 630	33 989	-	34 452	12 171	8 280	5 795	1 827	1 539	347	1 765	+ 178							
2.Vj.	36 832	34 869	1 250	35 978	12 276	8 183	6 418	2 093	1 522	477	1 989	+ 854							
3.Vj.	35 380	34 674	-	35 530	12 102	8 133	6 425	2 087	1 400	391	1 904	- 150							
4.Vj.	38 693	36 719	1 250	37 649	12 457	8 502	6 752	2 263	1 398	591	2 391	+ 1 044							
2006 1.Vj.	34 744	34 034	-	35 968	12 834	8 483	6 384	1 881	1 477	283	1 836	- 1 224							
2.Vj.	38 004	35 279	2 100	36 830	12 658	8 588	6 450	2 071	1 439	574	1 910	+ 1 174							
3.Vj.	36 001	35 156	-	36 226	12 551	8 254	6 301	2 048	1 363	515	1 931	- 225							
4.Vj.	40 770	37 745	2 100	38 538	12 332	8 888	6 739	2 290	1 412	881	2 384	+ 2 232							
2007 1.Vj.	36 437	35 693	-	37 147	12 948	8 793	6 687	1 918	1 525	347	1 879	- 710							
2.Vj.	39 316	37 306	1 250	38 299	12 893	8 860	6 862	2 160	1 510	635	1 930	+ 1 017							
3.Vj.	37 939	37 138	-	38 068	12 750	8 614	6 897	2 199	1 451	474	1 987	- 129							
4.Vj.	41 987	39 829	1 250	40 103	12 512	9 278	7 313	2 378	1 527	818	2 337	+ 1 883							

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. — 3 Einschl. Zahnersatz. — 4 Netto, d. h. nach Abzug der Kos-

tenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. — 5 Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2001	16 843	16 581	16 890	2 301	7 744	4 134	979	816	-	47
2002	16 917	16 714	17 346	2 363	8 014	4 151	962	837	-	428
2003	16 844	16 665	17 468	2 361	8 183	4 090	951	853	-	624
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007 p)	18 023	17 862	18 344	2 469	8 827	4 034	859	892	-	321
2005 1.Vj.	4 159	4 130	4 418	586	2 103	996	226	245	-	259
2.Vj.	4 315	4 288	4 439	596	2 120	1 011	220	215	-	123
3.Vj.	4 389	4 358	4 492	606	2 140	1 008	221	213	-	103
4.Vj.	4 629	4 600	4 509	607	2 154	1 037	227	198	+	121
2006 1.Vj.	4 660	4 631	4 511	611	2 152	998	213	246	+	150
2.Vj.	4 655	4 629	4 447	582	2 158	994	214	222	+	208
3.Vj.	4 471	4 441	4 551	617	2 171	1 014	213	222	-	80
4.Vj.	4 699	4 657	4 526	611	2 191	1 009	218	200	+	173
2007 1.Vj.	4 301	4 265	4 591	624	2 191	1 014	212	238	-	290
2.Vj.	4 469	4 432	4 528	595	2 192	993	213	231	-	59
3.Vj.	4 440	4 403	4 617	623	2 226	1 012	216	213	-	177
4.Vj.	4 813	4 761	4 608	626	2 218	1 015	217	209	+	204

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kin-

derloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 1)	netto		
2001	+ 135 018	- 14 719	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 327	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 483	+ 42 270	+ 1 236	+ 7 218
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2005 1.Vj.	+ 65 235	+ 19 631	+ 11 093	- 4 966
2.Vj.	+ 54 315	+ 3 646	- 2 371	+ 1 492
3.Vj.	+ 59 325	+ 11 140	+ 788	+ 7 444
4.Vj.	+ 46 048	+ 1 062	- 4 999	+ 2 071
2006 1.Vj.	+ 75 788	+ 12 526	+ 8 174	- 7 296
2.Vj.	+ 56 445	+ 14 238	+ 8 228	+ 14 649
3.Vj.	+ 66 689	+ 16 579	+ 4 181	+ 8 913
4.Vj.	+ 22 952	- 10 686	- 17 326	- 9 958
2007 1.Vj.	+ 68 285	+ 4 600	+ 12 649	- 11 200
2.Vj.	+ 54 415	+ 22 020	+ 5 792	+ 27 209
3.Vj.	+ 51 413	- 20 291	- 4 783	- 27 450
4.Vj.	+ 40 882	+ 667	- 12 571	+ 6 541

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2001	1 223 966	4 440	534 262	174	230 890	454 200
2002	1 277 667	4 440	536 900	137	238 390	497 800
2003	1 358 137	4 440	530 700	341	301 956	520 700
2004	1 430 582	4 440	544 200	430	307 212	574 300
2005	1 489 029	4 440	518 500	488	313 101	652 500
2006	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2007 p)	1 539 539	4 440	461 800	480	307 419	765 400
2005 1.Vj.	1 457 430	4 440	552 700	474	302 916	596 900
2.Vj.	1 465 639	4 440	530 900	501	305 598	624 200
3.Vj.	1 480 384	4 440	535 600	501	304 143	635 700
4.Vj.	1 489 029	4 440	518 500	488	313 101	652 500
2006 1.Vj.	1 508 932	4 440	522 400	486	308 606	673 000
2.Vj.	1 525 012	4 440	528 500	485	320 187	671 400
3.Vj.	1 540 523	4 440	519 300	485	331 898	684 400
4.Vj.	1 533 697	4 440	496 900	480	329 577	702 300
2007 1.Vj.	1 538 621	4 440	513 900	480	321 201	698 600
2.Vj.	1 556 684	4 440	504 600	480	320 564	726 600
3.Vj.	1 535 253	4 440	489 000	480	308 533	732 800
4.Vj. p)	1 539 539	4 440	461 800	480	307 419	765 400

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	vereini- gungs- bedingte 5) 6)	Aus- gleichs- forde- rungen 6)	sonstige 7)
Gebietskörperschaften												
2001	1 223 966	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	123	8 986	108
2002	1 277 667	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	66	7 845	97
2003	1 358 137	36 022	246 414	153 611	12 810	471 115	396 832	341	34 163	33	6 711	86
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	379 984	430	53 672	2	5 572	82
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	366 978	488	62 765	2	4 443	86
2006 3.Vj.	1 540 523	37 895	320 241	171 892	10 253	549 652	377 575	485	68 002	2	4 443	83
4.Vj.	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	356 511	480	71 892	2	4 443	81
2007 1.Vj.	1 538 621	38 627	323 595	166 620	10 276	560 413	367 054	480	67 032	2	4 443	80
2.Vj.	1 556 684	38 577	326 230	175 567	10 114	567 582	362 906	480	70 705	2	4 443	79
3.Vj.	1 535 253	39 550	324 981	162 292	10 344	569 273	354 548	480	69 263	2	4 443	77
4.Vj. p)	1 539 539	40 310	327 408	177 394	10 287	574 512	334 418	480	70 213	2	4 443	75
Bund 8) 9) 10)												
2001	701 115	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	123	8 986	107
2002	725 443	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	66	7 845	97
2003	767 713	35 235	87 538	143 425	12 810	436 181	38 146	223	7 326	33	6 711	85
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	2	5 572	81
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	29 318	408	10 710	2	4 443	85
2006 3.Vj.	929 597	37 772	106 419	171 841	10 253	539 023	48 236	408	11 119	2	4 443	83
4.Vj.	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	30 030	408	11 036	2	4 443	80
2007 1.Vj.	923 511	38 622	102 508	166 569	10 276	549 886	39 620	408	11 100	2	4 443	79
2.Vj.	945 531	38 497	103 219	175 516	10 114	557 055	45 104	408	11 096	2	4 443	79
3.Vj.	939 321	37 725	102 103	162 292	10 344	568 917	41 833	408	11 177	2	4 443	77
4.Vj.	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	22 829	408	10 928	2	4 443	74
Länder												
2001	364 559	1 900	87 856	.	.	.	265 652	5	9 145	.	.	1
2002	392 172	588	121 394	.	.	.	255 072	5	15 113	.	.	1
2003	423 737	787	154 189	.	.	.	244 902	4	23 854	.	.	1
2004	448 672	1 282	179 620	.	.	.	228 644	3	39 122	.	.	1
2005	471 375	847	201 146	.	.	.	221 163	3	48 216	.	.	1
2006 3.Vj.	478 603	123	213 823	.	.	.	211 564	2	53 091	.	.	1
4.Vj.	481 850	36	216 665	.	.	.	209 270	2	55 876	.	.	1
2007 1.Vj.	483 084	5	221 087	.	.	.	211 039	2	50 950	.	.	1
2.Vj.	479 658	80	223 011	.	.	.	201 938	2	54 627	.	.	1
3.Vj.	480 050	1 825	222 879	.	.	.	202 054	2	53 290	.	.	1
4.Vj. p)	484 117	2 925	225 325	.	.	.	201 375	2	54 490	.	.	1
Gemeinden 11)												
2001	99 209	.	153	.	.	913	96 051	136	1 955	.	.	.
2002	100 842	.	153	.	.	913	97 624	124	2 027	.	.	.
2003	107 857	.	77	.	.	734	104 469	106	2 471	.	.	.
2004	112 538	812	108 231	86	3 410	.	.	.
2005	116 033	466	111 889	77	3 601	.	.	.
2006 3.Vj.	117 462	260	113 522	75	3 605	.	.	.
4.Vj.	118 380	256	113 261	70	4 792	.	.	.
2007 1.Vj.	117 768	256	112 646	70	4 795	.	.	.
2.Vj.	117 312	256	112 191	70	4 795	.	.	.
3.Vj.	115 782	256	110 661	70	4 795	.	.	.
4.Vj. p)	115 334	256	110 213	70	4 795	.	.	.
Sondervermögen 8) 9) 10) 12)												
2001	59 084	.	3 748	10 134	.	31 040	13 626	8	529	.	.	.
2002	59 210	.	3 820	10 185	.	32 828	11 832	8	537	.	.	.
2003	58 830	.	4 610	10 185	.	34 201	9 315	8	512	.	.	.
2004	57 250	.	4 538	9 685	.	34 355	8 274	8	389	.	.	.
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	4 609	.	238	.	.	.
2006 3.Vj.	14 860	.	.	51	.	10 368	4 253	.	188	.	.	.
4.Vj.	14 556	.	.	51	.	10 368	3 950	.	188	.	.	.
2007 1.Vj.	14 258	.	.	51	.	10 271	3 749	.	188	.	.	.
2.Vj.	14 183	.	.	51	.	10 271	3 674	.	188	.	.	.
3.Vj.	100	100
4.Vj.	100	100

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 7 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Bestand befindliche

Stücke. — 8 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 9 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 12 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2006			2007			2006			2007			
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	106,0	111,6	117,5	1,2	5,3	5,3	2,2	5,0	5,6	5,3	5,5	5,6	4,8
Baugewerbe	79,2	83,5	85,2	- 4,8	5,4	2,0	1,9	5,6	10,6	15,6	0,1	- 1,5	- 2,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	104,7	108,5	110,7	0,6	3,6	2,1	1,9	3,5	5,3	3,2	2,3	2,3	0,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	107,7	110,1	113,5	2,7	2,2	3,1	1,8	2,6	3,0	3,3	3,3	2,8	2,9
Öffentliche und private Dienstleister 3)	103,1	103,3	103,8	0,4	0,2	0,5	0,1	0,3	- 0,1	0,7	0,6	0,3	0,4
Bruttowertschöpfung	104,1	107,0	110,1	1,0	2,8	2,8	1,5	2,9	3,6	3,6	2,9	2,7	2,2
Bruttoinlandsprodukt 4)	102,9	105,8	108,5	0,8	2,9	2,5	1,6	2,7	3,7	3,4	2,5	2,4	1,6
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	101,3	102,3	101,8	- 0,1	1,0	- 0,4	0,2	0,4	1,9	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 1,3
Konsumausgaben des Staates	101,4	102,2	104,4	0,5	0,9	2,1	0,1	0,9	0,7	2,1	2,3	2,3	1,7
Ausrüstungen	99,9	108,2	117,1	6,0	8,3	8,2	8,4	8,0	6,3	10,6	7,6	7,1	7,9
Bauten	82,4	85,9	87,9	- 3,1	4,3	2,3	1,9	4,7	7,8	14,4	0,5	- 0,5	- 2,2
Sonstige Anlagen 6)	117,9	125,8	134,1	4,8	6,7	6,6	6,1	6,9	8,3	4,3	6,2	7,1	8,4
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	0,0	- 0,1	- 0,1	0,0	0,6	- 2,0	- 0,1	- 0,8	- 0,4	0,8
Inländische Verwendung	98,1	100,0	100,9	0,3	1,9	0,9	1,1	2,2	0,7	2,1	0,3	0,6	0,9
Außenbeitrag 8)	.	.	.	0,5	1,1	1,6	0,6	0,7	3,1	1,5	2,2	1,9	0,8
Exporte	134,1	150,9	162,6	7,1	12,5	7,8	9,0	10,7	15,6	9,9	9,3	8,4	4,0
Importe	120,3	133,7	140,2	6,7	11,2	4,8	8,9	10,3	9,2	7,6	4,9	4,6	2,6
Bruttoinlandsprodukt 4)	102,9	105,8	108,5	0,8	2,9	2,5	1,6	2,7	3,7	3,4	2,5	2,4	1,6
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 326,4	1 357,5	1 374,4	1,4	2,3	1,2	1,8	1,5	3,1	1,0	1,6	1,6	0,8
Konsumausgaben des Staates	421,5	425,9	436,1	1,4	1,0	2,4	0,6	0,4	0,5	2,2	2,5	2,7	2,1
Ausrüstungen	162,1	173,7	186,5	4,9	7,1	7,4	7,5	7,1	4,9	9,7	6,8	6,4	7,1
Bauten	203,4	217,2	235,9	- 2,2	6,8	8,6	3,5	7,9	11,9	22,2	7,5	5,4	3,2
Sonstige Anlagen 6)	25,3	26,3	27,1	2,1	3,7	3,3	4,1	3,6	4,4	2,6	2,8	3,5	4,1
Vorratsveränderungen 7)	- 7,5	- 4,7	- 7,1
Inländische Verwendung	2 131,3	2 195,8	2 253,0	1,5	3,0	2,6	2,6	3,3	1,5	3,5	2,1	2,3	2,6
Außenbeitrag	113,3	126,4	170,9
Exporte	918,0	1 046,5	1 133,0	8,3	14,0	8,3	10,9	12,3	16,3	10,4	10,0	8,6	4,5
Importe	804,7	920,1	962,2	9,2	14,3	4,6	13,1	13,2	10,8	7,4	4,6	3,8	2,7
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 244,6	2 322,2	2 423,8	1,5	3,5	4,4	2,3	3,4	4,3	5,0	4,6	4,5	3,5
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	107,8	109,3	111,2	1,5	1,4	1,7	1,5	1,1	1,2	1,3	1,6	1,8	2,1
Bruttoinlandsprodukt	105,8	106,4	108,3	0,7	0,6	1,8	0,6	0,6	0,5	1,5	2,0	2,0	1,9
Terms of Trade	101,3	99,8	100,5	- 1,3	- 1,5	0,7	- 2,1	- 1,2	- 0,7	0,6	0,9	1,0	0,5
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 129,9	1 149,4	1 181,0	- 0,6	1,7	2,8	1,6	2,3	2,3	3,0	3,1	2,5	2,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	561,3	601,9	643,2	5,9	7,2	6,9	2,0	6,1	10,1	7,9	3,4	9,5	6,4
Volkseinkommen	1 691,2	1 751,2	1 824,2	1,4	3,6	4,2	1,8	3,7	4,6	4,8	3,2	5,0	3,7
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 265,0	2 344,4	2 446,4	1,7	3,5	4,4	2,3	3,5	4,3	5,3	3,7	4,8	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2008. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert

mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettuzugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe 2)	Energie 3)	Industrie 1)				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zu-sammen	Vor-leistungs-güter-produ-zenten 4)	In-vestitions-güter-produ-zenten 5)	Ge-brauchs-güter-produ-zenten	Ver-brauchs-güter-produ-zenten 6)	Chemische Industrie	Metall-erzeugung und -bear-beitung	Maschinen-bau	Her-stellung von Kraftwa-gen und Kraftwa-genteilen
2000 = 100												
2003	98,4	84,9	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2004	100,8	80,6	102,7	102,5	103,3	105,7	87,5	97,9	104,4	103,6	101,2	111,9
2005	103,6	76,1	102,9	106,3	106,5	111,0	87,8	100,9	110,0	104,5	106,1	116,8
2006	109,8	81,0	102,9	113,2	115,1	118,9	94,0	102,6	114,5	111,7	114,9	120,2
2007 +)	116,3	83,2	100,4	121,0	124,0	128,6	95,3	105,9	119,9	117,8	126,0	129,2
2006 Juni	112,4	94,0	94,3	116,0	118,8	123,2	92,7	101,4	114,4	117,2	119,4	126,1
Juli	112,7	99,4	97,1	115,6	119,0	121,3	90,3	103,2	118,8	111,9	115,2	127,4
Aug.	103,5	90,6	92,8	105,9	113,0	103,8	79,3	100,8	113,6	104,7	105,4	92,4
Sept.	117,4	99,1	93,5	121,6	123,1	129,3	106,6	106,5	113,1	118,6	125,6	132,0
Okt.	117,9	97,7	100,7	121,6	124,9	125,7	104,4	110,4	119,8	120,8	119,9	126,9
Nov.	120,7	96,1	106,5	124,5	124,4	133,8	107,9	110,5	119,0	121,1	128,3	133,3
Dez.	107,1	69,5	110,7	110,2	103,6	124,8	91,3	100,3	105,6	94,0	136,8	100,5
2007 Jan.	104,8	56,4	104,9	109,2	115,3	110,3	89,4	98,7	117,9	117,4	102,6	117,6
Febr.	108,0	59,4	99,2	113,4	116,8	119,2	95,7	98,6	116,4	117,8	112,5	127,5
März	121,3	79,8	105,2	126,9	129,4	135,9	104,2	109,1	125,0	127,9	132,3	143,1
April	113,1	86,5	96,8	117,3	121,2	122,4	90,6	104,9	121,4	117,8	117,6	129,2
Mai	114,0	87,9	95,5	118,4	123,1	123,4	90,7	104,8	121,9	118,2	120,4	128,7
Juni	118,6	92,5	94,3	123,7	127,8	133,2	95,2	102,9	117,9	121,3	130,6	137,8
Juli	118,2	96,7	95,2	122,7	127,5	131,0	89,7	103,8	122,0	117,3	127,7	132,3
Aug.	109,2	88,8	93,7	112,8	120,2	112,8	81,0	104,2	120,1	108,3	114,2	100,3
Sept.	124,4	97,6	96,6	129,8	132,2	139,2	108,0	111,5	121,7	122,3	137,1	143,2
Okt. +)	125,4	96,2	104,9	130,3	132,4	138,8	105,0	115,0	123,3	125,0	132,5	140,0
Nov. +)	125,8	90,5	108,0	130,9	130,5	143,4	105,0	113,0	120,7	123,5	137,1	142,7
Dez. +)	112,5	66,2	110,3	116,9	111,0	133,2	89,3	104,0	110,2	97,2	147,9	107,6
2008 Jan. +)	111,6	60,4	107,9	116,8	121,6	122,2	90,1	102,1	123,0	120,3	113,6	123,7
Febr. +) p)	114,6	66,1	100,0	120,6	124,0	130,7	94,7	99,6	118,3	122,1	123,2	136,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2003	+ 0,1	- 4,2	+ 2,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,9	+ 0,2	- 2,0	- 1,7	+ 2,1
2004	+ 2,4	- 5,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,0
2005	+ 2,8	- 5,6	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,1	+ 5,0	+ 0,3	+ 3,1	+ 5,4	+ 0,9	+ 4,8	+ 4,4
2006	+ 6,0	+ 6,4	+ 0,0	+ 6,5	+ 8,1	+ 7,1	+ 7,1	+ 1,7	+ 4,1	+ 6,9	+ 8,3	+ 2,9
2007 +)	+ 5,9	+ 2,7	- 2,4	+ 6,9	+ 7,7	+ 8,2	+ 1,4	+ 3,2	+ 4,7	+ 5,5	+ 9,7	+ 7,5
2006 Juni	+ 5,7	+ 6,3	+ 1,8	+ 5,9	+ 8,6	+ 5,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 6,2	+ 8,8	+ 3,6	+ 3,0
Juli	+ 5,7	+ 7,0	+ 0,7	+ 6,2	+ 8,2	+ 6,5	+ 7,9	+ 0,7	+ 5,9	+ 3,5	+ 6,8	+ 4,4
Aug.	+ 7,9	+ 7,3	+ 0,3	+ 8,7	+ 11,0	+ 9,3	+ 13,0	+ 1,8	+ 4,4	+ 8,7	+ 14,4	+ 1,9
Sept.	+ 6,2	+ 7,8	- 0,1	+ 6,6	+ 8,7	+ 6,8	+ 9,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 8,4	+ 10,0	+ 1,9
Okt.	+ 4,4	+ 4,6	- 3,1	+ 5,1	+ 8,2	+ 5,1	+ 4,2	- 1,8	+ 1,7	+ 7,3	+ 10,8	- 3,2
Nov.	+ 7,0	+ 11,6	- 1,4	+ 7,5	+ 8,8	+ 9,0	+ 8,0	+ 1,5	+ 6,3	+ 8,5	+ 12,6	+ 1,7
Dez.	+ 7,5	+ 13,7	- 4,2	+ 8,7	+ 11,2	+ 8,3	+ 12,2	+ 3,9	+ 6,7	+ 12,8	+ 6,4	+ 5,7
2007 Jan.	+ 6,8	+ 35,6	- 12,9	+ 8,2	+ 10,2	+ 9,1	+ 4,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 12,1	+ 11,3	+ 9,6
Febr.	+ 7,6	+ 30,0	- 8,9	+ 8,4	+ 10,7	+ 8,7	+ 7,0	+ 2,7	+ 5,4	+ 9,5	+ 13,2	+ 4,7
März	+ 8,5	+ 25,5	- 6,6	+ 9,2	+ 11,1	+ 9,2	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,6	+ 9,2	+ 13,1	+ 8,6
April	+ 4,9	+ 0,5	- 4,9	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,0	- 1,9	+ 3,5	+ 7,0	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,4
Mai	+ 5,8	- 1,0	+ 0,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,3	+ 1,5	+ 4,1	+ 8,0	+ 5,2	+ 9,5	+ 5,1
Juni	+ 5,5	- 1,6	+ 0,0	+ 6,6	+ 7,6	+ 8,1	+ 2,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 9,4	+ 9,3
Juli	+ 4,9	- 2,7	+ 2,0	+ 6,1	+ 7,1	+ 8,0	- 0,7	+ 0,6	+ 2,7	+ 4,8	+ 10,9	+ 3,8
Aug.	+ 5,5	- 2,0	+ 1,0	+ 6,5	+ 6,4	+ 8,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 5,7	+ 3,4	+ 8,3	+ 8,5
Sept.	+ 6,0	- 1,5	+ 3,3	+ 6,7	+ 7,4	+ 7,7	+ 1,3	+ 4,7	+ 7,6	+ 3,1	+ 9,2	+ 8,5
Okt. +)	+ 6,4	- 1,5	+ 4,2	+ 7,2	+ 6,0	+ 10,4	+ 0,6	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 10,5	+ 10,3
Nov. +)	+ 4,2	- 5,8	+ 1,4	+ 5,1	+ 4,9	+ 7,2	- 2,7	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 6,9	+ 7,1
Dez. +)	+ 5,0	- 4,7	- 0,4	+ 6,1	+ 7,1	+ 6,7	- 2,2	+ 3,7	+ 4,4	+ 3,4	+ 8,1	+ 7,1
2008 Jan. +)	+ 6,5	+ 7,1	+ 2,9	+ 7,0	+ 5,5	+ 10,8	+ 0,8	+ 3,4	+ 4,3	+ 2,5	+ 10,7	+ 5,2
Febr. +) p)	+ 6,1	+ 11,3	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 9,6	- 1,0	+ 1,0	+ 1,6	+ 3,7	+ 9,5	+ 7,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Jahres- und Vierteljahreswerte auf Basis von Meldungen der Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten, monatliche Aufteilung ab Januar 2007 auf Basis von Angaben der Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, davor eines kleineren Berichtskreises. — 0 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbere-

tende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 3 Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — 4 Einschl. Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 5 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 6 Einschl. Druckgewerbe. — + Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das IV. Quartal 2007 beziehungsweise für das I. Quartal 2008.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	Industrie		davon:									
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten 1)		Konsumgüterproduzenten 2)		davon:			
			2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2003	99,0	+ 0,8	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,2	95,6	- 3,4	90,4	- 5,5	98,8	- 2,2
2004	105,1	+ 6,2	105,0	+ 7,4	107,6	+ 6,9	95,1	- 0,5	89,3	- 1,2	98,7	- 0,1
2005	111,8	+ 6,4	110,0	+ 4,8	116,2	+ 8,0	99,7	+ 4,8	91,4	+ 2,4	104,9	+ 6,3
2006	123,8	+ 10,7	124,8	+ 13,5	127,5	+ 9,7	105,7	+ 6,0	98,9	+ 8,2	109,9	+ 4,8
2007 1)	137,5	+ 11,1	135,9	+ 8,9	145,0	+ 13,7	111,6	+ 5,6	103,0	+ 4,1	116,9	+ 6,4
2007 Febr. 1)	133,3	+ 12,7	131,2	+ 12,3	139,4	+ 14,3	114,7	+ 5,8	99,2	+ 3,0	124,3	+ 7,2
März 1)	145,2	+ 13,6	144,9	+ 14,8	151,6	+ 14,5	120,0	+ 5,4	108,5	+ 2,5	127,2	+ 7,1
April 1)	131,0	+ 8,6	133,2	+ 8,3	135,7	+ 9,8	105,1	+ 4,5	97,4	- 0,1	109,8	+ 7,1
Mai 1)	134,8	+ 12,4	135,7	+ 10,0	140,9	+ 15,4	106,9	+ 7,8	100,8	+ 4,3	110,7	+ 9,7
Juni 1)	147,1	+ 18,4	141,8	+ 10,0	161,3	+ 27,0	107,1	+ 9,6	101,8	+ 6,5	110,3	+ 11,4
Juli 1)	135,6	+ 7,9	136,5	+ 6,4	140,8	+ 9,6	111,3	+ 4,8	98,0	+ 4,7	119,4	+ 4,8
Aug. 1)	125,1	+ 5,2	126,6	+ 6,4	127,2	+ 4,3	111,4	+ 4,9	92,0	+ 3,1	123,4	+ 5,7
Sept. 1)	138,7	+ 6,5	138,8	+ 5,9	143,5	+ 7,2	118,6	+ 5,5	110,4	+ 3,1	123,6	+ 6,8
Okt. 1)	143,8	+ 10,9	139,7	+ 3,9	152,0	+ 17,1	123,3	+ 8,6	128,0	+ 14,0	120,4	+ 5,3
Nov. 1)	148,2	+ 13,4	145,3	+ 7,8	158,8	+ 20,7	114,5	+ 0,7	109,3	- 1,4	117,8	+ 2,0
Dez. 1)	137,9	+ 11,7	124,0	+ 7,2	158,4	+ 16,0	99,3	+ 3,9	91,6	+ 5,2	104,0	+ 3,1
2008 Jan. 1)	140,3	+ 8,8	140,3	+ 5,4	147,4	+ 12,6	111,4	+ 4,0	104,4	+ 5,1	115,6	+ 3,3
Febr. 1)	141,2	+ 5,9	138,0	+ 5,2	149,4	+ 7,2	117,9	+ 2,8	102,0	+ 2,8	127,7	+ 2,7
aus dem Inland												
2003	94,6	+ 0,0	95,0	+ 0,4	96,0	+ 1,4	89,9	- 5,0	86,3	- 6,2	92,1	- 4,4
2004	98,3	+ 3,9	100,4	+ 5,7	100,1	+ 4,3	87,2	- 3,0	83,0	- 3,8	89,8	- 2,5
2005	101,4	+ 3,2	103,6	+ 3,2	102,8	+ 2,7	91,1	+ 4,5	85,2	+ 2,7	94,7	+ 5,5
2006	110,9	+ 9,4	116,9	+ 12,8	110,5	+ 7,5	95,0	+ 4,3	92,2	+ 8,2	96,6	+ 2,0
2007 1)	120,1	+ 8,3	127,2	+ 8,8	120,9	+ 9,4	97,7	+ 2,8	93,2	+ 1,1	100,4	+ 3,9
2007 Febr. 1)	115,6	+ 11,6	121,1	+ 12,5	115,6	+ 13,8	99,8	+ 1,7	91,7	+ 0,9	104,8	+ 2,2
März 1)	127,9	+ 12,7	133,0	+ 14,4	130,2	+ 13,4	106,6	+ 4,9	101,6	+ 3,4	109,7	+ 5,9
April 1)	116,4	+ 9,0	124,2	+ 8,4	116,8	+ 11,2	93,4	+ 4,0	88,9	+ 0,7	96,1	+ 6,0
Mai 1)	118,0	+ 9,0	127,7	+ 10,2	117,2	+ 9,1	92,7	+ 4,0	89,4	+ 0,3	94,7	+ 6,3
Juni 1)	123,7	+ 12,1	131,6	+ 10,2	126,9	+ 16,0	92,5	+ 6,7	91,6	+ 4,6	93,0	+ 7,9
Juli 1)	121,7	+ 8,3	129,5	+ 6,7	122,7	+ 11,3	96,6	+ 4,0	89,7	+ 4,4	100,8	+ 3,7
Aug. 1)	113,2	+ 4,1	121,7	+ 5,8	110,4	+ 2,9	96,9	+ 2,4	83,7	+ 0,7	105,0	+ 3,2
Sept. 1)	120,7	+ 0,7	127,7	+ 4,1	119,1	- 3,6	105,5	+ 3,6	101,8	+ 1,3	107,7	+ 5,0
Okt. 1)	124,2	+ 4,8	131,4	+ 3,9	124,2	+ 7,2	103,9	+ 0,6	102,5	- 2,6	104,7	+ 2,5
Nov. 1)	128,9	+ 8,4	139,7	+ 9,7	127,2	+ 9,7	102,8	- 0,3	102,4	- 3,5	103,1	+ 1,8
Dez. 1)	115,9	+ 8,5	114,9	+ 6,9	126,8	+ 12,5	87,6	- 0,2	83,1	+ 1,3	90,3	- 1,1
2008 Jan. 1)	120,0	+ 4,4	129,9	+ 4,9	117,8	+ 3,8	98,0	+ 4,6	97,3	+ 6,0	98,4	+ 3,7
Febr. 1)	121,7	+ 5,3	129,6	+ 7,0	120,6	+ 4,3	102,3	+ 2,5	95,6	+ 4,3	106,4	+ 1,5
aus dem Ausland												
2003	104,4	+ 1,7	102,3	+ 3,2	105,1	+ 1,0	108,2	- 0,4	99,3	- 4,4	113,8	+ 2,2
2004	113,6	+ 8,8	112,2	+ 9,7	114,5	+ 8,9	112,6	+ 4,1	103,1	+ 3,8	118,5	+ 4,1
2005	124,8	+ 9,9	119,9	+ 6,9	128,5	+ 12,2	119,0	+ 5,7	105,0	+ 1,8	127,7	+ 7,8
2006	140,0	+ 12,2	137,3	+ 14,5	143,2	+ 11,4	129,4	+ 8,7	113,6	+ 8,2	139,3	+ 9,1
2007 1)	159,2	+ 13,7	149,5	+ 8,9	167,3	+ 16,8	142,5	+ 10,1	124,6	+ 9,7	153,6	+ 10,3
2007 Febr. 1)	155,4	+ 13,7	146,9	+ 12,1	161,4	+ 14,6	147,8	+ 12,7	115,8	+ 7,2	167,8	+ 15,2
März 1)	166,9	+ 14,6	163,5	+ 15,4	171,4	+ 15,3	149,7	+ 6,1	123,6	+ 0,7	166,0	+ 8,8
April 1)	149,2	+ 8,3	147,2	+ 8,1	153,1	+ 8,8	130,9	+ 5,1	116,0	- 1,4	140,2	+ 8,9
Mai 1)	155,7	+ 15,9	148,1	+ 9,6	162,7	+ 19,9	138,4	+ 13,7	125,7	+ 11,1	146,2	+ 15,0
Juni 1)	176,4	+ 24,6	157,8	+ 9,7	193,0	+ 34,8	139,4	+ 14,4	124,3	+ 9,9	148,9	+ 16,8
Juli 1)	152,9	+ 7,4	147,5	+ 6,1	157,5	+ 8,4	143,7	+ 6,1	116,1	+ 5,0	160,9	+ 6,5
Aug. 1)	139,9	+ 6,3	134,2	+ 7,2	142,7	+ 5,4	143,6	+ 9,0	110,3	+ 7,4	164,4	+ 9,7
Sept. 1)	161,1	+ 12,7	156,1	+ 8,2	166,0	+ 15,8	147,6	+ 8,5	129,2	+ 6,3	159,1	+ 9,8
Okt. 1)	168,3	+ 17,2	152,8	+ 3,9	177,7	+ 24,5	166,3	+ 22,2	184,1	+ 44,1	155,2	+ 9,8
Nov. 1)	172,3	+ 18,5	154,0	+ 5,2	187,9	+ 28,6	140,5	+ 2,4	124,3	+ 2,5	150,6	+ 2,4
Dez. 1)	165,4	+ 14,5	138,2	+ 7,5	187,5	+ 18,4	125,1	+ 10,7	110,4	+ 12,3	134,3	+ 9,9
2008 Jan. 1)	165,6	+ 13,2	156,5	+ 6,0	174,7	+ 18,9	140,9	+ 3,1	120,0	+ 3,8	153,9	+ 2,7
Febr. 1)	165,5	+ 6,5	151,1	+ 2,9	175,9	+ 9,0	152,3	+ 3,0	115,9	+ 0,1	174,9	+ 4,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche Betriebssteile; Angaben ohne Mehrwertsteuer; ab Januar 2006 basierend auf Meldungen der Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten, davor auf Meldun-

gen der Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. — 0 Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschl. Druckgewerbe.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Deutschland						Westdeutschland 1)						Ostdeutschland 2)					
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:								
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau		Wohnungsbau 4)	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau						
2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100						
2003	79,3	- 10,7	67,5	78,6	87,5	82,0	- 11,0	75,6	79,7	88,7	71,9	- 9,7	45,1	75,4	84,3			
2004	74,3	- 6,3	61,3	72,8	84,2	76,9	- 6,2	70,5	74,6	83,8	67,1	- 6,7	35,8	67,7	85,2			
2005	73,8	- 0,7	56,9	74,4	83,5	77,8	+ 1,2	66,5	78,0	84,8	62,6	- 6,7	30,5	64,2	80,1			
2006	77,6	+ 5,1	59,4	81,3	84,9	82,1	+ 5,5	68,9	84,8	87,3	65,4	+ 4,5	33,1	71,1	78,6			
2007	84,2	+ 8,5	56,1	90,0	95,1	89,7	+ 9,3	64,5	94,5	100,0	69,0	+ 5,5	33,1	76,8	82,2			
2007 Jan.	59,9	+ 19,1	43,4	69,6	59,3	64,6	+ 19,2	50,3	74,6	62,0	47,0	+ 18,7	24,3	55,1	52,2			
Febr.	64,0	+ 8,3	45,6	77,3	60,5	67,5	+ 4,0	53,4	83,1	58,4	54,4	+ 25,6	24,2	60,6	66,0			
März	93,1	+ 13,3	60,3	101,8	103,7	99,4	+ 15,2	71,2	107,1	108,3	75,7	+ 6,5	30,1	86,4	91,8			
April	87,8	+ 9,1	61,9	92,8	98,1	93,3	+ 9,9	68,6	98,8	102,5	72,5	+ 6,0	43,3	75,5	86,8			
Mai	89,6	+ 4,1	60,9	93,5	103,2	96,3	+ 2,6	70,6	100,8	107,5	71,2	+ 10,2	34,0	72,5	92,0			
Juni	96,0	+ 2,7	66,5	103,2	106,2	102,2	+ 4,4	76,0	109,0	110,9	78,8	- 3,0	40,4	86,3	94,0			
Juli	93,6	+ 7,0	60,0	103,3	103,5	100,7	+ 9,7	68,8	112,1	107,8	73,8	- 2,4	35,9	77,8	92,3			
Aug.	83,8	- 0,5	58,5	82,2	101,5	89,0	+ 0,8	69,0	86,3	105,0	69,5	- 4,7	29,7	70,4	92,4			
Sept.	93,6	+ 3,1	62,3	92,8	113,9	97,2	+ 2,7	70,1	96,0	115,9	83,5	+ 4,0	41,0	83,6	108,7			
Okt.	96,4	+ 26,0	56,7	96,9	120,4	104,1	+ 28,2	65,8	97,1	136,6	75,1	+ 18,1	31,6	96,5	78,8			
Nov.	77,3	+ 9,6	45,6	83,7	89,7	83,0	+ 11,4	53,3	84,9	99,7	61,3	+ 2,7	24,5	80,2	63,7			
Dez.	75,0	+ 6,7	51,6	82,7	80,8	78,7	+ 8,3	56,6	84,7	85,8	64,6	+ 1,1	38,0	76,6	68,0			
2008 Jan.	68,8	+ 14,9	41,5	87,3	64,9	75,1	+ 16,3	49,1	93,6	70,1	51,4	+ 9,4	20,5	68,9	51,5			

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne West-Berlin. — 2 Einschl. West-Berlin. — 3 Einschl. Bahn und Post. — 4 Nicht arbeitstäglich bereinigt.

5. Einzelhandelsumsätze *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	darunter: nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 2)										darunter:					
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren		Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf		Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen			Einzelhandel mit Kraftwagen 3)		
2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %			
2002	100,6	- 1,5	98,3	+ 2,6	97,6	+ 3,5	105,7	- 5,0	100,8	- 7,9	100,0	- 0,8	98,1	+ 2,9		
2003 4)	100,2	- 0,4	100,2	+ 1,9	100,0	+ 2,5	100,1	- 5,3	100,2	- 0,6	100,3	+ 0,3	100,5	+ 2,4		
2004	101,8	+ 1,6	103,3	+ 3,1	100,0	± 0,0	103,4	+ 3,3	103,8	+ 3,6	102,0	+ 1,7	102,5	+ 2,0		
2005	103,7	+ 1,9	106,3	+ 2,9	104,5	+ 4,5	105,6	+ 2,1	102,0	- 1,7	104,0	+ 2,0	104,8	+ 2,2		
2006 5)	104,9	+ 1,2	106,7	+ 0,4	107,1	+ 2,5	108,1	+ 2,4	105,9	+ 3,8	106,5	+ 2,4	111,9	+ 6,8		
2007 6)	103,6	- 1,2	106,1	- 0,6	109,7	+ 2,4	110,1	+ 1,9	103,3	- 2,5	104,5	- 1,9	107,0	- 4,4		
2007 Febr. 6)	91,4	- 0,3	97,8	- 0,2	99,6	+ 1,6	81,5	+ 3,4	90,1	+ 1,3	90,6	- 1,4	87,4	- 5,0		
März	105,8	- 0,3	109,1	+ 0,6	110,6	+ 1,5	111,6	+ 5,9	110,6	+ 4,1	108,4	- 0,2	115,8	- 0,8		
April	106,9	+ 2,1	110,1	+ 1,9	109,9	+ 3,7	126,5	+ 9,2	105,0	- 1,7	107,8	- 0,1	111,0	- 6,5		
Mai	101,2	- 3,2	107,2	- 0,9	108,5	+ 2,7	104,6	- 5,5	99,3	- 3,9	104,7	- 2,1	114,8	- 0,9		
Juni	100,1	- 1,7	104,1	- 3,2	106,3	+ 1,1	102,9	- 0,2	98,3	+ 0,1	103,6	- 1,8	115,1	- 0,2		
Juli	102,2	- 0,5	106,4	- 4,0	113,2	+ 5,4	105,1	+ 1,7	100,3	+ 3,3	105,0	- 0,9	115,3	- 0,1		
Aug.	100,1	- 1,0	102,9	- 0,8	107,0	+ 3,9	105,6	- 1,4	98,5	- 2,5	101,6	- 0,6	104,9	+ 1,2		
Sept.	101,6	+ 0,1	101,3	+ 0,2	107,3	+ 4,7	120,7	+ 17,6	101,7	- 1,0	103,2	- 0,4	107,4	- 2,5		
Okt.	107,8	- 0,4	107,8	+ 3,0	113,6	+ 3,2	124,8	+ 0,6	108,3	- 5,0	109,0	- 1,2	114,6	- 3,1		
Nov.	108,5	- 0,8	106,7	+ 0,7	114,1	+ 2,6	112,9	- 1,5	111,5	- 6,1	110,0	- 2,7	114,4	- 9,0		
Dez.	123,0	- 5,8	120,6	- 4,3	124,3	- 2,0	135,4	- 2,4	124,8	- 11,2	119,8	- 6,8	106,5	- 14,9		
2008 Jan.	95,7	+ 1,5	98,1	- 1,4	106,0	+ 3,4	94,0	+ 4,3	94,7	+ 3,5	94,3	+ 4,8	88,1	+ 14,3		
Febr. 5)	91,0	- 0,4	94,0	- 3,9	102,5	+ 2,9	84,7	+ 3,9	89,9	- 0,2	90,6	± 0,0		

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. — 2 Angaben beziehen sich auf den Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschl. Kraftwagenteil und -zubehör. — 4 Entwicklung im Jahr 2003 ohne Niedersach-

sen. — 5 Ab Januar 2006 jährliche Erweiterung des Berichtskreises um Neuzugänge; Berichtskreisprüfung durch Verkettung ausgeschaltet. — 6 Messzahlen ab Januar 2007 vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 4)	Beschäftigte in Beschäftigungs- maßnahmen 5) 6)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 6)	Arbeitslose 6)		Arbeits- losenquote 6) 7) %	Offene Stellen 6) Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe				Bau- haupt- gewerbe 3)	Tsd			Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	Tsd
		%	Tsd													
Deutschland																
2005	38 847	- 0,1	- 33	34 490	- 0,5	5 931	719	126	61	114	4 861	+ 480	11,7	413		
2006	39 089	+ 0,6	+ 242	34 694	+ 0,6	5 249	710	67	51	124	4 487	- 374	10,8	564		
2007	39 738	+ 1,7	+ 649	35 292	+ 1,7	5 301	714	68	42	131	3 776	- 711	9,0	621		
2007 März	39 242	+ 1,9	+ 743		r)	5 256	703	144	42	129	4 125	- 853	9,9	640		
April	39 463	+ 1,9	+ 732		r)	5 257	713	51	42	133	3 976	- 814	9,5	651		
Mai	39 649	+ 1,7	+ 653	35 155	+ 1,7	5 268	716	48	42	135	3 812	- 726	9,1	643		
Juni	39 747	+ 1,5	+ 589		r)	5 286	720	46	42	133	3 688	- 711	8,8	648		
Juli	39 728	+ 1,5	+ 575		r)	5 322	723	39	42	123	3 715	- 671	8,9	650		
Aug.	39 824	+ 1,5	+ 602	35 438	+ 1,6	5 353	730	32	43	116	3 706	- 666	8,8	648		
Sept.	40 138	+ 1,6	+ 631		r)	5 365	735	34	43	125	3 544	- 694	8,5	629		
Okt.	40 317	+ 1,6	+ 640		r)	5 364	728	36	44	142	3 434	- 650	8,2	609		
Nov.	40 368	+ 1,6	+ 624	35 847	+ 1,6	5 361	723	37	43	147	3 379	- 617	8,1	577		
Dez.	40 202	+ 1,5	+ 586		r)	5 347	708	78	40	148	3 406	- 602	8,1	546		
2008 Jan.	39 593	+ 1,3	+ 519		r)	5 366	681	...	13)	139	3 659	- 625	8,7	528		
Febr.	39 632	+ 1,4	+ 532	5 385	13)	133	3 617	- 630	8,6	565		
März	13)	135	3 507	- 617	8,4	588		
Westdeutschland o)																
2005	5 214	529	101	12	76	3 247	+ 464	9,9	325		
2006	10)	4 650	525	54	10	85	3 007	- 240	9,1	436		
2007	r)	4 684	529	52	9	90	2 486	- 521	7,5	489		
2007 März	r)	4 648	522	104	9	87	2 709	- 609	8,1	493		
April	r)	4 647	529	41	9	90	2 611	- 590	7,8	504		
Mai	r)	4 657	531	39	10	93	2 504	- 545	7,5	502		
Juni	r)	4 672	533	36	10	91	2 428	- 539	7,3	511		
Juli	r)	4 703	536	31	10	85	2 450	- 510	7,3	515		
Aug.	r)	4 730	541	25	9	80	2 444	- 497	7,3	511		
Sept.	r)	4 736	545	27	9	86	2 335	- 501	7,0	498		
Okt.	r)	4 734	540	30	9	98	2 265	- 473	6,8	485		
Nov.	r)	4 732	536	30	9	100	2 225	- 448	6,7	460		
Dez.	r)	4 719	527	58	8	101	2 231	- 440	6,7	439		
2008 Jan.	4 732	510	...	13)	94	2 383	- 448	7,1	426		
Febr.	4 749	13)	98	2 347	- 451	7,0	453		
März	13)	102	2 271	- 437	6,8	463		
Ostdeutschland +)																
2005	717	189	25	49	38	1 614	+ 16	18,7	88		
2006	10)	599	185	13	42	39	1 480	- 134	17,3	129		
2007	r)	617	185	16	33	42	1 291	- 190	15,1	133		
2007 März	r)	609	181	40	33	42	1 416	- 244	16,6	146		
April	r)	610	184	10	33	43	1 365	- 224	16,0	147		
Mai	r)	611	185	10	32	42	1 309	- 181	15,2	141		
Juni	r)	614	187	10	32	42	1 260	- 173	14,7	137		
Juli	r)	619	188	8	33	39	1 265	- 161	14,7	134		
Aug.	r)	623	189	7	33	36	1 262	- 169	14,7	137		
Sept.	r)	628	190	6	34	39	1 209	- 193	14,1	131		
Okt.	r)	630	189	6	34	44	1 169	- 177	13,6	124		
Nov.	r)	629	187	7	34	47	1 154	- 169	13,4	117		
Dez.	r)	628	181	20	32	47	1 176	- 162	13,7	106		
2008 Jan.	634	172	...	13)	45	1 276	- 178	14,9	102		
Febr.	636	13)	45	1 270	- 179	14,8	112		
März	13)	46	1 236	- 180	14,4	125		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundergebnisbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 4 Anzahl innerhalb eines Monats. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Stand zur Monatsmitte. — 7 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 8 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. er-

werbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 9 Ab Januar 2005 einschl. Angebote für Arbeitsgelegenheiten. — 10 Ab Januar 2006 Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. — 11 Ab Januar 2007 werden Stellenangebote für Saisonbeschäftigten nur noch dann erfasst, wenn sie auf nicht-namentlichen Anforderungen des Arbeitgebers basieren. — 12 Ab Mai 2007 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 13 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 14 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Baupreisindex 2)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:					Ausfuhr				Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)	
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 3)	Wohnungsmieten 3)								
	2005 = 100							2000 = 100						
	Indexstand													
2005	8) 100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	102,7	8) 110,7	98,8	102,4	101,4	139,5	105,4	
2006	9) 101,6	101,9	100,3	108,5	101,0	101,1	105,3	9) 116,8	107,6	104,8	106,7	163,9	131,5	
2007	10)11) 103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	112,9	119,1	118,2	106,7	108,0	166,6	143,7	
2006 Juni	101,7	102,4	100,1	110,8	100,8	101,0		117,1	106,9	104,8	107,0	172,7	130,0	
Juli	102,1	101,9	99,6	111,8	102,2	101,1		117,7	105,9	105,2	108,3	182,1	135,6	
Aug.	101,9	101,8	99,5	111,3	102,0	101,2	105,9	117,9	109,8	105,2	108,5	178,5	134,3	
Sept.	101,5	102,4	100,1	107,7	101,0	101,3		117,5	109,1	105,2	107,1	155,4	133,7	
Okt.	9) 101,7	101,8	100,8	107,3	100,9	101,4		9) 117,8	107,9	105,6	106,8	146,8	139,0	
Nov.	101,7	102,2	100,9	106,8	100,7	101,5	107,1	117,8	110,4	105,7	106,4	144,9	137,7	
Dez.	102,4	102,7	100,9	106,7	103,1	101,6		117,8	110,8	105,6	106,1	148,7	136,3	
2007 Jan.	10) 102,4	104,1	101,2	108,3	101,8	101,6		117,8	110,6	105,8	105,4	133,2	138,8	
Febr.	102,9	103,9	101,4	109,1	102,9	101,7	111,7	118,1	112,6	106,0	105,9	142,2	141,8	
März	103,1	103,7	101,7	110,7	102,8	101,8		118,4	112,7	106,2	106,5	147,7	145,5	
April	11) 103,6	105,3	101,7	111,9	103,5	101,9		118,5	111,9	106,5	107,5	154,9	149,1	
Mai	103,6	104,7	101,6	112,5	103,5	102,0	112,6	118,9	112,6	106,7	107,8	154,7	150,5	
Juni	103,6	105,1	101,4	112,8	103,5	102,2		119,1	113,2	106,9	108,4	164,3	148,5	
Juli	104,2	105,0	101,2	113,8	105,2	102,3		119,0	117,8	106,9	108,7	172,7	146,2	
Aug.	104,1	105,1	101,1	112,5	105,2	102,5	113,3	119,1	121,8	106,9	107,9	166,8	141,5	
Sept.	104,2	105,8	101,8	114,0	104,3	102,5		119,3	126,7	106,9	108,5	177,4	142,9	
Okt.	11) 104,5	108,2	102,2	113,8	104,0	102,6		119,8	129,2	107,0	109,3	186,5	143,9	
Nov.	105,0	109,7	102,4	118,2	103,8	102,7	114,0	120,8	130,1	107,0	110,1	202,1	137,5	
Dez.	105,6	110,4	102,2	115,8	106,4	102,8		120,7	130,9	107,0	110,0	199,6	138,2	
2008 Jan.	105,3	112,1	101,9	118,4	104,3	103,0		121,7	130,8	107,7	110,9	201,2	153,3	
Febr.	105,8	112,0	102,3	118,8	105,3	103,1	115,3	122,6	131,1	108,3	112,1	210,6	163,1	
März	106,3	112,6	102,5	121,5	105,7	103,2		216,5	160,5	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2005	8) + 1,5	- 0,2	+ 0,5	+ 9,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	8) + 4,6	- 0,9	+ 1,3	+ 4,3	+ 37,6	+ 9,4	
2006	9) + 1,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,5	9) + 5,5	+ 8,9	+ 2,3	+ 5,2	+ 17,5	+ 24,8	
2007	10)11) + 2,3	+ 3,9	1) + 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 7,2	+ 2,0	+ 9,9	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 9,3	
2006 Juni	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,3	+ 11,5	+ 1,2	+ 1,0		+ 6,1	+ 8,5	+ 2,5	+ 5,6	+ 19,4	+ 22,0	
Juli	+ 1,8	+ 2,2	+ 0,3	+ 9,8	+ 1,1	+ 1,0		+ 6,0	+ 8,6	+ 2,7	+ 6,3	+ 20,0	+ 26,7	
Aug.	+ 1,5	+ 3,1	+ 0,2	+ 8,0	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,1	+ 5,9	+ 11,2	+ 2,7	+ 5,5	+ 10,9	+ 26,8	
Sept.	+ 1,0	+ 3,7	- 0,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,1		+ 5,1	+ 10,9	+ 2,3	+ 3,7	- 3,2	+ 26,4	
Okt.	9) + 1,1	+ 3,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,1		9) + 4,6	+ 9,2	+ 2,5	+ 3,0	- 4,7	+ 28,7	
Nov.	+ 1,5	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 4,0	+ 4,7	+ 10,0	+ 2,6	+ 2,8	- 2,4	+ 22,9	
Dez.	+ 1,4	+ 3,1	+ 0,7	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,2		+ 4,4	+ 9,3	+ 2,4	+ 2,2	- 2,2	+ 17,7	
2007 Jan.	10) + 1,7	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,0		+ 3,2	+ 9,4	+ 2,4	+ 0,7	- 18,6	+ 15,6	
Febr.	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,0	+ 7,7	+ 2,8	+ 9,0	+ 2,2	+ 0,8	- 11,6	+ 13,9	
März	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,3	+ 3,7	+ 2,5	+ 1,0		+ 2,5	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,9	- 9,7	+ 17,6	
April	11) + 2,1	+ 3,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 3,2	+ 1,0		+ 1,6	+ 5,8	+ 1,9	+ 0,5	- 12,9	+ 15,3	
Mai	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 1,0	+ 7,9	+ 1,9	+ 6,0	+ 1,8	+ 0,6	- 9,8	+ 11,9	
Juni	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,2		+ 1,7	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,3	- 4,9	+ 14,2	
Juli	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,2		+ 1,1	+ 11,2	+ 1,6	+ 0,4	- 5,2	+ 7,8	
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 3,1	+ 1,3	+ 7,0	+ 1,0	+ 10,9	+ 1,6	- 0,6	- 6,6	+ 5,4	
Sept.	+ 2,7	+ 3,3	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,3	+ 1,2		+ 1,5	+ 16,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 14,2	+ 6,9	
Okt.	11) + 2,8	+ 6,3	+ 1,4	+ 6,1	+ 3,1	+ 1,2		+ 1,7	+ 19,7	+ 1,3	+ 2,3	+ 27,0	+ 3,5	
Nov.	+ 3,2	+ 7,3	1) + 1,5	+ 10,7	+ 3,1	+ 1,2	+ 6,4	+ 2,5	+ 17,8	+ 1,2	+ 3,5	+ 39,5	- 0,1	
Dez.	+ 3,1	+ 7,5	1) + 1,3	+ 8,5	+ 3,2	+ 1,2		+ 2,5	+ 18,1	+ 1,3	+ 3,7	+ 34,2	+ 1,4	
2008 Jan.	+ 2,8	+ 7,7	+ 0,7	+ 9,3	+ 2,5	+ 1,4		+ 3,3	+ 18,3	+ 1,8	+ 5,2	+ 51,1	+ 10,4	
Febr.	+ 2,8	+ 7,8	+ 0,9	+ 8,9	+ 2,3	+ 1,4	+ 3,2	+ 3,8	1) + 16,4	+ 2,2	+ 5,9	+ 48,1	+ 15,0	
März	+ 3,1	+ 8,6	+ 0,8	+ 9,8	+ 2,8	+ 1,4		+ 46,6	+ 10,3	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 3 Nettomieten. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und

Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 8 Ab September 2005 Anhebung der Tabaksteuer. — 9 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 10 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 11 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2000	883,4	3,4	569,6	4,0	339,9	2,8	909,5	3,6	1 337,4	3,1	123,2	0,4	9,2
2001	902,0	2,1	590,0	3,6	353,8	4,1	943,9	3,8	1 389,5	3,9	130,9	6,2	9,4
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,3	0,0	589,0	- 0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,3	0,7	603,5	2,5	378,7	0,1	982,3	1,6	1 459,3	1,9	151,8	3,2	10,4
2005	911,9	- 0,3	602,8	- 0,1	378,9	0,0	981,7	- 0,1	1 482,6	1,6	156,2	2,9	10,5
2006	926,0	1,5	605,4	0,4	379,2	0,1	984,6	0,3	1 515,9	2,3	158,4	1,5	10,5
2007	955,7	3,2	621,7	2,7	374,4	- 1,3	996,1	1,2	1 542,4	1,7	168,0	6,0	10,9
2006 2.Vj.	223,5	1,7	143,5	0,3	95,3	0,5	238,8	0,4	372,6	1,8	37,2	1,9	10,0
3.Vj.	230,8	2,0	154,9	1,0	94,3	0,1	249,2	0,6	374,4	1,5	33,7	1,6	9,0
4.Vj.	257,3	2,0	166,5	1,1	93,5	- 1,0	260,0	0,3	391,1	2,9	35,0	1,1	9,0
2007 1.Vj.	221,9	3,5	145,1	3,2	94,6	- 1,5	239,7	1,3	384,0	1,6	55,2	5,1	14,4
2.Vj.	231,4	3,5	147,5	2,8	93,3	- 2,1	240,8	0,8	379,9	2,0	39,2	5,5	10,3
3.Vj.	237,6	2,9	158,4	2,3	93,3	- 1,1	251,7	1,0	381,2	1,8	35,1	4,3	9,2
4.Vj.	264,9	2,9	170,8	2,6	93,2	- 0,4	264,0	1,5	397,3	1,6	38,4	9,7	9,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2008. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	
2000	100,0		100,0	1,9	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	1,5
2001	102,0	2,0	101,9	1,9	102,2	2,2	102,2	2,2	101,8	1,8
2002	104,7	2,7	104,6	2,7	104,6	2,3	104,6	2,3	103,2	1,3
2003	106,8	2,0	106,8	2,1	106,9	2,2	107,1	2,4	104,5	1,3
2004	108,1	1,2	108,2	1,3	108,3	1,3	108,9	1,7	105,1	0,6
2005	109,1	0,9	109,4	1,1	109,3	0,9	110,0	1,0	105,4	0,3
2006	110,2	1,0	110,7	1,2	110,2	0,8	110,9	0,8	106,3	0,9
2007	111,5	1,2	112,2	1,4	111,9	1,5	112,6	1,5	107,9	1,4
2006 2.Vj.	102,7	1,5	103,2	1,7	102,4	0,8	110,7	0,7	103,1	1,0
3.Vj.	112,6	0,3	113,1	0,5	112,8	0,3	111,2	1,0	105,6	1,1
4.Vj.	123,5	1,5	124,2	1,8	123,7	1,5	111,4	1,1	116,3	1,1
2007 1.Vj.	102,5	0,5	103,1	0,7	103,1	1,2	111,7	1,3	101,6	1,5
2.Vj.	104,5	1,7	105,1	1,9	103,7	1,3	112,2	1,3	104,9	1,7
3.Vj.	114,3	1,5	115,1	1,7	114,7	1,7	113,1	1,7	107,0	1,3
4.Vj.	124,8	1,1	125,6	1,2	125,9	1,8	113,4	1,7	117,7	1,2
2007 Aug.	103,8	1,6	104,5	1,7	104,5	1,8	113,2	1,8	.	.
Sept.	104,4	2,1	105,0	2,3	104,6	1,7	113,2	1,7	.	.
Okt.	103,8	1,3	104,5	1,5	104,7	1,8	113,3	1,8	.	.
Nov.	164,3	0,6	165,3	0,7	165,8	0,8	113,4	1,7	.	.
Dez.	106,4	1,6	107,1	1,6	107,2	3,3	113,4	1,7	.	.
2008 Jan.	104,6	1,8	105,3	1,8	105,7	2,5	114,4	2,6	.	.
Febr.	104,8	2,5	105,5	2,5	105,7	2,5	114,5	2,5	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2008.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2005	2006	2007	2007					2008
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan.
A. Leistungsbilanz	+ 9 625	- 12 433	+ 15 234	- 4 646	+ 10 019	+ 10 364	+ 2 358	+ 4 292	- 19 115
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 217 188	1 386 369	1 498 137	371 777	373 535	393 126	135 660	117 694	124 659
Einfuhr (fob)	1 172 804	1 367 880	1 442 298	352 763	356 637	380 636	129 862	119 133	132 783
Saldo	+ 44 386	+ 18 488	+ 55 839	+ 19 014	+ 16 898	+ 12 490	+ 5 799	- 1 440	- 8 124
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	402 887	429 447	469 092	115 808	127 492	120 098	37 696	41 144	37 621
Ausgaben	366 710	389 840	421 900	102 105	111 508	110 983	35 157	38 080	35 395
Saldo	+ 36 176	+ 39 606	+ 47 192	+ 13 704	+ 15 984	+ 9 114	+ 2 539	+ 3 063	+ 2 226
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 1 918	+ 6 625	- 4 846	- 20 872	+ 2 426	+ 8 710	+ 962	+ 5 355	- 3 088
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	86 353	88 976	88 566	19 337	16 438	25 472	5 336	15 637	6 945
eigene Leistungen	159 212	166 133	171 516	35 827	41 727	45 422	12 277	18 324	17 075
Saldo	- 72 859	- 77 155	- 82 951	- 16 491	- 25 289	- 19 950	- 6 941	- 2 687	- 10 130
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 11 501	+ 9 194	+ 14 527	+ 2 449	+ 1 274	+ 5 810	+ 1 130	+ 3 458	+ 2 384
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 27 683	+ 123 736	+ 9 383	+ 16 570	+ 98 211	- 112 042	- 11 263	- 21 198	+ 29 053
1. Direktinvestitionen	- 205 377	- 131 344	- 107 775	- 68 178	- 38 109	+ 12 127	+ 11 400	- 20 985	- 32 236
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 351 103	- 323 748	- 379 356	- 114 204	- 108 339	- 65 647	- 19 948	- 22 279	- 45 064
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 145 722	+ 192 403	+ 271 580	+ 46 026	+ 70 230	+ 77 773	+ 31 347	+ 1 294	+ 12 828
2. Wertpapieranlagen	+ 138 811	+ 273 745	+ 233 589	+ 72 783	+ 75 459	- 43 503	+ 8 311	+ 3 510	+ 54 331
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 413 282	- 535 720	- 409 022	- 151 636	- 34 118	- 76 179	- 35 276	+ 27 480	- 13 642
Aktien	- 134 228	- 155 698	- 48 153	- 11 364	- 7 226	- 12 297	- 9 028	+ 6 911	+ 19 240
Anleihen	- 261 587	- 311 504	- 315 041	- 116 200	- 43 260	- 60 829	- 37 343	+ 8 880	+ 3 523
Geldmarktpapiere	- 17 467	- 68 517	- 45 831	- 24 072	+ 16 367	- 3 055	+ 11 095	+ 11 688	- 36 405
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 552 094	+ 809 464	+ 642 611	+ 224 420	+ 109 578	+ 32 677	+ 43 587	- 23 970	+ 67 974
Aktien	+ 262 858	+ 308 530	+ 222 206	+ 70 686	+ 43 276	- 4 789	+ 82	- 8 034	+ 36 700
Anleihen	+ 235 515	+ 497 332	+ 383 159	+ 117 159	+ 52 794	+ 71 906	+ 46 253	+ 5 124	+ 24 440
Geldmarktpapiere	+ 53 724	+ 3 604	+ 37 248	+ 36 575	+ 13 508	- 34 440	- 2 748	- 21 060	+ 6 834
3. Finanzderivate	- 16 451	+ 2 521	- 122 021	- 23 182	- 32 436	- 50 004	- 31 563	- 11 509	- 12 734
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	+ 92 896	- 19 825	+ 10 313	+ 39 504	+ 96 803	- 35 229	+ 395	+ 2 872	+ 26 443
Eurosistem	+ 5 475	+ 15 293	+ 28 811	+ 7 388	- 3 068	+ 23 890	+ 6 314	+ 15 021	+ 4 386
Staat	+ 2 487	+ 3 153	+ 9 907	- 17 529	+ 22 084	- 3 435	- 648	- 8 891	+ 7 614
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosystem)	+ 89 902	- 24 562	+ 71 219	+ 44 196	+ 63 252	- 13 858	+ 4 333	- 6 057	+ 12 225
langfristig	- 43 463	- 49 097	- 113 394	+ 5 797	- 40 206	- 32 467	+ 29 798	- 41 143	- 32 049
kurzfristig	+ 133 362	+ 24 529	+ 184 613	+ 38 399	+ 103 459	+ 18 609	- 25 465	+ 35 086	+ 44 275
Unternehmen und Privatpersonen	- 4 966	- 13 708	- 99 626	+ 5 451	+ 14 531	- 41 827	- 9 605	+ 2 799	+ 2 218
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 17 805	- 1 364	- 4 721	- 4 358	- 3 507	+ 4 569	+ 196	+ 4 914	- 6 752
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 48 810	- 120 493	- 39 144	- 14 374	- 109 504	+ 95 868	+ 7 775	+ 13 448	- 12 322

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
	Mio DM										
1994	- 49 418	+ 71 762	- 1 318	- 62 803	+ 2 393	- 59 451	- 2 637	+ 60 708	+ 2 846	- 8 653	
1995	- 42 363	+ 85 303	- 4 294	- 63 985	+ 3 975	- 55 413	- 3 845	+ 50 117	- 10 355	+ 3 909	
1996	- 21 086	+ 98 538	- 4 941	- 64 743	+ 1 052	- 50 991	- 3 283	+ 24 290	+ 1 882	+ 79	
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999	- 49 241	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 22 325	- 48 475	- 301	+ 20 332	+ 24 517	+ 69 874	
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 294	
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
	Mio €										
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002	+ 42 976	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 514	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 316	
2003	+ 43 967	+ 129 921	- 11 142	- 34 497	- 15 067	- 25 248	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 17 480	
2004	+ 102 889	+ 156 096	- 16 447	- 29 341	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 660	
2005	+ 116 606	+ 158 179	- 13 761	- 24 914	+ 25 687	- 28 585	- 1 248	- 130 725	+ 2 182	+ 15 367	
2006	+ 141 490	+ 159 048	- 12 722	- 15 556	+ 37 616	- 26 895	- 175	- 151 113	+ 2 934	+ 9 798	
2007	+ 184 223	+ 198 640	- 9 430	- 16 274	+ 41 966	- 30 678	+ 224	- 220 859	- 953	+ 36 411	
2005 1.Vj.	+ 30 405	+ 43 196	- 3 104	- 4 985	+ 6 690	- 11 392	- 1 491	- 31 468	- 181	+ 2 554	
2.Vj.	+ 28 408	+ 40 670	- 3 298	- 5 290	+ 2 586	- 6 260	+ 107	- 50 279	+ 1 230	+ 21 764	
3.Vj.	+ 25 081	+ 40 695	- 3 390	- 11 634	+ 7 007	- 7 597	+ 81	- 12 934	- 783	- 12 228	
4.Vj.	+ 32 712	+ 33 619	- 3 968	- 3 005	+ 9 404	- 3 337	+ 56	- 36 044	+ 1 916	+ 3 276	
2006 1.Vj.	+ 30 284	+ 39 564	- 3 709	- 4 921	+ 9 538	- 10 188	+ 152	- 38 743	+ 1 082	+ 8 307	
2.Vj.	+ 30 345	+ 34 873	- 2 508	- 1 752	+ 4 645	- 4 913	+ 11	- 66 246	+ 367	+ 35 890	
3.Vj.	+ 29 418	+ 38 718	- 2 974	- 9 386	+ 11 201	- 8 141	- 236	- 20 662	+ 844	- 8 519	
4.Vj.	+ 51 443	+ 45 892	- 3 530	+ 503	+ 12 231	- 3 653	- 102	- 25 462	+ 642	- 25 879	
2007 1.Vj.	+ 46 455	+ 49 383	- 2 521	- 2 486	+ 13 007	- 10 927	+ 157	- 55 658	+ 100	+ 9 046	
2.Vj.	+ 41 805	+ 49 388	- 2 232	- 1 951	+ 1 473	- 4 873	+ 419	- 85 087	- 1 359	+ 42 863	
3.Vj.	+ 42 634	+ 50 637	- 2 560	- 9 371	+ 12 969	- 9 040	+ 317	- 13 931	- 347	- 29 020	
4.Vj.	+ 53 328	+ 49 232	- 2 116	- 2 466	+ 14 518	- 5 840	- 669	- 66 182	+ 653	+ 13 523	
2005 Sept.	+ 10 615	+ 14 915	- 1 184	- 3 176	+ 2 902	- 2 842	+ 42	- 4 912	- 2 039	- 5 745	
Okt.	+ 8 696	+ 11 788	- 1 724	- 2 068	+ 3 039	- 2 339	+ 329	- 9 304	+ 207	+ 279	
Nov.	+ 11 078	+ 12 951	- 1 248	- 683	+ 3 126	- 3 067	- 107	- 16 935	+ 1 059	+ 5 964	
Dez.	+ 12 938	+ 8 880	- 997	- 254	+ 3 239	+ 2 069	- 166	- 9 805	+ 650	- 2 968	
2006 Jan.	+ 9 372	+ 12 367	- 1 476	- 2 080	+ 2 991	- 2 430	+ 8	- 14 042	- 26	+ 4 661	
Febr.	+ 9 723	+ 12 825	- 674	- 645	+ 3 493	- 5 275	+ 282	- 12 260	+ 1 534	+ 2 254	
März	+ 11 188	+ 14 373	- 1 559	- 2 196	+ 3 053	- 2 483	- 138	- 12 441	+ 426	+ 1 392	
April	+ 10 522	+ 10 772	- 472	- 431	+ 2 888	- 2 236	- 144	- 23 608	+ 1 475	+ 13 230	
Mai	+ 6 589	+ 12 079	- 1 224	- 936	+ 2 238	- 1 091	- 277	- 23 197	- 1 067	+ 16 885	
Juni	+ 13 234	+ 12 022	- 812	- 385	+ 3 995	- 1 586	+ 432	- 19 441	- 41	+ 5 775	
Juli	+ 9 181	+ 12 527	- 1 383	- 2 523	+ 3 510	- 2 949	- 215	+ 7 068	- 332	- 16 034	
Aug.	+ 7 611	+ 10 943	- 607	- 3 862	+ 3 483	- 2 347	+ 149	- 9 889	+ 698	+ 2 129	
Sept.	+ 12 626	+ 15 248	- 984	- 3 001	+ 4 208	- 2 845	- 170	- 17 841	+ 478	+ 5 385	
Okt.	+ 15 484	+ 16 962	- 1 159	- 992	+ 3 913	- 3 239	+ 5	+ 437	+ 401	- 15 927	
Nov.	+ 17 705	+ 18 133	- 1 239	- 539	+ 4 075	- 2 725	- 75	- 15 702	- 102	- 1 928	
Dez.	+ 18 254	+ 10 798	- 1 132	+ 2 034	+ 4 243	+ 2 311	- 32	- 10 197	+ 342	- 8 025	
2007 Jan.	+ 14 388	+ 16 351	- 890	- 2 484	+ 3 320	- 1 909	+ 244	- 2 802	- 458	- 11 830	
Febr.	+ 11 383	+ 14 337	- 694	- 283	+ 4 606	- 6 584	+ 18	- 26 791	+ 566	+ 15 390	
März	+ 20 685	+ 18 695	- 937	+ 281	+ 5 080	- 2 433	- 106	- 26 066	- 8	+ 5 487	
April	+ 13 381	+ 15 182	- 557	- 205	+ 898	- 1 938	+ 190	- 18 970	- 1 215	+ 5 399	
Mai	+ 10 320	+ 17 477	- 1 210	- 1 431	- 3 739	- 777	+ 298	- 29 995	- 657	+ 19 377	
Juni	+ 18 104	+ 16 729	- 465	- 315	+ 4 313	- 2 158	- 69	- 36 122	+ 513	+ 18 086	
Juli	+ 15 201	+ 18 131	- 945	- 3 001	+ 4 011	- 2 997	+ 377	+ 3 707	+ 121	- 11 871	
Aug.	+ 10 075	+ 14 261	- 779	- 4 770	+ 4 332	- 2 968	- 50	+ 5 434	- 21	- 15 460	
Sept.	+ 17 359	+ 18 245	- 836	- 1 600	+ 4 625	- 3 075	- 10	- 15 659	- 447	- 1 689	
Okt.	+ 15 077	+ 19 060	- 761	- 2 774	+ 4 617	- 5 066	- 9	- 27 934	+ 309	+ 12 866	
Nov.	+ 21 416	+ 19 512	- 694	- 324	+ 4 627	- 1 705	- 220	- 23 043	+ 339	+ 1 847	
Dez.	+ 16 835	+ 10 660	- 662	+ 632	+ 5 274	+ 931	- 440	- 15 205	+ 5	- 1 190	
2008 Jan.	+ 14 686	+ 17 118	- 896	- 1 113	+ 3 088	- 3 511	+ 446	- 4 110	- 311	- 11 022	
Febr. p)	+ 15 434	+ 16 902	- 598	- 33	+ 4 174	- 5 012	+ 214	- 12 035	- 349	- 3 612	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapitalexport: - . — 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2005	2006	2007	2007				2008	
					September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	786 266	893 042	969 049	81 717	88 836	87 751	73 353	84 239	84 625
	Einfuhr	628 087	733 994	770 410	63 472	69 776	68 239	62 693	67 120	67 723
	Saldo	+ 158 179	+ 159 048	+ 198 640	+ 18 245	+ 19 060	+ 19 512	+ 10 660	+ 17 118	+ 16 902
I. Europäische Länder	Ausfuhr	581 611	657 325	730 245	61 134	67 183	66 402	54 875	63 067	...
	Einfuhr	443 508	512 568	551 074	45 029	49 898	49 427	44 196	47 293	...
	Saldo	+ 138 103	+ 144 757	+ 179 171	+ 16 105	+ 17 285	+ 16 975	+ 10 680	+ 15 774	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	505 716	564 864	627 524	52 552	57 527	56 555	46 720	54 202	...
	Einfuhr	371 136	423 731	459 892	37 796	42 214	40 613	36 006	39 118	...
	Saldo	+ 134 580	+ 141 133	+ 167 632	+ 14 756	+ 15 314	+ 15 941	+ 10 714	+ 15 084	...
EWU-Länder (15)	Ausfuhr	343 843	377 640	416 139	34 475	37 953	37 323	31 173	36 140	...
	Einfuhr	249 043	285 758	306 342	24 878	27 930	26 926	23 886	26 153	...
	Saldo	+ 94 800	+ 91 882	+ 109 797	+ 9 597	+ 10 023	+ 10 398	+ 7 287	+ 9 986	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 512	51 141	56 013	4 507	4 950	4 750	4 168	4 915	...
	Einfuhr	31 426	36 263	42 079	3 474	3 887	3 570	3 212	3 507	...
	Saldo	+ 16 085	+ 14 878	+ 13 934	+ 1 033	+ 1 063	+ 1 180	+ 956	+ 1 408	...
Frankreich	Ausfuhr	79 039	85 006	93 861	7 884	8 616	8 494	7 055	8 341	...
	Einfuhr	53 700	62 102	64 912	5 205	5 994	5 373	4 691	5 658	...
	Saldo	+ 25 339	+ 22 904	+ 28 949	+ 2 679	+ 2 622	+ 3 121	+ 2 364	+ 2 682	...
Italien	Ausfuhr	53 855	59 348	65 148	5 487	5 845	5 933	4 574	5 504	...
	Einfuhr	36 348	41 470	44 347	3 573	4 030	3 810	3 377	3 647	...
	Saldo	+ 17 507	+ 17 878	+ 20 801	+ 1 913	+ 1 815	+ 2 124	+ 1 196	+ 1 857	...
Niederlande	Ausfuhr	49 033	56 531	62 373	5 070	5 972	5 573	4 800	5 623	...
	Einfuhr	51 823	60 750	64 328	5 249	5 785	5 943	5 735	5 785	...
	Saldo	- 2 789	- 4 219	- 1 954	- 179	+ 187	- 370	- 935	- 162	...
Österreich	Ausfuhr	43 305	49 512	52 763	4 514	4 849	4 719	3 932	4 321	...
	Einfuhr	26 048	30 301	32 753	2 726	2 984	2 966	2 571	2 620	...
	Saldo	+ 17 256	+ 19 211	+ 20 009	+ 1 788	+ 1 865	+ 1 753	+ 1 361	+ 1 701	...
Spanien	Ausfuhr	40 018	41 775	48 158	3 958	4 359	4 450	3 499	4 146	...
	Einfuhr	18 070	19 832	21 143	1 687	1 849	1 849	1 528	1 929	...
	Saldo	+ 21 948	+ 21 943	+ 27 015	+ 2 271	+ 2 510	+ 2 601	+ 1 971	+ 2 217	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	161 873	187 224	211 385	18 077	19 574	19 231	15 547	18 062	...
	Einfuhr	122 093	137 973	153 550	12 918	14 284	13 688	12 120	12 965	...
	Saldo	+ 39 780	+ 49 251	+ 57 835	+ 5 160	+ 5 291	+ 5 544	+ 3 426	+ 5 097	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	60 394	64 726	70 999	5 916	6 198	6 211	4 908	5 918	...
	Einfuhr	39 069	40 832	43 410	3 489	3 918	3 864	3 559	3 569	...
	Saldo	+ 21 325	+ 23 895	+ 27 589	+ 2 426	+ 2 280	+ 2 347	+ 1 348	+ 2 349	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	75 895	92 461	102 721	8 582	9 656	9 847	8 156	8 865	...
	Einfuhr	72 372	88 837	91 181	7 233	7 685	8 813	8 190	8 175	...
	Saldo	+ 3 523	+ 3 625	+ 11 540	+ 1 349	+ 1 971	+ 1 033	- 34	+ 691	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	29 629	34 782	36 355	2 972	3 280	3 416	2 746	3 252	...
	Einfuhr	22 620	25 227	29 785	2 660	2 674	2 720	2 186	2 495	...
	Saldo	+ 7 009	+ 9 556	+ 6 570	+ 312	+ 606	+ 696	+ 560	+ 757	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	203 229	234 139	237 224	20 407	21 549	21 258	18 229	20 973	...
	Einfuhr	183 940	220 745	220 770	18 578	20 029	18 954	18 440	19 767	...
	Saldo	+ 19 289	+ 13 393	+ 16 454	+ 1 829	+ 1 519	+ 2 303	- 211	+ 1 206	...
1. Afrika	Ausfuhr	14 807	16 617	17 588	1 447	1 541	1 452	1 415	1 520	...
	Einfuhr	13 762	16 734	15 682	1 393	1 471	1 362	1 483	1 645	...
	Saldo	+ 1 045	- 117	+ 1 905	+ 54	+ 70	+ 91	- 69	- 125	...
2. Amerika	Ausfuhr	91 994	104 154	100 797	8 974	9 194	8 882	7 321	8 705	...
	Einfuhr	58 574	72 163	70 354	5 816	6 026	5 900	5 656	5 841	...
	Saldo	+ 33 420	+ 31 991	+ 30 443	+ 3 158	+ 3 168	+ 2 982	+ 1 665	+ 2 864	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	69 299	77 991	73 356	6 282	6 689	6 565	5 281	6 308	...
	Einfuhr	41 798	49 197	45 626	3 755	3 784	3 856	3 553	3 604	...
	Saldo	+ 27 501	+ 28 795	+ 27 730	+ 2 527	+ 2 905	+ 2 708	+ 1 729	+ 2 704	...
3. Asien	Ausfuhr	90 498	106 991	111 851	9 381	10 134	10 335	8 991	10 155	...
	Einfuhr	109 304	128 942	132 108	11 163	12 275	11 504	11 082	12 019	...
	Saldo	- 18 805	- 21 951	- 20 257	- 1 783	- 2 141	- 1 168	- 2 090	- 1 863	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	20 420	22 978	23 759	1 971	2 116	2 130	2 055	2 127	...
	Einfuhr	5 077	6 295	6 479	412	592	667	685	640	...
	Saldo	+ 15 343	+ 16 682	+ 17 280	+ 1 559	+ 1 524	+ 1 463	+ 1 370	+ 1 487	...
Japan	Ausfuhr	13 338	13 886	13 075	1 073	1 294	1 062	940	1 208	...
	Einfuhr	21 772	24 016	24 082	1 994	2 152	1 960	2 030	1 918	...
	Saldo	- 8 434	- 10 130	- 11 006	- 921	- 858	- 898	- 1 090	- 710	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	21 235	27 478	29 923	2 713	2 711	2 758	2 505	2 729	...
	Einfuhr	40 845	49 958	54 649	4 824	5 419	5 038	4 780	5 213	...
	Saldo	- 19 610	- 22 479	- 24 726	- 2 111	- 2 708	- 2 280	- 2 274	- 2 484	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	27 538	31 619	32 298	2 721	2 951	2 935	2 416	3 027	...
	Einfuhr	31 520	36 113	33 222	2 765	2 992	2 743	2 536	2 872	...
	Saldo	- 3 982	- 4 494	- 924	- 44	- 41	+ 192	- 120	+ 155	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	5 930	6 377	6 988	605	680	588	503	593	...
	Einfuhr	2 301	2 906	2 625	205	257	188	219	263	...
	Saldo	+ 3 629	+ 3 471	+ 4 363	+ 400	+ 422	+ 399	+ 284	+ 330	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungslandern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Ab Januar 2007 ohne

Reparatur- und Wartungsvorgänge. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen						übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen		
2003	- 34 497	- 37 332	+ 1 833	+ 1 421	- 747	+ 5 088	- 4 761	- 1 836	+ 1 476	- 1 182	- 13 885
2004	- 29 341	- 35 302	+ 3 870	+ 1 328	- 260	+ 5 349	- 4 325	- 1 363	+ 986	- 989	+ 21 420
2005	- 24 914	- 36 317	+ 6 245	+ 1 678	- 474	+ 3 688	+ 267	- 1 636	+ 3 076	- 1 376	+ 27 063
2006	- 15 556	- 32 771	+ 5 015	+ 2 229	- 1 446	+ 3 680	+ 7 737	- 1 807	+ 3 715	- 956	+ 38 572
2007	- 16 274	- 34 178	+ 6 265	+ 2 987	- 1 709	+ 3 211	+ 7 151	- 1 994	+ 2 365	- 602	+ 42 568
2006 2.Vj.	- 1 752	- 7 749	+ 1 413	+ 421	- 166	+ 1 059	+ 3 269	- 421	+ 881	- 248	+ 4 893
3.Vj.	- 9 386	- 13 545	+ 1 457	+ 435	- 606	+ 821	+ 2 053	- 417	+ 1 085	- 711	+ 11 912
4.Vj.	+ 503	- 5 116	+ 1 368	+ 866	- 214	+ 963	+ 2 635	- 530	+ 1 168	- 257	+ 12 488
2007 1.Vj.	- 2 486	- 5 456	+ 1 243	+ 734	- 756	+ 770	+ 979	- 350	+ 425	+ 335	+ 12 672
2.Vj.	- 1 951	- 8 192	+ 1 753	+ 786	- 189	+ 872	+ 3 019	- 463	+ 694	- 151	+ 1 624
3.Vj.	- 9 371	- 14 309	+ 1 721	+ 664	- 399	+ 839	+ 2 113	- 453	+ 729	- 640	+ 13 608
4.Vj.	- 2 466	- 6 221	+ 1 548	+ 803	- 365	+ 730	+ 1 040	- 729	+ 518	- 147	+ 14 665
2007 April	- 205	- 1 939	+ 788	+ 161	- 293	+ 277	+ 801	- 124	+ 211	- 55	+ 954
Mai	- 1 431	- 2 823	+ 457	+ 280	+ 20	+ 287	+ 347	- 147	+ 214	- 52	- 3 687
Juni	- 315	- 3 430	+ 508	+ 344	+ 84	+ 308	+ 1 870	- 192	+ 269	- 44	+ 4 357
Juli	- 3 001	- 4 530	+ 572	+ 253	- 331	+ 289	+ 747	- 176	+ 208	- 204	+ 4 216
Aug.	- 4 770	- 5 854	+ 583	+ 204	+ 12	+ 258	+ 26	- 125	+ 222	- 221	+ 4 553
Sept.	- 1 600	- 3 924	+ 565	+ 206	- 80	+ 293	+ 1 340	- 152	+ 298	- 214	+ 4 839
Okt.	- 2 774	- 3 608	+ 622	+ 206	- 462	+ 264	+ 205	- 194	+ 267	- 56	+ 4 673
Nov.	- 324	- 1 557	+ 488	+ 64	+ 193	+ 238	+ 250	- 251	+ 129	- 74	+ 4 701
Dez.	+ 632	- 1 057	+ 438	+ 534	- 95	+ 227	+ 585	- 284	+ 122	- 17	+ 5 291
2008 Jan.	- 1 113	- 1 518	+ 403	+ 423	- 253	+ 241	- 409	- 178	+ 56	+ 100	+ 2 988
Febr.	- 33	- 1 578	+ 651	+ 335	+ 26	+ 234	+ 299	- 135	+ 95	+ 107	+ 4 067

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2003	- 25 248	- 15 222	- 12 393	- 10 696	- 2 829	- 10 026	- 3 332	- 6 694
2004	- 27 849	- 16 694	- 14 249	- 12 672	- 2 444	- 11 156	- 3 180	- 7 976
2005	- 28 585	- 17 609	- 16 266	- 14 689	- 1 343	- 10 976	- 2 926	- 8 050
2006	- 26 895	- 14 443	- 14 912	- 13 384	+ 469	- 12 452	- 2 927	- 9 525
2007	- 30 678	- 16 138	- 18 569	- 16 910	+ 2 432	- 14 541	- 3 005	- 11 536
2006 2.Vj.	- 4 913	- 1 711	- 3 587	- 3 233	+ 1 876	- 3 201	- 732	- 2 470
3.Vj.	- 8 141	- 5 084	- 4 707	- 4 512	- 377	- 3 057	- 732	- 2 326
4.Vj.	- 3 653	- 384	+ 159	+ 636	- 543	- 3 269	- 732	- 2 537
2007 1.Vj.	- 10 927	- 7 665	- 7 136	- 6 533	- 529	- 3 261	- 751	- 2 510
2.Vj.	- 4 873	- 88	- 3 768	- 3 353	+ 3 680	- 4 785	- 751	- 4 034
3.Vj.	- 9 040	- 5 720	- 5 509	- 5 213	- 211	- 3 320	- 751	- 2 568
4.Vj.	- 5 840	- 2 665	- 2 156	- 1 810	- 508	- 3 175	- 751	- 2 424
2007 April	- 1 938	- 682	- 1 665	- 1 599	+ 983	- 1 256	- 250	- 1 006
Mai	- 777	+ 1 534	- 1 010	- 934	+ 2 544	- 2 311	- 250	- 2 060
Juni	- 2 158	- 940	- 1 093	- 821	+ 153	- 1 218	- 250	- 968
Juli	- 2 997	- 1 915	- 1 776	- 1 625	- 139	- 1 082	- 250	- 831
Aug.	- 2 968	- 1 839	- 1 778	- 1 659	- 60	- 1 130	- 250	- 879
Sept.	- 3 075	- 1 966	- 1 954	- 1 930	- 12	- 1 108	- 250	- 858
Okt.	- 5 066	- 3 862	- 3 588	- 3 463	- 274	- 1 204	- 250	- 953
Nov.	- 1 705	- 797	- 503	- 408	- 295	- 908	- 250	- 657
Dez.	+ 931	+ 1 995	+ 1 934	+ 2 061	+ 61	- 1 064	- 250	- 813
2008 Jan.	- 3 511	- 2 468	- 2 502	- 2 282	+ 34	- 1 043	- 252	- 791
Febr.	- 5 012	- 3 988	- 3 658	- 3 342	- 330	- 1 025	- 252	- 773

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2004	+ 435	- 1 095	+ 1 529
2005	- 1 248	- 3 419	+ 2 172
2006	- 175	- 1 924	+ 1 749
2007	+ 224	- 2 037	+ 2 261
2006 2.Vj.	+ 11	- 663	+ 674
3.Vj.	- 236	- 422	+ 186
4.Vj.	- 102	- 528	+ 426
2007 1.Vj.	+ 157	- 292	+ 448
2.Vj.	+ 419	- 328	+ 747
3.Vj.	+ 317	- 323	+ 640
4.Vj.	- 669	- 1 095	+ 426
2007 April	+ 190	- 98	+ 288
Mai	+ 298	- 105	+ 403
Juni	- 69	- 124	+ 56
Juli	+ 377	- 109	+ 486
Aug.	- 50	- 120	+ 70
Sept.	- 10	- 94	+ 84
Okt.	- 9	- 110	+ 101
Nov.	- 220	- 498	+ 277
Dez.	- 440	- 487	+ 47
2008 Jan.	+ 446	- 107	+ 553
Febr.	+ 214	- 83	+ 297

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2005	2006	2007	2007					2008	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 392 981	- 451 654	- 651 019	- 160 140	- 213 734	- 149 144	- 128 002	+ 22 538	- 85 955	- 53 075
1. Direktinvestitionen 1)	- 55 384	- 75 489	- 122 325	- 18 170	- 26 860	- 35 569	- 41 726	- 17 326	- 10 502	- 15 664
Beteiligungskapital	- 24 715	- 56 876	- 47 152	- 4 896	- 13 991	- 4 590	- 23 674	- 4 723	- 6 614	- 4 211
reinvestierte Gewinne 2)	- 19 039	- 24 252	- 30 193	- 7 187	- 5 179	- 9 102	- 8 725	- 1 906	- 2 699	- 3 969
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 11 630	+ 5 638	- 44 980	- 6 086	- 7 690	- 21 877	- 9 327	- 10 696	- 1 189	- 7 484
2. Wertpapieranlagen	- 204 948	- 161 339	- 133 334	- 62 420	- 59 338	- 1 997	- 9 579	+ 10 364	- 1 459	- 966
Aktien 3)	- 19 948	+ 6 982	+ 22 739	+ 13 876	- 2 923	+ 5 073	+ 6 713	+ 6 875	+ 3 870	+ 10 721
Investmentzertifikate 4)	- 43 538	- 23 440	- 41 705	- 12 398	- 16 939	- 2 599	- 9 770	- 1 070	- 2 472	- 5 362
Anleihen 5)	- 136 384	- 137 243	- 95 817	- 59 431	- 37 598	+ 1 602	- 391	+ 2 780	+ 631	+ 4 644
Geldmarktpapiere	- 5 078	- 7 639	- 18 551	- 4 468	- 1 878	- 6 073	- 6 131	+ 7 338	- 3 489	- 1 680
3. Finanzderivate 6)	- 9 040	- 6 515	- 71 216	- 8 072	- 8 861	- 27 044	- 27 238	- 8 824	- 9 660	- 7 696
4. übriger Kapitalverkehr	- 125 792	- 211 244	- 323 192	- 71 577	- 117 316	- 84 186	- 50 112	+ 38 319	- 64 023	- 28 401
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 85 773	- 207 632	- 224 809	- 49 056	- 86 941	- 78 386	- 10 426	+ 19 640	- 31 447	- 16 349
langfristig	- 69 969	- 71 591	- 96 773	- 13 433	- 24 043	- 34 437	- 24 860	- 5 340	- 810	- 12 116
kurzfristig	- 15 804	- 136 041	- 128 036	- 35 623	- 62 899	- 43 949	+ 14 435	+ 24 980	- 30 637	- 4 233
Unternehmen und Privat- personen	- 21 118	- 29 169	- 41 032	- 17 860	- 8 553	- 2 541	- 12 078	+ 16 293	- 16 330	+ 1 242
langfristig	- 12 093	- 24 395	- 46 867	- 9 657	- 11 685	- 9 735	- 15 790	- 686	- 2 609	- 3 929
kurzfristig 7)	- 9 025	- 4 774	+ 5 835	- 8 203	+ 3 132	+ 7 195	+ 3 712	+ 16 979	- 13 721	+ 5 171
Staat	+ 3 172	+ 1 068	+ 8 373	+ 10 953	- 25 165	+ 26 605	- 4 020	+ 830	+ 6 392	+ 2 924
langfristig	+ 7 711	+ 7 497	+ 257	- 220	- 219	- 7	+ 703	+ 323	- 235	- 119
kurzfristig 7)	- 4 539	- 6 428	+ 8 117	+ 11 173	- 24 946	+ 26 613	- 4 723	+ 507	+ 6 627	+ 3 043
Bundesbank	- 22 073	+ 24 488	- 65 724	- 15 615	+ 3 343	- 29 865	- 23 588	+ 1 556	- 22 638	- 16 218
5. Veränderung der Währungsre- serven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	+ 2 182	+ 2 934	- 953	+ 100	- 1 359	- 347	+ 653	+ 5	- 311	- 349
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 262 256	+ 300 540	+ 430 161	+ 104 481	+ 128 647	+ 135 212	+ 61 820	- 37 743	+ 81 845	+ 41 040
1. Direktinvestitionen 1)	+ 33 747	+ 43 977	+ 37 206	+ 7 612	+ 5 172	+ 18 704	+ 5 717	+ 5 034	- 3 902	+ 2 146
Beteiligungskapital	+ 26 760	+ 25 297	+ 23 519	+ 5 129	+ 7 226	+ 11 437	- 273	+ 1 130	+ 1 473	+ 190
reinvestierte Gewinne 2)	+ 1 797	+ 3 897	+ 6 167	+ 2 881	- 2 988	+ 3 987	+ 2 287	+ 432	+ 1 958	+ 1 447
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 5 190	+ 14 783	+ 7 520	- 397	+ 934	+ 3 281	+ 3 703	+ 3 472	- 7 333	+ 509
2. Wertpapieranlagen	+ 174 012	+ 151 028	+ 267 893	+ 42 575	+ 80 902	+ 49 780	+ 94 636	+ 7 537	+ 11 722	- 4 137
Aktien 3)	+ 11 821	+ 20 715	+ 6 216	- 6 383	+ 8 195	- 3 111	+ 7 515	+ 5 670	- 15 675	+ 3 012
Investmentzertifikate	+ 6 013	+ 8 381	+ 3 685	+ 732	+ 1 624	+ 810	+ 519	+ 126	- 1 087	+ 928
Anleihen 5)	+ 159 293	+ 124 745	+ 207 841	+ 37 970	+ 66 823	+ 32 731	+ 70 317	+ 115	+ 19 440	- 8 361
Geldmarktpapiere	- 3 115	- 2 813	+ 50 151	+ 10 256	+ 4 260	+ 19 350	+ 16 285	+ 1 625	+ 9 045	+ 284
3. übriger Kapitalverkehr	+ 54 497	+ 105 536	+ 125 062	+ 54 294	+ 42 573	+ 66 728	- 38 533	- 50 314	+ 74 026	+ 43 031
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 22 456	+ 60 515	+ 73 217	+ 38 500	+ 26 099	+ 53 662	- 45 045	- 51 282	+ 63 066	+ 21 258
langfristig	- 9 830	- 11 881	- 14 197	- 6 004	+ 3 557	- 601	- 11 148	- 1 449	- 554	- 905
kurzfristig	+ 32 286	+ 72 397	+ 87 413	+ 44 505	+ 22 542	+ 54 263	- 33 897	- 49 833	+ 63 620	+ 22 163
Unternehmen und Privat- personen	+ 30 568	+ 46 486	+ 37 514	+ 12 594	+ 14 099	+ 9 164	+ 1 656	+ 3 244	+ 4 616	+ 13 760
langfristig	+ 17 953	+ 27 526	+ 17 260	+ 1 367	+ 2 040	+ 7 016	+ 6 838	+ 5 364	+ 595	+ 6 383
kurzfristig 7)	+ 12 615	+ 18 961	+ 20 254	+ 11 227	+ 12 059	+ 2 148	- 5 181	- 2 120	+ 4 021	+ 7 376
Staat	+ 3 578	- 179	+ 2 983	+ 2 844	+ 1 395	+ 1 942	- 3 198	- 5 194	+ 1 288	+ 6 596
langfristig	+ 2 648	+ 862	- 1 551	- 621	- 413	- 563	+ 46	+ 165	- 371	- 226
kurzfristig 7)	+ 929	- 1 040	+ 4 534	+ 3 465	+ 1 808	+ 2 505	- 3 245	- 5 359	+ 1 658	+ 6 822
Bundesbank	- 2 105	- 1 287	+ 11 349	+ 355	+ 979	+ 1 960	+ 8 054	+ 2 919	+ 5 055	+ 1 417
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 130 725	- 151 113	- 220 859	- 55 658	- 85 087	- 13 931	- 66 182	- 15 205	- 4 110	- 12 035

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Options sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen							Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)	
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)			sonstige Forderungen in anderen EUWU- Ländern
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2006 Okt.	110 016	85 341	52 080	3 097	30 164	350	23 414	912	5 043	104 973
Nov.	114 116	85 307	53 218	3 048	29 040	350	27 546	914	5 273	108 843
Dez.	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007 Jan.	114 714	87 385	54 853	2 998	29 534	350	26 011	969	5 415	109 299
Febr.	121 019	87 962	56 389	2 734	28 839	350	31 715	993	4 892	116 127
März	121 457	86 120	54 820	2 624	28 675	350	33 958	1 029	5 158	116 299
April	110 112	86 731	54 837	2 578	29 316	350	22 102	930	6 300	103 811
Mai	125 859	86 364	53 675	2 671	30 018	350	38 242	903	7 005	118 854
Juni	116 754	84 846	52 809	2 666	29 370	350	30 616	942	6 137	110 617
Juli	120 334	85 125	53 446	2 594	29 085	350	33 606	1 253	6 325	114 009
Aug.	144 630	85 469	53 554	2 594	29 321	350	57 148	1 664	6 257	138 373
Sept.	151 300	88 592	57 168	2 530	28 894	350	60 480	1 879	8 013	143 288
Okt.	171 237	90 168	59 549	2 475	28 144	350	78 473	2 246	10 159	161 077
Nov.	177 674	89 233	59 157	2 426	27 651	350	85 625	2 466	13 068	164 606
Dez.	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008 Jan.	208 663	99 028	68 255	2 398	28 376	350	106 706	2 580	21 032	187 632
Febr.	226 761	100 879	70 196	2 378	28 306	350	122 924	2 608	22 382	204 379
März	198 070	95 103	65 126	2 335	27 642	350	100 029	2 588	24 919	173 151

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2004	377 540	98 632	278 908	159 764	119 144	112 342	6 802	506 434	50 211	456 223	361 111	95 112	63 762	31 350
2005	409 493	97 333	312 160	179 738	132 422	125 497	6 925	548 107	65 557	482 550	375 114	107 436	73 270	34 166
2006	450 228	117 723	332 505	190 300	142 205	134 057	8 148	624 790	95 019	529 771	408 907	120 864	79 900	40 964
2007 r)	512 575	162 654	349 921	199 580	150 341	139 837	10 504	650 666	111 893	538 773	404 255	134 518	82 978	51 540
2007 Sept.	506 705	149 956	356 749	205 508	151 241	141 180	10 061	666 743	110 971	555 772	424 615	131 157	80 153	51 004
Okt. r)	526 599	169 870	356 729	203 550	153 179	143 174	10 005	663 262	108 201	555 061	421 843	133 218	80 845	52 373
Nov. r)	530 286	176 427	353 859	196 819	157 040	146 534	10 506	660 261	110 553	549 708	415 102	134 606	81 850	52 756
Dez. r)	512 575	162 654	349 921	199 580	150 341	139 837	10 504	650 666	111 893	538 773	404 255	134 518	82 978	51 540
2008 Jan. r)	527 761	181 763	345 998	196 546	149 452	138 550	10 902	649 522	126 859	522 663	389 976	132 687	79 879	52 808
Febr.	530 464	177 226	353 238	199 204	154 034	142 861	11 173	661 402	136 845	524 557	388 600	135 957	81 727	54 230
Industrieländer ¹⁾														
2004	335 809	97 485	238 324	148 649	89 675	84 903	4 772	468 592	48 304	420 288	349 293	70 995	53 480	17 515
2005	362 704	95 847	266 857	167 314	99 543	94 278	5 265	508 106	63 924	444 182	364 680	79 502	60 907	18 595
2006	396 649	115 269	281 380	174 784	106 596	100 541	6 055	570 675	93 560	477 115	389 770	87 345	66 210	21 135
2007 r)	455 751	160 666	295 085	183 966	111 119	103 099	8 020	589 945	110 641	479 304	383 375	95 929	69 346	26 583
2007 Sept.	450 301	147 099	303 202	190 938	112 264	104 678	7 586	606 355	109 577	496 778	403 523	93 255	66 891	26 364
Okt. r)	470 266	167 031	303 235	189 140	114 095	106 354	7 741	602 846	106 868	495 978	400 862	95 116	68 256	26 860
Nov. r)	472 349	172 951	299 398	182 156	117 242	109 108	8 134	598 709	109 239	489 470	393 550	95 920	69 048	26 872
Dez. r)	455 751	160 666	295 085	183 966	111 119	103 099	8 020	589 945	110 641	479 304	383 375	95 929	69 346	26 583
2008 Jan. r)	472 180	179 796	292 384	181 312	111 072	102 776	8 296	589 715	125 609	464 106	369 933	94 173	67 110	27 063
Febr.	473 915	175 242	298 673	183 537	115 136	106 610	8 526	600 810	135 578	465 232	367 673	97 559	69 661	27 898
EU-Länder ¹⁾														
2004	259 480	92 867	166 613	101 254	65 359	61 563	3 796	376 461	43 838	332 623	284 173	48 450	36 494	11 956
2005	270 808	91 882	178 926	108 523	70 403	66 156	4 247	414 377	60 186	354 191	300 022	54 169	41 305	12 864
2006	308 720	108 982	199 738	121 929	77 809	72 902	4 907	479 025	86 343	392 682	332 871	59 811	45 202	14 609
2007 r)	364 102	154 644	209 458	127 082	82 376	75 937	6 439	488 934	105 372	383 562	318 119	65 443	46 262	19 181
2007 Sept.	364 110	141 965	222 145	139 799	82 346	76 299	6 047	506 800	105 154	401 646	337 232	64 414	45 944	18 470
Okt. r)	383 899	161 514	222 385	138 051	84 334	78 151	6 183	499 363	102 185	397 178	331 152	66 026	46 978	19 048
Nov. r)	386 626	167 419	219 207	132 162	87 045	80 531	6 514	493 970	104 935	389 035	322 700	66 335	47 263	19 072
Dez. r)	364 102	154 644	209 458	127 082	82 376	75 937	6 439	488 934	105 372	383 562	318 119	65 443	46 262	19 181
2008 Jan. r)	388 198	173 132	215 066	131 845	83 221	76 622	6 599	494 974	120 823	374 151	308 600	65 551	45 775	19 776
Febr.	393 110	169 305	223 805	137 350	86 455	79 699	6 756	500 151	128 508	371 643	303 946	67 697	47 298	20 399
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2004	164 160	55 995	108 165	63 310	44 855	42 231	2 624	305 864	28 295	277 569	244 860	32 709	24 258	8 451
2005	175 532	59 160	116 372	69 048	47 324	44 369	2 955	332 261	29 443	302 818	268 483	34 335	25 225	9 110
2006	207 868	77 056	130 812	79 901	50 911	47 614	3 297	369 648	38 878	330 770	292 178	38 592	28 340	10 252
2007 r)	251 717	118 112	133 605	79 747	53 858	49 534	4 324	367 018	56 982	310 036	268 445	41 591	28 964	12 627
2007 Sept.	243 638	102 346	141 292	87 735	53 557	49 356	4 201	386 358	56 312	330 046	289 253	40 793	28 379	12 414
Okt. r)	254 508	113 189	141 319	86 609	54 710	50 396	4 314	382 509	49 964	332 545	290 435	42 110	29 565	12 545
Nov. r)	264 789	124 803	139 986	82 892	57 094	52 673	4 421	380 638	54 576	326 062	283 706	42 356	29 739	12 617
Dez. r)	251 717	118 112	133 605	79 747	53 858	49 534	4 324	367 018	56 982	310 036	268 445	41 591	28 964	12 627
2008 Jan. r)	263 007	125 218	137 789	82 771	55 018	50 533	4 485	376 799	63 904	312 895	270 639	42 256	29 180	13 076
Febr.	269 766	126 442	143 324	86 350	56 974	52 329	4 645	383 707	72 031	311 676	268 315	43 361	29 845	13 516
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2004	41 731	1 147	40 584	11 115	29 469	27 439	2 030	37 842	1 907	35 935	11 818	24 117	10 282	13 835
2005	46 789	1 486	45 303	12 424	32 879	31 219	1 660	40 001	1 633	38 368	10 434	27 934	12 363	15 571
2006	53 579	2 454	51 125	15 516	35 609	33 516	2 093	54 115	1 459	52 656	19 137	33 519	13 690	19 829
2007	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2007 Sept.	56 404	2 857	53 547	14 570	38 977	36 502	2 475	60 388	1 394	58 994	21 092	37 902	13 262	24 640
Okt. r)	56 333	2 839	53 494	14 410	39 084	36 820	2 264	60 416	1 333	59 083	20 981	38 102	12 589	25 513
Nov. r)	57 937	3 476	54 461	14 663	39 798	37 426	2 372	61 552	1 314	60 238	21 552	38 686	12 802	25 884
Dez. r)	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2008 Jan. r)	55 581	1 967	53 614	15 234	38 380	35 774	2 606	59 807	1 250	58 557	20 043	38 514	12 769	25 745
Febr.	56 549	1 984	54 565	15 667	38 898	36 251	2 647	60 592	1 267	59 325	20 927	38 398	12 066	26 332

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Mai 2004

einschl. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern; ab Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien; ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2006 Febr.	1,6102	9,6117	7,4641	140,77	1,3723	8,0593	9,3414	1,5580	1,1938	0,68297
März	1,6540	9,6581	7,4612	140,96	1,3919	7,9775	9,4017	1,5691	1,2020	0,68935
April	1,6662	9,8361	7,4618	143,59	1,4052	7,8413	9,3346	1,5748	1,2271	0,69463
Mai	1,6715	10,2353	7,4565	142,70	1,4173	7,7988	9,3310	1,5564	1,2770	0,68330
Juni	1,7104	10,1285	7,4566	145,11	1,4089	7,8559	9,2349	1,5601	1,2650	0,68666
Juli	1,6869	10,1347	7,4602	146,70	1,4303	7,9386	9,2170	1,5687	1,2684	0,68782
Aug.	1,6788	10,2141	7,4609	148,53	1,4338	7,9920	9,2098	1,5775	1,2811	0,67669
Sept.	1,6839	10,0971	7,4601	148,99	1,4203	8,2572	9,2665	1,5841	1,2727	0,67511
Okt.	1,6733	9,9651	7,4555	149,65	1,4235	8,3960	9,2533	1,5898	1,2611	0,67254
Nov.	1,6684	10,1286	7,4564	151,11	1,4635	8,2446	9,1008	1,5922	1,2881	0,67397
Dez.	1,6814	10,3356	7,4549	154,82	1,5212	8,1575	9,0377	1,5969	1,3213	0,67286
2007 Jan.	1,6602	10,1238	7,4539	156,56	1,5285	8,2780	9,0795	1,6155	1,2999	0,66341
Febr.	1,6708	10,1326	7,4541	157,60	1,5309	8,0876	9,1896	1,6212	1,3074	0,66800
März	1,6704	10,2467	7,4494	155,24	1,5472	8,1340	9,2992	1,6124	1,3242	0,68021
April	1,6336	10,4400	7,4530	160,68	1,5334	8,1194	9,2372	1,6375	1,3516	0,67934
Mai	1,6378	10,3689	7,4519	163,22	1,4796	8,1394	9,2061	1,6506	1,3511	0,68136
Juni	1,5930	10,2415	7,4452	164,55	1,4293	8,0590	9,3290	1,6543	1,3419	0,67562
Juli	1,5809	10,3899	7,4410	166,76	1,4417	7,9380	9,1842	1,6567	1,3716	0,67440
Aug.	1,6442	10,3162	7,4429	159,05	1,4420	7,9735	9,3231	1,6383	1,3622	0,67766
Sept.	1,6445	10,4533	7,4506	159,82	1,4273	7,8306	9,2835	1,6475	1,3896	0,68887
Okt.	1,5837	10,6741	7,4534	164,95	1,3891	7,6963	9,1735	1,6706	1,4227	0,69614
Nov.	1,6373	10,8957	7,4543	162,89	1,4163	7,9519	9,2889	1,6485	1,4684	0,70896
Dez.	1,6703	10,7404	7,4599	163,55	1,4620	8,0117	9,4319	1,6592	1,4570	0,72064
2008 Jan.	1,6694	10,6568	7,4505	158,68	1,4862	7,9566	9,4314	1,6203	1,4718	0,74725
Febr.	1,6156	10,5682	7,4540	157,97	1,4740	7,9480	9,3642	1,6080	1,4748	0,75094
März	1,6763	10,9833	7,4561	156,59	1,5519	7,9717	9,4020	1,5720	1,5527	0,77494

* Errechnet aus täglichen Werten; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Seit	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 Euro = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
2001 1. Januar	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs für den Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft												
	EWK-22 1)		EWK-42 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes							
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	Real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	22 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	22 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)				
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU								
1999	96,2	96,0	95,8	96,4	96,5	95,8	97,7	99,5	95,6	97,7	98,1	98,0	97,6				
2000	87,0	86,4	85,7	85,3	87,9	85,8	91,4	96,8	85,1	90,9	92,8	91,8	90,8				
2001	87,7	87,1	86,5	84,9	90,4	87,1	91,1	95,6	85,8	90,3	92,9	91,3	90,8				
2002	90,1	90,4	89,6	88,1	94,9	91,0	91,8	94,7	88,4	90,8	93,6	92,0	91,9				
2003	100,6	101,4	100,4	99,2	106,8	101,9	95,3	93,7	97,4	94,5	97,3	96,6	96,9				
2004	104,4	105,1	103,4	103,4	111,2	105,6	95,8	92,6	100,1	94,9	98,8	98,2	98,6				
2005	103,3	104,2	102,2	101,6	109,7	103,7	94,7	91,2	99,3	93,2	98,9	97,4	97,3				
2006	103,6	104,6	102,2	101,2	110,0	103,4	93,9	89,8	99,4	92,2	99,1	97,2	96,8				
2007	107,7	108,3	105,7	104,2	114,2	106,6	p)	89,0	p)	103,9	p)	93,2	101,7	99,2	98,6		
2004 Mai	103,0	103,8	102,1	102,0	109,8	104,4	95,2	92,8	98,6	94,5	98,2	97,6	98,1				
Juni	102,9	103,6			109,8	104,3					98,0	97,4	97,9				
Juli	103,4	104,1			110,3	104,8					98,3	97,6	98,1				
Aug.	103,2	104,1	102,2	102,2	110,2	104,7	95,4	92,5	99,2	94,4	98,4	97,7	98,1				
Sept.	103,6	104,4			110,5	104,9					98,6	97,7	98,2				
Okt.	104,7	105,5			111,8	106,1					99,0	98,2	98,7				
Nov.	106,0	106,7	104,6	104,8	113,3	107,3	96,1	92,1	101,6	94,9	99,5	98,7	99,3				
Dez.	107,3	108,3			114,7	108,8					100,4	99,5	100,1				
2005 Jan.	106,2	106,9			113,2	107,1					99,8	98,7	99,1				
Febr.	105,4	106,2	104,8	104,3	112,2	106,2	96,2	91,8	102,1	94,7	99,5	98,3	98,5				
März	106,2	107,0			113,1	107,0					99,9	98,7	98,9				
April	105,3	106,0			112,2	105,9					99,3	98,1	98,3				
Mai	104,3	105,2	102,7	102,4	110,9	104,8	94,9	91,4	99,6	93,6	99,1	97,9	97,8				
Juni	101,6	102,6			107,9	102,1					98,0	96,6	96,3				
Juli	102,2	103,1			108,2	102,3					98,3	96,8	96,4				
Aug.	102,7	103,6	101,1	100,4	108,9	103,0	94,2	91,1	98,3	92,7	98,6	97,0	96,7				
Sept.	102,1	103,1			108,4	102,5					98,7	97,1	96,8				
Okt.	101,8	102,8			107,9	102,0					98,5	96,8	96,4				
Nov.	101,1	102,1	100,3	99,5	107,0	101,0	93,4	90,5	97,2	91,8	98,3	96,5	95,9				
Dez.	101,2	102,2			107,1	101,0					98,4	96,5	95,9				
2006 Jan.	101,8	102,7			107,7	101,5					98,4	96,5	95,8				
Febr.	101,2	102,1	100,3	99,9	106,8	100,6	93,4	90,1	97,7	91,7	98,3	96,2	95,4				
März	101,9	103,0			107,6	101,4					98,4	96,5	95,7				
April	103,0	104,1			108,8	102,5					98,9	97,0	96,3				
Mai	104,0	104,9	102,4	102,1	110,5	103,9	94,1	90,0	99,7	92,5	99,0	97,3	97,0				
Juni	104,2	105,1			111,1	104,4					99,1	97,4	97,3				
Juli	104,5	105,4			111,3	104,6					99,3	97,7	97,4				
Aug.	104,6	105,4	102,9	102,1	111,3	104,5	94,0	89,6	99,8	92,4	99,0	97,3	97,0				
Sept.	104,4	105,2			111,1	104,3					99,1	97,3	97,0				
Okt.	103,9	104,8			110,4	103,7					99,3	97,3	96,9				
Nov.	104,5	105,4	102,9	100,6	111,2	104,3	94,1	89,4	100,5	92,2	99,9	97,7	97,4				
Dez.	105,6	106,3			112,3	105,2					100,3	98,1	97,7				
2007 Jan.	104,9	105,7			111,5	104,4					100,3	98,1	97,6				
Febr.	105,4	106,2	103,7	101,9	111,9	104,7	94,6	89,4	101,7	92,7	100,6	98,3	97,8				
März	106,1	106,8			112,8	105,4					100,8	98,5	98,0				
April	107,2	107,8			113,7	106,3					101,4	99,0	98,5				
Mai	107,3	107,9	105,2	104,0	113,6	106,1	95,5	89,5	103,7	93,4	101,4	98,9	98,3				
Juni	106,9	107,4			113,2	105,6					101,2	98,7	98,0				
Juli	107,6	108,1			113,9	106,2					101,8	99,1	98,5				
Aug.	107,1	107,7	105,6	104,1	113,7	106,0	p)	95,2	p)	88,9	103,9	p)	93,1	101,2	98,6	98,1	
Sept.	108,2	108,9			114,8	107,0					102,2	99,5	99,0				
Okt.	109,4	110,1			115,8	107,9					102,7	99,9	99,2				
Nov.	111,0	111,7	108,2	106,5	117,6	109,6	p)	95,8	p)	88,3	p)	106,4	p)	93,5	103,8	101,0	100,4
Dez.	111,2	111,7			117,6	109,4					103,5	100,5	99,9				
2008 Jan.	112,0	112,3			118,3	109,9					103,6	100,5	99,9				
Febr.	111,8	112,0	118,2	109,6	p)	96,4	p)	88,0	p)	108,3	p)	94,0	103,5	100,3	99,6
März	114,6	114,8			121,5	112,7					104,6	101,4	101,1				

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff. und Mai 2007, S. 32 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen für den ausgewiesenen Zeitraum auf dem Handel mit gewerblichen Erzeug-

nissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-22-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 5 EWU-Länder sowie EWK-22-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für die Deflatoren des Gesamtabsatzes sind die Länder China und Singapur in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-42-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2007 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2008 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Mai 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2007

Juni 2007

- Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2006
- Leistungsbilanzsalden und preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum

Juli 2007

- Der Zusammenhang zwischen monetärer Entwicklung und Immobilienmarkt
- Zur Entwicklung der Gemeindefinanzen seit dem Jahr 2000
- Primär- und Sekundärmärkte für deutsche öffentliche Schuldtitel: institutionelle Ausgestaltung, Handelssysteme und deren Standortrelevanz für den Finanzplatz Deutschland

August 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2007

September 2007

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2006
- Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung

Oktober 2007

- Globalisierung und Geldpolitik
- Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials
- Zur Reform des deutschen Haushaltsrechts
- TARGET2 – das neue Zahlungsverkehrssystem für Europa

November 2007

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2007

Dezember 2007

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft: gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2008 und 2009
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2006
- Zum aktuellen Stand der bankinternen Risikosteuerung und der Bewertung der Kapitaladäquanz im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsprozesses

Januar 2008

- Der Mikrostrukturansatz in der Wechselkurs-theorie
- Integrierte sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen für Deutschland

Februar 2008

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2007/2008

März 2008

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2007
- Gesamtwirtschaftliche Effekte realer Wechselkursänderungen

April 2008

- Zehn Jahre geldpolitische Zusammenarbeit im Eurosystem
- Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2007
- Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Bankenstatistik (monatlich) 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich) 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich) 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich) 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich) | <ul style="list-style-type: none"> 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, Dezember 2007²⁾4) 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000²⁾5) 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2006, Juli 2007⁵⁾ 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1994 bis 2003, März 2006 |
|---|---|

Sonderveröffentlichungen

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾ Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾ Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾ Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾ Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾ Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, September 2005 Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾ | <ul style="list-style-type: none"> 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2004 bis 2005, Februar 2008 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, Februar 2005²⁾ 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾ 9 Wertpapierdepots, August 2005 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2008¹⁾ 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2007 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2006²⁾ |
|--|---|

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Januar 2008³⁾

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
 2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
 3 Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.
 4 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.
 5 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliche Studien

34/2007

Factor-MIDAS for now- and forecasting with ragged-edge data: a model comparison for German GDP

35/2007

Monetary policy and core inflation

01/2008

Can capacity constraints explain asymmetries of the business cycle?

02/2008

Communication, decision-making and the optimal degree of transparency of monetary policy committees

03/2008

The impact of thin-capitalization rules on multinationals' financing and investment decisions

04/2008

Comparing the DSGE model with the factor model: an out-of-sample forecasting experiment

05/2008

Financial markets and the current account – emerging Europe versus emerging Asia

06/2008

The German sub-national government bond market: evolution, yields and liquidity

07/2008

Integration of financial markets and national price levels: the role of exchange rate volatility

08/2008

Business cycle evidence on firm entry

Serie 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

18/2007

Estimating probabilities of default with support vector machines

01/2008

Analyzing the interest rate risk of banks using time series of accounting-based data: evidence from Germany

02/2008

Bank mergers and the dynamics of deposit interest rates

03/2008

Monetary policy and bank distress: an integrated micro-macro approach

04/2008

Estimating asset correlations from stock prices or default rates – which method is superior?

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001²⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001²⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999²⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.